

**9. Internationaler
Kongress
Renovabis**

Neuer Reichtum – neue Armut

Soziale Umbrüche in Mittel- und Osteuropa

**1. bis 3. September 2005
in Freising**

Dokumentation



Internationale Kongresse Renovabis
9/2005

9. Internationaler Kongress
Renovabis
2005

Neuer Reichtum – neue Armut

Soziale Umbrüche
in Mittel- und Osteuropa

Veranstalter und Herausgeber:
Renovabis – Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken
mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa

Redaktion: Christof Dahm (unter Mitarbeit von Elisabeth Lukas-Götz und Thomas Hartl)
Gestaltung: Thomas Schumann
Fotos: Thomas Pinzka, Daniela Schulz

© Renovabis – Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken
mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa,
Kardinal-Döpfner-Haus, Domberg 27, D-85354 Freising.

ISBN-13 978-3-88916-260-1

Zu beziehen bei:
MVG Medienproduktion
Postfach 10 15 45, 52015 Aachen
Telefon (0241) 479 86-200
Telefax (0241) 479 86-745
E-Mail: renovabis@eine-welt-mvg.de

Bestellnummer: 3 518 06

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung des Herausgebers.
Die hier abgedruckten Beiträge sind autorisiert. Sie stimmen nicht unbedingt und in jedem Fall
mit der Meinung des Veranstalters und der Teilnehmer des Kongresses überein.

Umschlag: Grafik-Design Willweber, München
Herstellung: Vollnhals Fotosatz, Neustadt/Do.

INHALT

Vorwort	9
---------------	---

I. ANSPRACHEN UND GRUSSWORTE

<i>P. Dietger Demuth CSsR, Freising:</i> Begrüßung der Kongressteilnehmer	13
--	----

<i>Erzbischof Prof. Dr. Ludwig Schick, Bamberg:</i> Eröffnung des 9. Internationalen Kongresses Renovabis	19
--	----

Grußworte an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 9. Internationalen Kongresses Renovabis	25
--	----

II. SCHLAGLICHTER – REFERATE – PODIEN

<i>Schlaglichter zur Situation in Albanien, Litauen und Rumänien:</i> <ul style="list-style-type: none">– <i>Generalvikar Lucjan Avgustini, Shkodrë</i>– <i>Nomeda Sindaraviciene, Lentvaris</i>– <i>Bürgermeister Klaus Johannes, Sibiu/Hermannstadt.</i>	53
--	----

<i>Referate:</i> <i>Botschafterin Prof. Dr. Irena Lipowicz, Warschau:</i> Polen ein Jahr in der Europäischen Union. Eine erste Bilanz	64
---	----

Ministerpräsident a. D. Erwin Teufel, Spaichingen:
Die Europäische Union am Scheideweg:
Wertegemeinschaft oder Freihandelszone? 71

Moderiertes Gespräch:

Europas Zukunft: Erfolgsgeschichte oder Dauerkrise?
Miodrag Sorić, Bonn (Moderation)
Erzbischof Dr. Ivan Devčić, Rijeka
Botschafterin Prof. Dr. Irena Lipowicz, Warschau
Botschafter a. D. Dr. Wilhelm Höynck, Wachtberg..... 87

Referate:

Bischof Prof. Dr. Reinhard Marx, Trier:
Soziale Gerechtigkeit als Herausforderung
an Kirche und Gesellschaft..... 106

Prof. Dr. Julian Auleytner, Warschau:
Der soziale Wandel in Mittel- und Osteuropa – zwischen
Anspruch und Realität 119

Podiumsdiskussion:

Wie gewinnt eine Gesellschaft Stabilität und Dynamik?
Botschafter a. D. Dr. Wilhelm Höynck, Wachtberg (Moderation)
Prof. Dr. Josip Grbac, Rijeka
P. Garegin Harutyunyan, Münster
Msgr. Dr. Peter Neher, Freiburg
Dr. Irina Scherbakowa, Moskau 151

III. BERICHTE AUS DEN ARBEITSKREISEN

Arbeitskreis 1

Umbruch in Litauen – eine Erfolgsgeschichte? 179

Arbeitskreis 2

Rumänien an der Schwelle zur Europäischen Union 182

Arbeitskreis 3

Albanien – „ein Dritte-Welt-Land, das zufällig in Europa liegt“? 186

Arbeitskreis 4

Umbruch in der Ukraine – was bringt er den Menschen? 189

Arbeitskreis 5

Soziales Engagement der Orthodoxen Kirchen 193

Arbeitskreis 6

Schattenseiten des Umbruchs in Polen.

Ein Gespräch mit Schwester Małgorzata Chmielewska 195

Arbeitskreis 7

Aufschwung dort – Abschwung hier?

Folgen der Verlagerung von Arbeitsplätzen aus Deutschland

in die östlichen Nachbarländer 199

Arbeitskreis 8

Russland – Demokratie auf Abwegen?

Ein Gespräch mit Dr. Irina Scherbakowa 202

IV. ABSCHLUSSSTATEMENT- SCHLUSSWORT

Ministerpräsident a. D. Dr. Bernhard Vogel:

Abschlussstatement..... 209

P. Dietger Demuth CSsR, Freising:

Schlusswort..... 214

Liste der Referenten, Moderatoren und Protokollanten 217

Vorwort

Das Jahr 2005 bot für den Internationalen Renovabis-Kongress die Möglichkeit eines doppelten Rückblicks. Zum einen lag die Wende in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa fünfzehn Jahre zurück, zum anderen war ein Jahr seit dem Beitritt von acht Staaten des ehemaligen „Ostblocks“ zur Europäischen Union vergangen. Die Bilanz der Veränderungen seit 1989/90 fällt ambivalent aus. Zwar haben sich in den Transformationsstaaten marktwirtschaftliche Strukturen weitgehend durchgesetzt, die Entwicklung der Zivilgesellschaft macht große Fortschritte, vielerorts lassen sich die oft beschworenen „blühenden Landschaften“ ausmachen. Andererseits hat aber der rasante Wandel nicht nur die alten Strukturen zerschlagen, sondern auch viele Menschen auf die Schattenseite der Gesellschaft gedrängt, ja sogar in neue Armut gestoßen. Die soziale Entwicklung hat also mit dem wirtschaftlichen Aufschwung keineswegs Schritt gehalten.

In den Beiträgen des 9. Internationalen Kongresses wurden zahlreiche Aspekte dieses Wandels dargelegt und diskutiert. Trotz der vielerorts herrschenden Verunsicherung, die immer wieder anklang, müssen die politischen und ökonomischen Veränderungen ebenso wie der europäische Einigungsprozess als Chancen verstanden werden. Freilich sind Rückschläge, etwa bei der Durchsetzung der Pressefreiheit in Russland und Weißrussland, festzustellen. Entsprechendes gilt für die Stagnation des EU-Verfassungsprozesses, wobei auch die Frage des Gottesbezugs in der Präambel des Verfassungsentwurfs eine nicht unwichtige Rolle spielt. In all diesen Fragen engagieren sich Christen, sie mischen sich im besten Sinne des Wortes ein und versuchen, Politik, Gesellschaft und auch Wirtschaft im Sinne des Evangeliums mitzugestalten. Eindrucksvoll kam dies besonders in den Ausführungen von Frau Prof. Dr. Irena Lipowicz und Bischof Prof. Dr. Reinhard Marx zum Ausdruck.

Allen, die an der Gestaltung des Kongresses und auch an der Gestaltung der Dokumentation mitgewirkt haben, sei an dieser Stelle gedankt.



Leider hat sich durch den verzögerten Eingang der Manuskripte die Drucklegung um mehrere Monate verschoben. Wenn der Band Anstöße zu weiteren Diskussionen vermitteln kann, kommt er dennoch sicher nicht zu spät.

Freising, im März 2007

Christof Dahm, Redaktion

I. Ansprachen und Grußworte



Begrüßung der Kongressteilnehmer

Zum neunten Mal lädt Renovabis, die Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, zum Internationalen Kongress ein. Als Hauptgeschäftsführer habe ich die Ehre, Sie hier in Freising ganz herzlich zu begrüßen. Leider ist der Dom derzeit wegen Renovierungsarbeiten geschlossen. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass Sie hier auf dem Freisinger Domberg auch ein wenig den Spuren unseres Heiligen Vaters Benedikt XVI. nachgehen können, denn dieser Ort spielt eine bedeutende Rolle in seinem Leben, wurde er doch dort 1951 zum Priester geweiht. Wir sind hier in unmittelbarer Nähe des Kardinal-Döpfner-Hauses, des früheren Priesterseminars der Erzdiözese München und Freising, in dem der heutige Papst Benedikt XVI. als Student gewohnt und später seine erste Professorenstelle hatte.

Unsere Plenarveranstaltungen finden wie in den vergangenen Jahren wieder in der Aula des Domgymnasiums Freising statt. Ich bin sehr dankbar, dass uns diese Räumlichkeiten erneut zur Verfügung stehen.

Über 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 23 Ländern zählt der diesjährige Kongress, fast die Hälfte davon aus Mittel- und Osteuropa. Unter der Überschrift „Neuer Reichtum – neue Armut. Soziale Umbrüche in Mittel- und Osteuropa“ wollen wir uns in den kommenden Tagen mit den sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen seit der Wende der Jahre 1989/90 in Mittel- und Osteuropa beschäftigen. Bei allen positiven Entwicklungen, die zu beobachten sind, dürfen die Schattenseiten der Transformation und vor allem die Menschen, die darunter zu leiden haben, nicht aus dem Blick geraten. Neben der Analyse der Situation – die sicherlich je nach Land und Region unterschiedlich ausfallen wird – soll

uns in den kommenden Tagen daher besonders auch die Frage nach Wegen zu mehr sozialer Gerechtigkeit beschäftigen.

Dass die Schere zwischen „reich“ und „arm“ auch in der Katholischen Kirche weit auseinander geht, hat selbst der Weltjugendtag gezeigt. Ich weiß, dass es für viele Jugendliche und ihre Herkunftsdiözesen allein schon aus finanziellen Gründen alles andere als einfach war, an diesem großartigen Fest des Glaubens teilzunehmen. Mich persönlich hat es sehr beeindruckt, wie engagiert sich beispielsweise die katholischen Bischöfe in Russland bemüht haben, trotz aller Schwierigkeiten möglichst vielen Jugendlichen, nicht nur den wohlhabenderen, die Reise nach Köln zu ermöglichen. Angesichts der extremen Diasporasituation der Katholiken in Russland war es ihnen wichtig, die Jugendlichen erfahren zu lassen, dass sie zu einer großen Gemeinschaft von Gläubigen gehören.



Gesichter der Armut mitten in Europa konnten Teilnehmer an einem von Renovabis mitorganisierten so genannten Exposure- und Dialogprogramm in Nordalbanien im letzten Jahr ganz unmittelbar vor Ort kennen lernen, indem sie für einige Zeit in Familien mitgelebt haben. Ich darf Ihnen sagen, dass alle tief beeindruckt waren, wie die Albaner ihren harten Alltag meistern. Und auf albanischer Seite herrschte Freude, dass Menschen aus dem Westen dem lange Zeit „vergessenen Land“ soviel ehrliches Interesse entgegengebracht haben.

Aus großem Interesse werden sicher auch viele Politiker und Experten, Wissenschaftler, Vertreter von Universitäten und akademischen Einrichtungen unserer Kongresseinladung gefolgt sein. Ihnen allen spreche ich meinen herzlichen Willkommensgruß aus. Ganz speziell freue ich mich, dass wir für heute Nachmittag den ehemaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Erwin Teufel, als Referenten ge-



winnen konnten, und morgen der ehemalige Ministerpräsident und Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Bernhard Vogel, zu uns kommen wird. Ich begrüße auch die anwesenden Parlamentsabgeordneten, Helmut Paisdzior vom polnischen Sejm und Dr. Christian Ruck vom Deutschen Bundestag.

Mein herzliches Grüß Gott gilt auch allen anwesenden bzw. angekündigten Vertretern der diplomatischen und konsularischen Korps. Besonders begrüßen möchte ich Frau Professorin Irena Lipowicz, Sonderbotschafterin für deutsch-polnische Beziehungen, Herrn Dietmar Stüdemann, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Ukraine, Generalkonsul Waclaw Oleksy vom Polnischen Generalkonsulat in München und Botschafter a. D. Peter Kiewitt, der in Albanien tätig war.

Als Repräsentanten der Stadt Freising heiße ich mit Dank für die Verbundenheit Herrn Oberbürgermeister Dieter Thalhammer willkommen.

Ein besonderer Gruß gilt allen Vertretern der katholischen Kirche, darunter auch den Mitgliedern der unierten Kirchen. Großerzbischof Lubomyr Kardinal Husar wird morgen Abend zu uns stoßen.

Als Repräsentant der Deutschen Bischofskonferenz und Vorsitzender des Aktionsausschusses von Renovabis wird Erzbischof Schick nachher den Kongress offiziell eröffnen. Herzlich willkommen und vielen Dank im voraus, Herr Erzbischof. Namentlich willkommen heiße ich auch Erzbischof Ivan Devčić von Rijeka/Kroatien, Erzbischof Zef Gashi von Bar/Serbien und Montenegro, Bischof Ján Babjak von der Eparchie Prešov/Slowakei, Bischof Petru Gherghel von Iași/Rumänien, Bischof Gheorghii Jovčev von der Diözese Sofia-Plovdiv/Bulgarien, Bi-

schof Hil Kabashi von Fier/Albanien, Bischof Kyrill Klimowicz aus Irkutsk/Russland, Bischof František Rabek, Militärbischof der Slowakei und Delegierter in der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (Comece). Begrüßen möchte ich außerdem Bischof Reinhard Marx von Trier, den Vorsitzenden der deutschen Kommission *Justitia et Pax*, der uns morgen eines der Hauptreferate halten wird, sowie alle anderen geistlichen Würdenträgern.

Ich freue mich, dass auch Pater Jozef Maj vom Päpstlichen Rat zur Förderung der Einheit der Christen am Kongress teilnimmt.

Ein herzliches Grüß Gott möchte ich unserem langjährigen früheren Aktionsausschussvorsitzenden, Weihbischof Leo Schwarz, sagen und darf an dieser Stelle gleich meinen Gruß an alle anderen Mitglieder der Gremien von Renovabis und unsere Ansprechpartner in den deutschen Diözesen anschließen.

Sehr gerne begrüße ich auch die vielen Mitglieder von Ordensgemeinschaften, die unter uns sind. Sie sind ja in herausragender Weise Träger der karitativen und sozialen Arbeit und zählen zu den wichtigsten Partnern von Renovabis. Nennen möchte ich besonders Erzabt Imre Ásztrik Várszegi von der Erzabtei Pannonhalma, Frau Äbtissin Agnes Timár von den Zisterzienserinnen in Kísmaros in Ungarn und Provinzoberin Małgorzata Chmielewska von der Gemeinschaft „Brot des Lebens“ aus Polen.

Grüßen möchte ich weiterhin die Repräsentanten zahlreicher katholischer Organisationen, die mit Renovabis in vielfacher Weise verbunden sind. Stellvertretend genannt seien die Vertreter der Caritas. Die weite Reise aus den USA hat Reverend James McCann vom „Office to Aid the Catholic Church in Central and Eastern Europe“ der Amerikanischen Bischofskonferenz auf sich genommen. Unter den Kongressteilnehmern sind auch Mitarbeiter von Kirche in Not/ Ostpriesterhilfe, der Vorstandsvorsitzende des Maximilian-Kolbe-Werks, Dr. Friedrich Kronenberg, und Mitglieder der Ackermann-Gemeinde. Ich freue mich, dass auch Pater Eric Englert, Präsident des Deutschen

Katholischen Missionsrats und Präsident von missio München, am Kongress teilnimmt.

Ein ganz herzliches Willkommen gilt allen Repräsentanten der Orthodoxen Kirchen, mit denen Renovabis auf vielfältige Weise zusammenarbeitet. Namentlich begrüßen möchte ich Erzbischof Jonathan von der Ukrainischen Orthodoxen Kirche aus Cherson und Erzbischof Teodosie aus Constanța/Rumänien. Ich freue mich, dass wir dieses Jahr mit Pater Harutyunyan auch einen Vertreter der Armenisch-Apostolischen Kirche in Deutschland unter uns haben.

Unsere Gäste aus den Evangelischen Kirchen begrüße ich ebenfalls sehr herzlich. Namentlich möchte ich Frau Dr. Sigrid Krines und Frau Rebecca Nipper von unserer evangelischen Schwesterorganisation „Hoffnung für Osteuropa“ willkommen heißen. Ein besonderes Willkommen gilt Pfarrer Peter Sachi von der evangelischen Gemeinde in Kiew; er wird nachher das Grußwort des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Dr. Wolfgang Huber, vortragen.

Ein besonders herzlicher Willkommensgruß gilt allen Referenten, Mitwirkenden an Podiumsgesprächen und Arbeitskreisen sowie den Moderatoren, darunter besonders Frau Dr. Irina Scherbakowa von „Memorial“, deren Organisation im vergangenen Jahr den alternativen Nobelpreis erhalten hat. Schon jetzt sage ich Ihnen allen Danke, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind und sich zur Übernahme dieser Aufgaben bereit erklärt haben.

Nicht vergessen möchte ich, die Vertreter der Presse und der Medien zu begrüßen, in der Hoffnung, dass Sie Eindrücke und Impulse aus diesem Kongress auch in eine breitere Öffentlichkeit tragen werden.

Aus nah und fern haben Renovabis Grußbotschaften erreicht, in denen dem Kongress ein guter und erfolgreicher Verlauf gewünscht wird und die Bemühungen um die Menschen in Mittel- und Osteuropa gewürdigt werden. Aus zeitlichen Gründen kann ich nicht alle Gruß-

worte im Einzelnen nennen. Erwähnen möchte ich die Grüße des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Gerhard Schröder, des Bayerischen Ministerpräsidenten, Dr. Edmund Stoiber, das Grußwort des Staatssekretärs Seiner Heiligkeit Papst Benedikt XVI., Angelo Kardinal Sodano, des Apostolischen Nuntius in Deutschland, Erzbischof Erwin Josef Ender, des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Kardinal Lehmann, des Vorstehers der Orthodoxen Kirche in Weißrussland, Metropolit Filaret von Minsk und Sluzk, die Grüße des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirchen in Deutschland, Bischof Dr. Wolfgang Huber, und des Vizepräsidenten der EU-Kommission, Günter Verheugen. Wir haben einige Grußworte hinten an einer Stellwand aufgehängt, sodass Sie sie dort im Einzelnen lesen können.

Nun wünsche ich uns allen Gottes Segen für ein gutes Gelingen des Kongresses, anregende Gespräche und neue Impulse für die künftige Arbeit.

Ich verlese nun das Grußwort, das Staatssekretär Kardinal Sodano im Namen Seiner Heiligkeit Papst Benedikt XVI. an die Teilnehmer des Kongresses richtet.¹

¹ Text: vgl. unten S. 45.

Eröffnung des 9. Internationalen Kongresses Renovabis

Sehr verehrte Gäste aus nah und fern, besonders liebe Vertreterinnen und Vertreter aus den osteuropäischen Ländern, für die Renovabis gegründet wurde und sich engagiert,

geschätzte Referenten, verehrte Mitbrüder im Bischofs-, Priester- und Diakonenamt, liebe Ordenschristen, meine Damen und Herren, Schwestern und Brüder!

Als Vorsitzender des Aktionsausschusses Renovabis ist es mir eine liebe Pflicht, diesen 9. Internationalen Kongress Renovabis zu eröffnen. Vor allem ist es mir aber ein Herzensanliegen, dass wir in den drei folgenden Tagen über das Thema „Neuer Reichtum – neue Armut. Soziale Umbrüche in Mittel- und Osteuropa“ engagiert diskutieren. Dieses Thema ist sehr wichtig, aktuell und brennend. Es muss beleuchtet werden, um für die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa die Weichen richtig zu stellen. Von der Zukunft unserer östlichen Nachbarstaaten hängt auch unsere Zukunft in Westeuropa und die Zukunft ganz Europas ab.

Ich komme gerade von einer Reise aus Polen und Tschechien zurück. Weil ich mit dem Auto in diese Länder gefahren bin, habe ich auch die ehemalige DDR durchfahren. In Polen habe ich mit vielen Bischöfen aus der Ukraine geredet. Mit den Erfahrungen der letzten Woche habe ich die Erinnerungen an Reisen in dieselben Länder vor der Wende verglichen. Der Vergleich bestätigt den ersten Satz des Einladungsflyers. Er lautet: „Seit der politischen und gesellschaftlichen Wende der Jahre 1989/1990 hat der ehemalige Ostblock sich völlig ver-

ändert.“Die Reisen damals waren beschwerlich. Ich musste Visa beantragen und mehrfach an den Grenzen zur DDR, zu Polen und zu Tschechien lange Staus in Kauf nehmen und Schikanen über mich ergehen lassen. Die Straßen waren furchtbar, die Reisemöglichkeiten innerhalb der Länder beschränkt. Viele Güter des täglichen Lebens waren knapp, so genannte Luxusgüter wie Kaffee, Toilettenartikel und Südobst gab es meist gar nicht. Die Angst vor Bespitzelung und Repressalien war überall zu spüren. Die Kommunikationsmittel waren rar, kontrolliert und gesteuert.

In der vergangenen Woche gab es keine Grenzen, die Straßen sind viel besser, Autobahnen sind oder werden gebaut, Angst spürt man nicht mehr. Das Reisen ist jedem möglich, zu kaufen gibt es alles. Radio, Fernsehen, Computer, Telefon und Presse bieten uneingeschränkte Kommunikation.

Im Vergleich zu 1989 ist viel – nicht nur neuer, sondern auch guter – Reichtum festzustellen. Dies zu verleugnen wäre unwahr, töricht und undankbar. Aber neue und schlechte Armut ist auch zu spüren. Es gibt z. B. in Polen, besonders unter den jungen Menschen, teilweise 30-35 Prozent Arbeitslosigkeit; in der Ukraine ist es noch viel mehr. Es gibt viele zerrüttete Familien und Scheidungswaisen, weil die Ehen brüchiger geworden sind; die Instabilität der Familien ist nicht nur die Folge von größerer Freiheit der Menschen seit der Wende, sondern auch, weil die wirtschaftliche Entwicklung große Mobilität, Flexibilität und Schnelligkeit verlangt, was Ehe und Familie beeinträchtigt. Die sozialen Bindungen sind schwächer geworden. Geld, Reichtum, Selbstverwirklichung, Macht, individuelle Berufsaussichten und Reisemöglichkeiten haben einen Wertewandel herbeigeführt. Gewalt, Prostitution, Bindungslosigkeit, Verwahrlosung haben zugenommen. „Nach der Wende 1989/90“, so sagten mir Eltern, „konnten wir endlich unsere behinderten Kinder in der Öffentlichkeit zeigen; im Sowjetsystem waren Behinderte inexistent. Jetzt müssen wir sie wieder von der Bildfläche verschwinden lassen, weil es – so die Meinung vieler – im neuen System der Freiheit, der Verhütung, der Abtreibung Behinderte nicht geben muss.“ Es gibt die armen Alten, die nicht „die Gnade der späten Geburt“ hatten. Sie

konnten sich im alten System nichts erwerben, deshalb haben sie im neuen System nichts.

Es gibt seit 1989/90 einen neuen Reichtum in Mittel- und Osteuropa. Aber es gibt auch eine neue Armut; die zu verleugnen, wäre auch unwahr, töricht und zukunftsgefährdend. Die sozialen Umbrüche in Mittel- und Osteuropa haben sowohl neuen Reichtum als auch neue Armut hervorgebracht.

Die Wende 1989/90 ist zweifellos durch den Diener Gottes, Papst Johannes Paul II., mitbestimmt worden. Was ist sein Part in dieser Entwicklung gewesen?

Der Titel der ersten Enzyklika, die „der Papst aus dem Osten“ zehn Jahre vor 1989/90 schrieb, nämlich 1979, lautet „Redemptor hominis“. In dieser Enzyklika ist gesagt, wie und wodurch Papa Wojtyła die Geschichte mitbeeinflusst hat. Sein Programm bestand darin, zu tun, was Jesus getan hatte. Jesus hatte den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt gestellt. Die Grundprinzipien der christlichen Soziallehre sind bekanntlich Personalität, Subsidiarität und Solidarität. Auch wenn oft – selbst von Experten – mehr über Subsidiarität und Solidarität geschrieben und gesprochen wird, ist doch die Personalität Dreh- und Angelpunkt. Papst Johannes Paul II. hat den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt gestellt, wie es Jesus tat, den Gesunden und den Verkrüppelten, die Heiligen, wie Maria, die Schwester des Lazarus, und die Sünderin, zu der er sagt: „Auch ich verurteile dich nicht, geh hin und sündige nicht mehr.“ Die Alten, wie der greise Simeon und Hanna im Tempel, sind ihm ebenso wichtig wie das Kind, das er in den Mittelpunkt stellt und über das er sagt: „Wer nicht wird wie ein Kind, der kann nicht in das Himmelreich kommen.“

In „Redemptor hominis“ schreibt der Papst: „Der Mensch in der vollen Wahrheit seiner Existenz, seines persönlichen und zugleich gemeinschaftsbezogenen und sozialen Seins – im Bereich der eigenen Familie, auf der Ebene der Gesellschaft und so vieler verschiedener Umgebungen, auf dem Gebiet der eigenen Nation oder des eigenen Volkes oder

vielleicht auch nur des eigenen Clans oder Stammes, schließlich auch im Bereich der gesamten Menschheit – dieser Mensch ist der erste Weg, den die Kirche bei der Erfüllung ihres Auftrags beschreiten muss: er ist der erste und grundlegende Weg der Kirche, ein Weg, der von Christus selbst vorgezeichnet ist und unabänderlich durch das Geheimnis der Menschwerdung und der Erlösung führt ... Dieser Mensch ist der Weg der Kirche“ (S. 27 f.).

Indem Papst Johannes Paul II. „den Menschen“ in den Mittelpunkt stellte, hat er ihm seine Würde und seine unveräußerlichen Rechte wiedergegeben, hat er ihm Selbstbewusstsein vermittelt, hat er ihn zum Menschen gemacht. Solche Menschen sind für Nationalsozialismus und Kommunismus sowie alle totalitären Systeme die größte Gefahr. Sie schütteln früher oder später die Unfreiheit, die Bspitzelung, die Bevormundung ab. Solidarność in Polen – erinnern wir uns an den 25. Jahrestag, der derzeit in Danzig gefeiert wird – die Gottesdienste und Kerzenprozessionen in Leipzig, Dresden, Erfurt, Berlin und anderen Städten, die Gottesdienste auf Jasna Góra in Tschenstochau oder auf dem Annaberg in der Nähe von Oppeln haben die Menschen frei und selbstbewusst gemacht. Sie haben den Kommunismus zu Fall gebracht.

Soziale Umbrüche gibt es in jeder Gesellschaft immer wieder, in einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft ganz besonders. Sie aufhalten zu wollen, wäre dumm und würde neue Formen des Totalitarismus hervorbringen – nur totalitäre Systeme können soziale Umbrüche mit brutaler Gewalt verhindern. Soziale Umbrüche sind also durchaus gut und notwendig. Aber was muss immer dabei beachtet werden? Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen. Auch alle Subsidiarität und Solidarität müssen sich um ihn drehen. Die Wirtschaft, die Bildung, das Sozialwesen, das Arbeitsrecht und jedes Recht müssen ihn im Blick haben. Auch die Frage, wie viel Globalisierung wir brauchen und wie viel Regionalität, ist unabdingbar und muss im Hinblick auf den Menschen beantwortet werden. Um den von Gott geliebten Menschen muss es gehen, wenn die Rechte des Kindes im Mutterleib, das nicht abgetrieben werden darf, diskutiert werden. Um das Wohl des Menschenkindes muss es gehen, wenn politische Entscheidungen bezüglich Familie und Kindergar-

ten getroffen werden. Das Schulkind muss bei aller Bildungs- und Erziehungspolitik im Vordergrund stehen. Seine Entwicklung und Integrität, seine Freiheit und Selbstbestimmung müssen maßgebend sein. Bei allen sozialen und gesellschaftlichen Umstrukturierungen muss es um die Beteiligungsgerechtigkeit aller an allem gehen, was eine Gesellschaft und einen Staat ausmachen. Bei Kranken, Behinderten und Alten muss gefragt werden, welchen Sinn und welche Aufgabe sie in einer Gesellschaft haben, und nicht nur, wie dieser und jener Versorgungsfall abgewickelt werden kann. Auch Sterbende und Tote haben Personenwürde und Menschenrechte.



Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Referentinnen und Referenten, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Diskutanten und stille Interessierte!

Ich eröffne diesen Kongress im Wissen, dass er sich mit einem ganz wichtigen Thema beschäftigt. Ich eröffne ihn mit dem Wunsch und der Bitte, dass Sie sich diesem Thema ganz ernsthaft stellen. Es geht dem katholischen Hilfswerk Renovabis, wie allen kirchlichen Hilfswerken, letztlich um den Menschen, wie Gott ihn geschaffen hat, wie Gott ihn sieht und wie Gott ihn liebt. Er muss im Mittelpunkt stehen. Dann werden soziale Umbrüche, die es immer gibt und immer geben muss, dem Menschen dienen. Sie werden den Menschen nicht verarmen lassen, sondern reich machen. Von möglichst vielen umfassend reichen Menschen hängt der Reichtum der Gesellschaft, letztlich der ganzen Menschheit, ab.

Ich danke Ihnen! Hiermit ist der Kongress eröffnet.

**Grußworte an die
Teilnehmerinnen und Teilnehmer
des 9. Internationalen
Kongresses Renovabis**

Grußwort des Thüringer Ministerpräsidenten

Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des 9. Internationalen Kongresses Renovabis meine herzlichen Grüße! Auch in diesem Jahr ist der Kongress einem anspruchsvollen Thema gewidmet: Reichtum und Armut, die mit der wirtschaftlichen und sozialen Transformation in Mittel- und Osteuropa einhergehen – Licht und Schatten einer positiven Entwicklung. Das ist ein wahrhaft spannendes Thema. Und ohne Frage ein wichtiges Thema, denn ohne Wohlstand lassen sich Frieden und Freiheit nicht dauerhaft sichern.

Die Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedsstaaten im Mai 2004 ist geglückt. Die Umzugskisten sind weggeräumt – und die neuen Bewohner des europäischen Hauses haben sich eingerichtet. Ein Jahr nach dem Beitritt zur Europäischen Union gehen die „Neuen“ selbstbewusst und erfolgreich ihren Weg innerhalb der EU – auf meiner Reise ins Baltikum habe ich mir ein Bild gemacht. Keine der Befürchtungen, die im Vorfeld der Erweiterung geäußert wurden, hat sich bewahrheitet. Die Angst der alten EU-Mitgliedsstaaten vor massenhaften Produktionsverlagerungen hat sich ebenso wenig bewahrheitet wie die Sorge vor einem Fachkräftemangel in den neuen Mitgliedsstaaten. Im Gegenteil: Die gemeinsame Nachbarschaft hat für alle Vorteile gebracht.

Europa hat mit der Erweiterung einen epochalen Schritt getan – insbesondere für die neuen Nachbarn hat sich viel geändert. Aber nach wie vor bleibt viel zu tun: Der Transformationsprozess in den Ländern Mittel- und Osteuropas dauert an. Mancher veralteter Großbetrieb wird noch schließen müssen, weil geltende Umweltnormen nicht erfüllt werden. Schließungen, die den Abbau von Arbeitsplätzen nach sich ziehen. Aber das darf nicht als Folge der mutigen Reformen verunglimpft werden, sondern als Folge des früheren planwirtschaftlichen Systems. Die Reformen haben die Schwachstellen nicht verursacht, sondern aufgedeckt.

Heute, rund 15 Jahre nach Ende des kommunistischen Systems, geht es vielen Arbeitnehmern und auch Rentnern besser – vor allem in jenen

Ländern, die mit Unterstützung der EU Rechtssicherheit, Transparenz und Haushaltsstabilität geschaffen haben. Der Mut, den die Menschen aufgebracht haben, hat sich gelohnt.

Renovabis trägt am Fortkommen Europas einen wesentlichen Anteil. Seit 12 Jahren leistet die Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken einen lebendigen Beitrag zur Verständigung der Menschen in Ost und West – ihr Einsatz für Frieden und Wohlstand für alle Völker Europas ist eindrucksvoll. Jahr für Jahr gelingt es durch vor allem ehrenamtliches Engagement, rund 30 Millionen Euro für über 1.000 Einzelprojekte zu erschließen. Ihnen gilt meine Anerkennung und mein Dank!

Der 9. Renovabis-Kongress bietet ein notwendiges Forum, um sich über wirtschaftliche, soziale und normative Fragen der postkommunistischen Transformation auszutauschen – um Fragen zu stellen, zu debattieren und vor allem um Antworten zu finden. Ihnen stehen informative Tage und anregende Gespräche bevor. Alles Gute!

Dieter Althaus

Grußwort des Apostolischen Nuntius

Renovabis – 1993 auf Anregung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken von der Deutschen Bischofskonferenz als Solidaritätsaktion mit den Menschen in Mittel und Osteuropa gegründet – führt seit 1997 jährlich einen internationalen Kongress durch, auf dem jeweils ein bestimmter Aspekt dessen, was sich seit der Wende in den Ländern des ehemaligen Ostblocks getan hat, unter starker Beteiligung von Fachleuten, die vor Ort leben, kritisch beleuchtet und diskutiert wird. Auf diese Weise werden einerseits Renovabis wichtige Hinweise für die Akzentsetzung bei seiner Arbeit gegeben, damit es bei sich andeutenden Fehlentwicklungen gegensteuern oder bei Bedarf gezielter helfen kann, andererseits wird für die Teilnehmer aus den betroffenen Ländern aus der Kirche wie aus der Politik die Möglichkeit geboten, aus dem Kontakt mit anderen den Blick zu weiten, um Entwicklungen besser abschätzen zu können.

Der diesjährige Kongress zum Thema „Neuer Reichtum – neue Armut. Soziale Umbrüche in Mittel und Osteuropa“ beschäftigt sich im Hinblick auf einen Teil Europas mit einem Phänomen, das auch in anderen Teilen der Welt zu beobachten ist. In einer Zeit, in der die Menschen die Umbrüche der Jahre 1989/90 erst zum Teil verkraftet haben, bedarf es eines Korrektivs, das in besonderer Weise darauf achtet, dass die Schwächeren nicht ohne Schutz sind und andererseits ungerechte Bereicherung beim Namen genannt und überwunden wird. Das Gespür für die rechte Wertung von gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Tendenzen zu schärfen, gehört wesentlich zu den Aufgaben der Kirche. Dabei wie auch bei der Erarbeitung von Wegen zur Überwindung von Fehlentwicklungen kommt den Christlichen Sozialwissenschaften eine besonders wichtige Rolle zu. Die Umsetzung dieser Erkenntnisse in die Praxis obliegt dem Einsatz überzeugter Christen zusammen mit den Verantwortlichen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, wobei Hilfswerken wie Renovabis sicher oft eine Pilotfunktion zukommt und andererseits die Caritas Menschen auffangen muss, die sonst ohne Hilfe bleiben.

Ich begleite den Kongress mit meinem Gebet, dass der Heilige Geist alle Teilnehmer mit seinem Licht und seiner Kraft erfülle.

Erzbischof Dr. Erwin Josef Ender

Grußwort des Patriarchalexarchen von ganz Belarus

Ich grüße Pater Dietger Demuth und alle Teilnehmer des 9. Internationalen Kongresses Renovabis sehr herzlich. Der Kongress zu dem für uns in Weißrussland sehr aktuellen Thema „Soziale Umbrüche in Mittel- und Osteuropa“ wird, dessen bin ich gewiss, erfolgreich verlaufen.

Das Problem des „neuen Reichtums und der neuen Armut“ bedarf einer sorgfältigen Erörterung, weil die materielle Komponente des menschlichen Daseins nicht nur die soziale und kulturelle, sondern auch die geistige Ebene im Leben eines Menschen erheblich beeinflusst. Infolge der wirtschaftlichen Erschütterungen, die alle postkommunistischen Länder erfahren haben, und der damit verbundenen Umverteilung des materiellen Reichtums haben sich soziale Spannungen zwischen einer kleinen Zahl neuer Reicher und einer sehr großen Zahl verarmter Menschen eingestellt.

Diese sozialen Spannungen führen zu politischer Instabilität und münden in geistige Instabilität und Unsicherheit bei den Menschen ein, die schon während der sowjetischen Zeiten unter dem gewaltsamen Atheismus gelitten haben. Diese Situation ruft negative Entwicklungen sowohl bei den Individuen als auch in der ganzen Gesellschaft hervor. Die Tatsache, dass eine kleine Gruppe von Menschen Geld im Überfluss besitzt, bewirkt bei der Mehrheit der Bevölkerung der postkommunistischen Länder negative Gefühle wie Erbitterung und Neid – dies verführt die Menschen dann zur Sünde, die Gesellschaft letztlich in eine Katastrophe.

Renovabis sorgt durch seine Arbeit dafür, dass aus der materiellen Hilfe für die Bedürftigen auch eine geistige Fürsorge wird. In diesem Zusammenhang erinnere ich mich an die Worte des bekannten russischen Philosophen Nikolai Berdjajew: „Brot für mich – ist eine materielle Sorge, aber Brot für meinen Nächsten – ist eine geistige Fürsorge“.

Die Russische Orthodoxe Kirche zeigt in ihren „Grundlagen der Sozialdoktrin“² die Wichtigkeit des Problems der ökonomischen Gerechtigkeit auf. Die Kirche segnet, wie es ausdrücklich heißt, ökonomische Tätigkeiten, die auf das Wohl der Menschen gerichtet sind, und „setzt sich beständig für die Rechte der Stimmlosen und Ohnmächtigen ein. Deshalb fordert sie die Gesellschaft zur gerechten Verteilung der Früchte der Arbeit auf.“ Die Kirche lehrt, dass der Reiche den Armen, der Gesunde den Kranken, der Arbeitsfähige den Hochbetagten zu unterstützen hat. Eindeutig wird betont: „Das geistige Wohl und die Selbsterhaltung der Gesellschaft sind nur unter der Voraussetzung möglich, dass die Sicherung des Lebens, der Gesundheit sowie des minimalen Wohlstands aller Bürger unbedingte Priorität bei der Verteilung der materiellen Ressourcen genießt.“

Die Heilige Schrift selbst verlangt vom Menschen, dass er sich nicht nur um den eigenen Lebensunterhalt bemüht, sondern auch um Güter, die er an die Bedürftigen verteilen kann. Der Apostel Paulus schreibt an die Epheser: „Arbeite und schaffe mit den Händen etwas Gutes, um dem Bedürftigen zu helfen“ (Eph 4,28). Die Kirche ruft den Menschen zur effektiven wirtschaftlichen Tätigkeit dafür auf, damit die durch die Tätigkeit erworbenen materiellen Reichtümer an diejenigen weitergegeben werden können, die unverschuldet Armut und Not erdulden müssen.

Die Wirtschaft darf daher nicht nur effektiv, sondern muss auch gerecht sein. In diesem Fall wird ein ökonomisches System hohe geistig-moralische Normen erfüllen und wird damit wirklich humanistisch. Der Reichtum ist nur in dem Fall gerechtfertigt, wenn er zum Wohle aller Menschen dient. Dies ist die einzige Alternative zur ökonomischen Willkür, die nach dem Zusammenbruch der sowjetischen Regime herrscht und immer mehr Menschen in eine immer größere Not drängt. Eine wichtige Rolle in der Umverteilung des überflüssigen Reichtums spielt die Wohltätigkeit. Ein Mensch wird selbst geistig erneuert, wenn

2 Vgl. zu diesem wichtigen Dokument aus dem Jahr 2000 die Hinweise unten S. 146. Der zitierte Text findet sich in Abschnitt VI. „Die Arbeit und ihre Früchte“, Absatz 6.

er den Bedürftigen gibt. Der Name der wohltätigen Organisation „Renovabis“ hat für mich genau dieselbe Bedeutung.

Aber ein wirklich realer Wohlstand für die Bevölkerung eines ganzen Staates kann erst dann erreicht werden, wenn der Staat die Verantwortung für die gerechte Umverteilung der als Resultat des menschlichen Handelns erwirtschafteten Güter übernimmt. Das ist die eigentliche Bestimmung eines Staates: die Verantwortung für die Organisation der Wirtschaft auf geistig-moralischen Prinzipien zu übernehmen. Die Schaffung eines effektiven wirtschaftlichen und gesetzlichen Systems ist ein Gott wohlgefälliges Ziel. In einer solchen Gesellschaft haben wirtschaftliche Tätigkeiten auch eine geistige Dimension. Irdische Güter sind nichts ohne himmlische. Der einzige wahrlich rechtmäßige Besitzer der irdischen Güter ist allein Gott, der Schöpfer der Erde und des Himmels. Er gewährt uns diese Güter nur zur Verwaltung und Vermehrung.

Wieder und wieder wünsche ich dem Internationalen Kongress Renovabis viel Erfolg und bete um Gottes Segen für Ihr Tun, damit Ihre geistige Anstrengung viele geistige Früchte zu Ehren unseres Herrn und Gott Jesus Christus hervorbringen möge.

Metropolit Filaret von Minsk und Sluzk

Grußwort des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland³

Mit dem Thema „Neuer Reichtum – neue Armut. Soziale Umbrüche in Mittel- und Osteuropa“ weisen die Veranstalter des Internationalen Kongresses Renovabis darauf hin, dass trotz aller Bemühungen und Fortschritte in den letzten 15 Jahren in vielen Bereichen Osteuropas Armut, soziale Ausgrenzung, Ausbeutung und Unsicherheit das Schicksal unzähliger Menschen geblieben ist. Neue und erschreckende Formen der Ausbeutung – wie die Zwangsprostitution und der sexuelle Missbrauch von Kindern – sind hinzugekommen. Deshalb ist nach wie vor unsere Solidarität mit den Menschen in Mittel – und Osteuropa gefordert gemäß unserer Verantwortung vor dem biblischen Evangelium.

Der EU-Beitritt von acht mittel- und osteuropäischen Ländern im vergangenen Jahr hat neue Möglichkeiten eröffnet, politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell enger zusammen zu arbeiten und die Sorgen der anderen mitzutragen. Es gilt darauf Acht zu haben, dass möglichst alle Menschen von der wirtschaftlichen Dynamik in den Beitrittsländern profitieren. Gemeinsam und partnerschaftlich arbeiten die Kirchen aufgrund gemeinsamer christlicher Verantwortung mit daran, die Risse, die Europa jahrzehntelang getrennt haben, zu überwinden und ein friedensfähiges und gerechtes Europa zu gestalten. Mit Sorge nehmen wir wahr, dass in unserem Land wie in anderen „alten“ Mitgliedsländern der EU Ängste wachsen und Vorurteile sich verfestigen. Möge der 9. Internationale Kongress Renovabis dazu helfen, das missionarische Engagement zu stärken, ein besseres Verständnis der Situation zu vermitteln und neue Einsichten zu verbreiten!

Über die Entwicklung in der Europäischen Union dürfen die Menschen in den anderen osteuropäischen Ländern nicht vergessen werden. Demokratie, gesellschaftliche Partizipation, sozialer Ausgleich und wirtschaftliche Entwicklung sollen nicht an den EU-Grenzen Halt ma-

³ Pfarrer Peter Sachi, Kiew, trug das Grußwort vor. Vgl. auch oben S. 17.

chen. Es ist deshalb das Ziel der Arbeit von Renovabis und auch unserer evangelischen Schwesteraktion „Hoffnung in Osteuropa“, die kulturellen Gräben zu überwinden und die Grenzen für Verständigung und Versöhnung zu öffnen.

Im Namen des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland grüße ich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 9. Internationalen Kongresses Renovabis und erbitte und erhoffe für Ihre Beratungen und Begegnungen die Gegenwart des Dreieinigen Gottes und ein ermutigendes, gutes Gelingen.

Bischof Dr. Wolfgang Huber

Grußwort des Präsidenten des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen

Für Renovabis – die Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa – sind zwei unterschiedliche Schwerpunkte ihres Auftrags zu einer guten Tradition geworden: die konkrete Unterstützung der Menschen dieses Teils Europas und gleichzeitig die Förderung einer gemeinsamen Reflexion über die Frage, wie ein Leben in Gerechtigkeit und Freiheit, ein Leben, das des Menschen würdig ist, in diesen Ländern erreicht werden kann. Dazu werden Vertreter dieser Völker eingeladen, Repräsentanten der Kirche, Gläubige, Experten des öffentlichen und sozialen Lebens und natürlich auch Politiker. Gemeinsam gehen sie der Frage nach, wie respektvolle und solidarische Gesellschaften errichtet werden können, die sich auf den bewährten christlichen Werten aufbauen, die Garant sind für die Integrität der Person und der Gesellschaft, in der diese lebt.

Das Thema des diesjährigen Kongresses „Neuer Reichtum – neue Armut. Soziale Umbrüche in Mittel- und Osteuropa“ fokussiert auf einen Aspekt, der von höchster Bedeutung ist, wenn man den kurzen Zeitraum seit den politischen Umwälzungen der Jahre 1989/1990 bedenkt. Es wurde viel erreicht, und die demokratische Entwicklung geht allgemein gut voran. Wir müssen aber auch sehen, dass die sozialen Unterschiede immer deutlicher hervortreten. Diese Unterschiede stellen den Erfolg der Demokratisierung in Frage. Was hier geschieht, hat seinen Ursprung noch in der Doktrin und in den totalitären Regimen, die bis vor einiger Zeit das individuelle Leben und die ganze Gesellschaft geformt haben. Auch nach ihrem Niedergang überschatten und beeinflussen sie das Handeln der Menschen dieses Teils Europas. Diese Gesellschaften wurden teilweise von den Wurzeln ihrer Identität abgeschnitten und tun sich schwer, diese Wurzeln wiederzufinden. Die konkrete Lebenssituation hindert zudem daran, einen Zusammenklang von Glaube und Alltag zu finden.

Viele Länder Westeuropas durchleben ebenso eine Krise. Auch hier handelt es sich – wenn auch aus anderen Gründen – um eine Identitäts-

krise, die sich in der Schwierigkeit ausdrückt, die christlichen Werte anzuerkennen, durch die sich ein christlicher Humanismus entwickelt und geformt hat, der zum Fundament Europas wurde. Nur die Hinwendung zu dieser anthropologischen Sicht des Menschen befähigt Europa, seine Identität zu finden und eine gerechte, freie und solidarische Welt zu gestalten. Europa wird nur dann die zeitliche Ordnung gestalten können, wenn es sich gleichzeitig um spirituelle Vertiefung bemüht (vgl. *Gaudium et Spes*, 4).

Es bedarf also eines Impulses zur neuen Evangelisierung Europas. Dies ist ein Auftrag an die Kirche insgesamt wie auch an jeden einzelnen Christen, die Bewegungen und die Organisationen. Alle sind gerufen, Sauerteig zu sein in unserer Gesellschaft und in den Gemeinschaften, in denen sie leben. Angesichts der Herausforderungen und Unsicherheiten, angesichts fehlender Gerechtigkeit und mangelnder Freiheit ist es richtig, sich der entscheidenden Rolle zu erinnern, die das Zweite Vatikanische Konzil den Laien zuspricht: „Das Apostolat im sozialen Milieu, nämlich das Bemühen, Mentalität und Sitte, Gesetz und Strukturen der Gemeinschaft, in der jemand lebt, im Geist Christi zu gestalten, ist so sehr Aufgabe und Pflicht der Laien, dass sie durch andere niemals entsprechend erfüllt werden kann“ (Dekret über das Laienapostolat „*Apostolicam actuositatem*“, 13).

Ich hoffe, dass die Überlegungen des 9. Internationalen Kongresses die Teilnehmer bereichern und die Partner von *Renovabis* zu einem Einsatz aus christlicher Überzeugung zum spirituellen und materiellen Wohle aller und jedes einzelnen anspornen.

Walter Kardinal Kasper

Grußwort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz

Seit 1997 richtet Renovabis, die Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz jährlich einen Internationalen Kongress aus. Ich freue mich, dass Sie alle aus den verschiedenen Teilen Europas in diesen Tagen wieder nach Freising gekommen sind, um den Dialog zwischen Ost und West zu pflegen. Leider kann ich in diesem Jahr nicht selbst daran teilnehmen. Umso herzlicher grüße ich Sie alle – Teilnehmer, Referenten und Organisatoren – auf diesem Wege und überbringe Ihnen die tief empfundenen Segenswünsche der deutschen Bischöfe.

Der Kongress steht unter dem Titel „Neuer Reichtum – neue Armut“ und wird sich mit den sozialen Umbrüchen befassen, die Gesellschaften und einzelne Menschen in Mittel- und Osteuropa während dieser Jahre erleben. Die Veranstaltung eröffnet Möglichkeiten, sich in differenzierter Weise mit der wirtschaftlichen und sozialen Realität im Osten unseres gemeinsamen Kontinents zu befassen. Dies ist gerade auch deshalb wichtig, weil in der Öffentlichkeit der westlichen Länder vielfach allzu plakative Vorstellungen und Klischees kursieren. Fachkundige Beiträge und Diskussionen zwischen Teilnehmern aus verschiedenen Regionen Europas machen den Kongress zu einer Gelegenheit, die komplexe Wirklichkeit tiefer zu durchdringen und aus dem Geiste der christlichen Sozialethik fundierte Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

Die Menschen im ehemaligen „Ostblock“ haben in den vergangenen Jahren gewaltige Veränderungen erlebt, und die Transformationsprozesse dauern bis heute an. Dankbarkeit muss uns erfüllen, wenn wir an den Zugewinn an Freiheit denken, der mit dem Ende des kommunistischen Regimes möglich wurde. Endlich ist das Recht auf freie Wahl und Ausübung der Religion gewährleistet. Bürgerliche Freiheiten und politische Mitwirkungsrechte sind den Jüngeren bereits zum selbstverständlichen Teil der Lebenswelt geworden.

Nicht wenige profitieren auch von wirtschaftlicher Prosperität und Wohlstand. Doch zeigen sich gerade im Bereich der ökonomischen und sozialen Entwicklungen auch scharfe Verwerfungen. Der Reichtum ist extrem ungleich verteilt, und nicht selten sehen wir Gesichter der Armut, die uns unter den Vorzeichen der früheren Gesellschaften nur selten anblickten. Selbst in jenen Ländern, die im letzten Jahr der Europäischen Union beigetreten sind, gibt es Verlierer der Transformation, deren Not nur allzu leicht in Vergessenheit gerät – ganz zu schweigen von den Sorgen vieler, die jenseits der neuen Grenzlinie in Europa leben.

Diese Situation stellt auch die Kirche vor große Herausforderungen. Ihr tatkräftiger Beitrag zur Überwindung der neuen Armut ist ebenso gefordert wie das christliche Zeugnis für ein gesellschaftliches Zusammenleben, das die Würde eines jeden Menschen respektiert. Vor diesem Hintergrund ist der diesjährige Kongress *Renovabis* ein Ausdruck für das Bemühen, die lebendige Hoffnung des Glaubens in das Ringen um die Zukunft Europas einzubringen und sie der mancherorts drohenden Resignation entgegenzusetzen.

So wünsche ich Ihrer Zusammenkunft einen guten Verlauf und reichen Ertrag zum Wohle aller Menschen in Europa, vor allem aber der Armen, die unter dem besonderen Schutz unseres Herrn Jesus Christus stehen.

Karl Kardinal Lehmann

Grußwort des Erzbischofs von Köln

Herzliche Segensgrüße übermittle ich allen Teilnehmern des Renovabis-Kongresses: „Neuer Reichtum – neue Armut. Soziale Umbrüche in Mittel- und Osteuropa“!

Das Thema verlangt eine ehrliche Gewissenserforschung und dann den festen Entschluss, Fehlentwicklungen tatkräftig zu korrigieren. Theoretisch hätten die mittel- und osteuropäischen Völker für die Soziale Frage eine besondere und ausgeprägte Sensibilität haben müssen. Die kommunistische Indoktrination bestand ja darin, dass man Machtpolitik mit der Vision sozialer Gerechtigkeit ummantelt hat. Das kommunistische oder sozialistische „Endzeitparadies“ wurde immer als die Gleichheit aller an Produktionsmitteln und Produktionsergebnissen dargestellt. Die kommunistische Analyse hieß: Alles Elend in der Welt hat seine Ursache in der falschen Verteilung der Güter. Also ging die Therapie dahin, dass man in der Revolution die Kapitalisten enteignen muss, um dann all die Güter gerecht zu verteilen, damit dadurch die Gesellschaft geheilt werden kann.

Wie ich schon erwähnte, hat man diese marxistische Theorie als Mittel zum Zweck verwendet, um das kommunistische Imperium in der Welt, namentlich aber in Ost- und Mitteleuropa zu errichten. Deshalb konnten diese sozialistischen Theorien von den damaligen Bewohnern – zu denen ich selbst gehöre – gar nicht ernst genommen werden.

Nun hat sich das geschichtliche Blatt gewendet. Der kommunistische Sozialismus ist untergegangen, aber wir haben den Eindruck, dass wir vom Regen in die Traufe gekommen sind, dass die Ungerechtigkeiten nicht ab, sondern vielleicht noch zugenommen haben, dass die soziale Not nicht kleiner, sondern oftmals größer geworden ist. In diese Situation ist Renovabis hineingerufen worden, um zu helfen, dass nach den Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa eine Gesellschaft entsteht, die von sozialer Gerechtigkeit und Liebe geprägt ist. Dazu ist notwendig, dass jeder sich seiner Verantwortung für das Gemeinwohl in der Gesell-

schaft verantwortlich weiß, dass er sich sachkundig macht über die sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhänge. Hier wird Renovabis Informations- und Schulungsaufgaben zu unterstützen haben! Es muss hingewiesen werden auf die Zusammenhänge von Kapital und Arbeit einerseits und von gesellschaftlicher Verantwortung andererseits.

Eines der drückendsten Probleme ist die Arbeitslosigkeit. Die Menschen haben die Möglichkeit, alles zu kaufen, was sie möchten, aber es fehlen ihnen die Mittel dazu, weil ihnen Arbeit versagt ist. Und Arbeit bedeutet nicht nur die Sicherung des Lebensunterhaltes, sondern sie gehört auch zur Würde des Menschen. Wenn Gott in der Heiligen Schrift dargestellt wird wie ein Handwerker, der sechs Tage Hand angelegt hat, um seine Schöpfung ins Dasein zu rufen, dann ist der Mensch ebenfalls auf Arbeit angelegt. Arbeit ist mehr als Gelderwerb, sie gehört zu unserer Würde als Ebenbilder des lebendigen Gottes.

Es lassen sich viele Probleme aufzählen, aber es ist ein Gebot der Stunde, Wege zur Lösung der Probleme zu suchen und zu finden und sie anderen mitzuteilen. Damit das ein gutes Stück gelingt, wünsche ich diesem Kongress wirklich den Heiligen Geist. Er kann uns Horizonte für unser Zusammenleben eröffnen, von denen wir noch keine Ahnung haben. So wird neben dem Gespräch und der Diskussion ganz besonders das Gebet und die Feier der heiligen Eucharistie in diesen Tagen im Vordergrund stehen müssen. Das gilt auch heute noch: „An Gottes Segen ist alles gelegen!“

Darum nochmals mein Segensgruß und mein Segenswunsch für alle Beteiligten am diesjährigen Renovabis-Kongress!

Joachim Kardinal Meisner

Grußwort des Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Herzlich grüße ich alle, die sich zum 9. Internationalen Renovabis-Kongress versammelt haben, und wünsche Ihnen eine gute und ertragreiche Tagung auf dem Domberg von Freising. Ihr Leitgedanke „Neuer Reichtum – neue Armut. Soziale Umbrüche in Mittel- und Osteuropa“ greift mitten hinein in den Alltag vieler Menschen in Mittel- und Osteuropa. Mit großen Erwartungen haben sich die Völker Mittel- und Osteuropas nach Jahrzehnten der Unfreiheit dem großen Projekt der europäischen Einigung zugewandt. Als Europäer wollen sie an dem großen Erfolg der europäischen Integration teilhaben, die Freiheit und Wohlstand miteinander verbunden hat. Sie wissen, dass diese Chance nur durch eigene Anstrengung zur Wirklichkeit werden kann. Sie sind jedoch enttäuscht, wenn sie keine Möglichkeit zur eigenen Leistung haben oder wenn sich trotz ihrer Arbeit die neue freiheitliche Gesellschaft in neue Armut und neuen Reichtum spaltet. Wer erfolglos bleibt, den verletzt die neue Armut und den kränkt der neue Reichtum. Und er fragt mit Recht, warum die Freiheit, die sich auf der Achtung der Menschenwürde gründet, nicht auch zu menschenwürdigen Lebensbedingungen führt.

Christen jagen keinen Utopien nach. Aber sie fühlen sich ihren Mitmenschen verpflichtet und wissen deshalb, dass der Sinn der Freiheit für die meisten Menschen nur dann erkennbar ist, wenn Staat und Gesellschaft den Gedanken der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet sind. Beide Gedanken lassen sich zwar immer nur begrenzt durch Rechtsnormen und staatliche Maßnahmen in die Wirklichkeit umsetzen. Denn diese richtet sich nach ihren eigenen Notwendigkeiten, und kein Gesetz kann festlegen, was die Wirtschaft nicht zu leisten in der Lage ist. Wer darum aber auf das Streben nach Solidarität und sozialer Gerechtigkeit verzichtet und den Sozialstaat verhöhnt oder abschafft, vergeht sich an seinen Mitmenschen. Solidarität und soziale Gerechtigkeit sind und bleiben Grundwerte christlichen Handelns.

Auch im Westen fragen jetzt viele Menschen nach der Zukunft der sozialen Gerechtigkeit, denn auch dort gibt es heute wieder die Gefahr von neuem Reichtum und neuer Armut. Manche meinen, dies sei die Konsequenz des größeren Europa, und rufen deshalb nach Abschottung und neuen Grenzen. In Wahrheit hat die soziale Gerechtigkeit nur im größeren Europa eine Zukunft. Solidarität und soziale Gerechtigkeit sind die Werte, welche die Freiheit mit Sinn erfüllen und das Leben in der kommenden europäischen Gesellschaft menschenwürdig machen. Auf dem Wege dahin haben die Menschen in den Ländern Mittel- und Osteuropas, die erst durch die große Wende von 1989/90 die Freiheit erringen konnten, die schwereren Lasten zu tragen und die größeren Leistungen zu erbringen. Aufgabe der Christen ist es, sie dazu im Glauben zu ermutigen. Wer vom Geist der Frohen Botschaft erfüllt ist, will auch seinen Mitmenschen davon mitteilen.

Wir wissen, dass Europas Vergangenheit ganz wesentlich vom Geist des Christentums geprägt worden ist, das uns die Sorge für den Nächsten zum Gebot macht. Arbeiten wir gemeinsam dafür, dass auch Europas Zukunft von der Kraft des Evangeliums zeugt.

Prof. Dr. Hans Joachim Meyer

Grußwort des Fraktionsvorsitzenden der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten (EVP-ED) im Europäischen Parlament

Fünfzehn Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und den damit verbundenen Umwälzungen hat sich die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation in den Staaten des ehemaligen „Ostblocks“ grundlegend gewandelt. Die einst von der ehemaligen Sowjetunion abhängigen Länder haben ihre Selbstständigkeit erreicht; Frieden, Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft haben sich durchgesetzt. Höhepunkt dieser Entwicklung war die Aufnahme der acht mittel- und ost-europäischen Staaten in die Europäische Union.

Der Prozess der Wandlung ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Der wirtschaftliche Aufschwung hat noch nicht alle Bevölkerungskreise erreicht. Viele Menschen stehen auf der Schattenseite des Erfolgs. Sie finden sich noch immer nur sehr schwer in der neuen Marktwirtschaft zurecht und fühlen sich als Verlierer des Transformationsprozesses.

Wir dürfen uns mit diesem Zustand nicht zufrieden geben. Es gilt vielmehr, die Bemühungen der neuen Demokratien um weitere soziale, politische und wirtschaftliche Fortschritte nach Kräften zu unterstützen. Dies ist die zentrale Aufgabe der Europäischen Union, die sich auf dem christlichen Prinzip der Solidarität gründet. Trotz wirtschaftlicher Probleme müssen die „reichen“ alten Mitgliedsstaaten den neuen Mitgliedsländern weiterhin tatkräftig Hilfe zur Selbsthilfe leisten.

Der 9. Internationale Kongress Renovabis wird dazu beitragen, das Bewusstsein für die Situation im Osten Europas zu schärfen. Auf dieser Grundlage wird es möglich sein, konkrete Wege aufzuzeichnen, wie die trotz aller Errungenschaften noch verbliebenen Defizite abgebaut werden können.

Dem diesjährigen Renovabis-Kongress wünsche ich einen weithin sichtbaren Erfolg und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern viele bereichernde Vorträge und Gespräche.

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering

Grußwort des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland

Nur wenige Regionen der Welt haben in den vergangenen 15 Jahren einen so tiefgreifenden Wandel durchlaufen wie Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Die Vereinigung unseres Kontinents ist in erster Linie ein Verdienst der Menschen in diesen Ländern. Ebenso wie unsere Landsleute im Osten Deutschlands haben sie friedlich die Unterdrückung abgeschüttelt und die Freiheit errungen. Die „orangene Revolution“ in der Ukraine hat dies eindrucksvoll bestätigt. Die Menschen haben für die Freiheit große Entbehrungen auf sich genommen. Sie haben den Mut zu einschneidenden Reformen, der vor allem von der Hoffnung auf ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand getragen ist.

Gesellschaften und politische Verantwortungsträger in diesen Staaten stehen auch weiterhin vor großen Herausforderungen. Einerseits geht es darum, die wirtschaftlichen und sozialen Transformationsprozesse voranzutreiben. Andererseits müssen sie ebenso wie die Staaten in West- und Mitteleuropa nachhaltige Antworten auf die Globalisierung, auf demografische Umbrüche und den immer härter werdenden globalen Wettbewerb geben. Bei allen Schritten müssen wir unserem gemeinsamen Ziel eines sozial gerechten Europas näher kommen. Nur wenn es gelingt, neue Armut und gesellschaftliche Spaltung zu verhindern und möglichst vielen Menschen wirtschaftliche und politische Teilhabe zu ermöglichen, werden wir auf Dauer politische Stabilität und das Wohlergehen der Bürger gewährleisten können.

Den Kirchen kommt bei dieser zentralen Zukunftsfrage eine bedeutende Rolle zu. Dies gilt nicht nur für ihr karitatives Engagement. Die Kirchen haben entscheidend zur Entwicklung des europäischen Sozialmodells beigetragen. Ihr Bekenntnis zur Würde und Freiheit des Individuums, zur gesellschaftlichen Solidarität und zur sozialen Gerechtigkeit ist Orientierung für eine humane und zukunfts zugewandte Politik. Auch dieser Kongress wird dazu beitragen, gemeinsame Wege zur Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels zu beschreiten. Ich wünsche den Veranstaltern und allen Gästen gute Stunden des Gesprächs und der Besinnung.

Gerhard Schröder

Grußbotschaft der Kardinalstaatssekretärs⁴

Zum neunten Mal lädt das Hilfswerk Renovabis zu einem Internationalen Kongress, der in diesem Jahr unter dem Leitgedanken „Neuer Reichtum – neue Armut. Soziale Umbrüche in Mittel- und Osteuropa“ steht. Im Namen Seiner Heiligkeit Papst Benedikt XVI. entbiete ich den Organisatoren, den Vortragenden und allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen herzlichen Gruß, der sich mit der Überzeugung verbindet, dass die vertiefte Kenntnis der gesellschaftlichen Situation der Länder in Mittel- und Osteuropa in eine mutige und von der kirchlichen Soziallehre inspirierte Antwort der Solidarität münden wird.

In Zeiten des Umbruchs geraten viele Menschen in Gefahr, ihren sozialen, familiären oder moralischen Halt zu verlieren. Die Versuchung des schnellen Reichtums, aber ebenso die entmutigenden wirtschaftlichen Benachteiligungen fordern viel Standfestigkeit, um den im Gewissen erkannten objektiven sittlichen Werten treu zu bleiben und sich über Eigeninteressen hinweg für das Gemeinwohl einzusetzen. Dabei kommt dem pastoralen Wirken der Kirche eine entscheidende Bedeutung zu, denn durch die Verkündigung des Evangeliums und durch die Spendung der Sakramente vermittelt sie die Gnade und Nähe Gottes. Sie schenkt den Gläubigen Orientierung und Kraft und bewahrt sie vor Extremen sowie vor untätiger Gleichgültigkeit, damit sie segensreich in ihre nähere Umgebung und in die ganze Gesellschaft hineinwirken können.

Die Solidaritätsaktion Renovabis und ihre Partner in Mittel- und Osteuropa leisten durch ihre verdienstvollen Einsätze vor Ort und nicht zuletzt auch durch den jährlichen Internationalen Kongress einen wichtigen Beitrag, damit die Kirche die ihr gestellten Aufgaben gerade auch in Zeiten des sozialen Umbruchs erfüllen kann. In diesem Sinne erteilt der Heilige Vater Papst Benedikt XVI. Ihnen allen von Herzen seinen Apostolischen Segen.

Angelo Kardinal Sodano

⁴ Pater Demuth trug die Grußbotschaft vor. Vgl. auch oben S. 18.

Der Bayerische Ministerpräsident

Herzlich begrüße ich die Teilnehmer des 9. Internationalen Kongresses Renovabis in Freising, ebenso herzlich danke ich den Veranstaltern und Organisatoren.

Ich freue mich, dass sich Renovabis weiterhin aktiv für die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa einsetzt. Seine Völker haben Freunde in Freising: Hier geht es nicht um Ermahnung und Belehrung, sondern um Verständnis. Die Herausforderungen, vor denen Deutschland derzeit steht, sind beachtlich. Verständlicherweise sorgen sich die Deutschen deshalb um die Zukunft ihres eigenen Landes. Hierüber wollen wir nicht vergessen, dass nicht weit von unseren Grenzen entfernt Menschen leben, deren Probleme weitaus größer sind als die unseren. Diese Menschen blicken auf uns, weil sie als Europäer unsere Solidarität erwarten.

Erfreulicherweise gibt es in vielen Ländern Mittel- und Osteuropas Erfolge zu verzeichnen. Einige Staaten haben nach der Befreiung vom kommunistischen System rasch stabile demokratische und marktwirtschaftliche Strukturen aufgebaut, die einen schnellen Beitritt zur Europäischen Union ermöglichten. Auf dem Balkan jedoch sind nicht nur die wirtschaftlichen Fortschritte weniger deutlich, die Stabilität wird auch durch ethnische Konflikte infrage gestellt. Umso mehr freue ich mich, dass sich etwa in Bosnien und Herzegowina Renovabis und die Bayerische Staatsregierung Seite an Seite für Frieden und Fortschritt engagieren.

Den Teilnehmern des 9. Internationalen Kongresses Renovabis wünsche ich einen gelungenen Verlauf der Veranstaltung, einen anregenden Gedankenaustausch und Ergebnisse, welche die Arbeit in Osteuropa nachhaltig befruchten.

Dr. Edmund Stoiber

Grußwort des Kommissars der Europäischen Union für Erweiterung

Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie den Organisatoren des 9. Internationalen Kongresses Renovabis in Freising übermittle ich meine herzlichen Grüße.

Neuer Reichtum – neue Armut – unter diesem Thema werden Sie drei Tage die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa diskutieren, Erfolgsgeschichten nachgehen und noch ungelöste Probleme erörtern. Ich bin mir wohl bewusst, dass der schwierige Transformationsprozess in den Ländern Mittel- und Osteuropas Lasten und Opfer bedeutete und sich nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer oder Enttäuschte in den Gesellschaften dieser Länder finden. Um so wichtiger ist es, sich in Erinnerung zu rufen, dass das Gelingen des Transformationsprozesses die alles entscheidende Voraussetzung für die Bewältigung der historischen Erblasten von Diktatur und kommunistischer Misswirtschaft war und dass die Völker der neuen EU-Mitgliedsstaaten aus Mittel- und Osteuropa diese Aufgabe gemeistert haben, nicht zuletzt, weil sie auf die gleichberechtigte Teilnahme an der europäischen Integration vertrauten. Damit haben sie die Grundlagen für eine nachholende Entwicklung geschaffen, für prosperierende Wirtschaften, für die Bewältigung vorhandener sozialer Probleme und für die Schaffung inklusiver Gesellschaften. Dafür tragen diese Länder auch künftig den größten Teil der Verantwortung. Aber auch künftig gilt, dass sie dabei auf europäische Solidarität und Unterstützung rechnen dürfen.

Es sollte auch nicht vergessen werden, dass die große Erweiterung der EU, die mit der Mitgliedschaft Rumäniens und Bulgariens in wenigen Jahren ihren Abschluss findet, die Voraussetzungen schuf, dass wir gemeinsam unsere Zukunft so gestalten können, dass Frieden, Freiheit, Wohlstand und Chancengleichheit das Gesicht unseres Kontinents im 21. Jahrhundert prägen werden. Was wir daraus machen, hängt von uns allen und jedem einzelnen ab.

In diesem Sinn wünsche ich allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Kongresses anregende Diskussionen, interessante Begegnungen und neue Einsichten. Ich setze darauf, dass Sie am Ende der Gespräche mit dem sicheren Wissen in Ihre Heimatorte zurückkehren, dass sich das Engagement für die europäische Integration lohnt!

Günter Verheugen

Grußwort des Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen

Die ökumenisch ausgerichtete Solidaritätsaktion „Renovabis“ der deutschen Katholiken steht seit ihrer Gründung 1993 für „Hilfe zur Selbsthilfe“ und partnerschaftliche Unterstützung bei der Bewältigung der tiefgreifenden Umwälzungen in 28 Ländern Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“. Die praktische Hilfe und Unterstützung in der pastoralen Arbeit, in der Diakonie und im Bildungswesen zur Vermittlung der Prinzipien von Demokratie, Marktwirtschaft und christlicher Soziallehre gehört ebenso zu ihren Aufgaben wie der Dialog mit den dortigen Menschen und gesellschaftlichen Gruppen aller Art. Denn wir brauchen, davon bin ich fest überzeugt, beim Bau unseres gemeinsamen Hauses Europa, bei der Diskussion um dessen Gestalt und Zukunft wie bei der Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben die Erfahrungen und Fähigkeiten des Westens wie des Ostens! Nur beide zusammen repräsentieren und garantieren das christlich-abendländische Erbe, an das wir heute anknüpfen und auf dem auch das Europa von morgen fest stehen wird.

Der Renovabis-Kongress 2005 „Soziale Umbrüche in Mittel- und Osteuropa“ steht unter dem Motto „Neuer Reichtum – neue Armut“. Er beleuchtet die Tatsache, dass die Einführung von Demokratie, Marktwirtschaft, Presse- und Meinungsfreiheit und einer offenen Gesellschaft in den Ländern des ehemaligen Ostblocks durchaus auch Härten und Schattenseiten hat. Inzwischen sind zwar acht dieser Länder fest in die Staatengemeinschaft der Europäischen Union integriert, ist der Friede in Freiheit in Europa damit noch einmal sicherer geworden. Doch auch in diesen Ländern begegnen wir nach wie vor den Schwierigkeiten, wie sie der tiefgreifende politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel nach der Zeitenwende 1989/1990 nach sich zog. Der Umbruch hat neuen Reichtum, aber auch neue Armut hervorgebracht. Der diesjährige Kongress will Fehlentwicklungen benennen und deren Auswirkungen vor allem auf die Schwachen und Benachteiligten deutlich machen.

So ist es nicht hinnehmbar, dass z. B. in Polen, wo sieben der ärmsten Regionen der erweiterten EU liegen, zahlreiche Kinder von Armut bedroht sind. Kinderarbeit, die eigentlich in einem modernen Europa nicht mehr existent sein sollte, nimmt wieder zu. Kinder arbeiten, um ihre arbeitslosen Eltern zu unterstützen, damit Schulbücher und Winterschuhe finanziert werden können. Vielerorts sind Schulspeisungen notwendig, damit die ärmsten Kinder wenigstens eine warme Mahlzeit am Tag erhalten.

Auch in anderen Ländern und Regionen in ganz Europa nehmen Arbeitslosigkeit und Armut zu. Der diesjährige Kongress blickt deshalb neben den EU-Ländern Litauen, Polen und Ungarn auch auf die Beitrittskandidaten Rumänien und Bulgarien sowie auf Albanien, die Ukraine und Russland und sucht Lösungswege und Hilfsmöglichkeiten.

Es ist in erster Linie Aufgabe der Staatengemeinschaft, Armut, Arbeitslosigkeit und Ungerechtigkeit zu bekämpfen und gleiche Lebensbedingungen zu schaffen. Die fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft und Märkte stellt auch neue Herausforderungen an die Sozialpolitik. Dabei ist die Politik jedoch auf die Unterstützung aus der Mitte der Gesellschaft, der Verbände, Interessengruppen, Lobbygemeinschaften und nicht zuletzt der Kirchen angewiesen!

Renovabis stellt sich seit 1993 dieser Pflicht. Ich danke allen Mitarbeitern, Spendern und Förderern für ihren Einsatz in spannender, aber auch schwieriger Zeit. Dem 9. Internationalen Kongress von Renovabis in Freising wünsche ich einen guten Verlauf und viel Erfolg. Ich wünsche mir und bin mir sicher, dass Ihre Ideen und Ihre Arbeit das Zusammenwachsen Europas, seinen Wohlstand und seine kulturell-geistige Kraft befördern!

Dr. Christian Wulff

II. Schlaglichter – Referate – Podien



Schlaglichter zur Situation in Albanien, Litauen und Rumänien

Generalvikar Luçjan Avgustini, Shkodrë

Albanien, im Westen der Balkanhalbinsel gelegen, gehört zu den südosteuropäischen Ländern und hat mit der kürzesten Straßenachse vom westlichen Mittelmeer nach Kleinasien eine geographisch wichtige Position. Von Natur aus besitzt das Land eine äußerst vielfältige Flora und Fauna, ist reich an Bodenschätzen und Energiequellen. Trotz seines natürlichen Reichtums wurde das Land aber zum Armenhaus Europas, zum „weißen Afrika“.

Dies geschah durch die brutale Ausbeutung eines Regimes, das keinerlei Verantwortung für sein Volk trug, sondern es für die eigenen Zwecke missbrauchte. Bemerkenswerterweise liegt auch heute die Wirtschaft in den Händen der ehemaligen Parteifunktionäre oder ihrer Kinder.



Das Jahr 1991 bedeutete für Albanien einen hoffnungsvollen Beginn – mit der Bildung eines demokratischen Rechtsstaates, mit der freien Marktwirtschaft, mit einem Leben in Freiheit unter dem Schutze der Menschenrechte, mit Menschenwürde für jedermann und mit der Hoffnung auf Verbesserung der Lebensqualität in ökonomischer, sozialer und körperlicher Sicherheit.

Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Albanien ist noch immer das *ärmste Land Europas*. Wie kam es dazu?

Am Ende der kommunistisch-atheistischen Gewaltherrschaft eröffneten sich für das albanische Volk große Möglichkeiten. Die Freiheiten, die die Wende mit sich brachte, standen allen Menschen offen: Glaubensfreiheit, freie Meinungsäußerung, Freiheit für Presse und Schrift-

steller, Reisefreiheit, Studienmöglichkeit für alle (nicht nur für die Kinder der Parteifunktionäre), freie Marktwirtschaft, Privateigentum, Erholung und Ferien für jeden, Zugang zu allen Regionen des Landes, Kommunikation mit dem Ausland und vieles mehr.

Das Konsumangebot ist in den letzten drei Jahren deutlich gestiegen. Auf dem Markt ist fast alles zu haben. Ich sage nicht, dass man dies alles besitzen muss, um ein besseres Leben zu führen. Ein Handy und einen Fernseher hat inzwischen jeder; Häuser schießen wie Pilze aus dem Boden. Die Cafés und Restaurants sind voller Gäste. Der Besucher aus Westeuropa denkt bei seinem ersten Besuch: „Die haben ja alles.“ Aber dieser materielle Reichtum ist trügerisch. Ich will die neue Armut in einem Bild beschreiben, wie es in der Deutschen Botschaft einmal formuliert wurde: „Albanien, das Land der wunderschönen roten und blauen Plastiktüten“. Müll wurde zum Erkennungsmerkmal des neuen Reichtums; es gibt keine Müllentsorgung, und die Vermüllung der wunderbaren Natur ist auch das Zeichen der neuen Armut.

Neben der materiellen Armut gibt es eine *ideelle* Armut: Verlust der Orientierung, Verlust des sozialen Gewissens, Verlust von ethischen Grundprinzipien, hohe Gewaltbereitschaft, hohe Korruption und Kriminalisierung, letztlich eine Verwahrlosung des Staates, kollektive Depression als Symptom der Hoffnungslosigkeit.

Einige konkrete Eindrücke der neuen Armut: Viele albanische Familien sind privat hoch verschuldet – bei Verwandten, Bekannten, aber auch bei Banken oder privaten Verleihern. Diese Schulden haben verschiedene Ursachen: Hausbau, kombiniert mit Fehlkalkulationen, da das Baumaterial einer hohen Preissteigerung unterworfen ist; Krankheit mit hoher Verschuldung; traditionelle Verheiratsformen; illegale Beschaffung von Pässen und illegale Bootsüberfahrt ins Ausland. Eine Überfahrt einschließlich eines Passes kostet bis zu 5.000 Euro – das entspricht vier durchschnittlichen Jahresgehältern. Diese Privatverschuldung wird in den nächsten Jahren zu einem großen Problem werden, da die Gläubiger schon jetzt vermehrt ihre Schuldner unter Druck setzen, wenn die Rückzahlung nicht absprachegemäß erfolgt.

Weitere Armutsbelege sind die völlig überfüllten, unkontrollierbaren urbanen Zonen und die vielen Schwarzbauten auf illegal gerodem Land. Auf diese Weise wurden Naturschutzgebiete, aber auch gefährdete Überflutungsbereiche mit Behausungen übersät. So ist zum Beispiel die gesamte Küste mit illegalen, manchmal auch legalen Bauten der Tourismusindustrie wahllos verbaut worden. Der Raubbau an der Natur ist unausweichlich. Die nicht funktionierende Kanalisation und die Zerstörung des Grundwasserreservoirs durch Fäkalien und unkontrollierte Trinkwassernutzung wird in Zukunft zu einem vollkommenen Zusammenbruch der sanitären Systeme führen.

Aus diesen Gründen besteht bei vielen Albanern der Wunsch nach *Auswanderung*. Emigration ist zu einem Charakteristikum der postkommunistischen Zeit geworden. Die illegale Emigration besonders der jungen Leute wächst von Jahr zu Jahr. Die Schicht der Gebildeten verlässt das Land; dieses Problem wird von den Albanern als „der Wegfluss des Stammhirns“ bezeichnet. Nach 1997 emigrierten Tausende von jungen Ökonomen und Pädagogen in westliche Länder, hauptsächlich nach Kanada. In Albanien hingegen fehlen der Wirtschaft die guten Fachleute.

Das ist eine neue Form der Armut: Bildung, Ausbildung und ein wissensdurstiges, lernwilliges, intelligentes Volk auf der einen Seite, eine steigende Analphabetisierung auf der anderen Seite. Ein noch ernsthafteres Problem stellt die zunehmend vernachlässigte achtjährige Schulpflicht dar.

Das Land bietet ein gewaltiges Potenzial an Arbeitskräften, doch bleibt dies ungenutzt. So durchläuft Albanien gegenwärtig eine kritische gesellschaftliche, soziale und auch wirtschaftliche Phase. Der Graben zwischen den vielen Armen und den wenigen Reichen vertieft sich ständig. Die Armut zeigt sich überall, im materiellen, gesellschaftlichen, sozialen, ethischen und spirituellen Bereich. Die elementarsten Grundbedürfnisse menschlichen Lebens können nicht ausreichend befriedigt werden: Essen, Wohnung, Gesundheit, Arbeit, soziale Sicherheit, Rechtssicherheit und Rechtsschutz, Fürsorgepflicht des Staates, Schutz

der Menschenrechte. Die Korruption ist bereits in alle Bereiche des menschlichen Lebens eingedrungen und hat dieses bereits schleichend zerstört. Wir geraten wieder in die soziale Ungleichheit, die auch vor der Wende existiert hat.

Und die *Kirche*? Hoffnungsvoll hat sie vor zehn Jahren begonnen. Das Volk hungerte nach den wahren Werten von Freiheit und Menschlichkeit und glaubte an die positiv verändernde Kraft des Evangeliums. Was ist daraus geworden. Neue Armut – ein neues Armutszeugnis der Kirche? Füllen Sie selbst nach meinen Worten ein Urteil!



Nomedas Sindaravičienė, Lentvaris

Als ich vor meiner Abreise aus Litauen, einem der drei baltischen Länder, mit Kollegen über unser Thema gesprochen und sie gefragt habe, was „neuer Reichtum“ und „neue Armut“ in Litauen heute bedeuten, haben sie mir geantwortet, dass es genau wie früher Reiche und Arme gäbe. Unklar sei nur, wo die Schere zwischen arm und reich liege. Über den neuen Reichtum lässt sich sagen: Man sieht und spürt ihn, aber man spricht kaum über ihn.

Vor einiger Zeit habe ich einen Artikel über reiche Menschen in Litauen gelesen; er handelte von den 30 reichsten Männern Litauens – leider waren keine Frauen darunter. In dem Artikel wurde beschrieben, wieviel Geld diese Männer mit ihren Geschäften verdient haben. Nicht erwähnt wurde aber, wieviel von den Millionen und Milliarden gespendet wurde. Diese Männer gehören zu den Reichsten, die in Litauen Macht haben und Politik machen.

Selbstverständlich lässt sich vieles über die neue Armut sagen. Vor der Wende gab es keine Armen und Reichen, alle waren gleich. Nach der Wende und nach dem Beitritt zur EU hat sich das Gefühl gegenüber Reichtum und Armut nicht verändert, es ist wie früher. Aber nun gibt es genaue Zahlen zu den Arbeitslosen, zu den Obdachlosen, zur Armut

bei Kindern und bei alten Menschen. Im August dieses Jahres 2005 wurden bei uns – bei einer Gesamtbevölkerung von 3,6 Millionen Menschen – 165.000 Arbeitslose, davon 58 Prozent Frauen und 8,1 Prozent junge Erwachsene, gezählt.

Heutzutage ist es besonders für *junge Erwachsene* schwierig, Arbeit zu finden. Große Probleme haben auch diejenigen, die nach einem Auslandsaufenthalt nach Litauen zurückkehren wollen, um hier Arbeit zu finden. Litauische Arbeitgeber argumentieren dann mit der fehlenden Inlands-erfahrung, sodass diesen jungen Erwachsenen nichts anderes übrigbleibt, als weiter im Ausland zu arbeiten und dort bis zu ihrer Rückkehr gut zu verdienen. Ansonsten haben sie keine Zukunft in Litauen.

Die Armutsgrenze liegt in Litauen bei einem Monatseinkommen von 125 Litas, was knapp 30 Euro entspricht. Wer weniger bekommt, befindet sich bereits unterhalb der Armutsgrenze. Besonders schwierig ist die Lage für Familien, besonders für kinderreiche Familien. 30 Prozent aller kinderreichen Familien sind sehr arm.

Heute vor meiner Abreise nach Deutschland – der 1. September war zugleich auch der erste Schultag – habe ich in einem Bericht gehört, dass in diesem Jahr 30.000 Schüler weniger als vor fünf Jahren die 1. Klasse besuchen. Die Geburtenrate sinkt, immer mehr Kinder kommen in Heime. Letztes Jahr wurden 40.000 Kinder gezählt, die aus verschiedensten Gründen ohne elterliche Pflege waren, 70 Prozent davon lebten in Heimen. Positiv ist aber zu vermerken, dass viele Familien Kinder adoptieren oder als Pflegekinder aufnehmen. Ich selbst arbeite in der Adoption und Pflege und kann das bestätigen.

Ein Problem, das uns berechtigt, wirklich über eine „neue Armut“ zu sprechen, ist das Auftreten einer *neuen Form* von Armut, die nicht in erster Linie soziale, sondern seelische und geistige Ursachen hat. Seelische Armut kann man besonders bei Obdachlosen beobachten. Wenn Obdachlose früher aufgrund sozialer Bedingungen allein und auf der Straße lebten, so sind heute viele Obdachlose seelisch verarmt und wollen nicht in einer Familie leben. Heute gibt es in unserer

Hauptstadt Vilnius, der reichsten Stadt Litauens, bereits fünf Heime für diese Obdachlosen.

Wenn ich an Vilnius denke, fallen mir in erster Linie moderne Häuser mit gläsernen Fassaden und reiche Menschen ein. Außerhalb von Vilnius, in den Dörfern und kleinen Städten, sieht es jedoch ganz anders aus. Auch hier wird die neue Armut sichtbar: Sehr viele Eltern leben auf der Suche nach neuen Verdienstmöglichkeiten im Ausland – die *Kinder* bleiben zu Hause. Manchmal leben sie ganz alleine in den Wohnungen, manchmal kümmern sich auch Nachbarn oder Verwandte um sie. Aber auch die Werte, die die Eltern weitergeben könnten, sind irgendwo mit im Ausland; die Kinder müssen sich selbst auf irgendeine Weise eigene Werte schaffen. Wenn wir also heute über neue Armut nachdenken, dann stellen sich die Folgen in der Zukunft vielleicht noch ganz anders dar – diese Kinder, die ohne Eltern aufwachsen, wie werden sie unsere Gesellschaft gestalten?

Genauso arm wie früher sind die *alten Menschen*. Meist liegen die Renten kaum über dem Existenzminimum. Ob hier die Schere zwischen arm und reich in Zukunft kleiner wird, weiß keiner. Was wir sicher wissen, ist, dass die Menschen, die zum Sozialamt kommen und über ihre Probleme sprechen, sich alle Mühe geben, etwas zu ändern – oft haben sie aber gar nicht die Kraft dazu.

Ein weiteres großes Problem in Litauen ist die hohe *Arbeitslosigkeit*. Die Arbeitgeber zahlen zwar heute höhere Löhne als früher, doch ohne Arbeit gibt es keine Chancen auf ein besseres Leben. Zunehmend besteht die Tendenz, dass Arbeitgeber Menschen mit zwei Ausbildungen einstellen, z. B. mit Abschluss in Philologie, also Sprachen, und Jura. Das ist für den Arbeitgeber am vorteilhaftesten. Daneben gibt es einen großen Bevölkerungsteil, der keinen Beruf erlernt hat, weil die Eltern nicht zur Mittelschicht, sondern zur Unterschicht gehörten und es dort kein Einsehen in die Notwendigkeit einer Berufsausbildung gab. Heutzutage ist es ein Problem, ohne Berufsausbildung eine Arbeit zu finden. Denn selbst einfachste Tätigkeiten sind so gefragt, dass sie nur mit Ausbildungsnachweisen und Empfehlungsschreiben ehemaliger Arbeitge-

ber vergeben werden – auch dies ein Hinweis auf neue Armut. Schwierig ist es auch für alleinerziehende Mütter und überhaupt Mütter von kleinen Kindern. Denn wie früher fürchten Arbeitgeber, dass sie nicht zur Arbeit erscheinen, wenn das Kind krank wird, und damit dem Betrieb ein Arbeitsausfall entsteht.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Es existieren neuer Reichtum und neue Armut in Litauen. Aber es gibt – wiederum nach Befragung meiner Kollegen – auch Hoffnung für die Zukunft. Diese Menschen werden in Litauen bleiben und versuchen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und den Menschen im Lande zu helfen.

Ich will Ihnen noch ein ermutigendes Beispiel von jungen Leuten erzählen. Kürzlich habe ich Berichte von Jugendlichen zum Thema „Kinderarmut“ gelesen. Am Ende der Berichte sprachen alle davon, dass es sehr viele arme Kinder gibt, dass es aber auch eine große Hilfsbereitschaft unter den Jugendlichen gibt, diesen Kindern zu helfen.

Wir dürfen allerdings nicht schweigen. Wir müssen anpacken und uns bemühen, in der Gesellschaft, in der sich Eltern um die Kinder und Kinder um die Eltern kümmern, auch einen Platz für Arme zu finden, damit diese nicht allein sind. Es ist meine Hoffnung, dass sich in Litauen eine breite Mittelschicht herausbilden wird und „neuer Reichtum“ und „neue Armut“ nicht mehr so spürbar werden können.

Bürgermeister Klaus Johannis, Sibiu/Hermannstadt

Rumänien ist ein Land in stetigem Umbruch. Der Staat entstand 1859, als die damaligen Fürstentümer Walachei und Moldau vereinigt wurden. 1866 wählte Rumänien einen neuen Herrscher, übrigens einen deutschen: Karl von Hohenzollern-Sigmaringen, seit 1881 König, keine schlechte Wahl. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Rumänien durch Gebietserwerbun-



gen (Siebenbürgen, die Bukowina, Bessarabien und ein Teil der Dobrukscha) zu Großrumänien und verdoppelte sein bisheriges Territorium, veränderte sich allerdings dadurch auch von einem National- zu einem Vielvölkerstaat. Dies blieb so bis 1945; dann kam – obwohl es offiziell anders hieß – die sowjetische Besatzung. Im Dezember 1947 verjagte die kommunistische Regierung den König von Rumänien, es folgte das Zeitalter der Dunkelheit, kurz: der Kommunismus. 42 Jahre später, interessanterweise ebenfalls im Dezember, wurde dann die kommunistische Regierung verjagt. Es war das, was wir im Dezember 1989 „die Revolution“ nannten. Danach folgten die ersten Schritte in Richtung einer demokratischen Gesellschaft.

Wo steht Rumänien im Jahr 2005? Die wirtschaftliche Situation Rumäniens ist nicht rosig, aber ganz schlecht ist sie wohl auch nicht. In den letzten zehn Jahren haben viele, hauptsächlich ausländische Investitionen in Rumänien stattgefunden. Es gibt viele deutsche Investoren und solche aus Österreich, Italien, Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Alle investieren in Rumänien, und inzwischen sind das nicht nur Investitionen von der Art, hier nur eine Vertretung zu eröffnen, sondern es entstehen auch immer mehr Produktionsstätten. Es ist das, was in Westeuropa oft Abwanderung der Arbeitsplätze in den Osten genannt wird – darauf werde ich noch kurz zurückkommen.

Die *Arbeitslosigkeit* in Rumänien liegt unter 10 Prozent, die Inflation ebenfalls.

Das wohl größte Problem, das bisher keine Regierung richtig lösen konnte, ist die *Infrastruktur* Rumäniens. Infrastrukturprobleme sind nicht einfach zu lösen, das weiß jeder. Das wissen auch die Bürgermeister: Straßenbau, Wasserleitungen – alles ist teuer. Ohne Geld geht nichts voran. Es gibt europäische Fonds, die mithelfen. Das ist zur Zeit auch in Rumänien im Gange. In vielen kleinen Orten, in denen es bisher keine Wasseranschlüsse gab, werden Wasserleitungen und Kanalisationen verlegt bzw. in anderen Orten mit veralteten Leitungen erneuert, so etwa in meiner Stadt Sibiu. Insgesamt handelt es sich um eine ganze Reihe von Projekten, die sehr gut laufen.

Paradoxerweise – aber scheinbar typisch für einen ehemals kommunistischen Staat – gibt es mehr Geld, als das Land absorbieren kann. Das ist nicht gut und zeigt, dass die Strukturveränderungen noch weit von einem Abschluss entfernt sind.

Auch Autobahnen werden in Rumänien gebaut. Wir haben bis jetzt insgesamt 250 km; nur zum Vergleich: In Deutschland gibt es über 11.000 km, da ist also noch viel zu tun. Die Privatisierung der Betriebe ist größtenteils abgeschlossen. Man arbeitet am letzten großen Privatisierungskapitel, Elektrizität und Erdgas. Große Konzerne bewerben sich darum, das Problem wird in kurzer Zeit gelöst werden, d.h. die Elektrizitäts- und Gaswerke werden privatisiert und die Preise leider auf europäisches Niveau steigen.

Probleme gibt es auch im rumänischen Rechtssystem, aber wir haben mit Reformen begonnen. Ein weiteres großes Problem wird sehr häufig angesprochen: die Korruption. Rumänien wird immer wieder vorgeworfen, dass die Korruption nicht unter Kontrolle sei oder nicht bekämpft werde. Das ist nicht richtig. Korruption gibt es, Korruption wird bekämpft und das wird mittelfristig auch Erfolge zeigen. Ich glaube daran, dass auch in einem ehemals kommunistischen Land wie Rumänien die Korruption bekämpft und unter Kontrolle gebracht werden kann.

Wir haben seit Anfang des Jahres 2005 eine neue Regierung, eine Koalitionsregierung. Es existiert ein großes Problem, das diese Regierung – übrigens eine gute Regierung – lösen muss. Das Problem ist der EU-Beitritt Rumäniens, ein Thema, das ganz besonders in Deutschland in letzter Zeit häufig in die Medien gelangt, hauptsächlich wohl wegen des gegenwärtigen Wahlkampfes¹. Auch wenn das, was dort gesagt wird, für uns manchmal fast schon eine Beleidigung ist, hat es doch auch Vorteile, denn so kommt Rumänien in die Medien. Zumindest weiß man dann, dass es uns überhaupt gibt und dass wir in die EU wollen. Der nächste Termin wäre der 1. Januar 2007, aber natürlich nur, wenn Rumänien bis dahin seine Hausaufgaben gemacht hat. Falls nicht, gibt es eine Klausel

¹ Gemeint ist die Wahl zum Deutschen Bundestag am 18. September 2005.

im Vertrag, dass Rumänien dann doch 2008 in die EU kommen wird. Man kann ziemlich optimistisch sein.

Ich möchte nun noch kurz etwas über meine Stadt sagen, als Fallbeispiel einer rumänischen Stadt. Sibiu, zu deutsch Hermannstadt, ist eine Stadt mit 180.000 Einwohnern und liegt im Zentrum Rumäniens, in Siebenbürgen. Manche kennen das vielleicht eher als Transsylvanien. Die Stadt wurde im 12. Jahrhundert von deutschen Kolonisten gegründet, die eine eigene Verwaltung und eine eigene Rechtsprechung hatten, was mit der Zeit jedoch reduziert wurde. Im 19. Jahrhundert wurde die eigene Verwaltung aufgelöst, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts begann die Abwanderung der ehemaligen Deutschen aus Rumänien. Inzwischen sind wir recht wenige: In Hermannstadt, meiner Stadt, leben etwa 1,5 Prozent Deutsche, im Landkreis Hermannstadt etwas unter 1 Prozent, in Rumänien insgesamt etwa 0,3 Prozent. Diese übrig gebliebenen Deutschen haben auch eine politische Vertretung, das so genannte „Demokratische Forum der Deutschen“ in Rumänien. Dieses Deutsche Forum hat mich aufgestellt, und so bin ich Bürgermeister von Hermannstadt geworden.

Hermannstadt hat eine sehr schöne große Altstadt von etwa 70 Hektar. Sehr vieles ist in den Jahren des Kommunismus durch Vernachlässigung kaputt gegangen, vieles ist in einem schlechten Zustand – trotzdem arbeiten wir an der Restaurierung unserer Stadt. Wir bekommen Hilfe für diese große Arbeit, so z. B. aus Deutschland: Die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) arbeitet eng mit uns zusammen. Wir hatten auch die Möglichkeit, EU-Fonds von der Wichtigkeit unserer Arbeiten zu überzeugen. Und wir haben Bürgerinnen und Bürger, die ihre Altstadt retten und sie restaurieren wollen. Der Eigenbeitrag der Stadt ist der mit Abstand größte für die Restaurierungsarbeiten bereitgestellte Beitrag.

Hermannstadt hat, wie schon erwähnt, eine sehr schöne Altstadt. Wir schmücken uns damit und zeigen sie vor, aber das Geld verdienen wir mit der Industrie. Hermannstadt ist eine Industriestadt. Wir haben es geschafft, in den letzten Jahren viele Investoren anzuziehen, hauptsäch-

lich aus Deutschland. Ein neues Industriegebiet hat bis jetzt über 1.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Die Arbeitslosigkeit in der Stadt liegt bei etwa 5 Prozent. Über die Restaurierungsarbeiten hinaus bemühen wir uns, auch die restliche Infrastruktur wieder herzurichten.

Hermannstadt mit seinen 180.000 Einwohnern hat sechs Universitäten. Man mag das für ein bisschen viel halten, aber es ist eine Tatsache. Wir haben sogar eine private Universität, die aus der ehemaligen staatlichen gebildet wurde; wir haben die rumänische Heeresakademie und Fakultäten von Universitäten, deren Hauptsitze sich nicht in Hermannstadt befinden.

Es gibt zahlreiche deutsche Schulen. „Deutsche Schulen“ bedeutet, dass dort in deutscher Sprache unterrichtet wird. Wir sind sehr stolz darauf, dass wir dieses, das deutsche Schulsystem, herüberretten konnten. Selbstverständlich sind heutzutage die meisten Schüler, etwa 98 Prozent, Rumänen. Dennoch funktionieren die deutschen Schulen sehr gut, weil Kinder und Eltern erkannt haben, dass Deutsch als Unterrichtssprache nicht nur den Zugang zu einem großen Kulturkreis eröffnet, sondern auch wesentlich die Chancen am Arbeitsmarkt verbessert.

Und was ist schließlich eine Stadt ohne Kultur? Da stehen wir gut da. Hermannstadt wird im Jahre 2007 gemeinsam mit Luxemburg *europäische Kulturhauptstadt* sein. Und dazu lade ich Sie alle ganz herzlich ein.

Polen ein Jahr in der Europäischen Union. Eine erste Bilanz

Ich möchte mich ganz herzlich für diese ehrenvolle Einladung und auch für den Beifall für die Solidarność in diesen historischen Tagen bedanken. Ich muss aber auch sagen: Seien wir nicht depressiv oder ungeduldig! Renovabis hat so viel für Mittel- und Osteuropas getan, wir alle bemühen uns so – und dennoch ist die Armut immer noch da, die Schere, die man so oft beschreibt, öffnet sich wieder und die Probleme werden, wie wir gerade in den Schlaglichtern gehört haben, nicht kleiner, sondern häufen sich. Was hat sich in den letzten fünfzehn Jahren in den Transformationsländern getan, oder besser: nicht getan? Sind die Regierenden eigentlich blind gewesen? Haben sie nicht bemerkt, was passiert? Wollten sie diese Armut nicht vermindern? Warum ist das in fast allen Ländern so?

Wie lautet die Bilanz speziell für meine Heimat Polen? Man kann über die Konsumgüter diskutieren und darüber, ob sich die Menschen nun besser oder schlechter fühlen. Es gibt jedoch auch objektive Merkmale, die ich kurz anführen möchte:

- Die Lebenserwartung der Bevölkerung in Polen ist in den letzten Jahren um acht Jahre gestiegen. Fragt man, was die Wende den Menschen wirklich gebracht hat, dann sind das also im Durchschnitt *acht Jahre Leben*.
- Die *Umweltverschmutzung* war bei uns ein großes Problem. Weil jedoch die Berichterstattung durch die Zensur verhindert wurde, durften entsprechende Versäumnisse nicht öffentlich genannt werden; das machte dann meist die Untergrundpresse. Die Umweltprobleme

sind heute eindeutig geringer; so hat etwa die Luftverschmutzung je nach Region von 30 bis 60 Prozent abgenommen. Auch der Zustand der Kläranlagen ist erheblich besser geworden. Diese Fortschritte wirken sich natürlich nicht unmittelbar in der Haushaltslage aus, dennoch geht es der Umwelt viel besser als vor 1990.

- Nennen möchte ich noch die Verringerung der *Säuglingssterblichkeit*, die sich nun eindeutig auf europäischem Niveau bewegt.

Die Fehler und Paradoxien der gesamten politischen Klasse der letzten 50 Jahre durfte ich acht Jahre lang als Mitglied des Parlaments und als Mitglied des Verfassungsausschusses beobachten. Das Dilemma ist: Um den Menschen wirklich nachhaltig helfen zu können, mussten wir so schnell wie möglich der EU beitreten. Nur bei Durchführung möglichst vieler Reformen hatten wir die Chance auf eine qualitative und nachhaltige Veränderung. Um das zu erreichen, mussten wir uns auf die äußerst harten Bedingungen der EU einlassen, und um diese zu erfüllen, mussten die Menschen bereits bei den Reformen der ersten Jahre eine Senkung des Lebensniveaus um 30 Prozent verkraften. Später kam es noch schlimmer.

Oft war es auch so, dass die bisherigen Mitglieder der EU, die uns eine harte Kur mit strengen Bedingungen verordnet hatten, diese bei sich selbst noch gar nicht durchgeführt hatten. Dies gilt z. B. für die Rentenreform, die wir schon hinter uns haben und die äußerst schwierig zu verwirklichen ist, wie man auch in Deutschland weiß. Manchmal wurden die Bedingungen vielleicht auch in der Hoffnung gestellt, unseren Beitritt zu verzögern: Man hat die Latte sehr hoch gesteckt – aber gegen alle Erwartungen haben die zehn Beitrittsländer diese Hürde genommen, wenn auch unter großen sozialen Opfern. Doch alle ernstzunehmenden politischen Parteien in Polen wussten, dass es sich lohnen würde. Wir wollten dorthin zurück, wo wir schon immer hingehört haben, nach Europa; wir wollten endlich die ganz normalen Probleme der Westeuropäer haben – und haben sie jetzt auch bekommen.

Die Frage ist, wofür wir gekämpft haben. Jeder Staat, aber auch jeder einzelne Bürger hatte natürlich seine großen Ziele gehabt. Für mich per-

sönlich war es der Traum, eines Tages über ausreichend Grundnahrungsmittel und Hygieneartikel verfügen zu können. Erreicht haben wir jedoch viel mehr. Warum waren aber diese Reformen so hart und haben eine neue Armut geschaffen? Nach der kommunistischen Zeit hatten wir eine Staatsverschuldung von 60 Milliarden Euro. Im Marshall-Plan¹ erhielten die Länder Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg nach heutiger Währung 97 Milliarden Dollar. Alle zehn Beitrittsländer zusammen haben bei der Erweiterung – nach 50 Jahren Frieden – lediglich 25 Milliarden bekommen. Wir mussten dazu noch die alten kommunistischen Schulden bezahlen, auch wenn sie reduziert wurden. Die Solidarność und die demokratische Opposition haben übrigens in den achtziger Jahren vor einer Kreditvergabe an die alten Regime gewarnt. Jedenfalls haben wir im vergangenen Monat die in Polen seit 1989 übliche Inflationsrate von 300 bis 400 Prozent pro Jahr auf 1,3 Prozent gesenkt. Das Wirtschaftswachstum der letzten drei Jahre liegt zwischen 3 Prozent und 5 Prozent. Unsere Hauptsorge besteht darin, ob der Export floriert. Die ausländischen Investitionen in Polen betragen 10 Milliarden Dollar.

Mit diesen Beispielen wollte ich Ihnen den Prozess verdeutlichen, der seit 1990 in Gang gekommen ist. Erstens wussten wir, wie viel das kosten würde. Zweitens hatten wir keine andere Wahl. Wir hätten behutsamer vorgehen können, aber dann würden wir für die nächsten 50 Jahre weiter in Europa in der 2. Klasse spielen. Es war das „Window of Opportunity“, genauso wie es sich 1989 für die Wiedervereinigung Deutschlands auftrat. Übrigens: Die Solidarność hat sich für die Wiedervereinigung eingesetzt, als man in Deutschland das noch nicht so offen ausgesprochen hat.

Wenn man heute durch Polen fährt – und ich bin Ihnen, Herr Erzbischof Schick, für Ihre Hinweise unendlich dankbar – sieht man, wie sich

1 Der Marshallplan ist die populäre Umschreibung für das umfangreiche Hilfsprogramm, das die USA für das zerstörte Europa nach dem Zweiten Weltkrieg auflegten. Die damit verbundenen finanziellen und materiellen Hilfen waren ursprünglich auch für den Osten Europas gedacht, jedoch mussten die dortigen Länder auf Druck der Sowjetunion die Hilfe zurückweisen, womit eine erste Phase des „Kalten Krieges“ markiert wird. Das Programm ist nach dem Hauptinitiator George C. Marshall (1947–1949 Außenminister der USA) benannt. Korrekt lautet die Bezeichnung „European Recovery Program“ (ERP) (Anm. d. Redaktion).

das Land verändert hat. Besonders stolz bin ich darauf, dass wir unser Geld in zwei Bereiche investiert haben:

- Erstens in den schon erwähnten *Umweltschutz*. Wenn man die Ausgaben Polens dafür mit den Möglichkeiten des Staatshaushalts vergleicht, dann haben wir – das muss ich einräumen – sogar mehr ausgegeben, als eigentlich vernünftig gewesen wäre.
- Zweitens in die *Ausbildung*. Unsere Straßen sind zwar nicht so gut wie die Straßen in Ostdeutschland, aber wir haben dreimal so viele Studenten wie früher. Beim Abitur haben sich die Zahlenverhältnisse umgedreht: Während zum Beispiel in Schlesien in kommunistischer Zeit, als möglichst wenige Kinder Abitur machen sollten und eine Berufsausbildung die Regel war, das Verhältnis „Berufsschule – Abitur“ 70 zu 30 betrug, machen heute beinahe 75 Prozent der Schüler Abitur, der Rest ist in der Berufsausbildung. Unsere Berufsausbildung ist jetzt unser großer Stolz. Überall in Europa sind unsere Arbeiter gefragt. Die Berufsausbildung ist viel breiter angelegt als beispielsweise in Deutschland, sodass ich bereits Anfragen von deutschen Handwerkern bekomme, die gerne ihre Prüfungen nach EU-Recht in Polen machen wollen. Wer würde heute so etwas vermuten, wo doch angeblich die Bürokratie hier so groß ist?

Ein Problem bleibt: Wie ist mit der Armut im Land umzugehen? In Anwesenheit der weit bekannten polnischen Schwester Małgorzata Chmielewska² wage ich kaum, etwas über die besonders Ausgegrenzten zu sprechen, denn sie ist die Expertin auf diesem Gebiet. Aber ich kann etwas Untypisches sagen, wovon auch die unschätzbare und äußerst erfolgreiche Hilfe von Renovabis in den nächsten Jahren profitieren könnte. Zunächst ist die Armut an anderen Stellen zu suchen, als man vermuten könnte. Unsere große Sorge galt natürlich den alten Men-

2 Schwester Małgorzata Chmielewska engagiert sich in Polen für die Ärmsten der Armen und scheut dabei weder den Konflikt mit der weltlichen noch mit der kirchlichen Obrigkeit. Sie war Teilnehmerin des Kongresses und hat ihre Arbeit in einem Arbeitskreis (vgl. dazu unten S. 195–198) vorgestellt. Eine ausführliche Würdigung bietet auch das Porträt von Martin Buschermöhle: „Mit den Armen heilig werden“. Schwester Małgorzata Chmielewska. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 7 (2006), H. 2, S. 156–160 (Anm. d. Redaktion).

schen, den Rentnern. Tatsächlich war unsere Rentenkasse im Jahr 1989 leer; die kommunistische Regierung hatte alles, was diese Menschen 40 Jahre lang einbezahlt hatten, ausgegeben. Trotzdem ist, bei allen bescheidenen Möglichkeiten, die Situation für die Rentner in Polen besser als in anderen Ländern. Wirkliche Armut herrscht dagegen bei den jungen Familien, bei Menschen mit sozialen Problemen wie Sucht oder Alkoholismus, bei allein erziehenden Müttern und Vätern mit vielen Kindern und natürlich bei den Arbeitslosen.

Damit spreche ich eines der Hauptprobleme Polens an, die hohe *Arbeitslosigkeit*. Die teilweise erzwungene Modernisierung der Wirtschaft Polens hatte den Charakter einer Radikalkur. Natürlich entstanden neue Arbeitsplätze – aber gleichzeitig gingen viele Arbeitsplätze verloren, sodass die Arbeitslosenquote bis auf 19 Prozent angestiegen ist. Und das ist unsere größte Sorge, denn dort, wo Arbeitslosigkeit herrscht, ist natürlich auch die größte Not.

In Polen gibt es zwei Modelle dafür, wie man kreativ helfen und wie die Solidarität unter den Menschen wieder hergestellt werden kann. Das eine Modell wurde von Erzbischof Życiński in Lublin entwickelt. Danach übernehmen zwei oder drei Familien die Patenschaft für eine arbeitslose Familie. Dies beinhaltet in erster Linie den zwischenmenschlichen Kontakt – z.B. nehmen die Patenfamilien die Kinder der arbeitslosen Familie in den Ferien auf oder laden alle zum Mittagessen in ein Restaurant ein, in der Hoffnung, dadurch ein wenig der sozialen Depression entgegenzuwirken. Die Überlegung dabei ist, dass heute die eine Familie Arbeit hat und die andere nicht, in zwei Jahren jedoch die Verhältnisse umgekehrt sein können. Es werden also zusätzliche soziale Auffangnetze für Familien geschaffen.

Das andere Modell ist ein Beispiel aus Schlesien, wo man versucht, Zentren oder so genannte „Clubs der Arbeit“ einzurichten, in denen sowohl diejenigen, die noch Arbeit haben, als auch diejenigen, die ihre Arbeit bereits verloren haben, zusammengebracht werden. Man baut also nicht einfach Arbeitslosenzentren, sondern verhindert vielmehr eine zusätzliche Ghettoisierung.

Auch für die alten Menschen ist Einsamkeit oder Ausgrenzung oft ein Problem, obwohl in Polen die Integration der Alten in die Familie noch relativ gut funktioniert. Deswegen war für uns in der EU-Verfassung der Paragraph über die Rechte der alten Menschen besonders wichtig. Doch auch hier versucht man neue Formen des Zusammenlebens, beispielsweise die so genannten „Familien-Seniorenheime“: Dort leben in einer Art Ersatzfamilie bis zu zehn Personen zusammen, teilen sich Haus, Garten und den gemeinsamen Tisch, so wie das früher auf einem Bauernhof war. Das Ganze bleibt dann noch in menschlichen Dimensionen und wächst sich nicht zu einer Institution aus, bildet vielmehr eine erweiterte Familie. An diesem Modell arbeiten wir noch.

Wie lässt sich nun für Polen eine Bilanz ziehen?

Der Beitritt ist für uns erstaunlich schnell zu einer natürlichen Sache geworden. Mit den zehn neuen Ländern hat Europa neue Perspektiven bekommen. So steht beispielsweise Estland beim Einsatz moderner Elektronik in Schule und Verwaltung an der Spitze Europas. Andere Schwerpunkte bilden die Ungarn, Tschechen und Slowaken heraus, die besonders in der Steuerpolitik viel experimentieren.

Zu fragen ist, inwieweit die Europäische Union durch die Erweiterung gewonnen hat. Ein Beispiel ist meines Erachtens die Sensibilität für die Ukraine und die Entschärfung der dortigen Staatskrise, die wir Polen, selbst mit unseren ukrainischen Freunden gemeinsam, nicht alleine lösen konnten.³ Als EU-Land jedoch, mit der EU zusammen, konnten wir diese gefährliche Krise meistern, die im Westen übrigens fast unbemerkt blieb, auch die mögliche Bedrohung für den Frieden in Europa wurde hier nicht erkannt. Als wir schon die Lazarette vorbereitet haben, hat man in den Zeitungen im Westen noch kaum darüber geschrieben. Es gab eine große Bedrohung – wir haben sie entschärft.

3 Anspielung auf die „Revolution in Orange“ in der Ukraine (November/Dezember 2004), die zu einer Demokratisierung des politischen Systems in der Ukraine geführt hat. Allerdings hat sich die politisch-gesellschaftliche Situation der Ukraine in den folgenden Monaten wieder verschlechtert, sodass die Gesamtsituation als relativ instabil eingestuft werden muss (Anm. d. Redaktion).

Erinnern Sie sich an die Ängste, dass sich mit dem Beitritt Polens zur EU ein neuer „Eiserner Vorhang“ bilden würde? Im Gegenteil: Wir haben neue Freunde gefunden. Polen fühlt sich jetzt zu Hause, und auch wir erleben unsere Überraschungen. Eine der größten war, dass wir intern sogar unsere postkommunistischen und linken Parteien davon überzeugt haben, dass man für christliche Wurzeln in der EU-Verfassung kämpfen muss. Es war eine historische Tat, dass Ministerpräsident Leszek Miller⁴ um die Formulierung der christlichen Wurzeln in der europäischen Verfassung gekämpft hat – er wusste, dass er sich ohne diesen Einsatz zu Hause kaum noch hätte sehen lassen können. Er tat das gegen die christlich-demokratischen Parteien Westeuropas. Das ist eines der erstaunlichsten Ergebnisse, die in die Geschichte der EU-Erweiterung eingehen werden. Blicken wir also mit Optimismus in die Zukunft!

4 Die Referentin bezieht sich auf die an sich paradoxe Tatsache, dass Leszek Miller als ehemaliger Kommunist sich im christlichen Sinne engagiert hat. – Leszek Miller, Ministerpräsident von 2001–2004, gehörte vor 1989 der PVAP an (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, polnisch Polska Zjednoczona Partia Robotnicza, PZPR), die in der Volksrepublik Polen zwischen 1948 und 1989 die tragende Staatspartei bildete (Anm. d. Redaktion).

Die Europäische Union am Scheideweg: Wertegemeinschaft oder Freihandelszone?

Wenn man an Europa denkt, dann gibt es zwei Erfahrungen. Die erste Erfahrung zeigt sich bei der Betrachtung unserer Geschichte. Alle 30 Jahre sind europäische Völker in Kriegen gegeneinander gestanden. Auf unseren Friedhöfen sind viele Gefallenendenkmäler. Alle 30 Jahre hat man wieder zusammenschlagen, was zuvor mühsam aufgebaut wurde. Man sagt, die Menschen würden nicht aus der Geschichte lernen. Die Deutschen, die Europäer haben jedoch aus der Geschichte gelernt. Spät genug, nach dem Zweiten Weltkrieg, nachdem ganz Europa in Trümmern lag, mit 50 Millionen Toten, gab es einen Neuanfang.

Die Initiative wurde von Robert Schuman¹ ergriffen, dem damaligen französischen Außenminister. Es gab eine Gemeinschaft Resteuropas bzw. Westeuropas in den Römischen Verträgen². Es gab ein neues Miteinander und es gab – darauf weisen heute die Polen stärker hin als die Deutschen – auch das Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Beides zusammen hatte die längste Periode des Friedens in der europäischen Geschichte gebracht, fast 60 Jahre. Es wächst heute eine dritte Generation heran, die keinen Krieg kennengelernt hat. Wann hat

1 Robert Schuman (1886-1963) gehört zusammen mit Jean Monnet (1888–1979), Konrad Adenauer (1876–1967) und Alcide de Gasperi (1881–1954) zu den Initiatoren des europäischen Einigungsprozesses nach dem Zweiten Weltkrieg. Schumans Idee einer „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (EGKS/Montanunion, auch „Schuman-Plan“ genannt; 1950/51) bildete den ersten Schritt auf dem Weg zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 (Anm. d. Redaktion).

2 Die „Römischen Verträge“, die am 25.03.1957 von Regierungsvertretern Belgiens, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande in Rom unterzeichnet wurden, sind die Grundlage für die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG), aus der sich in mehreren Erweiterungsstufen die heutige EU entwickelt hat.

es das jemals in der europäischen Geschichte gegeben? Diese Europäische Gemeinschaft ist eine einzige Erfolgsgeschichte. Sie war deshalb attraktiv über die sechs Gründungsmitglieder hinaus. Sie ist gewachsen auf acht, zehn, zwölf, fünfzehn. Es gab eine Erweiterung nach Süden, nach Westen, nach Norden. Deshalb ist in unserem Land und in vielen Ländern der Europäischen Union eigentlich jedermann mit Verstand ein überzeugter Europäer.

Dann aber tritt die zweite Erfahrung hinzu. Es bedurfte nicht erst des sehr bedauerlichen Ergebnisses³ des Referendums in Frankreich und in den Niederlanden, um uns darauf aufmerksam zu machen; wir haben ganz ähnliche Ergebnisse in früheren Referenden in Dänemark und in Irland gehabt. Das Statistische Amt macht seit vielen Jahren jeden Monat in allen Ländern Europas Umfragen über die Akzeptanz der EU. In Deutschland hatten wir über Jahrzehnte hinweg eine Zustimmung zwischen 70 Prozent und 80 Prozent und seit gut zehn Jahren „krebse“ auch wir bei 45 Prozent oder 47 Prozent. In anderen europäischen Ländern sieht es nicht besser aus. Jeden Europäer, der will, dass das 21. Jahrhundert so aussieht wie die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts und nicht wie dessen erste Hälfte, muss diese mangelnde Akzeptanz beschäftigen.

Wenn ich jetzt nach Osteuropa schaue, dann sehe ich beide Entwicklungen. Die erste, die Frau Lipowicz gerade geschildert hat, habe ich vor fünfzehn Jahren bereits kennengelernt. Der erste frei gewählte ungarische Ministerpräsident, József Antall, hat mir in Budapest gesagt: „Wir kehren zurück nach Europa. Aber eigentlich ist das ganz falsch formuliert. Wir haben uns nie von Europa verabschiedet, wir sind gewaltsam von der sowjetischen Hegemonialmacht gehindert worden, uns der Europäischen Union anzuschließen.“ Deshalb ist es ein Glücksfall der Geschichte, wie er einem nur alle 100 Jahre zugespielt wird, dass es zu der großen Zeitenwende in Europa im Jahr 1989 gekommen ist. Dafür gibt es viele Ursachen, aber die Hauptursache heißt Solidarność, das Wirken der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität“ in Polen. Das darf man

3 Gemeint sind die Volksabstimmungen in Frankreich (29.05.2005) und den Niederlanden (01.06.2005) über die EU-Verfassung, die jeweils negativ endeten (Anm. d. Redaktion).

am heutigen Tag sagen, denn damit hat nämlich alles begonnen. Wir wären Versager gewesen, wenn wir diese Chance nicht genutzt hätten, diese Hoffnung, die die ost- und südosteuropäischen Völker auf Europa gerichtet haben, auf diese Gemeinschaft, die in den letzten Jahrzehnten entstanden ist. Es waren nicht nur die Regierungen, es waren die Völker, und vor einem Jahr kam es zum Beitritt von zehn ost- und südosteuropäischen Ländern.

Wer gerade bei uns in der öffentlichen Diskussion sagt, das sei alles viel zu schnell gegangen, dem ist zu erwidern, dass zwischen dem Jahre 1989 und heute fünfzehn Jahre liegen. Was haben diese Länder nicht alles auf sich genommen und was ist den Bürgern Osteuropas zugemutet worden mit diesem Beitritt? Wir Mitgliedsländer der Europäischen Union haben sehr viel weniger für unsere Beitrittsfähigkeit getan als die Bürger in Osteuropa. Was wäre denn auch die Alternative? Ginge es uns besser, wenn Völker in unserer unmittelbaren Nachbarschaft im wirtschaftlichen Elend versinken würden?

Dann zur zweiten Entwicklung: Nicht nur der Präsident Tschechiens, Václav Klaus, erklärt bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit, die EU habe keine Zukunft oder man müsse sie sobald wie möglich in eine Freihandelszone umwandeln. Warum ist Tschechien denn dann beigetreten? In vielen Ländern, auch in Polen, gibt es bei Umfragen ganz ähnliche, nämlich zurückgehende Zustimmungsqoten. Sie sind noch nicht so schlecht wie bei uns, aber es herrscht nicht mehr die Anfangsbegeisterung, die der Zielsetzung zu Grunde lag. Woran liegt das? Wenn man will, dass das europäische Projekt nicht scheitert – und dieses Projekt darf nicht scheitern –, dann muss man sich diese Frage stellen. Ich habe dafür nur eine Antwort: Die Bürger können mit dem Europa, wie es sich in Brüssel darstellt, nichts mehr anfangen. In ihrem Alltag erleben sie Enttäuschungen. Der *Bauer* regt sich darüber auf, dass er so komplizierte Anträge ausfüllen muss, dass er dafür Beratung braucht und es aus eigener Kraft gar nicht schafft, dass er so viele Kontrollen für Fördermittel hinnehmen muss, dass er mehr Zeit vor dem Computer verbringt als auf dem Acker. Der *Handwerker* regt sich über ungezählte Detailregelungen auf. Der *Kommunalpolitiker* regt sich da-

rüber auf, dass ein Wasserschutzgebiet, ein Landschaftsschutzgebiet oder ein Naturschutzgebiet vom Landratsamt hier in Freising eingerichtet wird und nicht von der Regierung in Bayern oder von der Bundesregierung. Aber ein Vogelschutzgebiet wird in Brüssel ausgewiesen, parzellenscharf für jede Gemeinde in der Europäischen Union!

Derzeit wird, um die Situation noch anders zu konkretisieren, eine Chemierichtlinie der EU mit 1.140 DIN A4-Seiten diskutiert. Das kann vielleicht ein Großunternehmen mit einem eigenen Stab noch lesen lassen, etwa die BASF. Ein mittelständischer chemischer Betrieb hingegen – in Baden-Württemberg sind die chemischen Betriebe v. a. mittelständische Unternehmen – kann das nicht einmal lesen lassen, geschweige denn beachten. Wenn man sich überlegt, was die Beitrittsländer mit dem ganzen Gesetzgebungs- und Vertragswerk auf sich genommen haben, das in Jahrzehnten entstanden ist, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Menschen im Einzelfall und im Alltag trotz ihrer grundsätzlichen Einsicht ernüchtert oder sogar enttäuscht sind.

Europa muss in eine *bessere Gesamtverfassung* kommen. Mit sechs Mitgliedern hat es funktioniert, aber mit fünfzehn schon nicht mehr. Der letzte große Gipfel in Nizza (Dezember 2000) dauerte fünf Tage und vier Nächte und blieb ohne großen Ertrag – und da saßen nur fünfzehn Staaten beieinander. Ohne die Erfahrung von Nizza hätte es nicht den Auftrag für einen europäischen Verfassungskonvent auf dem Gipfel in Laeken (Dezember 2001) gegeben. Im Konvent waren je drei Vertreter aus 28 verschiedenen Ländern, einschließlich der damaligen Kandidatenländer: Der Auftrag lautete nicht „Macht eine neue Verfassung“, sondern: „Macht einen Entwurf für den Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs.“ Der Rat ist der Verfassungsgeber. Der Auftrag lautete also nicht so wie etwa in Polen „Wir schaffen eine neue Verfassung“, wie es auch in allen anderen ostmittel-, ost- oder südosteuropäischen Ländern oder bei uns nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Bonner Grundgesetz der Fall war.

Europa muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Europa wird von den Bürgern als ein zentralistisches, unüberschaubares Gebilde empfunden.

den. Europa hat ein Demokratiedefizit, es wird von seinen Bürgern nicht mehr verstanden. Es gibt aber ein Rezept und eine Lösung dafür, wie wir Europa vom Kopf auf die Füße stellen, wie wir die notwendige Einheit mit Vielfalt verbinden können, und genau das ist notwendig. Der frühere bayerische Kultusminister Hans Maier hat den Satz geprägt: „Alles Uniforme ist uneuropäisch.“ Wir brauchen *Einheit in Vielfalt* und *Vielfalt in der Einheit*. Dafür gibt es ein vernünftiges Rezept, das *Subsidiaritätsprinzip*. Das Subsidiaritätsprinzip wurde zum ersten Mal in der päpstlichen Enzyklika „Quadragesimo anno“, die Papst Pius XI. 1931 verfasst hat, in klassischer Form formuliert und war deshalb katholisches Sondergut. Viele haben es abgelehnt. Heute herrscht in unserem Land eine Grundübereinstimmung bei allen politischen Parteien über dieses Prinzip, das besagt, dass man den Staat und die EU vom Bürger her denken muss, von unten nach oben aufbauen muss.

Das ursprüngliche Recht liegt bei der kleinsten Einheit; die kleinste Einheit ist die *Gemeinde* oder die *Stadt*. Die Stadt und ihr Selbstverwaltungsrecht sind bisher in keinem europäischen Vertrag vorgekommen, obwohl Europa in seiner Geschichte über Jahrhunderte hinweg vor allem Stadtkultur gewesen ist. All das, was eine Stadt oder eine Gemeinde erledigen kann, muss auch dort als Zuständigkeit verbleiben. Die Gemeinde ist allzuständig und den Menschen am nächsten. Sie weiß, wo die Bürger der Schuh drückt, und kann Probleme bürger- und problemnah aufnehmen und erledigen.

Nur das, was über die Kraft einer Gemeinde hinausreicht, geht auf die nächste Ebene über, in den europäischen Staaten auf die *Region*. Sie hat in den einzelnen Mitgliedsstaaten unterschiedliche Namen: Bei uns ist es das Land, anderswo ein Bezirk, eine Woiwodschaft, ein Kanton und so weiter. Nur das, was über die Kraft einer Region hinausgeht, ist Sache des Nationalstaates. Und nur das, was über die Kraft eines Nationalstaates hinausgeht, ist europäische Aufgabe. Man hat mich in Brüssel gefragt, wie man das überhaupt definieren wolle. Ich habe geantwortet, dass in jeder Verfassung – und das ist einer der wichtigsten Teile einer Verfassung – die Kompetenzen klar geregelt sein müssen: Jeder muss wissen, wer wofür zuständig ist.

Eine solche Zuständigkeits- oder Kompetenzordnung gibt es bis zur Stunde in keinem europäischen Vertrag. Deswegen hat Europa alles an sich gezogen, was es nur bekommen konnte. Man hat zwar erstmals in den Vertrag von Maastricht vom 7. Februar 1992 und dann in den Vertrag von Amsterdam, der am 1. Mai 1999 in Kraft getreten ist, das Subsidiaritätsprinzip hineingeschrieben, doch blieb das eine reine deklamatorische Erklärung, eine Sonntagsrede ohne jede Auswirkung auf den Alltag. Die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips muss deshalb kontrolliert werden.

Man hat gesagt, Europa sei ein *dynamischer Prozess*; wie wolle man die Aufgaben denn statisch festschreiben? Jede Verfassung ist schon zwanzig Mal oder öfter geändert und auf neue Erfordernisse angepasst worden, und man kann genau definieren, was europäische Aufgaben sind, nämlich die, die über die Kraft eines Nationalstaates hinausgehen. Kein Nationalstaat kann sich etwa heute mehr selbst verteidigen. Deswegen ist Sicherheits- und Außenpolitik zunehmend zur europäischen Aufgabe geworden.

Wenn man z. B. eine gemeinsame Währung hat, so sind selbstverständlich Fragen nach der Währungspolitik europäische Aufgaben. Wenn man einen gemeinsamen Markt hat, Fragen der Wettbewerbspolitik; wenn die Welt immer stärker zu einer Welt und zu einem Weltmarkt wird, Fragen der Außenhandelspolitik; Fragen der grenzüberschreitenden Umweltpolitik – die Betonung liegt auf grenzüberschreitend, Fragen der Großforschungspolitik – die Betonung liegt auf groß. Das sind europäische Aufgaben. Von allen anderen Dingen soll Europa die Finger lassen, weil man das weiter unten bürgernäher, problemnäher, effizienter, besser und billiger erledigen kann.

Das genau versucht die neue Verfassung, indem sie einen Artikel zu den ausschließlich europäischen Zuständigkeiten enthält, einen Artikel zu den gemischten Zuständigkeiten zwischen den Mitgliedsstaaten und der EU und einen Artikel zu den ergänzenden Zuständigkeiten der Europäischen Union. Es gibt sogar einen Artikel dazu, was die Europäische Union auf gar keinen Fall etwas angeht. Dazu gehört beispiels-

weise das Staat-Kirche-Verhältnis; in der Verfassung steht ausdrücklich, dass das die Frage des einzelnen Mitgliedslandes ist.

Jetzt kommt der entscheidende Punkt: Wenn das alles nicht kontrolliert wird, bleibt es wieder eine deklamatorische Erklärung. Es wird künftig kontrolliert werden und zwar nicht durch ein europäisches Organ, sondern durch die nationalen Parlamente. Wenn künftig die EU eine Verordnung bzw. ein Gesetz auf den Weg bringt, dann muss sie dieses Gesetz im Entwurf nicht nur dem Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament vorlegen, sondern gleichzeitig jedem Mitgliedsland – und zwar jedem Parlament. Wo es zwei Kammern gibt, muss sie es jeder Kammer eines Parlaments eines Mitgliedslandes vorlegen. Innerhalb von sechs Wochen kann dann jedes Parlament jedes Mitgliedslandes sagen: „Die Subsidiarität ist verletzt. Europäische Union, Du hast überhaupt keine Kompetenz, das ist unsere Angelegenheit!“ Sagt das ein Drittel der Parlamente, denn ist der europäische Gesetzesentwurf gestorben. Hält sich die Europäische Kommission nicht daran, kann jede Kammer eines nationalen Parlamentes künftig beim Europäischen Gerichtshof klagen und sagen: „Kompetenz verletzt, Subsidiarität verletzt.“ Das würde eine wesentliche Verbesserung bringen.

Ich glaube nicht an Wunder, vielmehr sagt mir die Lebenserfahrung „Zentralismus ist beinahe ein Naturgesetz“. Wer Föderalist ist und für das Subsidiaritätsprinzip eintritt, muss ständig Dämme bauen. Das Wasser sucht sich aber seinen Weg, unterspült und umgeht Dämme. So ist es auch mit dem Zentralismus. Deswegen muss man, wenn man eine bürgernahe Ordnung haben will, ständig darauf achten, dass das Subsidiaritätsprinzip funktioniert.

Und natürlich gilt nicht das Subsidiaritätsprinzip allein, sondern auch das *Solidaritätsprinzip*. Im europäischen Haushalt liegen Milliardenbeträge, die ursprünglich als Kohäsionsfonds für den Beitritt von Portugal, Spanien und Griechenland eingestellt waren, weil diese Länder in ihrem wirtschaftlichen Niveau anfangs weit unter dem europäischen Durchschnitt lagen. Inzwischen liegen diese Länder über dem europäischen Durchschnitt, damit hat der Fonds sein Ziel erreicht. Nun sind

aber zehn neue Länder dazu gekommen, die weit unter dem wirtschaftlichen Durchschnitt der EU liegen. Paradoxerweise sitzen nun die genannten Länder, denen man einst geholfen hat, immer noch auf diesem Kohäsionsfonds und geben keinen Euro preis – so gehen die „Neuen“ fast leer aus, weil in der EU das Einstimmigkeitsprinzip gilt. So sieht die Wirklichkeit aus, das Gegenteil von Solidarität.

Eigentlich sollte ich jetzt darüber sprechen, dass wir in der EU zu ganz anderen Entscheidungsmechanismen kommen müssen, wenn wir nicht mehr eine Gemeinschaft der sechs, der zwölf oder fünfzehn sind, sondern eine Gemeinschaft der 25; dass man hier zu Mehrheitsentscheidungen kommen muss, ohne dass der eine den anderen vergewaltigen kann; dass man bei 25 nicht mehr beim Einstimmigkeitsprinzip bleiben kann. Ich müsste auch über alle anderen Merkmale der Europäischen Verfassung sprechen. Ich will aber nur einen Punkt ansprechen, der zum Thema des Kongresses gehört: Ist Europa eine *Wirtschaftsgemeinschaft* oder eine *Wertegemeinschaft*?

Europa ist weit mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft. Dabei müssen wir Wirtschaft gar nicht abwerten. Wirtschaft ist eine funktionierende Grundvoraussetzung für ein gelingendes Leben der Menschen in Europa. Aber es muss um erheblich mehr gehen, und dafür brauchen wir eine Verfassung. Dafür braucht diese Verfassung einen Grundwertekatalog von Grund- und Menschenrechten, die nicht aus der Gunst des Staates, sondern unmittelbar aus der Hand Gottes kommen. Das steht nicht in der Sozialzyklika eines Papstes, sondern das hat der amerikanische Präsident John F. Kennedy so formuliert: „Der Mensch hat Rechte nicht aus der Gunst des Staates, sondern unmittelbar aus der Hand Gottes.“ Darum geht es eigentlich bei den Grund- und Menschenrechten.

Deswegen haben sich viele von uns darum bemüht, und andere haben die Frage gestellt, warum die europäische Verfassung keinen Gottesbezug hat. Es ist ja einleitend auch angedeutet worden, dass wir viele Versuche gemacht haben, den Versuch der Formulierung aus der deutschen Verfassung „In Verantwortung vor Gott und den Menschen“ einzubrin-

gen. Wir Christdemokraten saßen an einem Wochenende auf einer Klausurtagung in Rom zusammen und haben die polnische Verfassung entdeckt, in der sinngemäß steht „Wir achten den Glauben derjenigen, die an Gott als die Quelle alles Guten, Gerechten, Wahren und Schönen glauben, und wir achten diejenigen, die diesen Glauben nicht teilen, aber diese Werte aus anderen Quellen bejahen“. Das wenigstens sollte jeder unterschreiben können in Europa.

Aber auch dafür gab es keine Mehrheit. Man muss ganz klar sehen: Es gibt laizistische Staaten, die jeden Gottesbezug ablehnen. Ein prominenter Christdemokrat aus Belgien, einer der Vizepräsidenten des Verfassungskonvents, hat gesagt: „Wenn ich mit einem Gottesbezug in das belgische Parlament komme, brauche ich gar nicht anzutreten, dann ist diese Verfassung bereits abgelehnt.“ Deswegen ist wahr, dass es Vertreter aus Osteuropa gab, die von Haus aus persönlich keinen Gottesbezug hatten, aber die bereit gewesen wären, einen solchen Gottesbezug in die Verfassung aufzunehmen; Frau Lipowicz hat ja Ministerpräsident Miller erwähnt. Der Gottesbezug ist trotzdem nicht zustande gekommen.

Inhaltlich bietet der Entwurf dennoch nicht wenig. Es ist von der Würde des einzelnen Menschen als dem Höchstwert überhaupt die Rede, wie in den modernen demokratischen Verfassungen auch. Es ist davon die Rede, dass die Solidarität und die Subsidiarität Grundwerte sind. Die Grund- und Menschenrechte, die in den europäischen Verfassungen, in den „Bill of Rights“ und in der folgenden europäischen Verfassungsgeschichte wirklich prägend waren, sind im Grundrecht katalog dieser europäischen Verfassung enthalten. Man sollte das nicht gering schätzen. Ich halte das, worauf man sich verständigt hat, jedenfalls für außerordentlich wichtig und bedauere nur, dass man sich entgegen dem Bemühen vieler nicht auf einen Gottesbezug verständigt hat.

Europa muss in eine bessere Verfassung gebracht werden. Ich halte es für sehr viel schlechter, wenn wir jetzt ohne eine Verfassung weiter vor uns hin „wurschteln“ und die Zustimmungquote zu Europa in den monatlichen Umfragen in allen Mitgliedsländern der Europäischen Union immer stärker zurückgeht. Wir brauchen eine Verfassung, damit wir ins-

gesamt in eine bessere Verfassung kommen. Diese Verfassung muss all das enthalten, was in die Grund- und Menschenrechtskataloge der Verfassungen der osteuropäischen Länder neu hinein gekommen ist und auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht. Dafür ist in diesem Verfassungsentwurf eine Grundlage gelegt. Ich werbe deshalb auch dafür, dass er eine Mehrheit findet. Wir dürfen diesen Versuch nicht aufgeben.

Wir müssen aus der Geschichte lernen. Es ist jede Anstrengung wert, sich in allen europäischen Ländern darum zu bemühen, unsere Zukunft nicht so aussehen zu lassen wie die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts, sondern sie wie die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts zu gestalten. Deswegen begrüße ich auch so sehr das Werk *Renovabis*, auf dessen Fundament wir heute aus vielen europäischen Ländern zusammengesommen sind. Da unter den Zuhörern auch Dr. Friedrich Kronenberg ist, der langjährige Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, der zu den wirklichen Urhebern des Gedankens von *Renovabis* gehört, sage ich es auch an seine Adresse mit besonderer Betonung. Ich glaube, dieses Werk *Renovabis* leistet einen ganz entscheidenden Beitrag dazu, dass in allen europäischen Ländern in Zukunft Menschenrechte gelten, nicht nur in der Verfassung, sondern über die Verfassung hinaus die Lebenswirklichkeit der Menschen in Ost und West bestimmen. Das ist jede Anstrengung und auch jede Solidarität wert.

Diskussion zu den Vorträgen von Botschafterin Prof. Dr. Irena Lipowicz und Ministerpräsident a. D. Erwin Teufel

Miodrag Sorić, Chefredakteur der Deutschen Welle, Bonn, moderierte die Diskussion. Vor der ersten Frage fügte Frau Professor Lipowicz ihrem Vortrag einen kurzen Hinweis zum Themenkomplex „EU-Verfassung“ an.

Botschafterin Prof. Dr. Irena Lipowicz:

Unsere Erfahrungen in Polen bestätigen die Wichtigkeit einer Debatte. In Polen gab es eine sehr kritische offene Aussprache über die EU-Verfassung, vielleicht eine der kritischsten überhaupt. Bevor das französische Referendum kam, lag

die Zustimmung für die Verfassung in Polen bei 70 Prozent. Die französischen Verfassungsrechtler hatten uns eigentlich vor einer breiten Öffentlichkeitsdebatte gewarnt. In Frankreich gab es diese nicht, der ganze Protest kam zum Zeitpunkt des Referendums.

Dr. Sigrid Krines:

Herrn Ministerpräsident Teufel bin ich sehr dankbar für die Äußerung, dass er in der Verfassung der EU den Wert des Menschen als höchsten Wert stehen haben möchte. Meine Frage lautet: Wie ist es möglich, dass auf gesetzlicher Ebene Abtreibungen rechtmäßig werden können? Ungeborenes Leben ist doch auch menschliches Leben. Wie kann denn das dann legal werden oder sein?



Martin Gunkel:

Ist es denn nicht doch noch irgendwie möglich, den Gottesbezug in die europäische Verfassung hineinzubringen? Das müsste angesichts der vielen Artikel doch machbar sein.

Ministerpräsident a. D. Erwin Teufel:

Natürlich steht in der europäischen Verfassung auch das Recht auf Leben. Aber es ist kein Versuch gemacht worden, das Thema „Abtreibung“ im Bereich der Verfassungsdebatte zu verhandeln.

Es gab zwei europäische Verfassungskonvente: Einen ersten vor etwa fünf Jahren unter dem Vorsitz des ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog, der sich mit den Bereichen befasst hat, die wir als den Grundrechtsteil unserer deutschen oder der europäischen Verfassung betrachten würden. Der zweite Verfassungskonvent, der nach dem Scheitern der europäischen Verhandlungen in Laeken und in Nizza⁴ zustande gekommen ist, hat diesen Teil im Grunde genommen völlig ausgeklammert und den Grundrechtsteil des Konvents ohne jede Veränderung in die europäische Verfassung übernommen. Es ist also bei der Debatte über die Grundrechte nicht gelungen, über das Thema „Schutz des Lebens“ dazu zu kommen, diesen Grundrechtsteil aus dem ersten Verfassungskonvent an irgendeiner Stelle zu ändern.

Zur zweiten Frage: Es ist nicht möglich, den Gottesbezug in die Verfassung zu bringen. Ich hätte mir das sehr gewünscht, ich habe auch drei oder vier Anträge mit dieser Zielsetzung mitinitiiert und unterschrieben. Sie waren zu keiner Zeit durchschlagend. Dazu muss ich Ihnen das äußerst ungewöhnliche, so genannte Konventsprinzip erklären. Während der ganzen Konventsberatungen wurde nicht ein einziges Mal über irgendeine Frage abgestimmt. In einer Demokratie ist es aber das normalste der Welt, am Ende eines Diskussionsprozesses zu einer Abstimmung zu gelangen. Damit ist nicht gesagt, dass die Mehrheit die Wahrheit hat, aber die Minderheit akzeptiert die Mehrheitsmeinung. Im Konvent gab es nun aber über keine einzige Frage jemals eine Abstimmung, viel-

4 Vgl. dazu oben S. 74.

mehr haben einzelne Mitglieder oder ganze Gruppen von Mitgliedern Anträge formuliert. Erst in der Schlussphase der Verhandlungen wurde von einer großen Zahl von Konventsmitgliedern ein Antrag auf einen Gottesbezug gestellt. Der Antrag ist an das Präsidium gegangen, das Präsidium hat darüber diskutiert und es ist kein entsprechender Änderungsvorschlag gekommen. Als wir die Frage diskutiert haben, ob man nicht das Mehrheitsprinzip für strittige Fragen einführen müsse, wurde gesagt, dass dann der ganze Konvent gescheitert sei. Es kam also nicht zur Einführung des Mehrheitsprinzips, was ich sehr bedauere.

Ich weiß allerdings nicht, ob es, wenn abgestimmt worden wäre, eine Mehrheit für einen Gottesbezug gegeben hätte. Ein beachtlicher Teil von Mitgliedern hat sich sowohl in der Diskussion als auch in Anträgen für einen Gottesbezug eingesetzt. Andererseits haben Vertreter von Ländern – nicht nur Belgien und Frankreich, sondern auch andere – klar erklärt, dass die Verfassung in ihrem Land nicht ratifiziert wird, wenn sie einen Gottesbezug enthält.

Miodrag Sorić:

Ich möchte mich an dieser Stelle kurz einschalten. Frau Professor Lipowicz hat ganz klar gezeigt, dass die Ostländer einen hohen Preis für ihren Eintritt in die Union bezahlt haben. Herr Ministerpräsident Teufel hat den Weg beschrieben, auf dem fundamentale Werte in die Verfassung Eingang finden. Welche Schritte muss man nun unternehmen, damit die Regierungsvertreter Subsidiarität und Solidarität wirklich anerkennen und in der Praxis umsetzen? Das scheint mir das eigentliche Problem zu sein.

Diakon Ivan Machuzhak:

Die EU ist eine Wertegemeinschaft. Welche Werte diese Gemeinschaft zu denken und zu leben versucht, wird vor allem dann aktuell werden, wenn die Türkei der EU beitreten wird; in Kürze werden ja die Beitrittsverhandlungen aufgenommen. Als Ukrainer interessiert mich aber besonders die Frage, welche Chance Sie, Herr Ministerpräsident, für den Beitritt der Ukraine in die EU sehen und wie Sie die deutsche Politik vor und nach den Wahlen hinsichtlich dieser Frage einschätzen.

Ministerpräsident a. D. Erwin Teufel:

Wie überzeugt man Menschen vom Subsidiaritätsprinzip? Ich halte das Subsidiaritätsprinzip für ein ungemein gutes und einleuchtendes Prinzip. Viele Menschen wurden davon abgeschreckt, weil es zum ersten Mal explizit in einer päpstlichen Enzyklika enthalten war. Aber genau diese Leute wurden dadurch auch zum Nachdenken angeregt.

Das Subsidiaritätsprinzip hat eine *dreifache Bedeutung*:

- Zunächst besagt es, dass jeder einzelne Mensch für sich selbst und die Seinen verantwortlich ist, bevor er Ansprüche an irgendeinen Nächsten und an die Gemeinschaft stellt.
- Zweitens besagt es: Wenn die Kräfte des einzelnen überfordert sind, dann sind als nächstes freie, dem Menschen nahe stehende Gemeinschaften gefordert, ihm zu helfen. Deswegen haben wir viele freie Träger, Nachbarschaftshilfe, menschliche Gemeinschaften, die sich solidarisch um andere kümmern.
- Drittens hat das Subsidiaritätsprinzip eine Bedeutung als Staatsprinzip, demzufolge jedes Gemeinwesen, jeder Staat, auch die EU von unten nach oben aufgebaut werden müssen – und es gibt das Vorrecht der je kleineren Einheit.

Dieses Prinzip ist so einleuchtend, dass es inzwischen einer der Hauptexportartikel der katholischen Soziallehre insgesamt geworden ist. Es spricht für sich und ist sehr viel effizienter und besser als jedes andere Prinzip. Deswegen hat es sich in unserem Land durchgesetzt, obwohl es bei der Beratung und Verabschiedung des Grundgesetzes in Deutschland heftig umstritten war und eigentlich als katholisches Sondergut gegolten hat. Heute ist es allgemeine Grundüberzeugung als Aufbauprinzip für eine Gesellschaft und für einen Staat.

Zur zweiten Frage: Die EU ist eine Wertegemeinschaft – wie verhält sich der Beitritt der Türkei dazu? Nach meiner persönlichen Meinung kann die Türkei nicht Vollmitglied werden, weil sie kein europäisches Land ist. Ich argumentiere nicht mit dem Islam. Wir haben 16 Millionen europäische Staatsbürger islamischen Glaubens. Aber die Türkei ist von ihrer Geschichte und Kultur kein europäisches Land. Wenn wir die Türkei in die Union als Vollmitglied aufnehmen, dann gibt es kein Hal-

ten mehr. Zwei israelische Außenminister haben gesagt, Israel solle Mitglied der EU werden. Marokko hat mehrfach bekundet, es möchte gerne Mitglied der Union werden. Wohin zieht dann die Europäische Union? Über das Mittelmeer hinaus, in den afrikanischen und asiatischen Bereich hinein? Dann werden wir in der Tat zur Freihandelszone – dann gibt es keine europäische Wertegemeinschaft mehr.

Das ist das eine. Das andere ist, dass man der Türkei seit Jahrzehnten Hoffnungen auf einen Beitritt zur Europäischen Union gemacht hat. Deswegen kann man die Türkei nicht einfach zurückweisen, sondern muss mit der Türkei zu einem Vertrag *sui generis* kommen, der nicht Vollmitgliedschaft bedeutet, der Türkei aber die Vorteile einer engen Zusammenarbeit mit der Europäischen Union sichert. Das ist meine Meinung. Wir diskutieren in Deutschland das Problem unter dem Begriff „privilegierte Partnerschaft zwischen der Türkei und der Europäischen Union“.

Den Maßstab, ob ein Land zu Europa gehört, muss man auch auf andere anlegen. Dann ist die Schweiz sicher ein europäisches Land, ganz sicher sind Bulgarien, Kroatien und Rumänien europäische Länder, ebenso die übrigen Länder des Balkans. Wenn diese also (a) einen Antrag stellen, (b) eine demokratische, freiheitliche und rechtsstaatliche Verfassung haben wie die anderen europäischen Länder und (c) die Beitrittskriterien zur Europäischen Union erfüllen, dann glaube ich, dass wir diese Länder in die EU aufnehmen müssen.

Die Ukraine ist natürlich ein ganz besonderes Land, das ich nicht erst seit der friedlichen Revolution vor einigen Monaten sehr schätze. Ich habe sie schon vor Jahren besucht und dort einen denkbar guten Eindruck gewonnen. Aber auch ein Beitritt der Ukraine zur EU wäre mit großen Problemen verbunden; ich ziehe daher eine Linie zum Beitrittswunsch der Türkei. Flächenmäßig wäre die Ukraine nach einem Beitritt das größte Land der Union, mit großen Ressourcen, aber auch sehr großen Problemen. Um so mehr gilt dies für die Türkei! Die Europäische Union darf sich nicht übernehmen. Deswegen würde ich – das ist meine persönliche Meinung, denn es gibt dazu keine eindeutige Position in der EU – der Ukraine nicht die Türe zuschlagen, sondern ihr in jeder Hinsicht helfen, aber ihre Aufnahme in die EU kann kein Nahziel für die

nächsten Jahre sein. Wir müssen jetzt schon die zehn neuen Mitglieder verkraften und tun dafür noch nicht genügend. Das Stichwort lautet auch hier „Kohäsionsfonds“⁵: Wir müssen große Summen aufwenden, um diejenigen, die noch unter dem Durchschnitt der Wirtschaftskraft der Europäischen Union liegen, an dieses Niveau heranzuführen. Wir sollten es unseren Bürgern klar und ehrlich sagen, dass das Geld kostet; aber das ist alles sehr viel billiger, als das, was wir uns in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Europa geleistet haben. Und deswegen: Zug um Zug und eines nach dem anderen: Perspektiven ja, enge Zusammenarbeit ja, Vollmitgliedschaft für die Ukraine jedoch in einer fernen Zukunft.

5 Vgl. zur Problematik des Kohäsionsfonds oben S. 77f.

Moderiertes Gespräch

Europas Zukunft: Erfolgsgeschichte oder Dauerkrise?



Teilnehmer: Erzbischof Dr. Ivan Devčić, Rijeka
Botschafter a. D. Dr. Wilhelm Höynck, Wachtberg
Botschafterin Prof. Dr. Irena Lipowicz, Warschau

Moderation: Miodrag Sorić, Bonn

Miodrag Sorić:

Im Anschluss an die beiden Vorträge des Nachmittags wollen wir nun noch etwas weiter über die Entwicklung Europas nachdenken. Ich freue mich sehr, dazu als Teilnehmerin noch einmal Frau Professor Lipowicz begrüßen zu können. Mein Dank gilt außerdem unserem Mitwirkenden aus Kroatien, Herrn Erzbischof Dr. Ivan Devčić aus Rijeka, und dem früheren OSZE-Generalsekretär, Herrn Bot-

schafter a. D. Dr. Wilhelm Höynck. Darf ich Sie, Herr Erzbischof, um Ihr Statement bitten?

Erzbischof Dr. Ivan Devčić:

Als ich mich auf diese Diskussion vorbereitet habe, bin ich am Titel des Abends hängen geblieben. Europas Zukunft: Erfolgsgeschichte oder Dauerkrise? Aus dem Vortrag von Herrn Teufel konnte man ersehen, dass ein Teil Europas auf lange Zeit außerhalb der Europäischen Union bleiben wird. In diesem Sinn müsste man aus der Frage „Europas Zukunft: Erfolgsgeschichte und Dauerkrise?“ eigentlich zwei Fragen herauslesen. Die eine heißt: die Zukunft Europas im allgemeinen, die andere: Zukunft für die Europäische Union, also wie sie die Länder dieser Gemeinschaft erleben werden. Beide Fragen sind jedoch eng miteinander verbunden, die Frage nach dem Spezifischen von Europa ist sehr wichtig. Was ist aber die europäische Identität? Was hat Europa zu Europa gemacht? Welche Kräfte wirken? Sind es materielle Kräfte, geographische Kräfte, die Politik? Meiner Meinung nach sind doch andere Kräfte entscheidend. Dabei muss man besonders an die griechische Philosophie, das römische Recht und die christliche Religion als die Faktoren denken, die Europa in seiner heutigen Form gebildet haben.

Kann man nun sagen, dass allein aus diesen Kräften das für heute charakteristische Europa entstanden ist? Die europäische Metaphysik und Philosophie – im Vergleich zu anderen Kulturen sicher etwas ganz Besonderes –, die Wissenschaft, die Ethik, das sind europäische Spezifika. Dazu gehört ebenso das Rechtsdenken, vor allem die Formulierung der Menschenrechte. Es ist jedoch auch die Transzendenz, genauer: die Transzendenz der Geschichte. Aus diesen Wurzeln ist das Gefühl für die Würde des Menschen entstanden. Das alles zusammen sind die *europäischen Wurzeln*.

Wenn man nun ein lebendiges Wesen untersucht, stellt sich die Frage, wie dieses Wesen gedeihen kann. Ein Baum oder auch ein Mensch kann sich nur entwickeln, wenn er aus den Wurzeln lebt. Betrachten wir jetzt die Situation des heutigen Europa, dann können wir sagen, dass es aus seinen Wurzeln lebt, oder besser: leben sollte.

Mein Eindruck ist aber, dass sich Europa heute nicht zu seinem eigenen, integralen Erbe bekennt. Man lehnt beispielsweise die Metaphysik ab, nimmt aber das positive Denken und, noch schlimmer, den Positivismus an. Die Autonomie der irdischen Wirklichkeit wird verabsolutiert, aber praktisch nur als ein Prinzip der Ausschließlichkeit und Einseitigkeit. Aus dem gesamten europäischen Erbe übernimmt man nur einen Teil, den anderen Teil lehnt man ab. Am gefährlichsten ist der Atheismus. Schon Nietzsche hat erkannt, dass „der Tod Gottes“; also die Verneinung Gottes, den tiefsten Punkt der Krise bezeichnet und die Ursache für die fehlende europäische Identität ist. Kann man denn hoffen, dass ein solcher Organismus, der sich nicht zu seiner Identität bekennt und seine Wurzeln verneint, lebensfähig ist?

Sprechen wir über die *Zukunft* Europas! Vielleicht wird es in der Zukunft *ein* Europa geben, aber ob es das Europa sein wird, das wir kennen, das ist die Frage. Damit verbunden ist auch die Frage, wieso die Kräfte der Einseitigkeit Oberhand bekommen haben. Wir haben jetzt in der Diskussion gesehen, dass alle Versuche, z. B. das Wort „Gott“ in die Verfassung der Europäischen Union einzubeziehen, nicht zum Erfolg geführt haben. Die anderen Kräfte sind stärker, die Kräfte, die die Zukunft Europas nicht mehr mit dem Wort „Gott“ verbinden können. Daraus ergibt sich eine weitere Frage: Wo sind dann wir Christen, egal, ob wir katholisch, evangelisch oder orthodox sind? Warum sind wir so schwach?

Botschafter a. D. Dr. Wilhelm Höynck:

Ich werde zunächst ein paar kurze Bemerkungen machen, ausgehend vom Thema des heutigen Abends „Europas Zukunft: Erfolgsgeschichte oder Dauerkrise?“ Vielleicht ist es nicht unbedingt eine Dauerkrise, aber dennoch, wenn wir auf die Geschichte der Europäischen Gemeinschaft schauen, ist eine Art von Krise erkennbar, die in gewisser Weise wohl unvermeidlich geworden ist. Wir haben heute ja schon viel darüber gehört.

Eine der größten Herausforderungen für die EU, die ja kein historisches Vorbild hat, besteht darin, dass nervös gewordene Staatsmänner in die falsche Richtung schauen könnten. Ich glaube, es wäre eine intel-

ligente Strategie, auf die gegenwärtigen Reaktionen hin zunächst eine inhaltliche Denkpause einzulegen.

Was ist nun schief gelaufen? Warum ist die Zustimmung zum Verfassungsvertrag bei den Referenden in Frankreich und in den Niederlanden verweigert worden, warum hätte ein entsprechendes Verfassungsreferendum auch in Deutschland kein positives Ergebnis? Aus meiner Sicht ist diese Krise entstanden, weil die politischen Führungen im Hinblick auf Grundfragen der EU ohne Rücksicht auf die Gefühle der Bevölkerung gehandelt haben. Dies hat auch – und das kann man vielleicht zur Entschuldigung sagen – mit der Begeisterung in der Ukraine während der „Revolution in Orange“ für das Projekt Europa zu tun, was in der „alten“ EU aber eher die Verunsicherung und Skepsis gegenüber der Erweiterung verstärkt hat. Da die EU ein demokratisches Projekt ist, ist es selbstverständlich, dass sie nicht nur in der Anfangsphase die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger braucht, sondern ständig – die EU muss sich gewissermaßen im Alltag bewähren. Auch die Erweiterung der EU braucht einen gewissen Enthusiasmus.

Man sollte auf der Basis der Diskussion von heute Nachmittag die Tatsache hinzufügen, dass die EU den Beitrittsländern und denjenigen, die schon beigetreten sind, eine wirklich verlässliche, nachhaltige Zukunftsperspektive gegeben hat. In der Politik, sowohl der Innen- als auch der Außenpolitik, herrscht allerdings ein ehernes Gesetz: Das Erreichte gilt als selbstverständlich, der Erfolg verblasst mit der Zeit – manchmal außerordentlich schnell.

Wir müssen uns über Folgendes im Klaren sein: Der Fortbestand der Europäischen Union ist durchaus prekär und keineswegs gesichert. Wirtschaftskrisen, nationalistische Strömungen, sogar grundlegende Verwerfungen zeichnen sich ab. Solche Irrungen und Wirrungen könnten sogar den Fortbestand der Union in Frage stellen. Was ist zu tun? Wir müssen ein Bild der Europäischen Union entwickeln, das dem wohlverstandenen Interesse und den berechtigten Wünschen der Bürger stärker entgegen kommt. Dies ist auf der Grundlage des Verfassungsvertrages durchaus möglich.

Im Zusammenhang mit dem Verfassungsvertrag hat man m. E. einen schweren Fehler gemacht. Die Umfragen sowohl in den Niederlanden als

auch in Frankreich haben ergeben, dass die Bürger und Bürgerinnen davor zurückgeschreckt sind, sich sozusagen eine zweite Verfassung zu geben. Sie haben gefragt: Was soll das? Wir haben doch bereits eine Verfassung als Niederländer und als Franzosen. Der Titel Verfassungsvertrag hat beim negativen Ausgang der Referenden eine große Rolle gespielt.

Wir können auch nicht die Bürger für die Europäische Union begeistern, wenn wir ihnen die Einzelheiten der Fragen zur Kompetenzverteilung zwischen der Union, den Einzelregierungen und den lokalen Verwaltungen nicht erläutern. Die Ressentiments gegenüber der Europäischen Union, die sich in den letzten Jahren überall eingeschlichen haben, sind wirklich „Sentiments“, also Gefühle und Stimmungen, und wiegen sehr viel schwerer als die oft kaum bekannten Fakten. Die EU braucht einen stärker profilierenden, praktisch überzeugenden und emotional ansprechenden Rahmen. Damit sind wir eigentlich bei *Renovabis* gelandet, denn Christen können und müssen zu diesem Überbau eine Menge beitragen. Europa braucht in gewisser Weise einen pfingstlichen Geist.

Miodrag Sorić:

Im Blick auf das Thema unserer Runde zweifle ich keinen Augenblick daran, dass Europas Zukunft zumindest aus polnischer Sicht eine Erfolgsgeschichte ist. Wie sehen Sie das, Frau Lipowicz?

Botschafterin Prof. Dr. Irena Lipowicz:

Es ist beides, Erfolgsgeschichte und Dauerkrise, genau wie es der Herr Botschafter Höynck geschildert hat. Angeblich gehen Juristen im Gegensatz zu Politologen stets von einem „worst case“, dem schlimmsten Fall, aus. Das ist unsere Stärke und unsere Schwäche zugleich. In Zentraleuropa hat man sich daran gewöhnt, dass die Europäische Union an ihren Krisen wächst. Aber es besteht die Gefahr, sich zu sicher fühlen, denn aus jeder Krise muss nicht unbedingt eine noch größere Erfolgsgeschichte werden. Wenn man nach dem worst-case-Szenario sucht, könnte man sagen: Schon seit dem 19. Jahrhundert sollte in Europa ein Krieg undenkbar erscheinen. Es gab schon Überlegungen zur Vereinheitlichung der Rechtssysteme, über eine Weltregierung und vieles mehr. Alles schien bereits so nah.

Meine erste These lautet: Wir dürfen uns nicht bequem zurücklehnen. Es ist höchstwahrscheinlich, dass Europa auch aus dieser Krise herauskommen wird, weil wir schon ganz nah am Ufer sind. Aber man kann auch dicht am Ufer ertrinken. Aus unserer ein wenig östlichen Perspektive besteht die Gefahr darin, dass Europa bzw. Westeuropa erstaunlicherweise bereits unreligiös geworden ist. Aber wir alle haben doch die ganze Zeit von diesen christlichen Werten wie Menschenrechte, Solidaritätsprinzip oder Grundmechanismen der Demokratie gelebt! Polen wollte, dass man die christlichen Wurzeln in die EU-Verfassung hineinschreibt, weil das nach unserer Meinung ein Kompromiss im Hinblick auf den direkten Gottesbezug ist, wie ihn die polnische Verfassung enthält. Mehr haben wir gar nicht mehr von Europa erwartet, wollten aber zumindest die Wurzeln aufzeigen. Daher hat es uns tief beunruhigt, dass nicht einmal diese historische Wahrheit in die EU-Verfassung eingebracht wird.

Zum zweiten Punkt, der Frage nach mehr direkter Demokratie: Ich gehöre einer Generation an, die für so viel Demokratie wie möglich gekämpft hat. Doch in den vergangenen 15 Jahren habe ich gelernt, dass gerade das Referendum ein Instrument ist, mit dem sehr vorsichtig umzugehen ist. Das genau hat man jetzt in Frankreich gesehen. Dazu kam, dass das Referendum über die EU-Verfassung in Frankreich nur teilweise ein EU-Referendum war. Einige Politologen sagen, dass es dabei auch um die inneren Probleme Frankreichs ging. Wenn es jetzt um mehr direkte Demokratie in der EU geht, stehen wir vor dem Dilemma: Wie löst man die Frage, dass bei jedem Referendum die Bürger Deutschlands, Polens oder Italiens eigentlich über die innenpolitischen Probleme ihrer Regierungen, ihre Präsidenten und ihre kompletten Sorgen abstimmen wollen und nicht über die EU-Verfassung? In Polen wurde ein Referendum für den EU-Beitritt durchgeführt. Wir hatten auch ein Referendum über die EU-Verfassung geplant und beabsichtigt, jedem Wahlberechtigten diese Verfassung nach Hause zu schicken, genau wie wir es mit der polnischen Verfassung getan haben.

Wenn ich meinen Studenten erklären will, was eigentlich EU-Recht ist und warum es so unglaublich kompliziert aussieht, versuche ich es an einem Beispiel zu erläutern. Dann sage ich ihnen: „Stellen Sie sich Eu-

ropa als eine schöne klassische Villa vor. Nun kommt der eine und sagt: Die Architektur ist zwar wunderschön, aber ich hätte gerne noch einen Balkon auf der rechten Seite. Ein anderer möchte hier noch etwas und da eine Säule nach seinem Geschmack. Alle machen es so. Im Ergebnis hat man dann zwar etwas wirklich Einzigartiges – hier zwei Balkone, dazu noch eine Treppe links und eine rechts –, aber es entsteht etwas, das der üblichen Vorstellung von Architektur vollständig widerspricht.“ Doch so ist Europa, so haben wir es kennen und lieben gelernt, damit wollen wir leben. Die europäischen Grundlagen sind noch vorhanden, jedoch immer weniger präsent und die Europäer wissen immer weniger, wohin sie eigentlich gehen.

Im Folgenden möchte ich drei Merkmale nennen, in denen sich die Europäer von anderen Bürgern der Erde unterscheiden:

- Europäisch sein bedeutet, keine Konflikte zu wollen, friedlich zu sein und Konflikte durch Verhandlungen zu lösen.
- Zweitens bedeutet es, auf die Todesstrafe zu verzichten.
- Nummer drei ist das Prinzip der Laizität, der Trennung von Kirche und Staat.

Gerade wurde über die klassische Hybris Europas gesprochen. Kann man denn von Europa behaupten, dass es besonders friedlich sei, wenn von hier zwei Weltkriege ausgingen, wenn der letzte Krieg noch nicht lange vorbei ist und die Krise im Balkan immer noch eine offene Wunde darstellt? Zum Thema Todesstrafe: Könnten wir sicher sein, dass, wenn es in Europa ein entsprechendes Referendum gäbe, die Völker der EU-Mitglieder einen Verzicht auf die Todesstrafe akzeptierten? Zur Trennung von Staat und Kirche: Es gibt Länder in der Europäischen Union wie Griechenland, Norwegen oder Schweden, in denen die Staatskirche noch in der Verfassung steht; Amerika ist dabei viel konsequenter als wir. Ein Merkmal nach dem anderen kann man in Frage stellen – und wenn nur diese drei Merkmale Europa ausmachten, wäre das äußerst wenig.

Noch etwas über die Kompliziertheit europäischer Verwaltung und Bürokratie: Den neuen Beitrittsländern hat man eine Verwaltungsstruktur „verordnet“, die über viele Jahre hinweg gewachsen ist. Wäre diese Struktur Schritt für Schritt eingeführt worden, wäre sie leichter zu

akzeptieren. So führten die an und für sich guten Absichten der Verwaltungsveränderung jedoch oft – das hat sich in vielen Ländern gezeigt – zu einer „patchwork-administration“: Ich bin seit 20 Jahren Verwaltungsjuristin, und als ich wirklich alles auf einmal gesehen habe, was da auf uns zukommt, und als ich erfahren habe, dass die Europäische Union von uns erwartet, dass wir alleine im Landwirtschaftsministerium genau 1.570 Personen zusätzlich beschäftigen müssten, da war ich wirklich „voller Hochachtung“: Woher weiß die EU, dass wir genau noch 1.570 Personen im Landwirtschaftsministerium brauchen?

Es gibt viele derartige Beispiele. Wir haben uns tatsächlich auf eine sehr komplizierte Struktur eingelassen. So ist es schwer, das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, damit die Begeisterung für die Union nicht völlig erlischt. Anders gesagt: Es ist schwierig, sich für eine gar nicht mehr klassische Villa zu begeistern.

Dr. Reinhard Voß:

Ich habe eine Mischung von Frage und These zur Begeisterung und zur Identität. Darüber haben Sie alle drei gesprochen. Kann es sein, dass die Krise Europas damit zusammenhängt, dass wir die europäische Expansionsgeschichte mit Kreuz und Schwert ausklammern? Gehört diese Geschichte nicht auch zentral zur europäischen Identität – Kolonialismus, Imperialismus, Faschismus, westlicher Lifestyle, Expansion usw.? Gehört das, wie wir damit umgehen, nicht auch zu unserer Identität?

Meine zweite Frage lautet: Der „plombier polonais“, der sprichwörtliche „polnische Klempner“, der den Einheimischen die Arbeit wegnimmt, gab in Frankreich das Horrorbild ab. Wie kann in den alten EU-Ländern Begeisterung bei dieser Angst vor Arbeitsplatzverdrängung, Arbeitsplatzverlagerung und Arbeitsplatzverlust entstehen? Wir brauchen sicher eine neue Begeisterung und eine neue demokratische Legitimierung von unten, vielleicht nicht in der Form der bisherigen Referenden.

Hans Heppner:

Meiner Meinung nach stecken wir die Erwartungen zu hoch. Wie lange hat es in Deutschland, in Westeuropa gebraucht, bis wir uns zurecht gefunden haben? Bei 50 Jahren unterschiedlicher Entwicklung kann man

nicht erwarten, dass sich jetzt in wenigen Jahren West und Ost angleichen. Vielfach sind ja erst die Hausarbeiten im eigenen Land zu machen, auch in Deutschland.

Wenn einige Staaten das Referendum abgelehnt haben, dann haben sie weniger die Verfassung abgelehnt als die Politik im eigenen Land. Jedes Land sollte sich besinnen, was es über seine Eigenheit hinweg an Europa abgeben und abtreten kann. Ein föderales Europa sollte entstehen, nicht eines mit einem großen Wasserkopf und zentraler Regierung. Davor schrecken wohl viele Menschen zurück.

Michael Dorndorf:

Vor ein paar Jahren galt es noch als beängstigende Sensation, dass deutsche Firmen Teile ihrer Betriebe nach Tschechien, Ungarn oder Rumänien ausgelagert haben. Mittlerweile lagern Firmen aus Tschechien, Ungarn und Rumänien ihre Unternehmen bis nach Asien aus. Ich frage mich, ob die Diskussion über Europas Zukunft, wie sie hier geführt wird, noch zeitgemäß ist oder durch die Ereignisse nicht längst überholt ist. Ich glaube, dass dieses Thema nur dann sinnvoll diskutiert werden kann, wenn globale Dimensionen in die Überlegungen einbezogen werden.

Erzbischof Dr. Ivan Devčić:

Beim Aufbau der Europäischen Union ist man m. E. an einem Punkt angelangt, an dem man jetzt einen Halt für eine Rückbesinnung machen muss. Vielleicht ist auch bei uns der Augenblick gekommen, dass wir die Diskussion über die europäische Identität neu beleben müssen. Sicher gehören auch der Positivismus und der Nihilismus zur europäischen Identität, vieles andere auch – aber ich kann nicht verstehen, dass zu dieser europäischen Identität Gott und das, was dieses Wort bedeutet, *nicht* gehören soll. Oder die europäische Metaphysik zum Beispiel: Kann man das einfach streichen? Wir werden in der Bestimmung dessen, was zur europäischen Identität gehört, sorgfältig sein müssen. Vielleicht ist diese Krise ja auch heilsam für Europa und eröffnet eine Diskussion über bestimmte Fragen, die man bis jetzt als selbstverständlich angesehen hat. Nicht alle wollen in der Verfassung das Wort Gott, das Christentum, die Religion, den Laizis-

mus erwähnen? Darf man nicht, soll man nicht auch einmal das in Frage stellen?

Herr Botschafter, Sie haben über die emotionale Argumentation zu Gunsten Europas gesprochen und in diesem Zusammenhang auch die rationale Argumentation erwähnt. Für mich ist diese Argumentation viel wichtiger, weil der Mensch trotz allem und vor allem ein rationales Wesen ist. Doch ein falscher oder törichter Schritt kann alles kaputt machen. In Kroatien waren zum Beispiel bis vor kurzem über 80 Prozent der Bevölkerung für die Europäische Union eingestellt. Aber nun, im Frühjahr, haben die Menschen gesehen, dass wegen eines Generals¹ die Verhandlungen nicht beginnen können, und jetzt steht Kroatien weiter vor der Tür der Union. Möglicherweise beginnen jetzt im Herbst die Verhandlungen mit der Türkei, aber mit Kroatien, einem katholischen Land im Herzen Europas nicht – wie kann man das den Leuten erklären? Solche Unstimmigkeiten müsste man einfach vermeiden.

Botschafter a. D. Dr. Wilhelm Höynck:

Ich glaube, dass wir ein höheres Maß an neuer Begeisterung für die Europäische Union brauchen, um auch die Angst vor Veränderungen verkraften zu können. Dass vor Veränderungen generell große Angst besteht, das braucht uns in Deutschland eigentlich niemand zu erklären. Manchmal tun wir uns in Westeuropa mit Veränderungen besonders schwer.

Ich möchte kein neues Thema anschnitten, aber im Zusammenhang mit dem Beitritt der Türkei geht es natürlich auch um das Verhältnis der christlichen Kirchen zur Türkei, ein hoch emotionales Thema. Wir haben entschieden zu hohe Erwartungen gehabt und dann eigentlich zu wenig Zeit zur Vertiefung. Ich komme wieder auf die Dinge zurück, die uns am nächsten liegen. Denken Sie bitte an die Worte von den „blühenden Landschaften“; die wir alle noch im Ohr haben. Ich möchte die

1 Anspielung auf den kroatischen General Ante Gotovina, der wegen Kriegsverbrechen gesucht wurde. Da die kroatische Regierung sich 2004/2005 nach Ansicht vieler EU-Regierungen bei der Strafverfolgung zu wenig kooperativ gezeigt hatte, wurden die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien im März 2005 unterbrochen und erst im Oktober 2005 wieder aufgenommen (Anm. d. Redaktion).

Dinge nicht klein und nicht groß reden, aber zu hohe Erwartungen bergen immer die Gefahr der besonderen Enttäuschung.

Die eigentliche Frage lautet: Geht Europa hier an der Realität vorbei? Dazu nur eine Anmerkung: Wenn meine Kollegen auf EU-Ebene von „Europa“ reden, sprechen sie nur von einem Teil Europas, der andere Teil Europas existiert terminologisch überhaupt nicht. Es ist offensichtlich, dass die Europäische Union zwar eine sehr motivierte Politik gegenüber den unmittelbaren Nachbarn betreibt, aber die Terminologie der Sprecher verrät bereits, dass es im Grunde genommen schon zwei Europas gibt. Das weist auf eine große Gefahr hin und hat mit Reichtum und Armut zu tun. Die große Gefahr besteht in der sehr unterschiedlichen Verteilung der politischen und wirtschaftlichen Kräfte in Europa. Darüber müssen wir uns im klaren sein. Diese Beobachtung bezieht sich auch auf das, was heute Nachmittag bei den „Schlaglichtern“ z. B. zu Albanien gesagt wurde.

Botschafterin Prof. Dr. Irena Lipowicz:

Ich möchte mich um die hier angeschnittene Frage des „christlichen Clubs“ nicht drücken. Aus polnischer Perspektive zeigt sich das Thema so: Wir waren noch nicht dabei, als man der Türkei etwas versprochen hat, und ich möchte nicht erleben, was passiert, wenn ein großes und stolzes Volk, wie es die Türken sind, sich zutiefst beleidigt fühlt – zu Recht, weil man etwas versprochen hat, ohne es zu halten. Niemand hat die EU gezwungen, solch große Versprechungen zu machen. Wir in Polen können uns aber nicht vorstellen, wie man nun kehrt machen kann. Eine andere Sache ist die Zeitgrenze, innerhalb derer die Türkei die harten Standards erfüllen müsste, wie sie z. B. auch Polen erfüllen musste. Wie viel Zeit wird es in Anspruch nehmen, bis die Kirchen in der Türkei frei und offen wirken können, bis die Menschenrechte eingehalten werden wie bei uns, bis es keine Zweiklassen-Gesellschaft mehr gibt und all das erfüllt ist, was auch Rumänien, Bulgarien und alle anderen erfüllen müssen? Aber wie soll man denn den Türken erklären: „Entschuldigung, der Beitritt war nur ein Scherz, jetzt gibt es die privilegierte Partnerschaft“. Ich wünsche den Regierenden viel Glück. Ich weiß, wie empört man bei uns war, als uns anfangs die privilegierte Partnerschaft angeboten wurde.

In der heutigen Diskussion ist noch kein einziges Mal das Wort Terrorismus gefallen. Es gibt eine These, dass der Terrorismus wie das Fieber einer Krankheit ist, so wie die Terroriswellen im 19. Jahrhundert vor der großen Oktoberrevolution oder den anderen Revolutionen nur als erstes Erdbeben zu erfahren war, und dass uns die große arabische, islamische Revolution noch bevorsteht und sich dann unsere Welt gewaltig verändern wird. Wäre es in diesem Fall nicht besser, die Türkei auf unserer Seite zu haben? Das sind nicht meine Probleme, dazu müssen sich die Experten äußern – ich mache hier nur ein Fragezeichen.

Europa ist nicht allein. Alle großen Regionen schließen sich zusammen. Wenn man beobachtet, was in Lateinamerika heute passiert, wenn man sieht, was in Asien zustande kommt, kann man das gut erkennen. Die Nationalstaaten sind heutzutage zu schwach, um den großen Multikonzernen Widerstand leisten zu können. Vielleicht betrifft das noch nicht Deutschland, aber doch die kleineren Länder. Wenn man z. B. Microsoft oder ähnliche Giganten nimmt und etwa das Bruttoinlandsprodukt eines kleinen westeuropäischen, nicht eines osteuropäischen, Landes, damit vergleicht, weiß ich nicht, was größer ist. Das würde bedeuten, dass wir uns entweder gegenseitig helfen und, koste es was es wolle, zusammenschließen – oder unsere Chancen in der globalisierten Welt werden immer kleiner. Das verstehen auch Rumänien und Kroatien und die Länder Zentralasiens oder Georgien, die auch plötzlich über die EU zu sprechen beginnen. Die Menschen und die Länder beginnen zu begreifen, dass sie alleine keine Chance haben.

Das Thema „polnischer Klempner“ greifen wir übrigens jetzt in unserer Tourisuskampagne ironisch auf. Wir haben ein umwerfend gut aussehendes polnisches Model als Klempner verkleidet und lassen es im „Hotel Eiffelturm“ posieren. Man kann das auf den Internetseiten der polnischen Botschaft oder polnischer Touristenorganisationen sehen. Die Werbekampagne hat viele französische Touristen nach Polen gelockt und der Erfolg war so groß, dass wir jetzt noch eine wunderschöne polnische Krankenschwester dazu gegeben haben, die für polnische Kurorte werben soll. Das freut mich, denn es zeigt, dass die Polen auf das Arbeitsethos ihrer Mitbürger stolz sind; es müssen nicht gleich Professoren oder große Musiker und Künstler sein. Wir haben

als Land keine Komplexe mehr und können deshalb stolz auf unsere Klempner sein, weil sie allgemein geschätzt werden und jeden Wettbewerb gewinnen.

Übrigens noch als Anekdote: Wir haben genau gezählt, weil es eine Frage von landesweitem Interesse war: „Entschuldigung, wie viele polnische Klempner gibt es denn um Gottes Willen in Frankreich, dass dieses große Land eine solche Angst hat?“ Es sind 250 – genausoviele wie es französische Supermärkte in Polen gibt; also ein Klempner auf einen französischen Supermarkt.

Prof. Dr. Thomas Bremer:

Ich möchte zwei Anmerkungen zur Frage nach dem Gottesbezug in der Verfassung machen. Die erste ist die, ob es denn wirklich vernünftig und klug ist, die Frage nach der Nennung Gottes oder der christlichen Traditionen in der Verfassung so hoch zu hängen. Wäre es denn nicht viel wichtiger darauf zu achten, dass die christlichen Werte tatsächlich in der Intention der Verfassung vorkommen, anstatt dass sie wörtlich genannt werden? Ich möchte darauf hinweisen, dass es in Europa nur fünf Staaten überhaupt gibt, die Gott in ihrer Verfassung nennen. Davon sind vier EU-Staaten, der fünfte ist die Schweiz. Es gibt gut katholische Staaten, wie zum Beispiel Kroatien, Italien oder Portugal, die ohne die Nennung Gottes in der Verfassung auskommen. Also ist es denn wirklich so wichtig, dass wir einen Kampf kämpfen, den man wahrscheinlich sowieso nicht gewinnen kann? Ist es denn nicht viel wichtiger, dass die christlichen Werte tatsächlich darin vorkommen und nicht nur genannt werden?

Der zweite Punkt betrifft noch einmal die Frage nach den Grundlagen Europas. Erzbischof Devčić hat mit Recht auf die christliche Philosophie, das römische Recht und das Christentum verwiesen, aber es kommen noch andere dazu. Wir können das Europa von heute nicht ohne das Judentum denken, ohne die jüdische Tradition; im gewissen Sinne auch nicht ohne den Islam. Wenn wir nur überlegen, welche Bedeutung der arabische Islam für den Transfer der antiken Philosophie nach Europa gehabt hat! Wir würden heute nicht so denken, wie wir denken, hätte es diese Vermittlung nicht gegeben. Es gibt also eine

ganze Reihe von anderen Einflüssen, an die man auch denken muss. Deswegen bin ich sehr einverstanden mit den Stimmen, die vor einem gewissen Triumphalismus gewarnt haben.

Zu bedenken ist auch, dass die Werte, die für uns heute so wichtig sind, also etwa die Menschenrechte, gegen den großen Widerstand der Kirchen errungen worden sind. Man muss an die großen Konflikte denken, die es zwischen den christlichen Kirchen im Laufe der Geschichte gegeben hat. Die Kirchen- und die Christentumsgeschichte in Europa ist eine Erfolgsgeschichte, das würde ich auf jeden Fall sagen, aber sie ist oft mit schwer lesbaren und schwierigen Buchstaben geschrieben. Man sollte das nicht vereinfachen und als eine durchgehende, sozusagen gerade Linie darstellen.

Erzbischof Dr. Ivan Devčić:

Was nun die Erwähnung des Wortes „Gott“ betrifft, möchte ich daran erinnern, dass der Hl. Vater Benedikt XVI. schon einige Male beklagt hat, wie „gottvergessen“ unsere Welt ist. Auch Kardinal Lehmann hat dazu ein Buch geschrieben: „Es ist Zeit, an Gott zu denken“.² Wir können froh sein, dass die christlichen Werte in der europäischen Verfassung vorhanden sind, aber man muss sich auch fragen, ob diese Werte richtig verstanden werden ohne ihren tragenden Grund. Darum darf es uns Christen nicht gleichgültig sein, ob diese Werte auch mit diesem Grund, also Gott, verbunden sind und ob dies nicht auch in der Verfassung klar gesagt werden muss, die ja die Mehrheit der Europäer repräsentiert.

Was die konstituierenden Elemente der europäischen Identität betrifft, so sehe ich auch die drei bereits beschriebenen allgemeinen Elemente. Wenn man die christliche Religion erwähnt, denkt man auch an die Bibel. Die Bibel haben wir selbstverständlich mit dem Judentum gemein, das man aus dieser europäischen Tradition und Geschichte nicht wegdenken darf. In Kroatien, Bosnien und den übrigen Balkanländern weiß man sehr gut, wie sehr auch der Islam unsere Identität und unsere Geschichte bestimmt hat. In diesem Sinn plädiere ich dafür,

2 Es ist Zeit, an Gott zu denken. Ein Gespräch mit Jürgen Hoeren. (Herder Spektrum 5054). 6. Aufl. Freiburg, 2001.

diese Identität nicht einfach in Frage zu stellen, und wünsche mir mehr allgemeinen Widerstand gegen eine zu einseitige Auffassung und Deutung der europäischen Identität.

Prof. Dr. Irena Lipowicz:

Die Präambel einer Verfassung ist wichtig, weil sie in Zeiten, in denen Moral und Religion eben keine so wichtige Rolle spielen, die gemeinsame Basis ist. Man muss wissen, worauf man steht. Und die polnische Form der Präambel gilt sowohl für die Bürger Polens – gemeint sind die Polen im Sinne eines Verfassungsvolks, nicht national gedacht –, die an Gott als Quelle des Guten, Schönen und Wahren glauben, als auch für die, die den Glauben an universelle Werte aus anderen Quellen ableiten. Wir alle zusammen haben uns diese Verfassung gegeben.

In den deutschen Medien wurde sehr lange falsch berichtet, Polen verlange den Gottesbezug in der Präambel der EU-Verfassung. Wir sind Realisten: Nachdem unsere Delegation die Meinung im EU-Konvent ausgelotet hat, haben wir aus Rücksicht auf die Mehrheitsmeinung darauf verzichtet. Aber zumindest als Kompromiss formulieren wir dort die historische Wahrheit, nämlich dass Europa christliche Grundlagen, christliche Wurzeln hat. Auch die muslimische und die jüdische Minderheit in Polen hatte nichts gegen diese Haltung einzuwenden. Wir beschreiben die Wirklichkeit. Natürlich hat Europa verschiedene Grundlagen. Mir ist wichtig, dass in der Präambel steht, auf welche Grundlagen und Werte wir uns beziehen.

Pater Dr. Ferdinand Gahbauer OSB:

Ich habe drei Anliegen. Zunächst sollte man sich die Frage nach Gott nicht so leicht machen. Wenn von den christlichen Werten die Rede ist, vor allem von der Menschenwürde, dann gehört Gott unbedingt dazu. Denn wenn man sich die Texte der Kirchenväter ansieht, beruht die Würde des Menschen letztlich auf der Schöpfung durch Gott. Also muss man etwas tun, vor allem wenn auch die jüdische und muslimische Tradition berücksichtigt werden sollen, die sich ja alle auch auf Gott berufen.

Zum zweiten scheint der Begriff „Europa“ unklar zu sein, weshalb meine Frage lautet: Gehören eigentlich auch die kaukasischen Länder

Georgien und Armenien noch dazu? Das sind Länder mit einer sehr alten christlichen Tradition.

Und dann natürlich: Was ist mit dem europäischen Russland und mit der Türkei? Es ist den Türken und anderen Moslems in Deutschland möglich, Moscheen zu bauen. Aber es ist außerordentlich schwierig für Christen, in der Türkei eine Kirche zu bauen, zu restaurieren oder Grundbesitz zu erwerben.

Pater Josip Bebić:

In den letzten Jahren bin ich zunehmend enttäuschter geworden. Europa ist wichtig für uns alle, aber einige gehören wohl dazu, andere bleiben draußen. Kroatien ist ein Beispiel dafür. Es befand sich im Krieg, viele Dörfer wurden zerstört, Tausende von Menschen vertrieben. Europa und die Politiker, die uns jetzt Lektionen erteilen, haben nur zugehört und wenig geholfen. Sicher, als Präsident Tudjman Kroatien befreite, hat er Fehler gemacht, dafür müssen unsere Generäle jetzt in Den Haag Rechenschaft ablegen. Auf der anderen Seite haben Generäle nach dem Zweiten Weltkrieg Millionen von Menschen vertrieben und mussten keine Rechenschaft dafür ablegen – weil sie Befreier waren. Kroatien hat sich nur selbst verteidigt. Die Türkei hat viele Kurden im Irak umbringen lassen, ich habe aber in keiner deutschen Zeitung gelesen, dass sie dafür verurteilt worden ist. Wir müssten also in diesem Europa auch ein bisschen mehr an die kleineren Völker denken.

Erzbischof Dr. Ivan Devčić:

Was gehört zu Europa? Man muss sich auf eine gemeinsame Definition einigen. Ist es ein geographischer Begriff oder werden auch Länder eingeschlossen, die nicht direkt zum europäischen Kontinent gehören? Dahinter steht das Problem der Identität, verbunden mit der Frage, welche Art von Gemeinschaft die Europäische Union schließlich sein sollte. Auch bei uns zu Hause stellt man sich diese Frage, wie die Gemeinschaft am Ende aussehen wird. Wird es ein Staat werden, in dem einfach die Mächtigen und Stärkeren diktieren werden?

Diese Fragen machen natürlich auch ein bisschen Angst. Hierzu gehört die Frage, die Pater Bebić im Blick auf Kroatien gerade gestellt hat.

Alle unsere Generäle haben sich dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag zur Verfügung gestellt, nur General Gotovina ist verschwunden. Nun heißt es: „Nein, mit Kroatien werden die Verhandlungen nicht begonnen, so lange dieser General nicht festgenommen worden ist.“ In Kroatien waren, wie bereits erwähnt, 80 Prozent der Bevölkerung oder noch mehr für Europa, 1989 oder 1990 waren es wohl 100 Prozent. Jetzt, nach der Ablehnung der Verfassung in Frankreich und in den Niederlanden, sind es vielleicht unter 50 Prozent. Das sollte uns zu denken geben. Ich selbst bin tief überzeugt von der Bedeutung der Union und glaube, dass Europas Völker nur darin eine gemeinsame Zukunft haben werden. Niemand wünscht sich das zurück, worüber Ministerpräsident Teufel berichtet hat und was bis zur Mitte des letzten Jahrhunderts immer wieder geschehen ist, dass nämlich fast jede Generation einen Krieg erlebt hat. Wenn die Europäische Union auf diesem Kontinent auch nur einen einzigen Krieg verhinderte, wäre das Grund genug für ihre Existenz.

Botschafter a. D. Dr. Wilhelm Höynck:

Wir können natürlich über die Frage der Grenzen Europas lange diskutieren. Eines ist sicher: Europa umfasst mehr als die Europäische Union. Unklar ist allerdings, wo die geographischen Grenzen Europas verlaufen. Kommt es darauf entscheidend an? Im Hinblick auf die Türkei ist es angebracht, eine solide und rationale Position einzunehmen. Das Ergebnis der Beitrittsverhandlungen ist offen. Wenn die Türkei die für alle geltenden Beitrittskriterien erfüllen kann, dann denke ich, muss man auch der Türkei das Beitrittsrecht zubilligen. Wenn die Türkei nach Erfüllung der Kriterien eine reale Chance hat, Mitglied der Europäischen Union zu werden, kann man dann noch der Ukraine sagen, dass sie grundsätzlich ausgeschlossen bleibt? Sie sehen also: Die Geographie ist zur Lösung politischer Fragen nicht immer hilfreich.

Grundsätzlich bleibt aber festzuhalten: Wir werden die Europäische Union nicht auf Dauer voranbringen, wenn die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger nicht vorhanden ist, beim Erweiterungsprozess auch Nachteile in Kauf zu nehmen. Das Beispiel Polens ist da sehr hilfreich. Wir müssen die Elemente identifizieren, die alle Leute, besonders aber

die jungen Menschen, zum Engagement für diese großartige Idee begeistern. Die Erweiterung der Europäischen Union ist auch ein Anti-Armuts-Projekt. In Deutschland kann es uns nicht gut gehen, wenn es den anderen schlecht geht – eine primitive Aussage, aber so ist es. Und von daher bildet die Europäische Union ein erstrangiges Projekt sowohl der Armutsbekämpfung als auch der Wohlstandssicherung.

Das eigentliche Problem liegt eindeutig jenseits der heutigen Ostgrenze der Europäischen Union, und mich würde daher noch interessieren, was Frau Professor Lipowicz zum Thema „Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union“ sagt. Wir haben in Bonn immer gesagt, dass die Union nicht an der Ostgrenze Deutschlands enden darf; aber sie darf auch nicht an der Ostgrenze Polens enden. Vielmehr ist ja ein Europa ohne Grenzen das eigentliche Ziel.

Noch etwas zum Thema „Kriegsverbrechen“: Wir legen sicher aufgrund unserer leidvollen Erfahrungen einen strengen Maßstab an, Kriegsverbrechen zu ahnden und die Täter zu verfolgen, denn sonst – nicht zuletzt nach den Erfahrungen der neunziger Jahre im ehemaligen Jugoslawien – wird sich die europäische Kriegsgeschichte, wie sie Ministerpräsident Teufel beschrieben hat, wiederholen. Natürlich sollen dabei alle Leute mit dem gleichen Maßstab gemessen werden. Bei allem Respekt für das kroatische Argument und das Gefühl, ungleich behandelt worden zu sein: Ich denke, dass die Position der EU dort, wenn man nüchtern nachdenkt, verstanden werden wird. Außerdem ist mit einer Verzögerung der Verhandlungen das letzte Wort über einen Beitritt Kroatiens ja nicht gesprochen.

Botschafterin Prof. Dr. Irena Lipowicz:

Überzeugen Sie nicht nur mich, sondern auch die anderen Repräsentanten der politischen Klasse davon, wie schön es wäre, in der Präambel den Namen Gottes oder den Gottesbezug zu haben. Polen ist mit seinem Wunsch fast allein geblieben. Wir haben den Kompromiss angeboten, um wenigstens etwas haben. Uns Polen braucht man nicht zu überzeugen.

Was heute vielleicht optimistisch stimmt, ist die so genannte europäische Debatte, die Diskussion um die europäische Verfassung. Noch vor

ein paar Jahren konnte man nur über das EU-Recht sprechen. Über andere Themen wollte niemand diskutieren. Dass wir uns jetzt langsam dieser Verfassung annähern, ist wirklich faszinierend und erstaunlich. Renovabis ist als Solidaritätswerk eigentlich zu anderen Zwecken gegründet worden. Schauen Sie sich an, was heute passiert! Wir sitzen bis tief in die Nacht und machen uns Sorgen um Europa.

Ich möchte noch etwas aus meiner eigenen Lebenserfahrung ergänzen: Als ich vor 25 Jahren hier in München Deutsch lernte und mir die Bundesrepublik betrachtete, sagte ich mir, dass ich als Schlesierin auch hier bleiben könnte. Ich hätte kein Problem mit der Staatsbürgerschaft bekommen. Aber ich dachte mir: „Ich will, dass mein Land auch so aussieht. Ich werde nicht bleiben.“ Hunderttausende meiner Landsleute sind damals ebenfalls nicht hiergeblieben, sondern wieder nach Polen mit dem Wunsch nach Veränderung auch in unserem Land zurückgekehrt. Der heutige Abend ist für mich eine große Genugtuung, dass wir jetzt tatsächlich darangehen, die Probleme gemeinsam zu lösen.

Unsere Gefühle für die Ukraine sind bereits so bekannt, dass ich von unseren großen Nachbarn schon getadelt wurde, das sei zuviel. Selbstverständlich wären wir glücklich, wenn die Ukraine beitreten könnte, aber wir wollen die EU auch nicht überfordern. Wir sind ja selbst erst neu dazu gekommen. Mein großer Traum wäre eine zweite Viadrina, also eine polnisch-ukrainische Universität an unserer Grenze; genau wie die Europa-Universität Viadrina an der deutsch-polnischen Grenze in Frankfurt (Oder) und Słubice. Die Ukraine wird Europa-Experten brauchen, ganz egal, wann sie zur EU kommt. Dass sie kommt, glaube ich bestimmt.

Miodrag Sorić:

Vielen Dank für diese abschließenden Worte, die belegen, dass wir trotz aller Krisen doch weiter Optimisten bleiben sollten. Ich danke Ihnen allen für Ihr engagiertes Mitwirken bei diesem Gespräch.

Bischof Prof. Dr. Reinhard Marx, Trier:

Soziale Gerechtigkeit als Herausforderung an Kirche und Gesellschaft¹

Wenn wir über Gerechtigkeit reden, denken wir an das klassische „Dreieck“: iustitia legalis, iustitia distributiva und iustitia commutativa.² So ist es uns von Aristoteles her geläufig und hat die philosophische Tradition geprägt. Dabei war für die iustitia legalis „klassisch“



klar, dass sie ohne Bezug zum Schöpfer nicht gedacht werden kann. Und so war sich auch Papst Johannes Paul II. selbstverständlich darüber im Klaren, dass die menschlichen Gesetze Abbild eines göttlichen Gesetzes sind und damit an der göttlichen Vernunft Anteil haben, wie Thomas von Aquin sagen würde. Was wir gemäß der Gerechtigkeit in Gesetzen formulieren, das ist nicht einfach positivistisch und ein Mehrheitswille, sondern gründet im ewigen Gesetz. Es gründet in der Personenwürde des Menschen und damit in einer Idee, die vorstaatlich ist.

Die vielleicht größte Herausforderung erleben wir im Moment in der Frage des Gottesbezuges in der europäischen Verfassung, über die heftig diskutiert worden ist. Es geht um die Frage, wie wir die Moderne

1 Der Beitrag gibt meinen Vortrag vom 2. September 2005 beim 9. Internationalen Kongress Renovabis wieder. Die Form des mündlichen Vortrags wurde beibehalten.

2 Vgl. zum Folgenden auch Reinhard Marx / Helge Wulsdorf: Christliche Sozialethik. Konturen – Prinzipien – Handlungsfelder. Paderborn 2002, bes. S. 156–173.

verstehen und was die Moderne ist. Was ist ein modernes Gemeinwesen und wie viel vorstaatliche Grundlagen sind notwendig? Wir erkennen, wie sehr das, was unzerstörbar ist – etwa der Gedanke der Personenwürde des Menschen – letztlich von religiöser Grundlegung abhängt. Der Verfassungsrechtler Paul Kirchhof spricht in diesem Zusammenhang vom „Verfassungsbaum“; er sagt sinngemäß, die Grundrechte, also das, was man sieht, sind der Baum, aber die Wurzeln dieses Baumes bildet die religiöse Grundlegung des Ganzen. Daraus ergibt sich alles andere.

Der andere Bereich ist die „iustitia commutativa“, die Vertragsgerechtigkeit. Das ist etwas, was selbstverständlich und einsichtig ist, wenn wir etwa kaufen und verkaufen oder Vereinbarungen treffen. Das beinhaltet die gesetzlich geschützte Vertragsfreiheit. Umstritten ist hingegen die „iustitia distributiva“, die verteilende Gerechtigkeit, die im Grunde genommen eine Grundlage für das ist, was soziale Gerechtigkeit meint. Gemeinwesen bestehen nämlich auch darin, allen Anteil an dem zu geben, was man gemeinsam nach vorne bringt, erreicht und gestaltet. Diese Form der Gerechtigkeit wird deswegen heute oft weiterentwickelt zum Begriff der „Beteiligungsgerechtigkeit“. Aber ich sehe darin keinen Widerspruch, denn es muss auch Verteilung und Beteiligung geben. Ein Gemeinwesen muss den Menschen, die sich nicht selber helfen können, die Chance eröffnen, eben dies tun zu können, um so ihr Leben zu gestalten.

Bereits im 18. Jahrhundert kommt der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit auf. Es ist ein Begriff der Neuzeit; weder ein Begriff der alten Philosophie noch der Bibel. „Gerechtigkeit“ und „Recht“ kommen in der Bibel vor, aber nicht „soziale Gerechtigkeit“. Dieser Gedanke kommt tatsächlich aus der Erfahrung der tiefen Armut, der Proletarisierung weiter Teile der Bevölkerung und der Umwälzungen, die zu einem Riss in der Gesellschaft führten. Man spürt, dass die klassische Gerechtigkeitsdiskussion nicht ausreicht und den neuen Herausforderungen nicht gerecht wird.

Es ging darum, ob man den komplexen Umbrüchen, in denen die ganze Gesellschaft, die alte Kultur, die alte feudale Struktur über Bord

geworfen wurden, gerecht werden konnte mit den alten politischen Systemen und auch alten philosophischen Begriffen. So wurde das Ziel der „sozialen Gerechtigkeit“ zu einer Aufgabe des Staates, des Gemeinwesens, um die notwendigen Grundlagen des menschlichen Lebens überhaupt erst zu schaffen: Armut überwinden, Bildung ermöglichen, Chancen auf Arbeit geben. Damit sind die drei wesentlichen Punkte einmal benannt, die vorher, in einer feudalen Gesellschaft oder in einer kommunistisch-feudalen Gesellschaft, geregelt bzw. nicht als Aufgabe des Gemeinwesens im Blick waren.

In der Situation des beginnenden Kapitalismus des 19. Jahrhunderts werden die Strukturen aufgesprengt, die einerseits Zwangsstrukturen, andererseits aber auch Sicherheitsstrukturen waren. Man erkannte, dass das politische System nicht ausreichte, um die Frage der Gerechtigkeit zu klären. Aus dieser Erfahrung heraus erwächst der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit. Ich bin der Meinung, dass wir diesen Gedanken nicht aufgeben sollten. Gerade mit Blick auf die tief greifenden Umbrüche der letzten fünfzehn Jahre in Ost- und Mitteleuropa, die ja zum Teil noch andauern.

Nun wird mit vollem Recht die Frage gestellt: Kann das politische System die Frage der Gerechtigkeit angesichts solcher Umbrüche wirklich lösen? Deswegen ist die Idee der sozialen Gerechtigkeit, die im Grunde von unten her auf die Armen schaut, die am Fortschritt nicht beteiligt sind, die nichts kaufen und verkaufen können – so hat es Johannes Paul II. in seiner Enzyklika „Centesimus annus“³ geschrieben – notwendig, damit Gerechtigkeit in einem Gemeinwesen keine leere Formel bleibt.

Die Katholische Soziallehre sagt: Politik ist kluges Bemühen um das Gemeinwohl. Das Gemeinwohl meint eine Orientierung, die den Individuen zwar nicht die Verantwortung abnimmt, ihre eigene Lebensperspektive zu verfolgen, die aber doch an der Idee festhält, dass alle Menschen etwas Gemeinsames haben. Ein Gemeinwesen ist nicht einfach nur die Addition von Millionen von Menschen, sondern hat eine eigene

³ Enzyklika „Centesimus annus“; erschienen am 1. Mai 1991, hier Abschnitt 14.

Bedeutung. Das ist eine Zielrichtung, die die Politik im Auge behalten muss und die durchaus schwer zu fassen und umzusetzen ist. Aber es gibt in einer Demokratie keine Alternative, Politik anders zu verstehen: Politik ist kluges Bemühen um das Gemeinwohl.

Einen weiteren Begriff will ich nennen, der in den letzten Jahren in der Debatte der politischen Philosophie eine Rolle gespielt hat: Es ist der Begriff der politischen Gerechtigkeit. Der Philosoph Otfried Höffe hat diesen Begriff geprägt, um deutlich zu machen, dass es bei der Frage „Was ist gerecht?“ vor allen Dingen darum geht, ob wir ein gerechtes Ordnungssystem haben. Haben wir ein politisches System, das die großen Fragen der Gerechtigkeit beantwortet? Die drei Formen der Gerechtigkeit, die ich eingangs vorgestellt habe, gehen in diese Richtung. Die politische Gerechtigkeit betont: Wir brauchen ein funktionierendes, demokratisches Gemeinwesen, das das Gemeinwohl im Blick hat und sich an der Frage „Was ist gerecht?“ orientiert. Das muss immer wieder neu geschehen, weil die Frage nie endgültig, für immer und für alle Fälle, beantwortet werden kann. Höffe hat die Frage der politischen Gerechtigkeit auf die europäische Ebene, sogar auf die Weltebene ausgeweitet.⁴ Sie wird *das* Thema des 21. Jahrhunderts sein. Ich möchte es so formulieren: Werden wir Schritt für Schritt in Europa und auf Weltebene ein Weltgemeinwesen aufbauen können, das sich am Weltgemeinwohl orientiert?

Wie wird diese große Leitidee der Gerechtigkeit in konkretisierenden Prinzipien ausgefüllt? Natürlich kennen Sie die Prinzipien der Solidarität und der Subsidiarität. Diese beiden Prinzipien bezeichnen in ihrer Verschränkung unser Verständnis der Personwürde des Menschen: Wir trauen dem Menschen zu, sein Leben als Gabe und Aufgabe zu verstehen und zu gestalten. Unser Leitbild ist nicht der betreute Mensch, sondern der verantwortlich handelnde Mensch in Gemeinschaft mit anderen. Die einzelne Person ist nie einfach nur Ich, sondern gestaltet im wechselseitigen Bezug der Gemeinschaft ihr Leben. Wenn jemand

⁴ Vgl. dazu Otfried Höffe: *Wirtschaftsbürger, Staatsbürger, Weltbürger. Politische Ethik im Zeitalter der Globalisierung*. München 2004.

das nicht kann, krank, alt, arbeitslos oder schwach ist, hilft die Gemeinschaft. Aber nicht, damit wir Helfende bleiben können, sondern damit wir ihm oder ihr helfen, wieder selbst verantwortlich etwas zu tun. Eigenverantwortung gehört zur Würde des Menschen. Das ist der Gedanke der Subsidiarität, der oft missverstanden wird. Als Ergänzung und notwendige Verschränkung braucht Subsidiarität die Solidarität. Denn ohne dass wir miteinander verbunden sind, ohne den Gedanken, dass die Gesunden für die Kranken einstehen, die Jungen für die Alten, die Starken für die Schwachen, kann ein Gemeinwesen nicht existieren. Das muss sich in einer differenzierten Gesellschaft auch in der Sozialgesetzgebung niederschlagen.

Wenn wir von Kirche und Gesellschaft reden, wie wir es im Titel tun – „Soziale Gerechtigkeit als Herausforderung an Kirche und Gesellschaft“ –, dann ist diese Formulierung schon undeutlich. Kirche und Gesellschaft sind ja nicht einfach nebeneinander zu stellen, vielmehr sind sie miteinander verschränkt. Die Kirche kann sich ja nicht einfach verstehen als losgelöst von der Gesellschaft, und die Gesellschaft ist nicht ohne Kirche denkbar. In vielen Ländern der Welt ist Kirche jedenfalls doch ein so wichtiger Teil innerhalb der Gesellschaft, dass wir uns Gesellschaft ohne kirchliches Engagement gar nicht vorstellen können. Man muss soziologisch und theologisch aufpassen, dass man hier kein Gegeneinander aufbaut und dass wir uns neu auf den Weg machen, zu begreifen, dass wir als Kirche – ob kleine Kirche oder große Kirche, Minderheit oder Mehrheit – mitten in der jeweiligen Gesellschaft stehen.

In Europa gibt es eine Debatte darüber, ob die Kirche eine zivilgesellschaftliche Gruppe neben anderen ist. Diese Debatte ist nicht unwichtig; man kann sicher manche Argumente dafür finden. Wir sollten als Kirche jedoch im zivilgesellschaftlichen Bereich deutlich machen, dass wir dazu gehören, ein Teil der Gesellschaft sind. Aber als Kirche wissen wir auch – und das ist wichtiger –, dass wir nicht einfach eine zivilgesellschaftliche Gruppe in dem Sinne sind, dass wir nur bestimmte Interessen vertreten. Vielmehr muss die Kirche, wenn sie wirklich Kirche ist, in der Gesellschaft die Stimme derer sein, die die Armen im

Blick behält und deren Perspektiven einbringt und die für das Ganze, das Gemeinwohl steht.

1997 hat die Deutsche Bischofskonferenz gemeinsam mit der Evangelischen Kirche Deutschlands ein Hirtenwort zur sozialen und wirtschaftlichen Frage in Deutschland verfasst⁵. Als Ausrichtung wurde darin formuliert: Wir wollen auf das Ganze schauen, aber von unten, von den Schwachen her. Das ist der Blick, den die Kirche in einer gesellschaftlichen Debatte einbringen muss. Insofern ist sie Teil der Zivilgesellschaft, aber sie geht nicht einfach darin auf als ein zivilgesellschaftlicher Akteur neben vielen anderen. Die Rolle der Kirche im Zusammenspiel der gesellschaftlichen Kräfte ist auch die eines Korrektivs. Manche erwarten von der Kirche, dass sie so etwas wie „der Kitt der bürgerlichen Gesellschaft“ ist. Aber das findet man gerade nicht im Evangelium. Es war nicht Jesu Hauptinteresse, die bürgerliche Gesellschaft einigermaßen mit Moral zu versorgen!

Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an einen Besuch mit einer Studentengruppe in Polen, 1984 oder 1985, bei dem wir auch vom Staatssekretär des Kirchenministeriums empfangen wurden. Wir führten unter anderem eine Debatte über den Marxismus, in der er sinngemäß sagte: „Ja, ich verstehe das gar nicht, die Polen müssten doch viel moralischer sein, weil so viel Kirche in Polen da ist.“ Er hatte also die Vorstellung, dass die Kirche für die Moral zu sorgen habe, das andere würde der Kommunismus schon erledigen. Ich habe ihm aber gesagt, dass Marx in der Einleitung zur „Kritik der Hegel’schen Rechtsphilosophie“ zu Recht schreibt, Religion sei nicht nur das Opium des Volkes und stelle es damit ruhig, vielmehr sei Religion auch „Protestation“, also Ausdruck ungerechter Verhältnisse. Marx hat da etwas Richtiges erkannt. „Und deswegen“, habe ich ihm gesagt, „ist es doch erstaunlich, dass es in Polen so viel Religion gäbe. Da muss doch etwas in Polen nicht stimmen, wenn selbst Marx das schon sagt.“

5 Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. (Gemeinsame Texte, Nr. 9). Hannover, Bonn, 22. Februar 1997.

Mit anderen Worten: Auch in einer modernen, freien Gesellschaft, nicht nur in einer Diktatur, ist Religion, wenn sie sich auf Jesus von Nazareth und auf die große prophetische Tradition beruft, auch Protestation, Beunruhigung. Beunruhigung über das, was mit Menschen passiert, wenn Ungerechtigkeit um sich greift und die Menschenwürde verletzt wird. Die Politiker und Mächtigen der Welt dürfen nie den Eindruck haben, dass die Kirche ein gutes Instrument zur Beruhigung der Massen ist. Genau das ist sie nicht. Sie ist sicher der Ort, an dem Gewaltlosigkeit gelebt wird, aber sie ist auch der Ort, an dem Gerechtigkeit gefordert und immer wieder von Neuem initiiert wird, auch durch Aktionen und öffentliche Stellungnahmen. Auch in einem modernen Gemeinwesen – und das gilt in ganz Europa – ist die Kirche öffentliche Kirche, sie ist keine Privatangelegenheit.

Deshalb ist die Debatte um die Stellung der Kirche in Europa sehr wichtig für die Zukunft Europas. Das Modell der Zukunft ist nicht der Laizismus. Die Zukunft gehört eher einem Gemeinwesen, das weltanschaulich neutral ist. Es gibt keinen „christlichen Staat“ im strengen Sinne; diesen dürfen wir uns eigentlich noch nicht einmal wünschen. Wenn wir die Freiheit des Menschen wünschen, dürfen wir keinen christlichen Staat fordern, allerdings einen Staat, der religionsfreundlich, nicht indifferent und gleichgültig der Religion gegenüber ist. Es besteht, auch in der Wissenschaft, wieder eine Bereitschaft dafür, dass auch ein modernes, weltanschaulich offenes Gemeinwesen Kirche und Religion wertschätzt, positiv sieht und nicht zu einer Privatangelegenheit erklärt. Ich glaube, dass auch zu der Frage, wie wir in Zukunft als Kirche in Ost- und auch in Westeuropa handeln, diese Diskussion dazugehört: Wir dürfen nicht in eine Haltung zurückfallen, die nostalgisch auf einen „christlichen Staat“ zurückschaut, den es in der Moderne nicht geben kann und nicht geben soll. Wir müssen uns richtig platzieren in der Auseinandersetzung, aber uns ebenso klar dann darauf festlegen lassen, dass wir öffentlich Kirche sind. Wir dürfen uns nicht in den privaten Gefühlssektor abdrängen lassen, sondern haben als politischer Faktor, als öffentliche Kirche das ganze Gemeinwesen im Blick aus der Perspektive der gesellschaftlich Schwachen. Von den Politikern erwarten wir – auch von den Nichtglaubenden –, dass sie die Kirche

nicht als ein Hindernis, sondern als einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Würde des Menschen begreifen.

Auch vor der politischen Wende war ich oft in Osteuropa. Dort habe ich unterschiedliche Vorstellungen von Freiheit wahrgenommen. Auf der einen Seite gab es die große Sehnsucht nach Freiheit, auf der anderen die Angst vor der Freiheit. Beide Seiten haben sich gezeigt: die Freiheit als eine große Herausforderung und dann die große Enttäuschung, dass die Freiheit dazu führt, dass Menschen, die wirklich frei handeln, auch manchmal gegen die Kirche handeln oder sich von der Kirche entfernen. Das ist aber der Preis der Freiheit. Die Aufgabe besteht eben darin, ein Gemeinwesen zu gestalten, das mit der Freiheit verantwortlich umgeht, damit die Freiheit nicht zum Bumerang wird und wieder zur Verknechtung des Menschen führt. Johannes Paul II. und viele Bischöfe in Osteuropa haben immer wieder auf dieses Thema hingewiesen. Wir brauchen eine Diskussion um den wahren Gebrauch der Freiheit. Das ist, glaube ich, für die politische Debatte, auch für die Frage der Gerechtigkeit, sehr wichtig.

Ich kann hier nicht auf die unterschiedlichen Situationen in Osteuropa in den verschiedenen Ländern eingehen. Aber generell möchte ich sagen: Man müsste natürlich jedes einzelne Land genau anschauen: Wie sieht es mit der politischen Entwicklung aus? Welche kulturellen Hintergründe gibt es? Wie ist die konfessionelle Situation in Polen, in Bulgarien, in Rumänien? Das ist nicht zu vereinheitlichen. Dennoch stehen wir als Kirche in den verschiedenen Ländern Europas vor der gemeinsamen Herausforderung, die moderne Gesellschaft anzusehen, aber sie nicht zu verwerfen, sondern zu gestalten. Und es gilt, Freiheit nicht als das große Problem für den Menschen zu sehen, sondern ebenfalls als gestaltbare Herausforderung.

Die Wende, die Sie in vielen Bereichen erlebt haben, ist ein unvollendetes Projekt, das weiß ich wohl. Es ist wichtig, dass wir uns gerade mit Blick auf die Frage der Gerechtigkeit darüber unterhalten. Ich kann mich gut an das erste Mal erinnern, als ich in Sachen Katholischer Soziallehre in die damalige DDR reiste. Ich hätte mir natürlich nicht träu-

men lassen, dass ich einmal das SED-Gebäude betreten würde und dann, im Januar 1990, im großen Saal der SED vor einer Versammlung über Soziale Marktwirtschaft sprechen würde. Damals konnte ich mir natürlich nicht verkneifen, zu sagen: „40 Jahre habt ihr auf Marx gewartet, jetzt ist er da, als katholischer Priester.“ Diesen Satz kann man sich nur einmal im Leben erlauben. Was ich in den Diskussionen, auch in den vielen Gesprächen in den Pfarreien feststellte, waren die Unsicherheiten, die mit der Einführung der Marktwirtschaft zusammen hingen. Was bedeutete das? Da merkte man etwas, was bis heute noch manchmal Thema ist, nämlich die Überzeugung, es gehe hauptsächlich um wirtschaftliche Fragen und darum, dass alle zu Wohlstand kommen. Dass es aber zunächst darum ging, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzuführen, und dass dieser Rechtsstaat die Grundvoraussetzung für Marktwirtschaft ist, und ohne einen Rechtsstaat, ohne ein funktionierendes Gemeinwesen die Marktwirtschaft nicht die Ziele erreicht, die die Katholische Soziallehre formuliert – das war völlig an die Seite gedrängt worden.

Die Väter der Sozialen Marktwirtschaft in der damaligen Bundesrepublik haben aber betont, dass die Marktwirtschaft ein Zivilisationsprodukt ist. Sie setzt unheimlich viel voraus: persönliche Moral, eine funktionierende Ordnungspolitik, einen Rechtsstaat, Kartellgesetzgebung und anderes mehr. Nach 1990 hat sich jedoch in Mittel- und Osteuropa manchmal ein Kapitalismus durchgesetzt, der mit der ursprünglichen Idee der Sozialen Marktwirtschaft und den Aussagen von „Centesimus annus“ (1991) wenig zu tun hat. Die Folgen sind heute spürbar: eine Bereicherung mancher Schichten, eine Verarmung in anderen Bereichen. Man hat nicht ausreichend überlegt, welche ordnungspolitischen Grundlagen denn zu schaffen wären.

Auch bei uns muss ich in der Diskussion oft erklären, dass Soziale Marktwirtschaft nicht heißt: „Erst einmal richtig liberale Marktwirtschaft schaffen; wenn wir dann etwas übrig haben, verteilen wir das an die Armen.“ So sah die Idee nicht aus. Vielmehr war die Idee ursprünglich, die Gerechtigkeit im Blick zu behalten, damit einen Rahmen zu setzen und in diesem Rahmen den Markt frei arbeiten zu lassen – und

nicht, in den Markt einzugreifen. Diese ordnungspolitische Idee ist in Ost- und Mitteleuropa leider oft nicht im Blick, wird sich aber durchsetzen. Ich möchte aus meiner Sicht sagen, dass das nicht am Kapitalismus an sich liegt, sondern an der falschen Zuordnung von Kapitalismus und ordnungspolitischer Verantwortung. Wir spüren, dass in der Bundesrepublik Deutschland in den großen Fragen der sozialen Gerechtigkeit ein permanenter Prozess dieser Zuordnung notwendig ist. Diese Aufgabe ist nicht ein für allemal erledigt. Vielmehr ist es ein permanenter Prozess, der viele Voraussetzungen hat, vor allem ein gut funktionierendes politisches System. Man kann nirgendwo Marktwirtschaft ohne ein geordnetes Gemeinwesen garantieren. Das gilt für jedes Land der Welt und ist oft vergessen worden; was wir auch in der Entwicklungspolitik sehen.

Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass die große Frage, vor der wir jetzt stehen, tatsächlich die ist, die Johannes Paul II. in „Centesimus annus“ gestellt hat: Welchen Kapitalismus wollen wir? Es geht hier natürlich nicht um eine Rückkehr zum Kommunismus. Johannes Paul II. hat in „Centesimus annus“ mit großer Weitsicht geschrieben, dass, falls die Marktwirtschaft, der Kapitalismus, oder wie immer man die Systeme umschreiben will, das Problem der sozialen Gerechtigkeit nicht lösen oder einer Lösung näher führen, die alten Ideologien alle wieder kommen werden. Der Marxismus wird dann gerade nicht tot sein. Deswegen ist es gerade eine Aufgabe der Kirche, insbesondere der Katholischen Soziallehre, dies in Ihren und in unseren Ländern nach vorne zu bringen. Die Katholische Soziallehre ist ein nüchternes, aber dem Menschen gemäßes, vernünftiges Programm, das sich bewährt hat. Wenn Sie „Centesimus annus“ in die Hand nehmen, dann wissen Sie, dass Sie auf der richtigen Spur sind, auch ökonomisch. Mit dem, was wir dort lesen, können wir auch in die ordnungspolitischen Auseinandersetzungen hinein gehen. Auch für Benedikt XVI. stellt der Gedanke, Europa unter diesen geistigen Ideen der Gerechtigkeit und der Menschenwürde zu gestalten, ein ganz besonderes Anliegen dar.

Das Instrument, das uns dafür zur Verfügung steht, ist die Katholische Soziallehre. Die drei Säulen der Soziallehre möchte ich hier noch ein-

mal in Erinnerung bringen, gerade auch als Auftrag für *Renovabis* und die einzelnen Bistümer:

- Das eine ist die *Lehre* selbst, das Evangelium, die Konzilien, besonders die Enzykliken der Päpste der letzten hundert Jahre.
- Das zweite: Wir brauchen *Lehrstühle und Institute*, die in den verschiedenen Ländern diese großen Worte und Texte auch verbreiten und auf die konkreten Situationen beziehen, in der Auseinandersetzung mit dem politischen Handeln.
- Das dritte, ganz Entscheidende ist die *soziale Bewegung*, die leider auch in Deutschland zurückgeht. Wir brauchen Priester und Laien, die in den sozialen Bewegungen als zivilgesellschaftliche Akteure im parlamentarischen und vorparlamentarischen Raum die Soziallehre der Kirche in die konkrete Praxis umsetzen können.

Ich möchte mich noch einmal der Frage nach der sozialen Gerechtigkeit als europäische Herausforderung zuwenden. Im Jahre 1991 ist nicht nur die Enzyklika Johannes Paul II. „*Centesimus annus*“ erschienen, die ein Schlüsseltext für die Frage ist: Wie ist heute soziale Gerechtigkeit möglich? In dieser Zeit sind auch einige andere wichtige Werke erschienen. Ich erinnere an die Schrift von Francis Fukuyama⁶ über das Ende der Geschichte. Darin hat Fukuyama klar gemacht: Eigentlich sei der Höhepunkt der menschlichen „*Evolution*“ erreicht; markiert durch Marktwirtschaft, liberale Demokratie, Menschenrechte. Dies werde das Zielbild für alle Völker der Welt sein, auf das alle in ihrer Entwicklung zusteuern würden. Parallel dazu erschien Samuel Huntingtons Buch „*Clash of Civilizations*“.⁷ Diese beiden Publikationen stehen für zwei Blickrichtungen auf die Zukunft Anfang der neunziger Jahre. Die eine eher optimistisch – es gibt ein Ende der Geschichte im Sinne eines endgültigen Durchbruchs –, die andere pessimistischer – nicht der Durchbruch, sondern das Gegeneinander wird die Zukunft bestimmen.

6 Francis Fukuyama: *The End of History and the Last Man*. New York 1992.

7 Samuel P. Huntington: *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. New York 1996. (Die Grundthese formulierte er bereits 1993 in einem Aufsatz; Anm. d. Redaktion).

Ich neige eher zu der erstgenannten Blickrichtung, obwohl die Anzeichen, die wir im Augenblick durch den islamischen Terrorismus oder viele andere Gefahren erleben – auch durch eine Verschärfung eines primitiven Kapitalismus –, uns möglicherweise eher Sorge machen, ob nicht der Zusammenprall der Kulturen oder andere Spannungen kommen werden. Aber ich bin der festen Überzeugung: Der Durchbruch hin zu Freiheit, zu Demokratie, zu den Menschenrechten und auch zur Sozialen Marktwirtschaft, ist zunächst einmal positiv und eröffnet den Menschen Chancen. Zwar birgt er auch Gefährdungen in sich, ist aber im Wesentlichen ein geistiger Fortschritt. Darin liegt große Gestaltungskraft für die Zukunft.

Hier ist auch das „Projekt Europa“ einzuordnen. Es ist ein Projekt, das nach vorne hin offen ist und bei dem wir über die Finalität diskutieren müssen. Anzufügen wäre, wie das Gemeinwesen Europa aussehen soll. Es sollte die Kriterien der sozialen Gerechtigkeit, die die lange Tradition Europas wach gehalten hat, auch weiter im Blick behalten. Das ist nicht unvernünftig und nicht rückwärts gewandt, sondern etwas, was den Menschen auch langfristig dient. Ein paar Aspekte will ich dazu stichpunktartig nennen:

- die Option für die Armen;
- den Aufbau einer Gesellschaft, die dem entspricht, was wir Soziale Marktwirtschaft nennen;
- Solidarität nicht als Belastung, sondern als etwas, was zu einem guten Gemeinwesen dazu gehört;
- das Prinzip der Nachhaltigkeit;
- natürlich auch das Prinzip der Arbeit und der Würde des Menschen in der Arbeitswelt;
- die Offenheit für neue Mitbürger;
- der Stellenwert der Familie;
- ein Menschenbild der Subsidiarität (Hilfe zur Selbsthilfe).

Ich möchte abschließen mit folgendem Resümee: Gerade weil wir als katholische Kirche, in ökumenischer Verbundenheit auch mit unseren Partnerkirchen, seit langem die Idee von sozialer Gerechtigkeit ver-

fechten, weil diese Idee sich bewährt hat und weil wir sie konkretisieren können, weil wir zeigen können, dass es nicht unvernünftig ist, an dieser Perspektive zu arbeiten, können wir daran mitwirken, dass Europa im Zusammenschluss der einzelnen Länder nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft wird, die vom Geld regiert wird und arm und reich auseinander treibt. Wir können zeigen, wie durch politische Institutionen und durch karitatives Engagement dieses Gemeinwesen als ein soziales Gemeinwesen wirklich erkennbar wird und bleibt.

Das Gegeneinander und das Auseinanderdriften von reich und arm ist, ausgehend von den Optionen des Evangeliums und der Katholischen Soziallehre, nicht richtig. Zum Wohl der Menschen ist alles Engagement gefordert: sowohl durch den Aufbau politischer Institutionen, als auch durch karitatives und partnerschaftliches Engagement, so wie wir es bei Renovabis und anderen Einrichtungen versuchen. Beide Richtungen ergänzen sich und müssen vereinbar sein.

Es geht nicht nur darum, dem, der auf dem Weg von Jerusalem nach Jericho unter die Räuber gefallen ist, wie der barmherzige Samariter zu helfen. Das ist immer unsere Pflicht, auch bei Renovabis, auch als Bischof, als Priester, Schwester und Laie. Es geht ebenso darum, die Wege von Jerusalem nach Jericho sicherer zu machen, damit weniger Menschen unter die Räuber fallen. Das nennen wir soziale Gerechtigkeit.

Der soziale Wandel in Mittel- und Osteuropa – zwischen Anspruch und Realität



Variabler Charakter und Inhalt der Sozialpolitik

Der gesellschaftliche Wandel in Polen setzte um das Jahr 1979 ein. Im Jahr zuvor war die Solidaritätsbewegung *Solidarność* entstanden, die auf die moralische Unterstützung von Papst Johannes Paul II. und Primas Stefan Kardinal Wyszyński bauen konnte.

Blickt man auf die Ursachen des Wandels in Mittel- und Osteuropa, so sind unterschiedliche Faktoren zu nennen. Zum einen gab es einen politischen Machtkampf innerhalb der kommunistischen Parteien in Moskau und Warschau. Außerdem herrschte immer noch eine latente Konfrontation zwischen der Sowjetunion und den USA. Schließlich wurde in diesen Jahren über eine neue Rolle des Staates diskutiert. Nicht zuletzt bestand eine starke Sehnsucht nach Verbesserung der sozialen Lage in allen Ostblockländern.

Von großer Bedeutung für den Umbruch waren natürlich auch die von Papst Johannes Paul II. und seiner Lehre ausgehenden ethischen Impulse. Dazu werde ich jetzt nichts weiter sagen, denn Bischof Marx hat das bereits viel besser getan.

Wenn wir von der sozialen Lage und dem sozialen Wandel im östlichen Europa sprechen, müssen wir uns vor Augen führen, was Sozialpolitik bis 1989 *bedeutete*. Das galt für Polen, die DDR und alle Ostblockstaaten; überall wurde die Sozialpolitik als ein Attribut der Regierungspartei angesehen. Da es keine politischen Alternativen gab, war die Sozialpolitik der Regierungspartei patriarchalisch ausgerichtet, indem sie sich selbst soziale Privilegien zusprach und nur die Bedürfnisse ausgewählter Bevölkerungsgruppen befriedigte. Diese undemokratische Praxis hat über Jahre hinweg die Anspruchsmentalität gefördert. Der patriarchalische Staat hatte sich verpflichtet, alle sozialen Probleme seiner Bürger von der Wiege bis zur Bahre zu lösen, indem er die Menschen von ihrer eigenen Verantwortung gegenüber den Lebensrisiken befreite. Diese Praxis hatte sich nicht nur in Polen durchgesetzt, sondern auch in der ehemaligen DDR und in anderen Ostblockländern. Die damals allgegenwärtige Zensur, die der heutigen Generation unbekannt ist, verhinderte, dass die tatsächlich vorhandenen sozialen Probleme des realen Sozialismus offen gelegt wurden.

Eine Reihe von Problemen wurde nie publik gemacht, obwohl sie existierten. Dazu gehörte die *Arbeitslosigkeit*, die in Wirklichkeit durch das System der Staatsbetriebe kaschiert wurde, allerdings nur dort, wo es solche gab. Wenn überhaupt, wurden Probleme euphemistisch beschrieben; beispielsweise wurde statt „Arbeitslosigkeit“ der Begriff „Überschüsse an Arbeitskräften“ verwendet. Statt von „Streik“ sprach man von „Arbeitsunterdruck“ oder einer „Pause in der Arbeit“. Armut war im Sozialismus unbekannt. Aus diesem Grund wurde der Begriff „soziales Minimum“ in Polen erst im Jahre 1980 als Folge des so genannten Augustabkommens in Danzig anerkannt. Die polnischen Behörden erkannten auch die Sozialhilfe nicht an, obwohl es ein Gesetz über die soziale Hilfe in Polen aus dem Jahre 1923 gab – Armut existierte eben einfach nicht!

Eine kurze historische Reflexion ist an dieser Stelle notwendig. Bereits ein Drittel der polnischen Gesellschaft, fast die gesamte jüngere Generation, kennt das alte Regime nicht mehr aus eigener Erfahrung. Der „Runde Tisch“, an dem in der Wendezeit Vertreter des alten Systems und Reformkräfte zusammen saßen, spielte sich gewissermaßen im Be-

wusstsein einer anderen Generation ab; die Welt der damaligen Politiker ist der heutigen Jugend vollkommen fremd. Obwohl seit dem Untergang des Sozialismus bereits einige Jahre vergangen sind, gibt es nach wie vor die stillschweigende Übereinkunft, eine Trennwand zwischen der Vergangenheit und der heutigen Zeit zu ziehen. Diese Trennwand hat das Ziel, die Vergangenheit mit allem, was ich eben charakterisiert habe, auszuradiieren. Soziales Leben zeichnet sich aber nicht nur durch Wandel aus, sondern auch durch Kontinuität. Selbst wenn inzwischen einige Zeit vergangen ist, können die Menschen ihre Verwurzelung in der Vergangenheit nicht verleugnen. Sie haben sozialistische Schulen besucht, haben in sozialistischen Betrieben gearbeitet und sind sozial wie beruflich entsprechend ihrer Position in der damaligen Hierarchie etabliert. Die Erfahrungen vieler Generationen Polens – und der anderen Transformationsstaaten – stammen aus der Zeit von 1945 bis 1989.

Für die heutigen Sozialpolitiker ist es daher genauso wichtig, die Vergangenheit genauso zu kennen wie die gegenwärtigen Probleme. Welche Lösungen im sozialen Bereich sollen heute angestrebt werden, um etwa die Probleme der alternden Gesellschaft zu lösen? Bei diesen Lösungen muss man auch die Mentalität, die Kenntnisse und die Handlungsweise der vergangenen Jahrzehnte berücksichtigen. So ist das Bewusstsein mehrerer Generationen Polens durch das Familiengesetzbuch von 1965, das sich durch besondere Fürsorglichkeit auszeichnet, geprägt. Außerdem sollten folgende Gesetze erwähnt werden: das „Gesetz über die Minderjährigen“ (1982) und das „Gesetz über die Erziehung zur Nüchternheit und Bekämpfung des Alkoholismus“ (ebenfalls 1982). Beide sind nach wie vor rechtskräftig und bestimmen die gesellschaftliche Ordnung im von ihnen geregelten Bereich.

Noch heute leiden die älteren Mitglieder der polnischen Gesellschaft an mangelndem Unternehmungsgeist. Dieser ist aber inzwischen eine unentbehrliche Eigenschaft geworden, um sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten zu können – daran mangelte es jedoch in der alten gesellschaftlichen Ordnung. Noch schlimmer ist es mit dem *Wettbewerb*. Er ist der Auslöser eines Traumas für sozial schwache und zu gering ausgebildete Menschen. Da in der Vergangenheit das sozialistische Schutzsystem mehr Wert auf die Berufsqualifikationen als auf den Wettbewerb gesetzt

hat, kommt es zu Verdrängungsprozessen auf dem Arbeitsmarkt: Die Jungen verdrängen die Älteren, obwohl diese bis zum Rentenalter noch 10 bis 15 Jahre arbeiten müssen. Zwar wurden zahlreiche soziale Sicherungsmaßnahmen in der Verfassung des Jahres 1997 verankert, der jetzige Staat ist jedoch nicht mehr in der Lage, mit den Prozessen zurecht zu kommen, die durch den „Runden Tisch“, den Fall der Berliner Mauer und die europäische Integration in Gang gesetzt worden sind. Aus heutiger Sicht lag der entscheidende Fehler darin, dass die Bevölkerungsentwicklung nach 1989 nicht entsprechend berücksichtigt worden ist. Trotz der Absenkung der hohen Inflationsrate wurde kein Wohnungsbauprogramm gestartet. In der Regel bewirkt nämlich ein derartiges Programm einen Schub in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Am Beispiel der *Privatisierung* möchte ich die Entwicklung der ehemaligen Ostblockländer im Vergleich zeigen: An letzter Stelle bei der Privatisierung steht Polen, ganz oben Ungarn, in der Mitte Tschechien und die Slowakei. Privatisierung ist die wichtigste Aufgabe der sozialen Marktwirtschaft. Lech Wałęsa, „die“ Symbolfigur des Umbruchs, hat vor einigen Tagen in Danzig gesagt, dass ihm vor allem zwei Ziele wichtig sind: der Glaube an Gott und das Privateigentum. Die Privatisierung als Motor einer rational funktionierenden Wirtschaft wurde in Polen jedoch nicht konsequent bis zum Ende durchgeführt. Eine unvollständige Privatisierung hat einen Mangel an wirtschaftlicher Initiativkraft in der Gesellschaft zur Folge und wirkt sich lähmend auf die Konjunktur aus. Es ist paradox: Noch heute existieren staatliche Wirtschaftshochschulen, die der Jugend beibringen, gute Ökonomen zu werden, obwohl sie selbst Defizite in Millionenhöhe produzieren. Das wird auch 2007 noch der Fall sein.

Neue soziale Prozesse nach 1989

Es gibt aber auch wichtige und folgenreiche neue Entwicklungen seit 1989, die ich nachfolgend skizzieren möchte:

- Zunächst ist die *Bildungsrevolution* zu nennen, die aufgrund fehlender finanzieller Unterstützung durch den Staat lange Zeit nicht richtig vorankam. Seit 1990 ist ein andauernder Qualifizierungsprozess zu beobachten, zumeist finanziert aus privaten Mitteln. Die privaten Ausgaben

für Bildung beziffern sich nach der offiziellen Statistik des polnischen Hauptamts für Statistik auf eine Milliarde Euro. Die Bildungspolitik in Polen hat diese Entwicklung, die aus einer spontanen Reaktion der Jugend auf die Arbeitslosigkeit entstanden ist, jedoch nicht vorausgesehen. Trotz des gestiegenen Qualifikationsniveaus sind wir von einem vergleichbaren Stand in anderen EU-Staaten noch weit entfernt. Die Volkszählung von 2002 hat übrigens gezeigt, dass wir einen kleinen Überschuss an Frauen mit Hochschulausbildung haben.

- Als zweiten Faktor möchte ich die vom Staat nicht gesteuerte *Migration ins Ausland* erwähnen. Die Folgen dieser Migration werden langfristig sein: Im Inland wird die Produktivität sinken, andere Volkswirtschaften werden gestärkt werden. Die Jugend, die das Land verlässt, denkt nicht immer an Rückkehr. Das demographische Potenzial Polens wird damit in einer sich seit 2003 abzeichnenden Situation der negativen Bevölkerungsentwicklung zusätzlich geschwächt. Vom Gesichtspunkt der europäischen Sozialpolitik her müssen Migrationen jedoch positiv eingeschätzt werden. Der Zufluss neuer Arbeiter befriedigt die lokalen Bedürfnisse und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit auf dem lokalen Arbeitsmarkt. Die neuen Arbeiter lernen nicht nur Fremdsprachen, sondern erlernen auch neue Produktionsverfahren, verdienen mehr als in ihrem Heimatland und können eigenständige Entscheidungen auf Grund ihrer besseren finanziellen Situation treffen.
- Drittens nehme ich nochmals Bezug auf den *unternehmerischen Geist*, der zum Merkmal der jungen Generation Polens geworden ist. Ein Beweis dafür sind die genannten Entscheidungen dieser Generation bezüglich der Ausbildung oder der Auslandsmigration. Der unternehmerische Geist junger Polen ähnelt entsprechenden Phänomenen in der gesamten EU, er schafft eigentlich den Mittelstand. Dank des privaten Eigentums ist dieser Teil der Gesellschaft unabhängig vom Staat, für diesen aber nützlich, denn von ihr bezieht er die meisten Steuern.
- Viertes Kriterium ist der *Internetzugang*. Das Internet hat den Lebens- und Arbeitsstil der jungen Polen verändert. Es schafft neue Chancen und hat in der Regel vorwiegend positive Seiten. Allerdings zeichnen sich auch neue pathologische Erscheinungen ab, etwa die

Schaffung einer virtuellen Ersatzwelt, einer Art Fata Morgana. Das Internet beschleunigt generell die Kontakte zwischen den Menschen auch außerhalb der Staatsgrenzen. Dadurch erkennen viele Menschen, dass sie ihre Ziele auch ohne den Staat erreichen können.

Jedes dieser vier Elemente weist auf das teilweise Versagen des Staates als derjenigen Institution hin, die das Leben der Bürger organisiert. Man kann festhalten, dass die Bürger ihre eigenen Probleme ohne den Staat sogar besser lösen, auch wenn man den Staat in bestimmten Bereichen noch braucht, vor allem hinsichtlich des Sicherheitsbereiches.

Gefahren für die gesellschaftliche Entwicklung

Die offensichtlichste Gefahr ist vor allem die *Jugendarbeitslosigkeit*. In der Altersgruppe von 15 bis 24 steigt sie seit einigen Jahren an und beträgt im Moment ca. 44 Prozent (!). Das spricht eine deutliche Sprache: Der Staat hat damit – auch im internationalem Vergleich (vgl. Tabelle 1) – völlig versagt. Man muss damit rechnen, dass alle jungen Leute auf der Suche nach Arbeit emigrieren werden. Seit mehreren Jahren schon konnten Sozialpolitiker diese extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit voraussehen, denn das demographische Hoch war viel früher zu erkennen als die heutigen Probleme.

Tabelle 1:

Jugendarbeitslosigkeit			
Alter 15 bis 24 Jahre, beide Geschlechter			
Land	2000	2001	2002
Österreich	4,9 %	5,4 %	–
Tschechien	17,0 %	16,6 %	16,0 %
BR Deutschland	8,4 %	8,3 %	9,7 %
Ungarn	12,7 %	11,2 %	12,6 %
Italien	29,7 %	27,0 %	26,3 %
Japan	9,2 %	9,7 %	10,1 %
Polen	35,2 %	41,0 %	43,9 %
Spanien	25,3 %	20,8 %	22,2 %

Die Massenarbeitslosigkeit schafft Armut – in Polen nimmt die Armut ständig zu. Etwa 22 Millionen Menschen (fast 60 Prozent der Bevölkerung) leben auf sehr niedrigem Niveau, 4,5 Millionen sogar am Rande des Existenzminimums. Die Armut betrifft vor allem die Kinder und die Gebiete der so genannten „Ostwand“, mit anderen Worten: die Regionen an der heutigen Ostgrenze der EU.

Wie kann man nun die Armutslage in Polen statistisch genauer erfassen? Dazu werden Haushalte verschiedener Größen verglichen, wie dies in Tabelle 2 erfolgt: Haushalte mit einer Person (das sind in der Regel junge Leute), Haushalte mit zwei Personen, Haushalte mit drei Personen (Eltern mit einem Kleinkind bzw. einem größeren Kind), Vier-Personen-Haushalte (zwei Kinder und die Eltern), Fünf-Personen-Haushalte (mit drei Kindern), schließlich zwei Gruppen von Rentner-Haushalten (alleinstehende Rentner und Rentnerehepaare).

Exkurs: „Soziales Minimum“ und „Existenzminimum“

Um die Armutsgrenze in Polen begrifflich zu erfassen, scheint mir eine nähere Erläuterung der Begriffe „Soziales Minimum“ und „Existenzminimum“, wie sie in der Theorie der Sozialpolitik in Polen verwendet werden, nötig zu sein. Ausgangspunkt dafür ist der *Waren- und Dienstleistungskorb*, eine Sammlung von Waren und Dienstleistungen, die von Fachleuten aufgestellt werden; sie berufen sich dabei auf wissenschaftliche Normen, die sich auf die Ernährung oder die Verhaltensmodelle der Verbraucher in einer bestimmten Umgebung beziehen. Die betreffenden Waren oder Dienstleistungen sind unentbehrlich für die Befriedigung der Bedürfnisse des Individuums oder eines Haushalts. Der in Geld ausgedrückte Wert dieses Korbs bestimmt die Höhe der Ausgaben, die die Armutslinie darstellen. Dabei umfassen die berücksichtigten Bedürfnisse sowohl das, was zum reinen Überleben notwendig ist, als auch das, was für die soziale Integration des Individuums unentbehrlich ist. Der Waren- und Dienstleistungskorb ist die *Basis* für die Bestimmung der „*absoluten Armutsgrenze*“.

Nun kann man den Inhalt des Waren- und Dienstleistungskorbs noch einmal aufteilen:

- Wenn der Warenkorb sich auf die Waren und Dienstleistungen begrenzt, die das Überleben ermöglichen, wird die Summe dieser Ausgaben als „*Existenzminimum*“ bezeichnet. Der Begriff des Existenzminimums bedeutet, dass die Mittel unterhalb dieser Grenze nicht ausreichen, um ein menschenwürdiges Dasein, Gesundheit und Arbeitsfähigkeit zu sichern. Im Korb des Existenzminimums ist der wesentliche Teil der Ausgaben für Nahrung und Wohnung bestimmt, zu denen noch die Ausgaben für Arzneimittel, persönliche Hygiene, Bekleidung und Unterwäsche sowie die Schulausgaben (in den Familien mit Kindern) hinzugerechnet werden.
- Wenn der Korb zusätzlich Waren und Dienstleistungen enthält, die dem Individuum erlauben, normal am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, legt die in Geld ausgedrückte Summe der Ausgaben, die dazu dient, dieses Ziel zu erreichen, das „*soziale Minimum*“ fest. Die auf diese Weise bestimmte Höhe der Ausgaben muss die Reproduktion der Lebenskräfte, die Zeugung und Erziehung der Kinder sowie den Unterhalt von sozialen Beziehungen ermöglichen können. Die Ausgaben umfassen Beiträge für Nahrung, Bekleidung, Wohnen, Gesundheitsschutz, Hygiene, Wissen, Kultur, Sport und Erholung, Verkehrsmittel und Kommunikation.

Tabelle 2:

Soziales und Existenzminimum im Dezember 2004		
1 Person im Haushalt in Euro pro Tag		
Haushalt aus 1 Person	6,8	3,6
Haushalt aus 2 Personen	5,6	2,5
3-Personenhaushalt mit einem Kleinkind	5,1	2,5
3-Personenhaushalt mit einem erwachsenen Kind	5,3	2,6
4-Personenhaushalt	5,0	2,5
5-Personenhaushalt	5,0	2,5
Haushalt eines alleinstehenden Rentners	6,3	3,0
Haushalt eines Rentnerehepaars	5,1	2,5

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis des Sozialminimums und veröffentlicht pro Quartal in der Monatszeitschrift „Polityka Społeczna“ („Sozialpolitik“).

In Tabelle 2 ist links der Betrag für das Sozialminimum, rechts für das Existenzminimum dargestellt. – Ergänzend muss noch erwähnt werden: Im Moment haben 77 Prozent der Haushalte keine eigenen Ersparnisse für die Zukunft. Außerdem trägt das veraltete Besteuerungssystem zu der schlechten Gesamtlage der bei. Eine schnelle Verbesserung ist nicht in Sicht.¹

Zwei weitere Gefahren für die gesellschaftliche Entwicklung sind die *Wohnungsnot* (Fehlbestand: 1,5 Millionen Wohnungen, vor allem für junge Familien) und das *Drogenproblem*. Die Drogenabhängigkeit ist als eine neue soziale Frage mit dem Milieu verbunden, das die Drogen produziert und vertreibt. Meist wird über die Abhängigkeit von Drogen aus Angst vor Ausschluss und Repressionen aus der sozialen Gruppe geschwiegen; daher sind unsere Kenntnisse über die Organisation und das Funktionieren von verbrecherischen Gruppen gering und eher intuitiv. Sozialpolitiker und Wissenschaftler warnen davor, dass das Nicht-Reagieren auf die Drogensucht neue und unbekannte Prozesse hervorrufen wird. Es kommt zu einem dramatischen Zusammenstoß der Welt der Werte, wenn die in der Schule vermittelten Ideale mit der harten Realität des Lebens konfrontiert werden.

Die Reaktionen der Jugend auf die Arbeitslosigkeit und die Armut sind unterschiedlich. Arbeit im Schattenbereich und Pathologien sind Charakteristiken eines Teils der Jugend, die in den Großstädten keine Arbeit findet. Ich verweise hiermit nicht nur auf den Alkoholismus als eine alte soziale Frage. Im Juni 2005 hatte ich die Möglichkeit, mündliche Prüfungen an der Pädagogischen Universität in Warschau mit einer Studentengruppe, die aus eher einfachen Verhältnissen stammte, durch-

¹ Noch dramatischer werden die Zahlen, wenn man das Durchschnittseinkommen in Polen zum Vergleich heranzieht. Für 2006 liegen die Angaben bei umgerechnet ca. 350 €, wobei Berufsgruppen, die in Westeuropa zu den Spitzenverdienern gezählt werden, nicht unbedingt auch in Polen ein überdurchschnittliches Einkommen haben. So verdienen Ärzte im Durchschnitt umgerechnet ca. 260 €, liegen also sogar erheblich unter dem polnischen Durchschnitt. Gleichzeitig entsprechen in den Großstädten die Preise für Güter des täglichen Bedarfs und viele Dienstleistungen oft westeuropäischem Niveau. Vgl. zum Ganzen auch Zdzisław Krasnołębski: Verlierer und Gewinner in Ostmitteleuropa. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 7 (2006), H. 2, S. 93–101, bes. S. 98 f. (Anm. d. Redaktion).

zuführen. Prüfungszulassung war die Vorbereitung einer kurzen Hausarbeit über eine soziale Frage, die die jungen Leute in ihrer sozialen Umgebung beobachtet hatten. Die Resultate waren überraschend, da die Mehrzahl der Studenten über die Arbeitslosigkeit und die Drogensucht schrieben!

Eine der weiterreichenden Folgen ist die massenhafte *Verschiebung der Familiengründung*, d. h. die späte Entscheidung für ein Kind. Diese Frage ist auch in Deutschland nicht unbekannt. Kirche und Wissenschaft haben auf diese Problematik hingewiesen. Die ländliche Region, das Dorf, ist eine andere soziale Umgebung, in der es schon seit langem keine Lebensperspektiven mehr gibt. Das betrifft vor allem die ehemaligen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Auf dem Land leben viele Menschen ohne Ausbildung und ohne Perspektiven für ihr Leben. Diese Perspektivlosigkeit der Landbevölkerung kann die gesellschaftliche Gesamtentwicklung bremsen, wenn sich niemand um diesen Teil der Bevölkerung kümmert. Solange es um direkte Finanzhilfen geht, sind die Modernisierungsprogramme für die ländlichen Regionen äußerst vielversprechend; ein Teil der landwirtschaftlichen Betriebe hat sich rasch den Kriterien der Europäischen Union angepasst. Dabei handelt es sich jedoch nur um einen Bruchteil landwirtschaftlicher Elitbetriebe, sodass das Problem insgesamt noch nicht gelöst ist.

Veränderungen im europäischen Sozialraum

Seit dem 1. Mai 2004 zählt die EU 25 Mitgliedsstaaten, die eine sehr unterschiedliche soziale Situation haben. Die Entscheidung, die EU zu erweitern, führt zur Notwendigkeit, die soziale Frage in einer neuen, internationalen Dimension zu diagnostizieren. Probleme aus den ärmeren Staaten wie Arbeitslosigkeit und Armut wurden nun auf die internationale Ebene übertragen.

Im Moment erlebt Polen eine politische Krise. Diese politische Krise geht meines Erachtens der sozialen Krise voran. Im Folgenden lege ich einige Angaben zur gesellschaftlichen Entwicklung in Polen und in den

anderen Beitrittsstaaten vor, die die Dimension der neuen Unterschiede innerhalb der EU widerspiegeln und Anlass zur Beunruhigung sein sollten.

Tabelle 3: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Verhältnis 1 : 5 in einigen EU-Mitgliedsstaaten

Land	2004	Land	2004
EU der 25	100	Luxemburg	223
Österreich	122	Lettland	43
Tschechien	72	Deutschland	109
Estland	50	Polen	47
Frankreich	111	Slowakei	47
Spanien	98	Ungarn	61
Irland	139	Großbritannien	119
Litauen	48		

Quelle: Eurostat, News Release nr. 75/2005 – 3. Juni 2005. Die kursiv gekennzeichnete Angabe stellt den niedrigsten Wert in der EU dar.

Das Bruttoinlandsprodukt ist innerhalb der EU natürlich ganz verschieden. Das gilt auch für die Vergleichsmaßstäbe: Litauen, Lettland und Polen kann man zu 100 Prozent vergleichen. Deutschland oder Luxemburg stehen hingegen auf einer ganz anderen Ebene (daher „im Verhältnis 1 : 5“ zwischen Lettland und Luxemburg). Diese ökonomischen Unterschiede sind wichtig für die neue Politik. Die Politiker in der Europäischen Union sprechen oft von Scheinproblemen. Für einfache Leute ist es aber wichtig, die soziale Lage nachvollziehen zu können.

Tabelle 4: Jährliche Durchschnittslöhne in einigen EU-Mitgliedsstaaten nach Geschlechtern getrennt (Angaben für das Jahr 2002 in Euro)

Land	Zusammen	Männer	Frauen
EU der 25	26 850	29 940	21 380
Österreich	29 200	32 680	22 980
Tschechien	6 470	7 290	5 200
Estland	4 400	5 050	3 720
Frankreich	26 910	29 140	22 840
Spanien	19 220	21 200	15 030
Irland	30 810	35 350	24 910
Litauen	3 600	3 890	3 220
Luxemburg	35 010	37 740	29 480
Lettland	3 240	3 600	2 830
Deutschland	34 620	38 100	28 010
Polen	7 070	7 510	6 310
Slowakei	4 980	5 670	4 150
Ungarn	5 910	6 300	5 340
Großbritannien	36 180	42 130	26 880

Quelle: Eurostat, New Release, nr. 68/2005, 30. Mai 2005. Die kursiv gekennzeichneten Angaben stellen die niedrigsten Werte in der EU dar.

Diese Tabelle zeugt von den Unterschieden im Verhältnis 1 : 10 zwischen dem höchsten Wert in Luxemburg und dem niedrigsten in Lettland. Deutlich sichtbar wird auch die unterschiedliche Situation auf dem Arbeitsmarkt und der extreme Lohnunterschied für Leute mit Hochschulausbildung im Verhältnis 12 : 1 im Fall Deutschlands und Litauens (Tabelle 5). Polen hat eine bessere Position in der Statistik. Ähnliches gilt für die Arbeitslosenquoten.

Nun noch zur *Armut* in Europa: In den nächsten Tabellen sind Angaben zum Jahr 2000 gemacht, da es keine neueren gibt. In diesem Jahr lebten in der aus 15 Ländern bestehenden EU fast 10 Millionen Menschen in extremer Armut. Wie sah es 2000 in den neuen Ländern aus?

Tabelle 5: Jährliche Durchschnittslöhne in einigen EU-Staaten aufgrund des Bildungsniveaus (Angaben für das Jahr 2002 in Euro)

Land	Primäre Ausbildung	Mittelstufe	Hochschul- ausbildung
EU der 25	20 420	25 990	41 080
Österreich	18 570	29 100	51 340
Tschechien	4 150	5 800	11 930
Estland	2 930	3 680	6 970
Frankreich	20 640	24 000	39 620
Spanien	15 080	20 720	28 300
Irland	25 350	27 310	37 240
Litauen	2 500	2 780	5 160
Luxemburg	–	33 830	54 440
Lettland	2 350	2 610	5 210
Deutschland	24 600	35 090	61 520
Polen	5 420	6 750	13 150
Slowakei	3 010	4 270	8 910
Ungarn	3 940	5 100	13 770
Großbritannien	28 360	32 580	52 800

Quelle: Eurostat, New Release, Nr. 68/2005, 30. Mai 2005

Die Statistik von 2000 aus Polen zeigt, dass allein in Polen 13 Millionen Menschen in extremer Armut lebten. Was meint nun aber die Europäische Union zur Armut? Sie spricht davon, dass es heute in Europa eigentlich gar keine Armut mehr gibt – so heißt es in den neuesten Angaben der Europäischen Union von 2005! Wie konnte das geschehen? Um die in Millionenhöhe reichende Zahl von Menschen, die in Armut leben (einschließlich der neuen europäischen Mitgliedsstaaten), zu berücksichtigen, wurde das *Bewertungsverfahren* verändert. Statt der Zahlen gibt man die Angaben im Bezug auf die Situation innerhalb eines Landes auf der Basis von 60 Prozent des Durchschnittslohnes in diesem Land an. Auf diese Weise wird das eigentliche Ausmaß dieser sozialen Frage ganz offensichtlich verfälscht und das Problem vertuscht.

Tabelle 6:

Armut 2000 in einige EU-Mitgliedsstaaten			
Staat	Bevölkerung in Mio.	Extreme Armut in Prozent	Extreme Armut in Tausend
Österreich	8,1	1,4	113
Frankreich	59,0	2,1	1263
BR Deutschland	82,1	1,4	1180
Griechenland	10,7	9,4	1010
Republik Irland	3,6	4,3	156
Italien	56,7	1,6	917
Niederlande	15,8	2,1	334
Portugal	9,9	8,2	815
Spanien	39,2	5,5	2158
Großbritannien	59,1	2,4	1401
EU-15	374,3	2,7	9930

Quelle: Angaben aus der Zeitschrift *Journal of European Social Policy* nr. 1, 4/2001

Tabelle 7:

Armut in den neuen EU-Mitgliedsstaaten gemäß Angaben für das Jahr 2000			
Staat	Bevölkerung in Mio.	Extreme Armut in Prozent	Extreme Armut in Tausend
Tschechien	10,3	3,0	312
Estland	1,4	51,8	729
Ungarn	10,2	28,9	2945
Polen	38,6	34,6	13358
Slowakei	1,9	6,9	–
Zypern	0,8	5,0	–
Malta	0,4	10,1	–
Zusammen in den 7 Staaten	63,6	27,6	–
EU-25	437,9	5,9	–

Quelle: Ph. C. Schmitter und M. Bauer: *Journal of European Social Policy* nr. 1, 4/2001.

Die folgenden Bilder zur Armutssituation in Polen sprechen für sich.

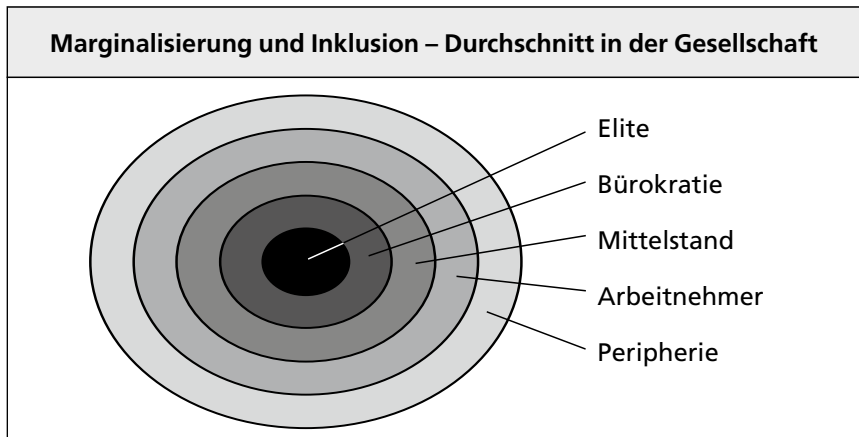


Überlegungen zu einer humanitären Sozialpolitik

Sozialismus und Liberalismus behandeln die Sozialpolitik und den Menschen, wenn auch aus verschiedenen Gründen, gleich: als Gegenstand. Die Ursache dafür könnten jene Aktivitäten des Staates sein, die auf die Bedienung der Interessen einer engen Elite ausgerichtet waren.

Die Europäische Union macht uns nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Dimensionen Europas bewusst. Die Integration der 25 Mitgliedsstaaten ist ein Prozess, in dem der menschliche Faktor mit Priorität berücksichtigt werden muss. In den Strategien der humanitären Transformation Europas sieht man deutlich den Willen zur Vereinheitlichung der sozialen Lösungen. Damit würden auch die Regionen an der Peripherie Europas endlich auf das Niveau der „Mitte“ gehoben.

In jeder Gesellschaft existiert ein soziales System, dessen Kern eine politische und wirtschaftliche Elite ausmacht. Um diese Elite, die Entscheidungen über das Schicksal der Gesellschaft trifft und den sozioökonomischen Raum kreiert, sammeln sich verschiedene Kräfte an. In der nächsten Nähe ist die Bürokratie, da sie den Vollzugsapparat dieser Elite ausmacht. Die Bürokratie grenzt, wie es aus der folgenden Graphik ersichtlich wird, die Elite vom Rest der Gesellschaft ab und kann häufig die Entwicklung der Gesellschaft abbremsen.



Quelle: Eigene Forschungen

Über die Entwicklung der Gesellschaft entscheidet der Mittelstand, der auf eigene Rechnung und eigenes Risiko arbeitet und wirtschaftlich unabhängig vom Staat ist. Der Mittelstand ist wie andere soziale Gruppen nicht mit der Armut konfrontiert. Das Problem liegt vielmehr in den Peripherien des sozialen Systems, in denen die Leute kurz- oder langfristig arbeitslos sind und ihre eigene Würde verlieren. Eine moderne und humanitäre Sozialpolitik besteht darin, diese Menschen aus der Peripherie durch Einbeziehung in den Mittelstand zur Mitte hinzuführen. Der beste Weg, die Armut abzuschaffen, besteht also darin, den Mittelstand zu vergrößern.

Hauptträger dieses Prozesses wird noch lange der Nationalstaat sein, der die Gerechtigkeit sichern muss. Alle Arten von sozialen Problemen können nur auf dem Weg demokratischer Rechtsverfahren, in denen der Staat ein Vermittler zwischen den Bürgern, den Organisationen und der Europäischen Union ist, beherrscht werden. Der Staat und die EU sind ebenfalls Träger, deren Ziel die Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips ist. Das Gewicht der sozialen Fürsorge gegenüber Sozialrisiken wird sich weg von lokalen Gemeinschaften verschieben hin zu anderen Entscheidungsträgern. Das, was in der Bundesrepublik Deutschland seit Generationen selbstverständlich ist, wird über die Selbstverwaltung jetzt in Polen, Litauen oder in Lettland erst mühsam gelernt. Die EU kann dabei wesentlich helfen, indem sie Programme der lokalen Entwicklung und der Schaffung von Arbeitsplätzen finanziell unterstützt.

Lokale Gemeinschaften – Gemeinde oder Pfarrei – sind Orte der sozialen Belebung der Menschen, die in ihnen geboren werden, dort zur Schule gehen, erzogen werden, sich dort erholen und schlussendlich dort sterben. In der lokalen Gemeinschaft sieht man am besten das Gemeinwohl, das die Menschen in ihren Aktivitäten verbindet und um das sie sich kümmern müssen. Dort wird Solidarität als Wert empfunden, der die lokale Gemeinschaft integriert. Die Solidarität als Werk bewegt die Menschen zu Aktivitäten in sozialen Organisationen, die das Gefühl der Unabhängigkeit vermitteln und gleichzeitig die Aktivitäten des Staates oder der Gemeinde vervollkommen.

Wir müssen eine Diskussion über die soziale Verantwortung des „Business“, der Geschäftswelt, eröffnen. Ist das „Business“ nur dazu da, Gewinne zu erhöhen? Wie kann man es erreichen, dass „Business“ Fürsorgefunktion erzielt? Sollte „Welfare Business“ nicht zu einem Programm des neuen sozialen und wirtschaftlichen Handelns werden? Vielleicht kann man durch die Erweiterung des Mittelstandes die sozialen Probleme schneller lösen.

Die Kirche ist verantwortlich für die Nächstenliebe. Dieser allgemeine und seit Jahrtausenden wiederholte Gedanke verlangt eine Antwort auf die Frage: Wie erreichen wir es hier und jetzt? Der verstorbene Papst Johannes Paul II. hat in seiner Enzyklika „Sollicitudo rei socialis“ 1987 ein Programm der christlichen Option zu Gunsten der Armen verkündet. Wie können wir das nun in die Tat umsetzen?

Zum Abschluss eine letzte Frage: Suchen wir gemeinsam eine neue soziale Ordnung in der Europäischen Union oder wollen wir den Status Quo in unseren Ländern beibehalten?

Diskussion zu den Vorträgen von Bischof Prof. Dr. Reinhard Marx und Prof. Dr. Julian Auleytner

Dr. Norbert Matern, Vorsitzender des Presseclubs München, moderierte die Diskussion. Die Beiträge aus dem Plenum wurden von Dr. Johannes Oeldemann, Direktor am Johann-Adam-Möhler-Institut in Paderborn, der als Anwalt des Publikums mitwirkte, gebündelt und vorgetragen.

Dr. Norbert Matern:

Nach diesen beiden inhaltsreichen Vorträgen gibt es sicher viele Anfragen und Ergänzungen. Wie sieht es denn aus?

Dr. Johannes Oeldemann:

Die erste Frage richtet sich an Bischof Marx: „Sie haben von den Aufgaben im Gemeinwesen gesprochen, von den Herausforderungen mit den Ideen der Gerechtigkeit und der Freiheit. Die Frage lautet: Ist auch Europa ein Gemeinwesen oder ist Europa ein Raum, der sozusagen die Vorstellung des Gemeinwesens sprengt?“

Die nächste Frage bezieht sich auf den von Ihnen zitierten Francis Fukuyama mit der These vom „Ende der Geschichte“, sie lautet: „Welche Wege zur Realisierung des Gedankens sind angemessen? Gehören dazu auch Gewalt, Revolution oder Krieg?“

Dann eine etwas provokante These: Die katholische Soziallehre ist das bestgehütete Geheimnis der Kirche. Warum kommt die katholische Soziallehre nicht stärker zur Geltung in der Ausbildung unserer Priester und unserer Laienmitarbeiter? Warum bemüht man sich so wenig darum, die Prinzipien der katholischen Soziallehre im praktischen Leben anzuwenden?

Daran schließt sich ein Punkt an, bei dem ein Fragesteller sagt: „Ich kann alles von A bis Z unterschreiben, was Sie gesagt haben, Herr Bischof, aber geben Sie uns einen Rat, wie wir unseren Generalvikar, unseren Bischof oder die Bischofskonferenz davon überzeugen können, dass ein postkommunistisches Land ein soziales Institut braucht, dass es Fachleute braucht und die Kirche zivilgesellschaftliche Akteure fördern muss, damit die christliche Soziallehre in die gesellschaftliche Diskussion eingebracht werden kann!“

Bischof Professor Dr. Reinhard Marx:

Im Augenblick führen wir die Diskussion darüber, was das für ein Gemeinwesen ist. Wir nennen das die Diskussion um die Finalität Europas, das heißt: Welche Vorstellung haben wir darüber, wo Europa einmal enden soll, nicht nur territorial, sondern von der Struktur her. Ist das ein Staat oder ist das ein Staatenbund? Wir sagen eigentlich bis jetzt: Es ist etwas Drittes – etwas, was es bisher nie gegeben hat. Aber es ist ein Gemeinwesen. Wie weit das gehen kann, kann im Augenblick keiner genau fassen. Das war ja die Bemühung des Verfassungsvertrages. Vielleicht

war es ein Fehler, das Ganze „Verfassung“ zu nennen, weil das natürlich dann von einem Staat aus gesagt wird. Aber es gibt viele, die keinen europäischen Staat wollen, weil sie sagen, dass das unsere Identität auslöscht. Wir wollen aber auch nicht nur einen lockeren Staatenbund, eine Wirtschaftspartnerschaft, sondern wir wollen etwas mehr.

Denken Sie noch einmal daran – gerade das sollte man nie vergessen –, was in Europa geschehen ist an Großartigem in der Geschichte, aber auch an Schrecklichem, was kaum übertroffen wird von einem anderen Kontinent. Und jetzt ein Projekt aufzulegen, damit diese Völker mit den verschiedenen Sprachen, die über Jahrhunderte Krieg gegeneinander geführt haben, zusammenkommen in einem Gemeinwesen, das ist – pathetisch gesagt – das größte Friedensprojekt, das die Welt je gesehen hat. Deswegen ist es wichtig, dass wir uns bemühen, dran zu bleiben, obwohl es keinen Vergleich in der Geschichte gibt, dass Völker sich frei entscheiden, sich an eine größere Gemeinschaft zu binden, frei und verbindlich, ohne genau zu wissen, wo es in 20 Jahren stehen wird. In Deutschland haben wir sicher eine sehr starke Tradition in Richtung auf ein verbindlicheres Gemeinwesen, das wirklich eine politische Union wird. So haben alle politischen Parteien bei uns eigentlich die Zielvorstellung genannt. Andere Länder müssen sich an diesen Gedanken erst gewöhnen und wollen wissen: „Was bedeutet das dann für uns?“

Europa ist ein Gemeinwesen, in dem wir als Kirche unseren Beitrag leisten wollen, ein Gemeinwesen, das auf Freiheit und Gerechtigkeit gründet, mit großer christlicher Tradition, und deswegen sollten wir es auch so behandeln. Aber es bleibt offen, wie föderal es wird, wie viel die einzelnen Länder selber tun sollen. Im Sozialen und Kulturellen gibt es Unterschiede, auf die wir bei einer föderalen Struktur auch Rücksicht nehmen müssen, aber nach außen hin müssten wir eigentlich gemeinsam auftreten. In Europa ist es manchmal umgekehrt. Also, es gibt noch viel zu tun.

Zur zweiten Frage: Fukuyama geht natürlich davon aus, dass das Modell selbst eine solche Faszination ausstrahlt; er hat damals noch nicht an den Terrorismus des 21. Jahrhunderts gedacht. Ihm ging es um libe-

rale Demokratie, Menschenwürde, Marktwirtschaft. Das wird das attraktive Modell sein – und das ist es auch. Das ist das, was die Menschen auch in Lateinamerika, in Asien und in Afrika wollen. Sie wollen ihre Kulturen nicht aufgeben, aber sie wollen den Wohlstand erreichen. Das geht manchmal nicht beides ohne Reibungen zusammen. Franz Böhm¹, ein bedeutender Autor der Sozialen Marktwirtschaft, hat einmal gesagt, der Kapitalismus sei auch ein Ethikfresser. Das war etwas scharf formuliert, aber im Kapitalismus, in der freien Wirtschaft kommen eben bestimmte traditionelle Lebensformen unter Druck. Wir können aber nicht die Familienverhältnisse des 19. Jahrhunderts konservieren und darauf die moderne Marktwirtschaft aufbauen. Freiheit bedeutet eben auch Wettbewerb der Überzeugungen, und wir sollten jetzt versuchen, auch unser Modell, das Modell der christlich verantworteten Freiheit, als ein Modell ins Spiel zu bringen, das dem menschlichen Leben Weite und Tiefe gibt.

Dritter Punkt: Das „bestgehütete Geheimnis“ spielt auf ein Buch über die Katholische Soziallehre in den USA an. Ich habe mich viele Jahre mit der Soziallehre beschäftigt und immer wieder erfahren müssen, dass sie nicht immer alle interessiert, sondern nur kleine Gruppen in der Kirche. Aber wir haben in Deutschland natürlich eine lange Tradition der Sozialbewegung. Diese mag sich auch verändert haben, ist vielleicht sogar schwächer geworden. Aber sie hat etwas Großes geleistet; ich kann mir nicht vorstellen, dass wir ohne eine aktive Sozialbewegung, also eine Bewegung innerhalb der Kirche, die sich noch einmal die Soziallehre der Kirche zu eigen macht, als politischer und gesellschaftlicher Akteur eine Rolle spielen könnten. Nicht jede Pfarrei, nicht jedes Bistum kann einfach im politischen Geschäft so mitmischen, wie es eine soziale Bewegung tun kann. Es gab damals auch die Überlegung: Kann man die Katholische Soziallehre, die wir an Lehrstühlen verbreiten, die in den Enzykliken präsent ist, in politischen Seminaren, in Gesprächen mit den Kirchengemeinden und Verbänden propagieren? Ich glaube in der Tat, dass wir da eine Menge tun können.

¹ Franz Böhm (1895–1977) zählt zu den Vordenkern der Sozialen Marktwirtschaft. Auch das Bundesentschädigungsgesetz geht auf ihn zurück (Anm. d. Redaktion).

Noch etwas zur Ausbildung: Alle Priester müssen sich in ihrer Ausbildung mit Katholischer Soziallehre befassen. Ich war ja Professor und habe viele Prüfungen darüber abgenommen, was Subsidiarität, was Solidarität ist, was es mit „Centesimus annus“ auf sich hat und so weiter. Alle haben das mehr oder weniger gut gemacht. Aber damit haben wir noch nicht sozial engagierte Priester und Laien. Die momentane Gefahr in Deutschland – und das gilt vielleicht auch in abgewandelter Form für andere Länder – liegt darin, dass wir uns so stark um unsere eigene Selbsterhaltung kümmern. Die Frage lautet meistens „Wie können wir den Status Quo erhalten?“ So hat etwa ein Pfarrgemeinderat einmal zu mir gesagt: „Herr Bischof, wenn es so bleibt, wie es ist, wollen wir doch zufrieden sein.“ Da habe ich geantwortet: „Wenn Ihr so denkt, dann werdet Ihr noch nicht mal behalten, was Ihr jetzt habt.“

Nun ist die Katholische Soziallehre meiner Ansicht nach nicht so eine marginale Angelegenheit, dass man sie nur einigen Spezialisten überlassen sollte, sondern sie ist auf die konkrete, politische Situation angewandte Nächstenliebe. Insofern gehören Caritas und Soziallehre zusammen. Ich habe von den Samaritern gesprochen, die dem helfen, der unter die Räuber gefallen ist. Die zweite Stufe der Nächstenliebe besteht darin, die Straße sicherer zu machen, damit weniger Menschen unter die Räuber fallen – das ist die Soziallehre. Wir können nicht Mutter Teresa gegen die politische Arbeit von Abgeordneten aus christlichem Geist ausspielen, sondern es ist aufeinander bezogen. Wir können nicht konkrete Projekte der Caritas ausspielen gegen das politische Engagement in einer christlich inspirierten Partei. Das gehört zusammen, ist aufeinander bezogen, und es wäre sehr wünschenswert, wenn das auch in Zukunft gemeinsam im Blick bleiben würde. Noch ein Wort aus meiner Erfahrung als langjähriger Leiter der Kommende²: Man muss sehr genau schauen, was man in welchem Land wie macht. Wie ist die Situation der Kirche beschaffen? Ich habe die Erfahrung gemacht, dass solche Institute oder Organisationen, die an der Schnittstelle zwischen wissenschaftlicher Auseinandersetzung und praktischer Arbeit stehen, notwendig eine große Hilfe sind – das, was wir Soziale Seminare nen-

2 Bischof Marx war mehrere Jahre Geistlicher Rektor der Kommende Dortmund, des Sozialinstituts des Erzbistums Paderborn (Anm. d. Redaktion).

nen. Wir haben in Deutschland nach dem Krieg die Erfahrung gemacht, dass sehr viele Politiker, besonders auch in der Christlich-Demokratischen Union, aus dem Bereich der Katholischen Soziallehre in die Politik und in die Gewerkschaften gegangen sind, auch in die Sozialverbände. Damit war eine ganz starke Prägung im Aufbau der Bundesrepublik vorhanden, die von den Ideen der Solidarität und Subsidiarität geprägt war.

Dr. Johannes Oeldemann:

Nun zu Professor Auleytner: Mehrere Fragen betreffen die Unterscheidung zwischen Sozialminimum und Existenzminimum, die wohl nicht ganz klar ist. Können Sie das erläutern?

Außerdem haben Sie auf die Bildungsrevolution verwiesen, also auf die Tatsache, dass sehr viele Studienabschlüsse gemacht werden, obwohl es in Mittel- und Osteuropa nur kleine Stipendien gibt, aber hohe Studiengebühren, sodass ein soziales und persönliches Netzwerk erforderlich ist, um Bildung zu ermöglichen. Die Frage ist: Kann diese Bildungsrevolution vielleicht auch ein Vorbild für Westeuropa sein? Und andererseits: Macht sie, diese Bildungsreform, auch andere Bevölkerungsschichten arm und was kann man dagegen tun?

Professor Dr. Julian Auleytner:

Zum Sozial- und Existenzminimum: Hier 60 Prozent anzusetzen, das ist die neue Politik der Europäischen Union, der neue Richtwert. Es gibt keine anderen Zahlen; ich habe keinen Einfluss auf die Sozialpolitik und auf die Messung der Armut in der Europäischen Union. Ich habe Ihnen nur gezeigt, was die Europäische Union in diesem Jahr in diesem Bereich gemacht hat. Den Unterschied zwischen den beiden Größen „Sozialminimum“ und „Existenzminimum“ – sie stehen vom Umfang her im Verhältnis 2:1 – kann man an einem Warenkorb erkennen. Die erste Gruppe von Gegenständen im Warenkorb umfasst die Lebensmittel, die zweite Gruppe die Kosten für die Wohnung, die dritte Gruppe die Kosten für Ausbildung, Gesundheit, Fahrtkosten und Ausgaben für kulturelle Aktivitäten. Das alles geht in den Korb des *Sozialminimums* mit ein. Beim *Existenzminimum* haben wir nur die Ausgaben für die

Lebensmittel – deshalb die Unterscheidung! Es geht da beinahe nur um das nackte Überleben.

Zur Frage nach der Bildungsentwicklung in Polen: Seit dem 1. Oktober gibt es ein neues Hochschulgesetz, das den Studenten finanzielle Spielräume ermöglicht. Unabhängig davon, wo sie studieren, ob an einer staatlichen Universität oder an einer privaten Hochschule, können sie staatliche Stipendien erhalten. Professoren können zwei Stellen innehaben, einen Lehrstuhl an einer staatlichen und einen zweiten an einer nichtstaatlichen Hochschule. Das sind die neuen positiven Lösungen, denn früher war der Zugang zu den Universitäten sehr eingeschränkt. Warum? Der Staat war nicht in der Lage, allen Studenten Geld zu geben, um die Studien abzusichern. Deshalb eröffneten private Initiativen die Chancen für ärmere Studenten – andernfalls mussten diese ihre Studien aus eigener Tasche finanzieren. Aber seit dem letzten Jahr gibt es eben diese staatliche Hilfe; wir haben seither eine bessere Situation. Momentan studieren mehr als zwei Millionen junge Leute und, im Rahmen der Weiterbildung, auch ältere Leute. Es ist besser, dass die Studenten an den Hochschulen sind als arbeitslos auf der Straße. Junge Arbeitslose an die Universitäten zu ziehen, könnte auch ein Lösungsansatz für die westlichen Länder sein.

Dr. Johannes Oeldemann:

Es gibt neue Fragen an Bischof Marx: Wir haben hier noch einmal eine Bitte um eine Begriffserklärung, und zwar, was das Verhältnis von Gerechtigkeit und Barmherzigkeit angeht. Wie könnte das definiert werden? Eine zweite, ein wenig kritische Anfrage an die Kirche lautet: Wie soll die Protestation, die Sie seitens der Kirchen gefordert haben, durch soziale Bewegungen sichtbar werden, wenn die Sparmaßnahmen der Kirche gerade diesen Bereich betreffen? Das bezieht sich auf die Situation hier in Deutschland.

Eine nächste Frage zielt auf das Verhältnis von katholischer und evangelischer Soziallehre, die sich – so die These – nur unwesentlich voneinander unterscheiden. Können Sie sich der Meinung anschließen, dass es insbesondere in Mittel- und Osteuropa wichtig wäre, im ökumenischen Geiste intensiver zusammenzuarbeiten, um die christliche Soziallehre in den Gesetzgebungsverfahren dieser Staaten zu verankern?

Und die letzte Frage: Wenn man sich um Gerechtigkeit bemüht, bemüht man sich ja darum, gleiche Verhältnisse, gleiche Ausgangsbedingungen für alle Menschen zu schaffen. Eine totale Gleichheit verleitet aber auch zur Passivität. Die Frage lautet konkret: Wie groß müssen Unterschiede zwischen arm und reich sein, um noch Aktivitäten zu fördern und zu ermuntern, selbst etwas zu tun, und wie groß dürfen diese Unterschiede maximal sein, damit es nicht ungerechte Strukturen werden?

Bischof Professor Dr. Reinhard Marx:

Gerechtigkeit ist eine politische Leitidee, die sehr stark von ethischen Ressourcen lebt. Ich habe von den philosophischen und von den biblischen Grundlagen gesprochen. Die Idee kommt in einer Kultur auf, die die Personenwürde des Menschen, und zwar jedes Menschen, in den Mittelpunkt stellt. Auch wenn die Gerechtigkeit in der Praxis möglicherweise manchmal verraten wird, wird diese Idee nicht wieder verschwinden. Sie muss aber durch den Gedanken der Barmherzigkeit ergänzt werden. Ich habe versucht, das auch im Blick auf Katholische Soziallehre und Caritas anzudeuten. Joseph Kardinal Höffner hat das in seinem in viele Sprachen übersetzten Werk zur Christlichen Gesellschaftslehre³ deutlich unterstrichen: Soziale Gerechtigkeit und soziale Liebe gehören zusammen, denn sonst gilt die Formel „Summum ius, summa iniuria“: „Höchstes Recht ist zugleich höchstes Unrecht“. Da ist etwas dran.

Wenn wir eine Gesellschaft aufbauen, die nur von dem Gedanken lebt, was wir einander schulden, und das dann in Gesetzen abbildet, dann kann das keine funktionierende Gesellschaft werden. Gesellschaft lebt im Grunde von dem, was wir einander geben, obwohl wir gesetzlich dazu nicht verpflichtet sind. Sie leben ja nicht jeden Tag in Ihren Handlungen mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in der Hand und überlegen: Wozu bin ich eigentlich verpflichtet? Zu grüßen? Nicht zu grüßen? Jemandem die Hand zu geben? Freundlich zu sein? Unfreundlich zu sein?

3 Christliche Gesellschaftslehre. Hrsg., bearb. u. erg. v. Lothar Roos. Neuausg. Kevelaer 1997 (Anm. d. Redaktion).

Im Wesentlichen leben wir von den Dingen, die wir einander geben, weil wir Menschen sind, von diesem Überschuss des Menschlichen. Ich will dazu ein Beispiel aus der aktuellen Debatte über die Sozialgesetzgebung in Deutschland anführen. Wir versuchen, möglichst auch solidarische Verbindungen so zu knüpfen, dass wir nicht abhängig vom guten Willen des anderen werden, sondern auch sagen: Was schulden wir einander? Zum Beispiel einem Sterbenden die Hand zu halten in der Stunde seines Todes oder ihn drei oder vier Tage zu begleiten; das werden wir mit keiner Krankenversicherung, keiner Pflegeversicherung und keinem bürgerlichen Gesetzbuch vorschreiben können. Wir wissen aber alle, was das bedeutet. Ein wesentlicher Bereich auch unseres gesellschaftlichen Miteinanders liegt darin, dass wir die Quellen der Barmherzigkeit und der Liebe offen halten, sonst wird unsere Gesellschaft unmenschlich. Dann mag sie noch so gute Gesetze haben, sie werden nicht funktionieren. Das ist ein reiches Thema auch der Katholischen Soziallehre.

Die Geschichte hat gezeigt, dass aus dem Evangelium immer auch Bewegungen entstanden sind, die die bestehenden Verhältnisse kritisiert haben, vor allen Dingen, wenn diese bestehenden Verhältnisse sich zu Ungunsten der Armen und Schwachen ausgewirkt haben. Das ganze 19. Jahrhundert ist ein solches Beispiel, aber auch Bewegungen davor, das können auch nationale Befreiungsbewegungen sein. Protestation, wie Karl Marx es meinte: Religion kann auch Ausdrucksweise der seufzenden Kreaturen sein, aber im Sinne eben des Unbehagens an den gegebenen Verhältnissen. Das kann sich in verschiedenen Bewegungen ausdrücken. Für uns ist klar, dass Gewaltlosigkeit an erster Stelle steht.

Was ist wirklich eine kirchliche Protestbewegung, was ist eine nicht-kirchliche? Niemand hat bestritten, dass das Evangelium eine Kraft der Befreiung in sich birgt und sich auch im Sozialen und Politischen äußert. Aber es mag sehr unterschiedliche Wege geben. Wir sollten uns beispielsweise die Weltjugendtage ansehen. Es gibt eine Untersuchung, wonach beim Weltjugendtag die Kriminalität um 16 Prozent sinkt. So war es etwa in Köln. Die Anzahl der Bevölkerung erhöht sich, die Kriminalität sinkt, und ein Polizist sagte mir: „Wissen Sie, bei einem Spiel vom 1. FC Köln haben wir mehr Arbeit als mit einer Million Be-

suchen eine Woche lang hier.“ Man spürt also, dass der christliche Glaube Menschen friedlich stimmt, sie offen macht und Gewaltlosigkeit fördert. Es ist eine ungeheure Kraft der Friedfertigkeit, und darauf sollten wir setzen.

Aber es gibt genauso eine Kraft, zu sagen: Was ist gerecht, wo sind die Armen, wo sind die Schwachen? Und für uns besteht der beste Weg darin, in die politischen Parteien und Bewegungen hineinzugehen. Ich würde mir wünschen, dass viele aus dem katholischen, aber auch aus dem evangelischen oder orthodoxen Raum diesen Weg gehen. Parlamentarische Demokratie lebt davon, dass sich der Wille in Parteien artikuliert und sich Politiker aus dem christlichen Geist heraus einmischen. Das wäre eine ganz wichtige Sache.

Natürlich ist dabei die Ökumene wichtig. Ich habe zusammen mit Helge Wulsdorf eine Soziallehre geschrieben und im letzten Kapitel deutlich den Wunsch nach einer ökumenischen Sozialethik geäußert.⁴ Es gibt immer noch Unterschiede; ich merke das zum Beispiel in der Staatsidee. Da ist die Katholische Soziallehre immer etwas staatskritischer gewesen. Sie ist vom Dualismus „Staat – Gesellschaft“ ausgegangen, heute sagen wir Zivilgesellschaft. Sie hat den Staat zwar immer auch respektiert, aber sie hat ihm nicht so ganz über den Weg getraut. Sie wollte, dass sehr vielfältige Gruppierungen da sind, die gesellschaftliche Aktivitäten darbringen. Selbstorganisation, Subsidiarität war stärker; aber meiner Meinung nach sind das Dinge, die in dem gemeinsamen Gespräch weiter überwunden werden können.

Das große Thema der Gleichheit und Gerechtigkeit ist nicht vollständig zu lösen im Sinne von: Wo beginnt die Gerechtigkeit, wo hört sie auf? Es würde zu weit führen, das Ganze auszuführen, aber bei der Gerechtigkeit kommt man etwa bei J. Rawls, einem großen modernen Gerechtigkeitsdenker, zu folgendem Ergebnis: Im gesellschaftlichen Vorschreiten muss es bei jedem Schritt auf mehr Wohlstand hin den Ärmsten besser gehen, auch wenn sich der Abstand zwischen arm und reich vergrößert. Das wäre sozusagen das Kriterium der Gerechtigkeit.

4 Vgl. Reinhard Marx / Helge Wulsdorf: Christliche Sozialethik. Konturen – Prinzipien – Handlungsfelder. Paderborn 2002, bes. S. 414–418.

Aber ist das auch so erfahrbar in unseren Ländern? Ideal wäre es, wenn sich die Gesellschaft so entwickeln würde, dass ein Grundgefühl von Gerechtigkeit entsteht, das den Menschen dann eigentlich die Gewissheit vermittelt, in einer gerechten Gesellschaft zu leben. Ich will ein Beispiel nennen: Bei der Diskussion um die Managergehälter ist im Grunde genommen das Gefühl des Volkes vorhanden, dass es so nicht geht. In politischen Debatten habe ich immer wieder gesagt, dass unsere Gesellschaft in Deutschland die Gleichheit nicht will. Die Menschen haben ein Gefühl dafür, wo die Gerechtigkeit zu weit gedehnt wird. Aber Gleichheit in dem Sinn, dass man sagt, allen soll es gleich gehen? Nein. Sie wollen Chancen für alle. Kardinal Lehmann hat sehr schön formuliert, was Ludwig Erhard bereits früher gesagt hat: „ ‚Wohlstand für alle‘ müsste heute heißen ‚Chancen für alle‘ “.

Chancengerechtigkeit, aber nicht Gleichmacherei! Etwas anderes läuft dem christlichen Menschenbild zuwider. Alle sind vor dem Gesetz gleich, alle müssen eine Chance bekommen. Aber jeder muss seine Chance auch nutzen. Das kann man niemandem abnehmen. Deswegen sind wir ja auch, um das noch einmal zu sagen, durchaus für einen aktivierenden Sozialstaat. Ein Sozialstaat, der nur Geld verteilt, nimmt den Menschen nicht ernst. Bildung gehört dazu, die Chancen, etwas zu tun und voranzukommen. Geld zu verteilen, ist die eine Seite, die wird immer nötig sein. Aber ein aktivierender Sozialstaat will Menschen in die Lage versetzen, ihre Chancen wahr zu nehmen. Und da müssen wir eine Menge tun.

Professor Dr. Julian Auleytner:

Eine kleine Ergänzung: Wir haben nicht nur die katholische Soziallehre und die evangelische Soziallehre. Seit einigen Jahren gibt es auch ein offizielles Dokument zur orthodoxen Soziallehre aus Moskau⁵. Damit ergibt sich natürlich eine neue Situation für die Christen, weil wir aus

5 Anspielung auf die Verabschiedung eines ausführlichen Dokumentes zur Soziallehre durch die Russisch-orthodoxe Kirche auf ihrer Moskauer Synode (13.-16. August 2000). Vgl. dazu Josef Thesing / Rudolf Uertz (Hrsg.): Die Grundlagen der Sozialdoktrin der Russisch-Orthodoxen Kirche. Deutsche Übersetzung mit Einführung und Kommentar. Sankt Augustin 2001 (Anm. d. Redaktion).

verschiedenen Glaubensrichtungen her gemeinsam über den Menschen in der Gesellschaft sprechen können.

Die zweite Ergänzung: Wir werden wohl immer Arme in der Europäischen Union haben, nur leben die Armen heute auf einem höheren Niveau als vor 50 Jahren.

Dr. Johannes Oeldemann:

Ich stelle die letzten Fragen und möchte mit einem kurzen Statement von Bischof Hil Kabashi aus Albanien beginnen, das die heute diskutierte Problematik noch einmal mit der gestern angesprochenen Wertefrage verbindet. Er schreibt: „Auf die Frage, woher die Armut kommt, hat die selige Mutter Teresa einmal gesagt: ‚Wir selbst schaffen sie. Wir verursachen die Armut mit unserem Egoismus.‘ Wir müssen auch über das Gewissen Europas sprechen und deshalb die Frage: Können wir uns ein Gewissen Europas ohne Liebe, ohne die Zehn Gebote und ohne die Frohe Botschaft vorstellen? Wenn wir nur über christliche Werte sprechen, dann wäre das wie ein Sprechen über das Wasser, ohne seine Quelle in den Blick zu nehmen. Und das letzte: Die Lage Europas wird mit dem Sonnenuntergang verglichen. Obwohl die Sonne untergeht, bleibt die Wärme, die Solidarität und die Nächstenliebe. Doch wie lange bleibt diese Wärme, wenn denn die Sonne, wenn Gott auf Dauer fehlt?“

Im Blick auf Professor Auleytner wird festgestellt, dass gestern von Frau Professor Lipowicz ein relativ optimistisches Bild über die Situation in Polen gezeichnet wurde, während Professor Auleytners Tenor ein eher pessimistischer war. So ist es zumindest herübergekommen. Vor diesem Hintergrund gibt es noch zwei Fragen: Was kann die Kirche konkret gegen die Armut in Polen tun? Wie können die Verantwortungsträger in der Wirtschaft in den mittel- und osteuropäischen Ländern veranlasst werden, ihre Verantwortung zur Solidarität mit den Armen wahrzunehmen?

Noch eine Frage an Bischof Marx: Was ist mit der Verantwortung der Kirche für das öffentliche Leben? Oft wirft man der Kirche vor, sie mische sich ein, sage, wie es sein sollte, aber nehme keine Verantwortung auf sich. Wie kann man diesen Vorwurf vermeiden?

Ein weiterer Punkt: Was ergibt sich steuer- und arbeitsmarktpolitisch als Konsequenz der sozialen und politischen Gerechtigkeit für eine Politik des gemeinsamen Europa in der globalisierten Welt?

Und vielleicht als letzter Punkt die kritische Anfrage: Besteht nicht die Gefahr, dass die Kirche, wenn sie sich sehr stark oder vor allem mit sozialen Fragen befasst, von den Menschen vor allem als sozialer Dienstleister begriffen wird? Und besteht dann nicht die Gefahr, die Kirche könne ihre eucharistische Identität verlieren und nicht mehr sein als ein sozialer Dienstleister unter anderen?

Bischof Professor Dr. Reinhard Marx

Eine Politikerin von Bündnis 90/Die Grünen hat mir einmal gesagt: „Ich habe Angst davor, was an die Stelle rücken soll, wenn die Wirkmacht oder Präsenz der ‚reflektierten Religion des christlichen Glaubens‘ in Europa verschwindet. Ich kann mit meiner Partei noch nicht darüber diskutieren, aber das Thema wird kommen.“ Ich habe ihr geantwortet: „Es wird gar nichts an die Stelle rücken. Es kommt keine neue Religion, die die alte ablöst, sondern es wird eine gewisse Gleichgültigkeit kommen.“ Wir können jetzt in Kulturpessimismus verfallen, das will ich aber nicht. Wir sollten auch jetzt nicht die Gesellschaft anklagen – wer ist „die Gesellschaft“? Wir können aber festhalten, dass der christliche Glaube aus unserer Sicht eine der wichtigsten Kräfte für die Zukunft Europas ist und wir davon ausgehen, dass die Botschaft von Jesus Christus das Wichtigste ist, was den Menschen je gesagt werden kann. Das ist unsere Überzeugung. Also müssen wir diese Überzeugung einbringen.

Ich habe von der zweiten Chance Europas gesprochen. Natürlich könnte Europa in einer gewissen Spätkultur dekadent untergehen. Aber wir werden dafür arbeiten, dass das nicht passiert und dass Europa wieder aufwacht. Denn Europa hat einen wichtigen Beitrag für die gesamte Welt zu leisten, gerade mit dem, was wir an Traditionen haben. Aber wer soll es tun, wenn nicht die Christen? Wir sind diejenigen, die die großen langen Geschichtsströme vielleicht auch wieder aktuell auf den Punkt bringen können. Wir sollten Aufweckende sein und nicht Einschlafende oder Nörgelnde, in der Ecke Sitzende, die mit dem Fin-

ger auf die Gesellschaft zeigen und über die Zeiten jammern, die unzufrieden wirken und lebensunfroh. Im Gegenteil, wir müssen wieder den Eindruck vermitteln, dass wir nicht die Nachhut der Geschichte Europas sind, sondern die neue Vorhut.

Die Kirche ist nicht nur einfach gleichzusetzen mit dem, was Bischöfe oder Bischofskonferenzen in Hirtenbriefen sagen. Das muss immer wieder betont werden. Leider hat sich das Verständnis sowohl in Osteuropa als auch bei uns aber dahin entwickelt. Laien, Priester, Bischöfe müssen zusammenwirken; die Verantwortung für konkretes Gestalten liegt nicht allein in der Hand der Bischöfe.

Aber die öffentliche Verantwortung wird im Wesentlichen durch die Christen, die in der Politik tätig sind, wahrgenommen. Das ist wiederum ganz entscheidend, das Votum, dort tätig zu werden. Was Bischöfe sagen, ist, glaube ich, auch wichtig für die öffentliche Debatte, es muss aber in gewisser Weise im Prinzipiellen bleiben. Es kann nicht einfach Handlungsanweisung für die Politiker sein, die dann ausführen, was wir beschlossen haben.

Letzter Punkt: Europa und der Beitrag für eine bessere Welt. Ich glaube, dass Europa im Rahmen der G 8, aber auch in anderen Zusammenhängen, was die Entwicklungszusammenarbeit und die Eine-Welt-Diskussion angeht, noch eine stärkere Rolle übernehmen könnte. In der Erneuerung der Welthandelsbeziehungen ist Europa eigentlich ganz wichtig, aber das würde an dieser Stelle zu weit führen.

Ich wäre völlig missverstanden worden, wenn ich die Kirche als einen sozialen Dienstleister unter anderen sehen würde. Für mich ist das entscheidend, was Papst Benedikt XVI. in seiner Ansprache beim Weltjugendtag auf dem Marienfeld in Köln⁶ gesagt hat. Da hat er beide Elemente zusammengebracht. Es geht um die Verwandlung. Wir beten an, wir erkennen in Christus das Leben, wir kehren verändert zurück wie die Weisen aus dem Morgenland. Wir haben eine Idee der Gerechtigkeit gefunden, das wirkliche und wahre und gute Leben, so sagte der

⁶ Ansprache bei der Vigil mit den Jugendlichen (20. August 2005), Text u. a. abgedruckt in: XX. Weltjugendtag. Das offizielle Magazin des Weltjugendtages, S. 144–147 (Anm. d. Redaktion).

Papst sinngemäß. In der Eucharistiefeyer werden wir verwandelt und zu neuen Menschen. So werden wir auch ein Beitrag für eine neue Welt. Das ist der spirituelle und geistliche Horizont dessen, was sich dann auch in Caritas, im politischen Engagement, im Miteinander, im persönlichen Zeugnis auswirkt, das jeder Einzelne in seiner Gemeinde oder in seiner Nachbarschaft gibt. Das ist kein Gegensatz, das gehört zusammen.

Professor Dr. Julian Auleytner:

Politiker sind von Natur aus Optimisten – Frau Professor Lipowicz hat gestern diesen Optimismus gezeigt. Die Wissenschaftler sammeln die Fakten und präsentieren sie. Die Fakten stehen oft konträr zum Optimismus. Deshalb können Wissenschaftler und Politiker nur schwer miteinander diskutieren; immer sind Unterschiede da. Aber die Wissenschaftler haben die Fakten, die sie, nicht ich, kommentieren können. Ich präsentiere hier nur Fakten.

Armut und Kirche in Polen: In Polen besteht seit einigen Jahren eine sehr starke Caritas-Organisation, in der besonders die Laien engagiert sind. Sie tragen, soweit ich es als Außenstehender beurteilen kann, sehr viel zur Verbesserung der Lage der Armen bei.

Dr. Norbert Matern:

Die Zeit war wie üblich viel zu knapp für die weitgespannte Materie. Mein Dank gilt allen Beteiligten, besonders den Referenten und dem Anwalt des Publikums. Die Thematik wird uns auch heute Nachmittag in den Arbeitskreisen weiter beschäftigen.



Podiumsdiskussion

Wie gewinnt eine Gesellschaft Stabilität und Dynamik?

Teilnehmer: Prof. Dr. Josip Grbac, Rijeka
P. Garegin Harutyunyan, Münster
Msgr. Dr. Peter Neher, Freiburg
Dr. Irina Scherbakowa, Moskau

Moderation: Botschafter a. D. Dr. Wilhelm Höyneck, Wachtberg

Botschafter a. D. Dr. Wilhelm Höyneck:

Unser großes Thema heißt „Neuer Reichtum – neue Armut“. Ich hoffe, dass Sie im Laufe des Morgens genauer sehen werden, dass in diesen Zusammenhang auch unsere jetzige Frage gehört: Wie gewinnt eine Gesellschaft Stabilität und Dynamik? Wir sind dieser Thematik in den letzten Tagen immer wieder begegnet. Ich erinnere an eine Bemerkung von Bischof Marx: Wie viel Reform hält eine Gesellschaft aus?

Einleitend möchte ich einen der unterschiedlichen Aspekte unseres Themas andeuten. Ich hatte 1999 ein Gespräch mit einem der Präsidenten der zentralasiatischen Staaten. Auf meinen Hinweis auf die erhebli-

chen Defizite seines Landes in den Bereichen von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie erwiderte er: „Wäre es Ihnen im Westen lieber, wenn in meinem Staat solch chaotische Verhältnisse herrschten wie im Russland Präsident Jelzins?“ Zu dieser Antwort passt eine Bemerkung, die Präsident Putin bei einer Pressekonferenz im Mai in Finnland gemacht hat: „Ich glaube, das, was für Russland heute am wichtigsten ist, ist Stabilität.“ Wenn Stabilität ein Hauptziel ist, dann stellt sich natürlich die Frage: Bleibt noch Raum für den dringend notwendigen Fortgang der Reformprozesse oder in manchen Ländern auch den Beginn der Reformprozesse? Werden erste Reformen und vor kurzem gewährte Freiheiten mit dem Argument „mehr Stabilität“ Stück für Stück wieder zurückgenommen? Zugleich stellt sich die Frage: Was sollte oder könnte getan werden, um einen Reformabbau zu verhindern oder wieder umzukehren?

Hintergrund unserer Diskussion bleibt die Frage, wie sich die vielfach noch wachsende Kluft zwischen wenigen Neu-Reichen und vielen Neu-Armen schließen lässt. Denn es ist klar, dass sich mit einem tiefen Graben zwischen reich und arm zumindest auf Dauer eine stabile, nachhaltig demokratische Gesellschaft nicht entwickeln kann. Die Ausgangslage und die Probleme, die möglichen Reaktionen sind von Land zu Land verschieden; dies kommt auch auf unserem Podium zum Ausdruck. Ich möchte ganz herzlich die Teilnehmer in alphabetischer Reihenfolge begrüßen: Prof. Dr. Josip Grbac von der Universität Rijeka in Kroatien, Pater Garegin Harutyunyan aus Armenien, zur Zeit Student an der Universität Münster, Msgr. Dr. Peter Neher, Präsident des Deutschen Caritasverbandes aus Freiburg, und last but not least Frau Dr. Irina Scherbakowa von der Menschenrechtsorganisation „Memorial“ in Moskau. Außerdem begrüße ich als Anwalt des Publikums Prof. Dr. Thomas Bremer von der Universität Münster. Darf ich nun um Ihr Statement bitten, Herr Professor Grbac?

Prof. Dr. Josip Grbac:

Der Anknüpfungspunkt zwischen dem Hauptthema „Neuer Reichtum – neue Armut“ und unserem heutigen Thema ist die Tatsache, dass ohne Stabilität und Dynamik die Beseitigung der Armut und überhaupt der sozialen Differenzen nicht möglich ist. Zur Frage, wie eine Gesellschaft

Stabilität und Dynamik gewinnt, kann man in fünf Minuten nur wenig sagen. Ich werde daher in erster Linie über die kroatische Gesellschaft sprechen.

Die Frage ist auch bei uns in Kroatien höchst aktuell, da in den letzten 15 Jahren viel neuer Reichtum entstanden ist, woraus sich eine neue Elite entwickelt hat. Aber es hat sich in der Folge auch eine neue Armut entwickelt. Manches von meinen Ausführungen gilt auch für andere Transformationsländer. Ich möchte einige Phänomene erwähnen, die diese Problematik im positiven oder negativen Sinne stark beeinflussen, in Kroatien, aber vielleicht auch anderswo.

In den 15 Jahren seit der Wende wurden in Kroatien politisch und wirtschaftlich zu viele nicht-transparente Schritte getan. Eine Menge Entscheidungen wurden getroffen, die das Leben vieler Tausende bestimmt haben, ohne dass die Betroffenen irgendetwas davon wussten. Statistische Daten zeigen, dass diese Situation auch dazu beigetragen hat, das Vertrauen der Menschen in die Institutionen zu verringern. Ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung äußert sich sehr pessimistisch über den weiteren Verlauf des gesellschaftlichen Lebens. Dies sind keine guten Vorzeichen für eine Gesellschaft, die dynamisch und stabil sein will.

Ein zweiter Punkt gilt der unbestimmten und undefinierten Rolle der Medien. Sie sind sich ihrer wichtigen Rolle bewusst geworden, aber in einem ganz spezifischen Sinne. Die Medien haben ihre Möglichkeiten viel zu wenig genutzt, der Gesellschaft auf dem Weg des demokratischen Reifeprozesses zu helfen. Sie haben sich vielmehr damit beschäftigt, ihre Gewinne zu steigern, und die positiven Aspekte der Medienfreiheit kaum genutzt. Sie haben große Unterstützung aus Europa bekommen, ohne jedoch vorher ihre eigene Rolle in der Gesellschaft zu definieren. Heute geht es in Kroatien darum, diese verlorene Chance zurückzuholen. Dazu benötigen wir deutlich mehr professionell und ethisch ausgebildete Journalisten und Medienbeschäftigte.

Ein drittes Phänomen: Der Weg zur sozialen Gerechtigkeit wurde in Kroatien nicht immer verfolgt. Statt zu versuchen, allen einen gerechten Lebensstandard zuzusichern, wurde zu früh damit begonnen, soziale Differenzen und besondere Verdienste oder Fähigkeiten einiger

Gruppen zu betonen. Man hat die verteilende Gerechtigkeit einfach vergessen und erwartet, dass die Lasten der Vergangenheit auf alle Mitglieder der Gesellschaft gleichmäßig verteilt werden. Das war nie der Fall. Deswegen ist unsere Gesellschaft instabil geworden, mit einer starken Portion Misstrauen besonders gegen die politische Mitte. Neue Gruppen von Armen sind entstanden. Diese Armut ist nicht nur eine Frage des wirtschaftlichen Risikos, sondern eine Frage der allgemeinen gesellschaftlichen Gemeinschaft und der Schaffung eines Wertesystems, in dem bestimmte Ereignisse und Phänomene als unannehmbar angesehen werden. Bei uns kann man Armut vor allem als eine Frage der Ethik definieren.

Ein Leben an der Grenze des ethischen und juristischen Minimums erlaubt einer Gesellschaft keine Dynamik und Stabilität. Es wird also jetzt um die Schaffung einer Werteskala in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gehen. Dass Kroatien in den nächsten Jahren noch kein Mitglied der Europäischen Union werden wird, hat starke Konsequenzen auf diese Problematik gehabt. Ich spüre in dieser Hinsicht eine Ermüdung in der Bevölkerung. Während vor einigen Jahren bestimmte westeuropäische demokratische, politische, wirtschaftliche und kulturelle Standards als erstrebenswertes Ziel angesehen wurden, hat man nun, nach verschiedenen negativen Äußerungen aus Brüssel, den Mut verloren, weiter danach zu streben. Man spürt einen steigenden Skeptizismus mit all seinen Konsequenzen: Abschwächung des Strebens nach mehr Demokratie, nach sozialer Gerechtigkeit, nach dem Aufbau bestimmter gesellschaftlicher Tugenden wie Solidarität und Toleranz usw.

Eine weitere Problematik in Kroatien liegt im Erziehungsbereich. Besonders die katholische Kirche hat schnell begriffen, dass auf dem Feld der Erziehung die wichtigsten Schritte auf dem Weg zur Stabilität und nach Europa liegen. Eine neue Generation für das Zusammenleben in Europa auszubilden, ist im Moment die große Aufgabe in Kroatien. Dies betrifft auch die Schulung und Ausbildung der katholischen Laien, besonders im Ausland, worin sich die katholische Kirche in Kroatien gegenwärtig engagiert. Warum unterscheiden wir diese Problematik? Die Erziehung und Ausbildung einer neuen Generation in Kroatien ist äußerst wichtig. In fast allen europäischen Ländern – egal, ob in

West- oder Osteuropa – wendet man sich der Vergangenheit zu, um sie vor dem Vergessen zu bewahren. In Kroatien sind wegen des Krieges alle diese Aspekte auf einmal aufgebrochen, ganze Generationen wurden damit vergiftet. Man kann deshalb vielleicht verstehen, dass in Kroatien die Spaltungen zwischen Rechts und Links, Rot und Schwarz wieder so aktuell sind. Diese Spaltungen sind so radikal und tief in den Menschen verwurzelt, dass es ganz neue Generationen brauchen wird, um damit fertig zu werden. Das ist ein langer Prozess. Aus diesem Grund spielt die Kirche, die als erste Privatschulen gegründet hat und sie beinahe allein unterhält, eine wichtige Rolle.

Zusammengefasst: Alle Extremisten, die in einem engen Raum eingeschlossen sind, werden akut werden. Deswegen fürchte ich für Kroatien, dass die Errichtung so hoher Hürden für die Aufnahme in die Europäische Union viele negative Konsequenzen mit sich bringen wird – auch im Sinne einer Zuspitzung der geschilderten Spannungen.

P. Garegin Harutyunyan:

Was man in Westeuropa unter dem Begriff „Gesellschaft“ versteht, haben wir gestern und vorgestern ziemlich klar gehört: eine Zivilgesellschaft, ein Gemeinwesen von Individuen oder einen Ort von verschiedenen Prinzipien, wie zum Beispiel Personalität, Subsidiarität, Solidarität usw. Für die osteuropäische Mentalität – und ich spreche hier aus armenischer Perspektive – ist es ein ziemlich unklarer Begriff.

Sie wissen, dass es in den 70 Jahren der Sowjetunion das Prinzip der Gemeinschaft „Wir sind alle Brüder und Schwestern“ gab, aber das war nur eine Utopie. Nach der Wende hat sich vieles geändert, doch das Verständnis und der Begriff von Gesellschaft fehlen meiner Meinung nach. Für viele Menschen besteht die Gesellschaft aus der eignen Nation – im Extremfall ist das egoistischer Nationalismus. Für andere Menschen ist die eigene Familie damit gemeint. Viele denken, dass eine Gesellschaft nur eine regionale Zugehörigkeit zu einer Stadt oder einem Dorf ist. Und einige denken bei Gesellschaft an die Mafia.

Wenn man Armenien betrachtet, sind das jetzt weniger als 2 Millionen Menschen mit mehr als 80 Parteien und mehr als 100 Konfessionen,

d. h. neuartige Sekten oder freie Kirchen usw. Kurz gesagt: Erst muss einmal der Begriff von Gesellschaft in Osteuropa bzw. in Armenien geklärt werden. Ansonsten können keine Grundrechte, keine gemeinsame Orientierung und keine allgemein gültige Moral geschaffen werden. Da kann natürlich die Kirche mit ihrer christlichen Anthropologie, mit ihrem Menschheitsbild einen sehr großen Beitrag leisten.

Zweitens der Begriff „Stabilität“: Ich kann ein Beispiel aus Georgien anführen, als es dort zur großen Revolution kam. Sie haben vielleicht im Fernsehen gesehen, dass der neue Regierungschef in seiner ersten Rede zum Volk gesagt hat: „Bitte erwarten Sie nicht von mir, dass ich alle Probleme hier in diesem Land sofort lösen kann. Alles, was Schewardnadse und das alte Regime hier angerichtet haben, kann in frühestens 20 Jahren repariert werden.“¹ Also ein Minimum: 20 Jahre für Georgien, ähnlich ist es für Armenien, ich weiß es nicht genau. Aber ich weiß, dass es für viele Menschen und vor allem für viele Jugendliche zu lange dauert – 20 Jahre können wir nicht warten.

Wir haben vorgestern und gestern in verschiedenen Berichten von der Problematik der Migration gehört. Viele junge Menschen haben keine Geduld mehr; sie verlassen ihr Heimatland, um anderswo möglichst schnell und möglichst viel Geld zu verdienen, damit sie ihre Eltern in Armenien unterstützen können. Deshalb nutzen sie legale und illegale Wege, um nach Westeuropa, in die USA oder nach Kanada auszuwandern. Ich habe auf diese Weise viele Freunde und Verwandte verloren. Das ist ein unersetzbarer Verlust, denn viele von ihnen haben ihre Staatsangehörigkeit gewechselt, was bedeutet, dass sie nie mehr nach Armenien zurückkehren werden.

Um Stabilität zu gewinnen, brauchen wir einen Rechtsstaat mit klaren Prinzipien und mit deutlichem Programm. Ich habe hier in Deutschland den Unterschied zwischen einem westeuropäischen Staat und Armenien kennengelernt. Die Menschen hier haben die gleichen Ab-

¹ Im November 2003 wurde Eduard Schewardnadse (1985-1990 Außenminister der Sowjetunion, 1995-2003 Staatspräsident von Georgien) nach manipulierten Parlamentswahlen zum Rücktritt gezwungen („Rosenrevolution“). Damit wurde zugleich eine Wende hin zu einer demokratischen Entwicklung eingeleitet (Anm. d. Redaktion).

schlüsse wie dort gemacht, sie haben auch zwei Augen, zwei Hände, zwei Füße. Was ist nun der Unterschied? Ich habe verstanden, dass hier in Deutschland der Rechtsstaat mit der Selbstverwaltung von unten funktioniert, mit der Arbeit der Regierung und der Kontrolle des Ganzen durch eine unabhängige Justiz, unparteiische Gerichte und das Verfassungsgericht. Das ist so in Armenien nicht der Fall. Wenn Sie in der Regierung von Armenien arbeiten und einen Verstoß gegen das Gesetz begehen, dann können Sie mit jedem Richter darüber sprechen und werden freigesprochen – es kommt nur darauf an, wieviel Sie dafür bezahlen. Wenn die Justiz nicht funktioniert, kann man nicht von einem Rechtsstaat sprechen und kann auch nicht erwarten, dass in dieses Land Stabilität kommt. Auch die Kirche muss in dieser Lage ihre prophetische Stimme erheben, ohne Angst und ohne Komplexe. Wenn die Kirche nicht für die Gerechtigkeit eintritt, dann wird der Prozess 20 Jahre, 40 Jahre oder noch länger dauern.

Drittens zur Dynamik: Kein osteuropäisches Land kann die Herausforderungen, die nach der Wende entstanden sind, alleine bestehen. Am besten sieht man das am Beispiel von Weißrussland. Zwischen den EU- und Nicht-EU-Ländern müssen eine kreative und konstruktive Zusammenarbeit und ein Austausch stattfinden. Dynamische Kraft kann nur durch Begegnungen und durch Kooperation mit den nächsten Nachbarn und den weiter entfernten Ländern entstehen. Betrachtet man nun den Kaukasus bzw. Armenien heute, dann ist jeder Fortschritt zum Scheitern verurteilt, weil unsere Grenzen geschlossen sind: Mit der Türkei im Westen gibt es seit 1991 weder diplomatische noch wirtschaftliche Beziehungen, mit Aserbaidschan im Osten ist wegen des Konflikts in Berg-Karabach² alles zu. Im Norden liegt Georgien, wo auch alles sehr instabil ist. Unser südliches Nachbarland ist der Iran, aber was kann man, salopp gesagt, mit dem Iran anfangen?

Eine letzte Anmerkung: In Münster, wo ich studiere, gehe ich jeden Sonntag zu einem aserbaidschanischen Imbiss und das betrachte ich als

2 Eine überwiegend von Armeniern bewohnte Region innerhalb Aserbaidschans, um deren Status es in den achtziger und neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts lang anhaltende blutige Auseinandersetzungen gab. Eine endgültige Lösung ist bis heute nicht in Sicht. Vgl. dazu auch Eva-Maria Auch: Aserbaidschan – ein Land religiöser Vielfalt. In: OST-WEST. Europäische Beziehungen 5 (2003), H. 4, S. 269–278, bes. S. 275.

meinen persönlichen Beitrag zur Friedensherstellung zwischen Armenien und Aserbaidschan. Das ist sehr schön, da ist eine aserbaidschanische Familie aus Baku. Jedesmal freuen sie sich, wenn ich da bin. Sie schalten ihr Satelliten-Fernsehen auf den armenischen Kanal und wir unterhalten uns. Auf dem neutralen Boden von Münster gibt es diese Begegnung und damit einen Schritt zum Frieden. Mein Wunsch und auch mein Vorschlag wäre daher, dass an Kongressen wie diesem zukünftig auch Vertreter aus islamischen Ländern wie der Türkei und Aserbaidschan teilnehmen sollten, außerdem Vertreter atheistischer Parteien, nicht nur Christen, nicht nur Orthodoxe, Protestanten und Katholiken. Sie könnten hier referieren, ihre Meinung äußern und positive Impulse von hier nach Hause mitnehmen.

Msgr. Dr. Peter Neher:

Auch die Staaten Westeuropas befinden sich in vielfältigen Umbruchprozessen. Diese verlaufen natürlich in jedem Land sehr unterschiedlich. Aber es gibt doch gemeinsame Phänomene, wie die Auswirkungen der Individualisierung oder auch der kirchlichen Säkularisierung. Sowohl in Deutschland als auch in den anderen westeuropäischen Staaten sind die sozialen Sicherungssysteme – alles, was mit dem Thema Gesundheit, Rente, Vorsorge und Fürsorge zu tun hat – stark unter Druck geraten. Diese sozialen Sicherungssysteme aber haben wiederum eine wichtige Funktion für die Stabilität und Dynamik einer Gesellschaft. Als Präsident des Deutschen Caritasverbandes erfolgt deshalb meine Betrachtung vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Situation in Deutschland. Denn die sozialen Sicherungssysteme der Länder Westeuropas unterscheiden sich zu sehr, um sie alle in den Blick zu nehmen.

Vorwiegend auf Grund hoher Arbeitslosigkeit, der wirtschaftlichen Lage und der demographischen Entwicklung befindet sich der deutsche Sozialstaat in der Krise. Durch verschiedene politische Maßnahmen unter der Gesamtüberschrift „Agenda 2010“ hat die amtierende Bundesregierung versucht, unseren Sozialstaat zu reformieren. Die jüngste Arbeitsmarktreform, vielleicht auch über unser Land hinaus bekannt als „Hartz IV“, zeigt aus meiner Sicht sehr deutlich die Spannung zwi-

schen Eigenverantwortung und notwendiger sozialer Sicherung, zwischen Stabilität und Dynamik. Beispielhaft will ich deshalb auf diese Arbeitsmarktreform eingehen, um daran das Spannungsverhältnis aufzuzeigen.

Die Arbeitslosigkeit hat in Deutschland mit über 5 Millionen Arbeitslosen ein Rekordniveau erreicht. Die Arbeitsmarktreform, die zum 1. Januar dieses Jahres durchgeführt wurde, steht unter dem Motto „Fördern und Fordern“. Im Rahmen von Hartz IV sollen alle Arbeitslosen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, Förderung erhalten, damit sie ihre Chancen auf einen Arbeitsplatz verbessern. Zugleich können sie durch Sanktionen gezwungen werden, jede zumutbare Arbeit anzunehmen. Allen jungen Frauen und Männern unter 25 Jahren muss ein Arbeits-, ein Ausbildungs- oder ein Praktikumsangebot gemacht werden. Zentraler Inhalt ist die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und der Sozialhilfe. Langzeitarbeitslose erhalten demnach, unabhängig davon, wieviel sie zuvor verdient und wie lange sie gearbeitet haben, einen einheitlichen Satz, der in etwa der Höhe der bisherigen Sozialhilfe entspricht. Für Bezieher von höheren und mittleren Einkommen hat dies in der Regel nach zwölf Monaten Arbeitslosigkeit einen deutlichen Rückgang des Lebensstandards zur Folge.

Die Arbeitsmarktreform hat in unserem Land eine breite, öffentliche, gesellschaftliche und politische Diskussion ausgelöst. Viele Menschen sehen darin einen massiven Rückzug staatlicher Fürsorge und befürchten Verarmung. Wenn keine neuen Arbeitsplätze entstehen – das ist das eigentlich Entscheidende –, verschärft sich die Kluft zwischen den Arbeitnehmern und den Arbeitslosen mit ihren Familien. Die Caritas in Deutschland als kirchlicher Wohlfahrtsverband hat diesen gesellschaftlichen Prozess von Anfang an sehr konstruktiv, aber auch sehr kritisch begleitet und sich gleichzeitig als Anwalt derer profiliert, die zu kurz kommen und deswegen vielleicht sogar zurecht auf die Straße gegangen sind.

„Fördern und Fordern“; ich komme zum zweiten Teil: „Eigenverantwortung und Armutsprävention“: Fordern ist durchaus akzeptabel, um Menschen zu motivieren, überhaupt Arbeit zu suchen. Die soziale Si-

cherung darf nicht dazu führen, sich einfach mit der eigenen prekären Situation abzufinden. Gleichzeitig aber muss es ein unterstes soziales Netz geben, damit jemand beim Verlust des Arbeitsplatzes oder einer anderen sozialen Notlage nicht ins Bodenlose fällt. Das Ziel der Befähigung für den Arbeitsmarkt ist in der Arbeitsmarktreform beispielsweise im Blick auf benachteiligte Jugendliche positiv. Jedoch braucht das Fördern einen eindeutigen Vorrang vor dem Fordern. Denn das Fordern darf nicht dazu führen, dass das Existenzminimum gefährdet wird. Deshalb ist es nicht hinnehmbar, dass zum Beispiel Hartz IV-Empfänger, insbesondere ältere Arbeitnehmer, für die Altersversorgung keine ausreichenden Rücklagen mehr bilden können, weil diese Altersversorgung dann wieder in Anspruch genommen wird, um diese Zeit zu überbrücken. Man kann nicht einerseits fordern, für das Alter vorzusorgen, und gleichzeitig dann im Alter genau diese Vorsorge wieder abnehmen. Hier droht Familien eine große Gefahr und es erzeugt Altersarmut, was wiederum langfristig den Sozialstaat schwächt.

Für die langfristige Stabilität und Dynamik einer Gesellschaft muss es deshalb Ziel sein, Menschen zu einem selbstverantworteten Leben zu befähigen und ihnen einen Zugang zu Bildung und Arbeit zu ermöglichen. Denn zumindest in Deutschland wird deutlich, dass der größte Teil der arbeitslosen Frauen und Männer ohne qualifizierten Schulabschluss und ohne entsprechende Berufsausbildung sind. Darüber hinaus gehören ein ausreichendes unterstes soziales Netz und Armutsprävention zu den Grundvoraussetzungen einer Gesellschaft. Für die Staaten Mittel- und Osteuropas muss deshalb die Befähigung der Menschen und die Schaffung eines sozialen Netzes ganz entscheidend voran gebracht werden, um langfristige Stabilität zu schaffen und Dynamik zu entfalten.

Mein letzter Punkt: Wertekonsens und ordnungspolitische Rahmenbedingungen als Voraussetzungen des Sozialstaates. Der Sozialstaat lebt von Voraussetzungen, die er sich nicht selbst schaffen kann. Er ist angewiesen auf einen langfristigen gesellschaftlichen Konsens. Ich glaube, dass hier die christlichen Kirchen mit ihrem Bild vom Menschen, von seiner von Gott geschenkten Würde und seiner solidarischen Verantwortung zu sprechen haben, aber auch selbst danach handeln müssen.

Die ökonomischen Zwänge wachsen. Umso mehr sind die Menschen im Interesse einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung an diesen Entscheidungsprozessen aktiv zu beteiligen – nicht für sie, sondern mit ihnen. Die sozialpolitischen Akteure haben dabei die Plausibilität einer ausreichenden sozialen Sicherung und die Transparenz über notwendige Veränderungen auf allen Ebenen zu fördern. Um diese Transparenz zu sichern, ist eine umfassende Presse- und Meinungsfreiheit unerlässlich. Das gilt auch für die Staaten Mittel- und Osteuropas. Die zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Akteure wie die Caritas und andere Formen bürgerschaftlichen Engagements haben dabei einen ganz wichtigen Beitrag zu leisten. Ein Sozialsystem braucht jedoch entsprechende ordnungspolitische Rahmenbedingungen und eine entsprechende Rechtsprechung. Schon im eigenen Interesse ist Deutschland als Teil der Europäischen Union deshalb verpflichtet, die Staaten Mittel- und Osteuropas bei der Schaffung stabiler sozialer Sicherungssysteme und ihrer politischen Rahmenbedingungen zu unterstützen. Gemeinsame Sozialstandards sind zwischen Ost und West zu entwickeln und sicherzustellen. Entscheidend ist, dass in der jeweiligen Entwicklung das langfristige Wohl und die Befähigung der Menschen, und hier insbesondere der benachteiligten Bevölkerungsgruppen, das Leitmotiv bilden müssen. Aus meiner Sicht kann die Kirche und auch die Caritas mit ihrem biblisch-fundierte Menschenbild und ihren Strukturen einen ganz entscheidenden Beitrag dazu leisten. Das gilt für uns und geht weit über unsere Grenzen hinaus.

Dr. Irina Scherbakowa:

Man hat ein komisches Gefühl, wenn man in Bezug auf Russland das Wort Stabilität ausspricht. Statt ruhig zu werden, wird man eher etwas unruhig. Warum ist das so? Eigentlich sind es die Parolen: „Stabilität, Ordnung und Herrschaft des Gesetzes“. Das waren die Wahlparolen, mit denen sich Präsident Putin zu seiner zweiten Wahl gestellt hat und er wurde – das ist kein Geheimnis – vom größten Teil der Bevölkerung dabei unterstützt. Wenn jetzt Neuwahlen wären, würde es wieder so aussehen, dass zwar vielleicht etwas weniger, aber doch immer noch die Mehrheit der Bevölkerung ihn unter diesen Parolen wählen würde. Warum also dann dieses unruhige Gefühl? Ist es die natürliche Boshaftig-

keit eines Menschen, der zu einer zivilgesellschaftlichen Organisation gehört, oder ist es die Unruhe einer Historikerin, die nicht in so kurzen Zeitabständen wie zwei, drei oder vielleicht fünf Jahren denkt?

Wie stabil sieht die russische Gesellschaft heute aus? In den Augen der heutigen Macht sieht sie eigentlich sehr stabil aus. Was ist in den letzten fünf Jahren mit uns passiert? Die Macht hat es geschafft, in diesen fünf Jahren überall wieder feste Pflöcke einzuschlagen. Es gibt fast keine Möglichkeit, in den russischen Provinzen vor Ort Gouverneure zu wählen. Sie werden von unserem Präsidenten ernannt. Diejenigen, die sich diesem neuen Gesetz nicht gefügt haben, sind schon längst weg; die anderen haben sich gewissermaßen damit zufrieden gegeben. Die Opposition ist, wie Sie wissen, absolut zerschlagen. In der Duma, dem Parlament, dominiert *eine* Partei. Bei den Neuwahlen zur Duma wird es wahrscheinlich so aussehen, dass die so genannte demokratische liberale Ecke überhaupt keine Möglichkeit bekommen wird, in der Duma zu sein, weil nach dem neuen Gesetz Parteiblöcke bei uns verboten sind.

Die *Medien* – Hauptmedium ist das Fernsehen – sind, abgesehen von ganz kleinen, ziemlich unwichtigen Kanälen, absolut verstaatlicht. Die *Oligarchen* halten heute still. Nachdem sie einen der reichsten Männer des Landes³ im Fernsehen in einem Käfig gesehen haben, rühren sie sich überhaupt nicht. Die *Zivilgesellschaft* kam als letzte an die Reihe. Zunächst wurde uns von den so genannten Politikern rund um den Kreml erklärt, dass es die Zivilgesellschaft eigentlich gar nicht gäbe, das sei alles Unsinn aus dem Westen, irgendwelche gedanklichen Konstruktionen, die überhaupt nichts mit Russland zu tun hätten. Das ist natürlich absolut falsch. Denn so kompliziert und so unstrukturiert unsere Zivilgesellschaft vor der Wende noch ausgesehen hat, gab es sie dennoch – zumindest war ein starkes Potenzial von Menschen vorhanden mit dem Wunsch, zivilgesellschaftliche Strukturen zu bilden, denn sonst hätten wir die Perestrojka nicht bekommen. Allein von oben hätte Michail Gorbatschow damals gar nichts schaffen können, wenn er nicht

3 Gemeint ist der russische Unternehmer Michail Chodorchowskij, einer der erfolgreichsten und reichsten Wirtschaftsführer des Landes (Ölkonzern „Yukos“), 2003 wegen Steuerhinterziehung und Betrug zu acht Jahren Haft verurteilt (Anm. d. Redaktion).

diese breite Unterstützung gehabt hätte. Leider ist die Zivilgesellschaft aus verschiedenen Gründen nicht stark genug geworden, aber sie kann immerhin noch zur Beunruhigung der heutigen Macht beitragen.

Wenn man die Geschichte mit Tschetschenien, dem gesamten Nordkaukasus und damit verbunden die Lage der Flüchtlinge in unserem Land betrachtet, dazu die Spannungen zwischen den Nationalitäten und die fremdenfeindlichen Vorfälle, von denen Sie alle sicher gelesen und gehört haben, dann ist Russland weit von der wirklichen Stabilität entfernt. Uns als Vertretern der Zivilgesellschaft kommt es zunehmend so vor, als ob sich hinter der Parole von Stabilität eigentlich die Parole der Macht verstecken würde, die auch an der Macht bleiben will. Jeder in unserem Land weiß es ganz genau und jeder, der noch Radio hört, hört jeden Morgen die beruhigenden Worte, dass die Ölpreise steigen. Dies erzeugt jedoch tatsächlich ein äußerst instabiles Gefühl, denn wenn diese Stabilität so eng mit diesem Ölfass und dem Gashahn verbunden ist, dann ist es eine Stabilität nur für diese Macht.

Abschließend noch folgende Bemerkung: Die russische Geschichte hat mehrmals gezeigt, wie typisch diese Form von Stabilität sein kann, ohne Kritik, ohne Opposition, mit autoritärer Macht, ohne starke zivilgesellschaftliche Strukturen und schließlich ohne Demokratie. Ich bin mir ganz sicher, dass das so auf die Dauer in dieser modernen Welt nicht bleiben kann. Die Europäische Union hat Möglichkeiten, auf Veränderungen hinzuwirken, aber sie muss es auch ernsthaft wollen.

Botschafter a. D. Dr. Wilhelm Höynck:

Herzlichen Dank für diese offenen Worte. Für die Anfragen aus dem Publikum gebe ich nun dem Anwalt des Publikums das Wort.

Prof. Dr. Thomas Bremer:

Der erste Fragekomplex wendet sich an Frau Scherbakowa, Pater Gargin und Professor Grbac, die aus früher kommunistischen Ländern kommen. Die Frage lautet: Es ist in allen Ihren Ländern das Phänomen der „Nostalgie“ zu verspüren, d. h. die Menschen sagen, früher war doch alles besser, obwohl es ein System der Unfreiheit war, in dem Menschenwürde keine besondere Rolle gespielt hat. Vielleicht können

Sie etwas dazu sagen, wie stark das Phänomen in Ihren jeweiligen Gesellschaften vorhanden ist. Die damit verbundene wichtige zweite Frage lautet: Wie kann man eine stabile Gesellschaft aufbauen, wenn es einen relativ großen Prozentsatz von Menschen gibt, die eigentlich in dieser Nostalgie leben?

Dr. Irina Scherbakowa:

Nostalgie war ganz selbstverständlich eine Antwort auf die überstürzten Reformen Anfang der neunziger Jahre, viel stärker als in Deutschland. Inzwischen ist eine Generation herangewachsen, die, so wie ich es sehe, keine Nostalgie mehr verspürt. Die Gefahr für Russland ist eine andere: Unsere heutige Regierung hat keine Zukunftsvision. Eigentlich wären das Stabilität und Ordnung. Stattdessen will sie ideologisch ganz unterschiedliche Steine aus unserer Vergangenheit zusammenwürfeln, die dann der Stabilität und der Erhaltung des heutigen Staates dienen sollen. Ideologien unterschiedlichster Art, von Peter dem Großen bis zu Stalin, führen in direkter Linie zur heutigen Macht und zum heutigen Präsidenten. Wenn man jedoch die russische und die sowjetische Vergangenheit derart interpretiert, wenn man mit solchen sehr gefährlichen Steinen spielt, dann sehe ich ziemliche Gefahren.

P. Garegin Harutyunyan:

Diese Nostalgie gibt es besonders bei der Generation über 40. Das ist wie die Klage der Israeliten im Buch Exodus: „Warum haben wir Ägypten verlassen, da gab es doch Fleisch?“ Viele dieser Leute sagen: Wir brauchen einen Stalin, wir brauchen einen despotischen Herrscher, der alles wieder in Ordnung bringt. Aber normalerweise verstehen die intelligenten Menschen, dass es keinen Rückweg mehr gibt. Deshalb denken auch viele, dass es eine Mentalitätssache ist und die Menschen einfach bereit sein müssen, mehr Verantwortung zu übernehmen. Natürlich müssen die Kirche und das Christentum dazu ihre Moral und ihre geistigen Werte zur Verfügung stellen.

Prof. Dr. Josip Grbac:

Man vergisst leicht, dass es auch unter dem kommunistischen Regime eine Elite gab, die hervorragend gelebt hat. Natürlich hat die Nostalgie

nach den früheren Zeiten auch damit zu tun. Wenn die soziale Krise so weiter geht und man keine Besserung sieht, dann kann diese ideologische oder Sozio-Nostalgie sogar gefährlich werden. Nostalgie, soziale Nostalgie, bedeutet: Früher war es stabiler, es herrschte mehr Ordnung, jeder hatte ein soziales Minimum zum Leben zur Verfügung gehabt usw. Jetzt ist alles chaotisch geworden. Diese Krise und Unsicherheit wird dann langsam auch ideologisch gefährlich. Was Kroatien angeht, habe ich zwar nie jemanden öffentlich davon reden hören, dass wir zum Kommunismus zurückkehren sollten; aber man muss das Ganze im Auge behalten.

Botschafter a. D. Dr. Wilhelm Höynck:

Ich darf vielleicht hinzufügen, dass das wieder einer der großen Unterschiede innerhalb des östlichen Europa ist. Zwischen Minsk und Duschanbe gibt es ein ganz konkretes, aktives Gefühl dafür: Wir sollten zurückkehren in die so genannte „gute alte Zeit“. Das ist ein riesiges Problem.

Prof. Dr. Thomas Bremer:

Ich habe eine Reihe von Fragen, die ich Msgr. Neher nicht im Einzelnen stellen, aber ein wenig umreißen will. Es betrifft die gesellschaftliche Situation, vor allem bei uns in Deutschland. Einige Stichworte: Arbeitslosigkeit in kleineren Orten; Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen – wie kann sich eine Gesellschaft stabil entwickeln, wenn es so viele Jugendliche ohne Arbeitsplatz gibt; Krankheit; instabiles Gesundheitssystem; möglicher Beitrag von Kirche und Caritas. Vielleicht können Sie dazu Stellung nehmen, was die Aufgabe der Caritas dabei sein könnte.

Dann habe ich zwei konkrete Fragen an Sie: Wenn alle gut ausgebildet sind, wieso werden dann auch gut Ausgebildete arbeitslos? Ist es also tatsächlich so, dass gute Ausbildung dazu beiträgt, die Arbeitslosigkeit zu verringern? Eine weitere interessante Frage lautet: Wie brüchig unsere sozialen Sicherungssysteme sind, zeigt die derzeitige Situation im Süden der USA. Sind denn unsere westlichen Gesellschaften tatsächlich stabil? Wir gehen davon aus und vermuten, dass es so ist. Aber zeigt nicht eine Krise wie die Hochwasserkrise⁴ in den USA, dass es vielleicht gar nicht stimmt?

Msgr. Dr. Peter Neher:

Zunächst zum Thema Arbeitslosigkeit und Jugend: Ich habe von dem wirklich wichtigen Beitrag aus der Arbeitsmarktreform gesprochen, jungen Menschen bis 25 Jahren den absoluten Vorrang für einen Ausbildungsplatz zu geben, für einen Praktikumsplatz oder überhaupt für eine Qualifikation. Das ist eine Grundvoraussetzung, um sich an der Gesellschaft zu beteiligen und die eigenen Lebenschancen entwickeln zu können. In Deutschland existieren vielfältige Beiträge der Kirchen mit Jugendwerkstätten und unterschiedlichsten Bildungsmaßnahmen. Speziell im Bereich der Caritas gibt es so genannte Haushaltsorientierungstrainings, um Familien und Kinder speziell aus benachteiligten Gesellschaftsschichten zu befähigen, ihr Leben wieder in den Griff zu bekommen. Bei diesen Familien fehlt es oft an den grundlegenden Voraussetzungen dafür. Speziell an den Brennpunkten unserer Gesellschaft ergeben sich somit äußerst wichtige Aufgaben.

Das Thema „Gesundheitssysteme“ möchte ich gemeinsam mit den sozialen Sicherungssystemen besprechen. Wie brüchig das System ist, ist offensichtlich; auch die politische Diskussion belegt dies. Die Debatte in unserem Land geht auch um die Stabilität, oder noch besser um die bereits erwähnte dynamische Stabilität. So wie ich den Begriff verstehe, bedeutet er, den Menschen eine gewisse Lebenssicherheit zu geben. Dazu gehört auch die Verlässlichkeit, im Alter, bei Krankheit oder den Wechselfällen des Lebens ein gewisses Maß an Sicherheit zu haben. Wenn das nicht gewährleistet ist, wird eine Gesellschaft auch nicht bereit und in der Lage sein, sich neuen Herausforderungen beim täglichen Überlebenskampf zu stellen. Das ist kein Gegensatz, sondern bezeugt genau die Brüchigkeit der sozialen Sicherungssysteme und zeigt, wie notwendig es ist, eine wie auch immer geartete Grundlage für eine Gesellschaft stabil zu halten.

„Wenn alle gut ausgebildet sind, warum sind dann trotzdem so viele arbeitslos?“ Ausbildung heißt nicht, dass alle akademisch ausgebildet

⁴ Anspielung auf die Folgen des Hurrikans „Katrina“, der die Anrainerstaaten des Golfs von Mexiko im August 2005 verwüstete und besonders die Stadt New Orleans schwer zerstörte. In den USA kam es zu heftiger Kritik am nationalen Krisenmanagement, das die Folgen des Sturms offensichtlich völlig unterschätzt hatte (Anm. d. Redaktion).

sein müssen. Wir haben unter den arbeitslosen Jugendlichen etwa 30 Prozent ohne qualifizierten Abschluss und ohne Berufsausbildung. Im Umkehrschluss heißt das, dass jedes Jahr knapp 100.000 Jugendliche unsere Schulen ohne Qualifikation verlassen. Es gibt noch viele Aufgaben, auch in unserer Gesellschaft, und wir brauchen die Qualifikationen, das Wissen und das Engagement der jungen Leute dringend. Viele dieser Jugendlichen müssen aber erst einmal befähigt werden, ihren Alltag in die eigene Hand zu nehmen. Dazu gibt es viele einzelne Initiativen in unserem Land. Gleichzeitig bieten wir als Caritas dann auch in Osteuropa oder in anderen Teilen der Welt mit dortigen Partnern Unterstützung an. Es ist ein wichtiger Beitrag der Caritas, nicht Hilfe von außen einzufliegen, sondern die regionalen Kräfte und die Verantwortlichen in ihrem Engagement zu unterstützen.

Das sind einige Schwerpunkte. Für die Gesellschaft ist die Jugend etwas ganz Zentrales. Kinder, Jugend und Familien – darauf wird sich die Gesellschaft gerade in der Zukunft konzentrieren müssen.

Botschafter a. D. Dr. Wilhelm Höynck:

Ich würde das gerne zuspitzen auf die besonderen Situationen in den GUS-Staaten, der Gemeinschaft unabhängiger Staaten, also der Territorien der früheren Sowjetunion mit Ausnahme der baltischen Staaten. Haben Sie für Armenien und für Russland den Eindruck, dass die Regierungen die Möglichkeiten besitzen, ein solches Existenzminimum, das ja, wie wir gehört haben, für die Bereitschaft zur Reform die Voraussetzung ist, zu gewähren oder zu entwickeln?

Dr. Irina Scherbakowa:

Man muss sehen, was man unter Existenzminimum versteht, denn die Vorstellungen davon sind in Politik und Gesellschaft doch ziemlich verschieden. Obwohl die heutige Situation in Russland wahrscheinlich die beste seit vielen Jahren ist, herrscht wirtschaftlich nicht die günstigste Lage. Man muss der Wahrheit ins Auge sehen: Für einen alleinstehenden Rentner in Russland ist es fast nicht mehr möglich, von der Rente zu leben. Und es wird keine Verbesserung für die Rentner geben, im Gegenteil: Sie stellen sozusagen die gefährdetste Schicht der Bevölke-

rung dar. Dass es keine gravierenden Änderungen oder Planungen für eine Verbesserung der Situation der Rentner gibt, ist für mich eines der Zeichen der Unfähigkeit der heutigen Machthaber.

P. Garegin Harutyunyan:

Ich glaube, dass es für Armenien im Prinzip möglich ist, weil Armenien wohl nach Israel der zweite Staat ist, der am meisten Unterstützung aus der Diaspora bekommt. Das ist nicht zu unterschätzen. Es ist also nur eine Frage des Willens – und wenn man will, dann kann man das machen.

Prof. Dr. Thomas Bremer:

Mir liegt eine kurze Sachfrage nach der Zahl der Armenier in Armenien und der Zahl der Armenier in der Diaspora vor.

P. Garegin Harutyunyan:

Offiziell sagt man, dass es im heutigen Armenien etwa 3 Millionen Armenier gibt, aber inoffizielle Medien, d. h. freie Journalisten, sprechen von weniger als 1,5 Million. Ich würde sagen: Höchstens 2 Millionen leben in Armenien. Für das Ausland gibt es ganz verschiedene Angaben. Man spricht von zwischen 7 und 9 Millionen Armeniern, verteilt in der ganzen Welt.

Botschafter a. D. Dr. Wilhelm Höynck:

Dazu möchte ich gerne noch etwas anmerken. Wir haben zunächst nach 1991 über Mittel- und Osteuropa gesprochen, dann haben wir angefangen, über die GUS-Staaten zu sprechen. Heute reden wir über den Südkaukasus und Zentralasien, nicht nur über Armenien. Es ist eines der kennzeichnenden Merkmale der gegenwärtigen Situation, dass zunehmend auch die GUS-Staaten sich stark differenzieren. Man kann kaum noch den einen mit dem anderen vergleichen. Armenien ist anders als Georgien, Russland natürlich anders als die Ukraine. Auch in Zentralasien: Usbekistan ist anders als Kirgistan. Die Differenzierung unter den einzelnen GUS-Staaten und überhaupt innerhalb Mittel- und Osteuropas ist ein ganz wichtiges Element für unsere augenblicklichen Bemühungen um die Zusammenarbeit mit diesen Staaten geworden.

Prof. Dr. Thomas Bremer:

Es gibt zwei Fragen an Frau Scherbakowa. Eine Frage lautet, ob das System Putin nur negative Folgen hat, also Demokratiedefizit usw., oder ob es nicht auch positive Folgen gibt, etwa eine gewisse Stabilität der Gesellschaft, unter anderem dadurch, dass die Schere zwischen den neuen Reichen und den neuen Armen nicht noch größer wird. Hat das System nicht auch positive Seiten? Die zweite Frage lautet: Ist es denkbar, dass es so etwas wie eine neue Perestrojka geben könnte? Sind die Leute müde geworden? Oder war das überhaupt nur innerhalb der UdSSR möglich?

Dr. Irina Scherbakowa:

Erstens sehe ich nicht, dass die Schere zwischen den Reichen und den Armen bei uns kleiner geworden sei. Im Gegenteil: Die Kluft wird immer größer. Man hat diesen Eindruck nicht nur in Moskau, sondern in fast allen großen russischen Städten. Ich empfinde es auch als besonders schmerzlich, wie der Reichtum gezeigt und damit geprotzt wird, dass es die moralischen Grenzen beinahe schon überschreitet. Es wird zunehmend schwieriger und führt auch zu einer immer stärkeren Rivalität unter den Jugendlichen. Das ist dann wiederum einer der Gründe für die Radikalisierung der Jugend besonders in den russischen Regionen. Wenn die Jugendlichen radikalisiert sind, wenn sie sehr unzufrieden sind mit ihrer sozialen Lage, dann suchen sie sich einen Feind.

Eine neue Perestrojka? So schnell geht das nicht. Nach den Umwälzungen und dem Schock Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre muss man sich erst erholen. Da bildet sich allmählich eine neue Generation heraus. Übrigens, ein neues Phänomen in Russland ist die Politisierung der jungen Generation. Heute interessieren sich viel mehr junge Menschen für Politik als vor 20 Jahren. In meinen Augen ist es eine vielversprechende Erscheinung, wenn diese Jugendlichen sich nicht radikalen Gruppen anschließen, was wir jetzt leider auch beobachten müssen. In den radikalen so genannten Neobolschewisten oder Ultra-Rechtsradikalen sehe ich eine große Gefahr.

Prof. Dr. Thomas Bremer:

An Msgr. Neher habe ich zwei Fragen. Welche Rolle spielen nun die Medien in Deutschland? Wird das von den Kirchen erkannt und genutzt? Eine zweite Frage: Es gibt ja nicht nur die neue Linkspartei in Deutschland, sondern eine viel größere: nämlich die Partei der Frustrierten. Entwickelt sich da nicht ein gewisser Gefahrenherd, wenn sich Menschen vom gesellschaftlichen Prozess abkapseln und abkoppeln?

Msgr. Dr. Peter Neher:

Zur Bedeutung der Medien: Ich bin seit zwei Jahren im Amt und habe in dieser Zeit durchgängig positive Erfahrungen mit den Medien, mit Fernsehen und Zeitungen, gemacht. Wenn man offensiv und offen mit den Kolleginnen und Kollegen umgeht und Dinge klar benennt, ohne sie zu verschleiern und zu vertuschen, sind die Erfahrungen – zumindest erlebe ich es so – hervorragend. Wir haben einen sehr guten Draht zu einigen wichtigen Zeitschriften und dem Fernsehen aufgebaut, und zwar deshalb, weil wir uns den Medien nicht anbiedern. Wir können über die Medien authentisch vermitteln, was uns an unserer Aufgabe und in unserer Arbeit wichtig ist.

Insgesamt hat sich in dieser Beziehung in unserer Kirche in den letzten Jahren sehr viel bewegt. Dennoch gibt es durchaus noch einigen Entwicklungsbedarf. Nach meiner persönlichen Erfahrung geht es darum, zu den Medien eine Vertrauensbasis aufzubauen und sie nicht als potenzielle Gegner zu sehen, die einem Böses wollen. Wenn sich die Medien als Akteure im gesellschaftlichen Umbau und in den Transformationsprozessen sehen und sich entsprechend einbringen, d. h. nicht nur den Besitzstand wahren oder Probleme verschleiern, dann bin ich guten Mutes. Wir sollten das auch im Zusammenhang mit unserer Kirche weiter bekräftigen und voranbringen.

Zum Thema Linkspartei und neue Frustrierte: Man sollte diese Stimmungen sehr bewusst wahrnehmen und sie nicht damit abtun, dass man diesen Menschen Vorwürfe macht. Es gibt einfach eine Reihe von Frauen, Männern und Jugendlichen, die im Zuge der Umbauprozesse tatsächlich enttäuscht worden sind und nun das Gefühl haben, zu den Benachteiligten und Verlorenen zu gehören. Hier herrscht ein gesell-

schaftliches Risikopotenzial. Deshalb ist es aber auch so notwendig, verantwortlich damit umzugehen und nicht mit Parolen wie in der Linkspartei. Das ist Missbrauch an den Enttäuschungen und den Frustrationen dieser Menschen. Insofern haben alle gesellschaftlichen Akteure, die Parteien ebenso wie die Kirchen und ihre Institutionen, einen wichtigen Beitrag zu leisten, nämlich diese Themen immer wieder in die Politik zu transportieren und nach Lösungen zu suchen, die Menschen mit einzubeziehen und zu beteiligen. Es geht nicht darum, für Arme, für Behinderte, für zu kurz Gekommene irgendetwas zu machen, sondern darum, wie wir es schaffen können, diese Menschen mit in die Prozesse hineinzunehmen, sodass sie selber den Eindruck gewinnen, beteiligt zu sein, und ihr Potenzial an Wissen und Engagement gehoben wird. In unserer Gesellschaft gibt es niemanden, der nichts kann. Wie wir das Positive befördern können, ist die große gesellschaftliche Aufgabe. Das kann man nicht nur einzelnen Menschen überlassen.

Prof. Dr. Thomas Bremer:

Eine konkrete Frage an Frau Scherbakowa ist die Frage nach der Rolle des Schattenmarktes und der Schattenwirtschaft für das tägliche Überleben. Ist das ein Hindernis für eine Stabilisierung? Worin liegt die Bedeutung dieses Phänomens?

Dr. Irina Scherbakowa:

Ehrlich gesagt glaube ich, dass dies als eine große Erscheinung bereits der Vergangenheit angehört. Jahrzehntlang hat uns der Schwarzmarkt geholfen, die kommunistische Mängelwirtschaft zu überleben, besonders in den Umbruchszeiten. Jetzt hat die Wirtschaft in Russland die alte Form des Schwarzmarkts nicht mehr nötig. Eine andere Geschichte ist es – und das betrifft jetzt nicht genau diese Frage –, dass man sich trotz allem vielfach immer noch im Schatten bewegt, Sie sehen ja z. B., dass Steuern nicht bezahlt werden. Aber die überragende Rolle des Schwarzen Marktes gehört in dieser spezifischen Form zur Vergangenheit.

Prof. Dr. Thomas Bremer:

Ich habe eine umfassende Frage, die vielleicht auch die Schlussrunde einleiten kann. Eine konkrete Frage betrifft noch einmal das Gesund-

heitssystem. Genannt sind hier die Beispiele HIV/Aids und Tuberkulose, die schwache Budgetierung in der medizinischen Versorgung und umfassend der Punkt, inwieweit man der Destabilisierung der Gesellschaft, die davon betroffen ist, entgegentreten kann. Das will ich mit einer allgemeineren Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme auf die Politik, besonders auf soziale Politik, verbinden, mit der Bitte um Beispiele.

Botschafter a. D. Dr. Wilhelm Höynck:

Vielleicht darf ich zunächst einige Zahlen zu den Lebenserwartungen nennen, die ich immer für sehr aussagekräftig halte. Nach den letzten vorhandenen Berechnungen für verschiedene vergleichbare Länder aus dem Jahre 2002 lag die Lebenserwartung in der Russischen Föderation bei 62 Jahren, das sind 8,5 Jahre weniger als 10 Jahre vorher. In Polen lag sie bei 74 Jahren, 8 Jahre mehr als in der Zeit zuvor. Als Vergleich dazu beträgt die Zahl für die Bundesrepublik Deutschland 78 Jahre. Wer möchte mit der Antwort auf diese umfassende Frage beginnen?

Msgr. Dr. Peter Neher:

Man wünscht sich als Verantwortlicher in der Sozialarbeit und Sozialpolitik immer einen größeren Einfluss, und insofern wünschte ich mir auch hier mehr Gehör. Auf der anderen Seite habe ich aber den Eindruck, dass in den letzten zwei oder drei Jahren innerhalb der Politik die Bereitschaft gewachsen ist, auch auf unsere Stimme stärker zu hören. Ich habe allerdings auch den Selbstanspruch, dass wir die Dinge so verständlich und konstruktiv formulieren, dass sie nicht niederreißen, sondern Wege aufzeigen. Mit dieser Vorgabe haben wir auch in der Politik durchaus eine Stimme.

Den zweiten Teil würde ich gerne aufgreifen, die Destabilisierung durch Krankheiten. Eine der Hauptaktivitäten der deutschen Caritas in Mittel- und Osteuropa liegt im Bereich der häuslichen Krankenpflege, aus dem Grund, weil dort die Bedürftigsten der Bedürftigen sind, vor allem arme alte Menschen, die sich selbst nicht mehr über Wasser halten können. Genau hier gilt es, ein intensives Netz der Krankenpflege, der Fürsorge und Vorsorge aufzubauen. Das wird auch ein kleiner Bei-

trag von uns, der deutschen Caritas, sein können, in Richtung auf stabilere Lebensverhältnisse, Wertschätzung und Würdigung gerade auch der Alten und Kranken hinarbeiten.

P. Garegin Harutyunyan:

In Armenien ist die Gesundheit ein großes Problem, weil die Leute keine Krankenversicherungen haben und sie einfach so lange abwarten, bis die Schmerzen nicht mehr auszuhalten sind. Dann gehen sie zum Arzt, müssen viel bezahlen und das bedeutet dann auch, Schulden aufzunehmen. Deshalb vermitteln viele ausländische Organisationen und caritative Organisationen auch Unterstützung, sodass die sozial Schwachen besser versorgt werden können. Auch viele armenische Unternehmer aus der Diaspora geben große Spenden an die Kliniken, die arme Familien umsonst behandeln sollen. Zum Thema HIV/Aids werden viele Seminare von Organisationen wie etwa World Vision organisiert. Aber natürlich ist das alles noch nicht genug. Viel wurde schon begonnen, aber es muss deutlich mehr getan werden.

Dr. Irina Scherbakowa:

In Russland wird die Situation natürlich mit dem sowjetischen Gesundheitssystem verglichen, das gar nicht so gut war, wie es heute oft verklärt dargestellt wird. Sie wissen vermutlich, dass die Löhne der sowjetischen Ärzte, wie die der Lehrer und Ingenieure, die niedrigsten überhaupt waren. Davon konnte man kaum leben. Die Folge war ein entsprechendes Gesundheitssystem. Bei den Krankenschwestern war es übrigens genauso.

Heute leben wir auf den Ruinen dieses Systems, ein neues existiert noch nicht und dadurch kommt es zu unmöglichen, ganz wilden Erscheinungen bei uns. In der Sowjetunion gab es ein Privilegiensystem, das für bestimmte Bevölkerungsgruppen sehr wichtig war, z. B. für Kriegsinvalide, Kriegs- und Arbeitsveteranen, überhaupt für alte Menschen. Heutzutage ist man in gewisser Weise zu einer Modifizierung der Privilegien übergegangen. Die Folge? Gerade im sozialen und im Gesundheitsbereich tragen sich ganz schlimme Geschichten zu, etwa dass Medikamente so teuer geworden sind, dass man sie sich nicht mehr leis-

ten kann. In den letzten Wochen wurden in mehreren Regionen Krankenhäuser und Polikliniken gestürmt und alte Leute haben Nächte dort verbracht, um von den Ärzten kostenlos Medikamente verschrieben zu bekommen. Das ist das Gesicht unserer neuen Demokratie, leider!

Prof. Dr. Josip Grbac:

Das Gesundheitssystem ist ein schönes Beispiel für die Sehnsucht nach den vergangenen Zeiten. Im Kommunismus waren wir alle versichert, man hat für die Gesundheit eigentlich nichts bezahlt. Damals galt, was in der Geschichte immer der Fall war, nämlich dass man einen Arzt nicht bezahlen kann. Heute ist Gesundheit sehr teuer geworden – und zwar ohne irgendwelche Differenzierung. In der Praxis heißt das: Der Arme zahlt das gleiche wie der Reiche.

Zweitens: Es sind viele Privatkliniken entstanden – gerade an ihnen kann man die soziale Differenzierung verdeutlichen. Wer kann es sich leisten, in solche Privatkliniken zu gehen? Ein durchschnittlicher Bürger auf jeden Fall nicht. Wir können alle nur dann wirklich gleich sein, wenn bestimmte Standards erreicht sind. Bevor das so ist, müssen Unterschiede in der Bezahlung vorgenommen werden. Ansonsten sieht man gerade am Gesundheitswesen, dass soziale Differenzen immer größer werden. Der Präsident des Internationalen Währungsfonds kam vor einiger Zeit nach Kroatien und hat gesagt: „Gesundheit muss sich auch nach der Marktwirtschaft richten. Wer bezahlen kann, der wird gesünder.“ Natürlich hat uns das in Kroatien nicht gefallen. Aber die Tatsachen sind nun einmal so.

Zum Schluss noch ein Wort: Die Situation heute in Kroatien ist eine sehr eigentümliche. Seit einigen Monaten liegt dem Parlament ein Gesetzesvorschlag über künstliche Befruchtung vor. Er beinhaltet das liberalste Gesetz in Europa. Warum? Wir wollten Vorreiter sein: Das, was Franzosen, Italiener und Deutsche nicht haben, das wollten wir machen. Zum Glück haben wir das zumindest bis jetzt abgelehnt.

Botschafter a. D. Dr. Wilhelm Höynck:

Herzlichen Dank allen Mitwirkenden bei diesem Gespräch! Drei Schlussbemerkungen möchte ich anfügen. Ich glaube, dass das, was wir

hier von diesem Podium gehört haben, auch darauf hinweist, dass Stabilität und Dynamik in Phasen fundamentaler Veränderungen nur sehr schwer miteinander zu vereinbaren sind. Und wir haben auch die große Gefahr gesehen, dass Quasi-Stabilität de facto als Killer dynamischer Reformbereitschaft missbraucht werden kann.

Von den Eingangsstatements bis zu den Schlussstatements hat sich eine Erkenntnis durchgehend und konkret gezeigt: Demokratie, Rechtsstaat und soziale Marktwirtschaft sind hochkomplexe interdependente Strukturen, die nur auf Grundlage einer aktiven Zivilgesellschaft befriedigende und befriedende Ergebnisse erzielen können. Sehr eindrucksvoll für mich – auch das wurde wiederum klar in den Eingangsstatements herausgearbeitet – ist die Tatsache, dass das schwierigste Problem vielleicht im Mangel bzw. im Noch-Nicht-Vorhandensein der Voraussetzungen von demokratischen und sozialen Fähigkeiten, oder altmodisch formuliert, demokratischen und sozialen Tugenden liegt.

Als Drittes ist für mich auch klar geworden, dass diese Entwicklungen – die Entwicklung von Demokratie, Rechtsstaat und sozialer Marktwirtschaft – für die Transformationsstaaten der Unterstützung von außen bedürfen, und zwar vor allen Dingen in den Bereichen, bei denen es um die nicht sichtbaren Voraussetzungen für solche Entwicklungen geht.



III. Berichte aus den Arbeitskreisen

Arbeitskreis 1

Umbruch in Litauen – eine Erfolgsgeschichte?

Referenten: Regisseurin Beate Blaha, Gauting/München
Pfarrer Saulius Damašius, Telšiai
Nomeda Sindaraviciene, Lentvaris

Moderation: Andrea Mewaldt, München

Am Arbeitskreis nahm ein länderkundiges Publikum teil. Die meisten Teilnehmer waren schon ein- oder mehrmals in Litauen gewesen und brachten konkrete Projekterfahrung mit. Dies eröffnete eine Diskussion, die von den vorgestellten Projekten ausgehend einen vertiefenden Blick auf die aktuelle soziale und pastorale Situation im Land ermöglichte.

Der Arbeitskreis begann mit der Vorführung des Films „Flieg, Möwe, flieg...“ von *Beate Blaha*, der die Lebenssituation marginalisierter Kinder und Jugendlicher in der Region Klaipeda zeigt, die sich auf der Müllhalde der Stadt versorgen und damit das eigene Überleben und das ihrer Familien sichern. Neuer Zufluchtsort für die so genannten



„Müllkinder“ ist der Jugendhof „Jaunimo Sodyba“. Er wird von der Don Bosco-Stiftung „Kinder- und Jugendhof Litauen“ unterstützt, einer Gründung von Frau Blaha.

Die unglaubliche Nähe und das Vertrauen, das die Regisseurin zu den Kindern aufgebaut hat, beeindruckten insbesondere die beiden litauischen Experten. Diese stehen in der alltäglichen Sozialarbeit und sind mit der zunehmenden Verelendung von Kindern und alten Menschen konfrontiert. *Nomeda Sindaraviciene*, in Deutschland ausgebildete Sozialarbeiterin, ist Expertin im Bereich Adoption und Pflege. Durch ihre engagierte Arbeit gibt sie den ihr anvertrauten Kindern ein neues Zuhause. *Pfarrer Saulius Damašius* ist Caritas-Direktor in Bistum Telšiai. Er berichtete von vorbildlichen Initiativen der Pfarrgemeinden in Klaipeda, die u. a. mit ehrenamtlichen Kräften eine Suppenküche für Obdachlose und alte Menschen betreiben oder Hausaufgabenbetreuung für Kinder anbieten. Die Gemeinden teilen sich die Aufgaben und haben sich dabei für unterschiedliche Schwerpunkte in der Sozialarbeit entschieden.

Übergreifend wurden außerdem folgende Themen diskutiert; die Anregungen dazu gehen auf Bischof Boruta von Telšiai zurück:

- Oftmals kommt die Hilfe bei den tatsächlich Hilfsbedürftigen nicht an. Die Diözesanzentren arbeiten nicht an der Basis. So kann kirchliche Sozialarbeit zum Selbstzweck werden, weil sie nur den besser gestellten Zielgruppen und den Hauptamtlichen selbst zugute kommt. In der Kirche braucht es daher mehr Ehrenamtlichkeit.
- Der Materialismus ist in Litauen angekommen. Spürbar wird damit der Verlust christlicher Werte und Hilfsbereitschaft auch in den kirchlichen Strukturen („Jeder ist sich selbst der Nächste“). Der Katechese kommt dabei ein großer Stellenwert zu.
- Drogen- und Alkoholsucht sind schwerwiegende Probleme, die von Kirche und Staat strukturiert angegangen werden müssen. Hier besteht Bedarf im Bereich der Prävention und in der Therapie. Suchtprobleme sind häufig die Ursache für den sozialen Abstieg, hinzu kommt die Problematik von HIV-Infektionen.

- Das Stadt-Land-Gefälle wird immer dramatischer. Auf dem Lande gibt es die weitaus größte Bedürftigkeit, aber die geringste Hilfe. Die Hilfsangebote konzentrieren sich fast ausschließlich auf die städtischen Zentren. Die junge Generation geht in die Städte und viele gleich ganz ins Ausland, wo sie studieren und besser verdienen. Das führt in Litauen zu einem Fachkräftemangel.
- Für soziale Organisationen, wie z. B. den Malteser-Hilfsdienst, die ursprünglich mit ausländischer Hilfe gegründet wurden, ist es an der Zeit, sich nun vollständig auf eigene Füße zu stellen, die Organisationsentwicklung voranzutreiben und sich selbst zu finanzieren. EU-Programme können dabei hilfreich sein.

Andrea Mewaldt, München

Arbeitskreis 2

Rumänien an der Schwelle zur Europäischen Union

Referenten: Terezia Tünde Löchli, Satu Mare/Sathmar
Klaus Johannis, Sibiu/Hermannstadt
Prof. Dr. Ioan-Vasile Leb, Cluj/Klausenburg

Moderation: Daniela Deuber, Freising



Der Arbeitskreis begann mit einer Vorstellungsrunde der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die gleich am Anfang zeigte, dass ein vielfaches Interesse an der Entwicklung im EU-Schwellenland Rumänien vorhanden ist.

Terezia Tünde Löchli, Direktorin der Diözesencaritas in Satu Mare, gab einen Einblick in die soziale Lage Rumäniens. Nach der Revolution 1989 wurde zwar die Planwirtschaft abgeschafft, die Folgen der Wende sind aber immer noch spürbar. Infolge der Schließung zahlreicher Berg-

werke und Zentren für Schwerindustrie gerieten ganze Regionen ins Elend, Hoffnungslosigkeit machte sich breit. Nach den offiziellen Statistiken (deren Glaubwürdigkeit aber unsicher ist) haben in Rumänien von ca. 21 Millionen Einwohnern nur 4 Millionen einen festen Arbeitsplatz. Der Durchschnittslohn beträgt umgerechnet 200 Euro im Monat, aber Löhne unter 100 Euro sind auch keine Seltenheit. 25 Prozent der Bevölkerung leben von 45 Euro pro Kopf, 10 Prozent von 28 Euro. Auf dem Lande sichern die kleinen Bauernhöfe gerade das Überleben. Wenn ein Familienmitglied krank wird, reicht es oft nicht für Medikamente aus. Die Geburtenrate gehört zu den niedrigsten in Europa. Seelische Armut und Mangel an Initiativen sind auch Teil der kommunistischen Erblast. Im Abschlussdokument der Diözesansynode 2004 wurde daher festgehalten: Die Caritas leistet nach dem Gebot des Glaubens weiterhin ihren Beitrag zur Entwicklung des Landes.

Frau Löchli erläuterte unter Hinweis auf die Tatsache, dass alle drei Experten aus Siebenbürgen stammten, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Siebenbürgen und den restlichen Teilen Rumäniens. Wesentlich seien die verschiedenen Mentalitäten, was von vielen Teilnehmern des Arbeitskreises bestätigt wurde. Darüber hinaus herrsche in der Walachei großer Grundbesitz vor, während in Siebenbürgen kleinere Grundstücksgrößen die Regel seien.

Klaus Johannis, Bürgermeister von Sibiu/Hermannstadt, ergänzte in seinem Beitrag die Ausführungen des „Schlaglichts“ vom Beginn des Kongresses.¹ Er vertiefte vor allem drei Punkte:

- Hermannstadt hat viele Baustellen: Industriegebäude entstehen, alte Häuser werden renoviert. Die Stadt hat ausreichenden Zugang zu EU-Geldern, da sie sich bereits leisten kann, professionelle Ausschreibungen durchzuführen, was in Rumänien noch eher die Ausnahme ist. 2006 wird die Stadt zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärt, 2007 wird sie europäische Kulturhauptstadt sein, außerdem Tagungsort der Dritten Europäischen Ökumenischen Versammlung.

¹ Vgl. dazu oben S. 59–63.

- Das zweite wichtige Thema, das seiner Meinung nach in den deutschen Medien falsch angeschnitten ist, ist die Arbeitsmigration. Während des Bundestagswahlkampfes wurde es in Deutschland zum Schreckgespenst aufgebauscht – sobald Rumänien der EU beigetreten ist, werde Deutschland von Arbeitsmigranten überflutet. Dies kann schon deshalb nicht eintreten, weil die entsprechenden Quoten durch ein bilaterales Abkommen geregelt sind.
- Drittens befasste er sich mit der Jugendarbeitslosigkeit bzw. der Abwanderung der Jugendlichen als unqualifizierte Arbeitskräfte vor allem nach Italien, Spanien und Übersee. Es gibt sicherlich gute Beispiele dafür, dass Jugendliche als qualifizierte Arbeitskräfte mit einer im Ausland erworbenen Arbeitsmoral zurückkehrten. Sie verdienen oft umgerechnet etwa 1.000 Euro, von denen sie sich in Rumänien leisten können, was in Westeuropa ungefähr 5.000 Euro kosten würde. Unter den Zurückkehrern gibt es – wenn auch noch in einer geringen Zahl – Rentner und Kleinunternehmer. Ihr Beispiel verleih den zu Hause Gebliebenen Kraft.

Dr. Ioan-Vasile Leb, Professor für Kirchengeschichte (Schwerpunkt: Konfessionsgeschichte) an der Orthodoxen Theologischen Fakultät der Babeş-Bólyai-Universität in Cluj/Klausenburg, sprach zunächst ausführlich über Rumäniens diplomatischen Weg zur geplanten EU-Vollmitgliedschaft am 1. Januar 2007 und die mit ihr verbundenen Aufgaben. Er lenkte die Aufmerksamkeit darauf, dass sich die Situation durch eine mögliche Verschiebung dieses Termins um ein Jahr nicht wesentlich verbessern könne, die Verzögerung von der Bevölkerung aber als Rückschlag empfunden werde. Am 16. Mai 2000 unterschrieben die wichtigsten Konfessionen Rumäniens in Snagov eine Erklärung, in der sie die EU-Mitgliedschaft des Landes begrüßten und sich zur aktiven Teilnahme an der Lösung der Probleme verpflichteten. Außerdem hob er hervor, dass das Land an Naturschätzen reich ist und für Investitionen offen stehe. Dies wurde von einer deutschen Investorin bestätigt, die in Rumänien engagierte junge Arbeitskräfte vorgefunden habe und auf wenig Bürokratie gestoßen sei.

Professor Leb sprach sich auch gegen das gängige Stereotyp aus, die orthodoxe Kirche hätte keine Diakonie. Neben der Organisation „Christiana“, die in Bukarest ein Krankenhaus und landesweit Zweigstellen hat, erwähnte er, dass einer der Weihbischöfe in Cluj nur für die Diakonie zuständig sei. Damit lässt sich eine Wortmeldung aus dem Teilnehmerkreis über einen Besuch von evangelischen Theologiestudenten in einem Priesterseminar in Galați verbinden. Berichtet wurde außerdem von der Tournee eines Knaben- und Männerchors aus Stuttgart, die nach anfänglicher Abneigung auf deutscher Seite dank der rumänischen Gastfreundschaft ein großer Erfolg wurde. Austausch ist also nach Meinung aller Anwesenden zur Korrektur eines zu Unrecht trüben Bildes von Rumänien weiterhin wichtig.

Außerdem plädierte Professor Leb für die Verstärkung der Ökumene, die in Cluj auf eine lange Tradition zurückblicke und relativ gut funktioniere; das Problem der Säkularisierung sei schließlich ein „überkonfessionelles“ Thema. Die Gläubigen beteiligten sich in hoher Zahl an kirchlichen Aktivitäten, dort solle man sie intensiver ansprechen. Die Kirche brauche also bessere Priester, bessere Gläubige und eine bessere Welt. Diese letzte Feststellung korrespondierte gerade mit einer Option aus dem Publikum, die Priester sollten den Gläubigen nahe bringen, wenn diese fleißig und zuverlässig arbeiteten bzw. großes Gewicht auf die Ausbildung legten, dann hätten sie mehr Erfolg, denn Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen könnten, scheiterten oft am Mangel an entsprechenden Arbeitskräften.

Ákos Bitter, Eichstätt

Arbeitskreis 3

Albanien – „ein Dritte-Welt-Land, das zufällig in Europa liegt“?

Referenten: Generalvikar Lucjan Avgustini, Shkodrë
Zana Konini, Tirana
Botschafter a. D. Peter Kiewitt, Bonn

Moderatorin: Claudia Gawrich, Freising



Als Einstieg in den Arbeitskreis diente eine Power-Point-Präsentation, die einen Überblick über Land und Leute vermittelte. Im Mittelpunkt stand Shkodrë, die zweitgrößte Stadt Albaniens (mit mehrheitlich katholischer Bevölkerung), daneben gab es Bilder aus Politik und Gesellschaft und aus der Landwirtschaft. Eigentlich hat Albanien gute Entwicklungsvoraussetzungen: Das Land verfügt über große Naturschönheiten (Küste, Flüsse, Seen, Gebirge) und über Bodenschätze wie Erdöl, Kupfer, Nickel, Kalk und Ton. Grundsätzlich besteht Glaubens-, Meinungs- und Presse- sowie Reisefreiheit. Dennoch wurde Albanien seit 1990 von vielen Krisen heimgesucht, die eine echte Wende verhindert haben – es ist immer noch das ärmste Land Europas. Viele Hoffnungen wurden nicht erfüllt. Das Land blieb völlig isoliert von allen anderen Ländern Europas. 1989–1992 fiel das wirtschaftliche Wachstum um 50 Prozent. Die Arbeitslosigkeit beträgt heute offiziell 30 Prozent, ist aber tatsächlich eher doppelt so hoch. Ende 1997 spitzte sich die Situation zu

(Massenflucht nach Italien). Heute ist die Rede von 710.000 Emigranten – ca. 50 Prozent davon leben illegal im Ausland (meist in Griechenland und Italien). Das Studium im Ausland ist ein weiterer Grund für die Emigration; mehrere Tausend Wirtschaftsfachleute, aber auch Lehrer sind u. a. nach Kanada ausgewandert. Die Anreize für eine Rückkehr sind gering.

Einige Hinweise zum Gesundheitssystem: Es gibt eine gesetzlich garantierte kostenlose Basis- und Notfallversorgung; die meisten Medikamente sind jedoch so teuer, dass der Durchschnittsbürger sie nicht bezahlen kann – Entsprechendes gilt auch für Operationen. Der Schwarzhandel für Blutkonserven blüht!

Neben der tatsächlichen lässt sich auch eine große ideelle Armut konstatieren, die zum Verlust von Orientierung, ethnischen Grundprinzipien und Hoffnungslosigkeit führt. Im Süden herrscht Armut mit vielen Kontrasten. Eine Zunahme von Familienkonflikten und leider auch Selbstmorden (Folge der Blutrache!) ist zu beobachten.

Anschließend gab Botschafter a. D. *Peter Kiewitt* einen vielfältigen detaillierten Überblick über die Geschichte Albaniens – ein Land, das nicht vergleichbar ist mit den übrigen MOE-Ländern. Seiner Meinung nach gibt es keine neue Armut – es herrscht immer noch die alte Armut im Land. Nach 1990 hatte man keine Übung mit den neuen Freiheiten; die Folge war ein „Raubtierkapitalismus“. Seit 1997 hat sich die Lage dann etwas stabilisiert, die Kosovo-Krise hat das Land aber wieder zurückgeworfen (wegen der Aufnahme vieler Flüchtlinge). Die Ökonomie besteht zu 40 Prozent aus Schattenwirtschaft, d. h. Menschen- und Drogenhandel sowie Autoschmuggel.

Generalvikar *Lucjan Avgustini* erläuterte die Situation der Kirchen und der Religion. Fünfzig Jahre atheistischer Staat haben deutliche Spuren hinterlassen. Es gibt 25 Prozent albanisch-orthodoxe Christen (im Süden), 15 Prozent Katholiken (im Norden) und 60 Prozent Muslime (in der Landesmitte) – allerdings sind diese Zahlen nur Schätzungen, da keine offizielle Registrierung erfolgt. Der Islam in Albanien ist nicht

vergleichbar mit anderen Ländern, er ist eher mit einer Sekte vergleichbar. Er war das Hauptopfer des Kommunismus; die jungen Leute praktizieren ihn daher so gut wie gar nicht. Das Verhältnis der Religionen untereinander ist gut: Kathedrale, orthodoxe Kirche und Moschee stehen friedlich nebeneinander. Zur Zeit findet ein Wiederaufbau kirchlicher Strukturen statt. Die Kirchen sind wichtige Träger der sozialen Arbeit (Caritas/Malteser); sie vermitteln so etwas wie Hoffnung, stellen nicht nur viele Gebäude zur Verfügung, sondern kümmern sich auch um viele soziale Belange. Es bestehen gute Kontakte untereinander.

Zana Konini, Finanzdirektorin der Organisation ASCUNION (eigentlich: „ASC UNION“, „Albanian Saving and Credit Union“), stellte ihr Arbeitsgebiet vor. Unter ASCUNION ist ein Spar- und Kreditprogramm für den ländlichen Raum Albaniens zu verstehen. Die Organisation vergibt Kleinkredite im landwirtschaftlichen Bereich und arbeitet seit dreizehn Jahren recht erfolgreich. ASCUNION ist in 8 Städten tätig und betreut in 401 Dörfern 92 Kooperativen mit insgesamt 11.488 Mitgliedern in den Bereichen Landwirtschaft, Kleinhandel, Viehzucht und Tourismus. Das Programm beinhaltet die Gründung und Entwicklung eines kooperativen und finanziellen Netzes, das auf dem Raiffeisen-Modell und auf globalen Erfahrungen mit kontinuierlicher Anpassung an die Umwelt beruht sowie die traditionellen Dorfstrukturen erhalten möchte. Ziel ist es, die Entwicklung des Landes durch verstärkte Eigenverantwortung voranzutreiben und die Schulbildung zu verbessern. Damit soll letzten Endes auch die Auswanderung eingedämmt werden.

Die anschließende Diskussion galt besonders Detailproblemen der Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung. Das einhellige Fazit lautete: Albanien bietet eine breite Themenpalette, sodass es sich lohnt, diesem Land mehr als bisher Aufmerksamkeit zu schenken.

Walgildis Keilbart, Passau

Arbeitskreis 4

Umbruch in der Ukraine – was bringt er den Menschen?

Teilnehmer: Pfarrer Peter Sachi, Kiew
Botschafter Dietmar Stüdemann, Kiew
Weihbischof Stanislaw Szyrokoradiuk, Kiew
Prof. Dr. Oleh Turij, Lwiw

Moderation: Peter Hilkes, Berlin



Botschafter Dietmar Stüdemann wies zu Beginn auf vier Grundmerkmale hin, die die Situation in der Ukraine kennzeichneten. So sei zwischen den Momenten der „Orangen Revolution“, der positiven Grundstimmung im Spätherbst 2004, und der Bewältigung des Alltags in der Ukraine in der Zeit danach zu unterscheiden. Viele Hoffnungen hätten sich nicht erfüllt, Versprechen seien nicht in konkrete Veränderungen umgesetzt worden. Daher sei Kritik an der Entwicklung nach der „Orangen Revolution“ gerechtfertigt, auch wenn die Protagonisten teilweise sehr empfindlich darauf reagierten. Hiermit ist ein weiterer Faktor genannt, der der Neuorientierung entgegenstehe: Die Ukraine hat ein Personalproblem, wonach die Personaldecke für die Besetzung wichtiger Ämter in vielen Gesellschaftsbereichen sehr dünn

sei. Ganz besonders wirke sich dies auf die Politik aus, denn hier begegne man seit langem den immer gleichen Personen, wodurch eine grundlegende Änderung der Lage und der politischen Kultur schwierig zu erreichen sei. Und es sei bezeichnend, dass dieser Personenkreis sich bereits intensiv mit den Parlamentswahlen im März 2006 beschäftige und dadurch dringend anstehende Fragen nicht beantwortet würden. Es sei zu hoffen, dass nach den Wahlen im März eine Konsolidierung eintrete.

Trotz der berechtigten Kritik gibt es laut Stüdemann auch Positives zu erwähnen, darunter die Medienfreiheit und die Öffnung der Ukraine nach außen. Dafür spreche auch die Zustimmung zu Präsident Juschtschenko und zu Premierministerin Tymoschenko in Meinungsumfragen. Es komme ganz besonders darauf an, zielgerichtet und adressatenspezifisch mit der Ukraine zu kooperieren. Das gelte für die Premierministerin persönlich, aber natürlich auch für die Regierung und alle weiteren Partner der Bundesrepublik Deutschland.

Mit Blick auf die nach der „Orangenen Revolution“ auch und vor allem im Ausland geäußerte Kritik an der Ukraine wies *Weihbischof Stanislaw Szyrokoradiuk* darauf hin, dass es „in der Ukraine immer schwierig“ sei. Aufgrund der komplizierten Lage sowie des Erbes der Sowjetzeit müsse man Geduld aufbringen. Für die kirchlichen Einrichtungen stelle sich die Lage positiv dar, denn man erhalte seit 2005 Unterstützung von seiten des Staates. Darüber hinaus weise die Fülle von Meldungen und kritischen Bemerkungen in der Öffentlichkeit auf die seit 2004 gewonnene Medienfreiheit hin. Auch im Bildungssystem habe sich viel getan. So sei das Fach „christliche Ethik“ an Schulen eingeführt worden. Als herausragenden Beleg für positive Entwicklungen in der Ukraine erwähnte er die am 1. Mai 2005 von der Ukraine eingeführte Visumfreiheit für EU-Bürger sowie Angehörige weiterer Staaten. Dies zeige, dass Juschtschenko und Tymoschenko auf dem richtigen Weg seien und entsprechender Unterstützung bzw. Solidarität für ihren Kurs bedürften.

Aus der Sicht von *Prof. Dr. Oleh Turij* ist die „Orangene Revolution“ nicht als Einzelfall, sondern im gesamten Kontext der Entwicklung in

Mittel- und Osteuropa zu sehen. Zwar habe die Ukraine für den in anderen Ländern schneller umgesetzten Prozess mehr Zeit benötigt, letztlich habe sie jedoch ihr Ziel erreicht. Man habe fünfzehn Jahre auf einen solchen Moment wie die „Orangene Revolution“ gewartet und viel Hoffnung investiert. Nun komme es darauf an, „zur richtigen Zeit die richtigen Veränderungen durchzusetzen“. Diese längerfristige Orientierung werde durch die Ereignisse im Spätherbst 2004 belegt. Diese könnten auch als „Revolution des Geistes“ verstanden werden. Indem große Teile der Bevölkerung ihre Angst überwunden hätten, ergäben sich für die Orientierung des Landes nach innen und vor allem nach außen vielversprechende Perspektiven.

Dass zwischen den Zentren der „Orangenen Revolution“ – hier spielte die Hauptstadt Kiew naturgemäß eine herausragende Rolle – und der Situation auf dem Lande unterschieden werden muss, wurde von *Pfarrer Peter Sachi* eindringlich unterstrichen. Große Teile der Bevölkerung würden auch nach der „Orangenen Revolution“ ihr Schicksal „erdulden“. Obgleich dies seltsam klinge, könnte dies durchaus auch positiv gesehen werden, denn innerhalb lang andauernder Verhältnisse und Strukturen könne man sich einrichten und auch wohlfühlen. Jedoch seien die positiven Merkmale wie die neue Motivation für Kinder und Jugendliche eindeutig vorrangig. Dazu gehöre auch das Gefühl, zusammenzugehören und über die eigenen Belange selbst zu bestimmen. Vor diesem Hintergrund dürfe die Generation der 40- bis 50-jährigen jedoch nicht vergessen werden. Diese hätten maßgeblich dazu beigetragen, das alte System aufrecht zu erhalten, sodass sie nun für die Neuorientierung gewonnen werden müssen. Die Ukraine habe viele Probleme zu bewältigen, darunter auch das Thema „HIV/Aids“. Hier könne mit der Öffnung des Landes und durch stärkere Unterstützung noch mehr getan werden. So sei die Verwaltung in Ministerien und anderen Behörden gefordert, doch seien hier nach wie vor Widerstände zu erwarten. Denkbar sei daher, dass der „Orangenen Revolution“ irgendwann noch „ein zweiter Teil“ folge.

In der Diskussion wies Botschafter Stüdemann auf eine Besonderheit der Ukraine hin, wonach im Gegensatz zu anderen Ländern in Mit-

tel- und Osteuropa engagierte Personen lange behindert wurden. Die „Orangene Revolution“ habe zur Identitätsstiftung der Ukraine beigetragen. In anderen Ländern sei das viel früher geschehen. Einig waren sich die teilnehmenden Experten darin, dass der Beginn für ein neues Denken geschaffen ist. Dem Bildungssystem komme dabei eine Schlüsselrolle zu, denn hier würden freies Denken und Selbständigkeit explizit gefördert. Die „Orangene Revolution“ hat gezeigt, dass sich vor allem auch Jugendliche mit ihrem Land, der Ukraine, identifizieren. So unterstrich Weihbischof Szyrokoradiuk, dass alle ukrainischen Teilnehmer des Weltjugendtages in Köln 2005 in die Ukraine zurückgekehrt seien. Überhaupt agiere man nun mit neuem Selbstbewusstsein, woraus sich auch für die Arbeit der Kirchen Konsequenzen ergäben. Diese übernimmt zunehmend Aufgaben in der Sozialarbeit, die als zusätzlicher Anknüpfungspunkt für die eigentliche seelsorgerische Arbeit zu verstehen sei.

Das lenkte abschließend den Blick auf die Kirchen generell. Vorhandene Konflikte wie bei Eigentums- oder Statusfragen stehen einer positiven Haltung gegenüber den Kirchen entgegen. Dazu gehört auch die Stellung von Laien in der orthodoxen Kirche, die noch nicht genügend eingebunden sind. Dennoch stimmt nach Ansicht von Professor Turij die zunehmende Beteiligung von Laien in wichtigen Gremien optimistisch. Letztlich suchen die Kirchen nach der „Orangenen Revolution“ eine neue Rolle. Diese Entwicklung dürfte mit großer Spannung verfolgt werden.

Peter Hilkes, Berlin

Arbeitskreis 5

Soziales Engagement der Orthodoxen Kirchen

Referenten: Pfarrer Pavel Cristian, Timișoara
Pfarrer Dobromir Dimitrov, Ruse
Theodora Palimenova, Sofia
Dr. Natalya Vinogradova, Moskau

Moderator: Dr. Johannes Oeldemann, Paderborn

Die Orthodoxe Kirche in Ost- und Südosteuropa ist, was in Westeuropa kaum bekannt ist, im Sozialbereich sehr aktiv. Dazu ein einführendes Beispiel: In Rumänien gibt es 57 Kinderheime, 633 medizinisch-soziale Zentren und 20 Seniorenheime, die von der rumänisch-orthodoxen Kirche betreut werden. Im Arbeitskreis „Soziales Engagement der Orthodoxen Kirchen“ wurden zahlreiche Zeugnisse orthodoxer Priester und Laien vorgestellt, die sich in diesem Bereich engagieren. Allgemein herrscht das Bild von der Orthodoxie vor, dass sie sich vor allem auf ihre reiche Liturgie konzentriert, den Menschen und seine Nöte jedoch kaum im Blick hat. Gerade in den letzten Jahren ist in dieser Hinsicht ein starker Wandel eingetreten. Liturgie wird nicht mehr als etwas in sich Gekehrtes, Ruhendes verstanden, sondern als Dienst an allen Menschen. In der orthodoxen Welt hat sich dafür der Begriff „Liturgie nach der Liturgie“ eingebürgert, der auf Johannes Chrysostomos zurückgeht. Er nannte die Eucharistie das „Sakrament des Bruders“. Soziale Arbeit war für ihn die Opfertgabe auf dem „Zweiten Altar“, die die Opfertgabe auf dem heiligen Altar ergänzt.

Aus Bulgarien berichtete *Pfarrer Dobromir Dimitrov*, genauer aus der Stadt Ruse an der Donau. Während des Kommunismus war seine Kirche entweiht und diente als öffentliche Toilette. Nach der Wende

wurde sie so umgebaut, dass, obwohl die Bauarbeiten noch andauern, es wieder möglich ist, darin die Eucharistie zu feiern. „Wenn wir Brot geben, öffnen wir uns für die Menschen“; so Pfarrer Dimitrov. „Wir haben nun eine andere ehemalige Kirche in ein Krankenhaus umgebaut. Unter den Patienten sind auch viele Kinder. Wir lehren sie, Ikonen zu malen, und auf diese Weise erteilen wir auch ein wenig Katechese.“ Aus gleichem Antrieb arbeitet *Theodora Palimenova* für Waisenkinder in Sofia. Eigentlich geht es dabei um Kinder aus zerbrochenen Familien. „Wir leben mit den Kindern, schlafen und essen mit ihnen“, sagte sie. „Es ist auch immer ein Priester anwesend, denn es ist uns sehr wichtig, mit den Kindern die Liturgie zu feiern.“

Ein weiteres Beispiel ist die Arbeit von *Pfarrer Pavel Cristian* in Rumänien, der sich um obdachlose Jugendliche kümmert. Sie bekommen nicht nur zu essen, sondern auch Unterstützung bei der schulischen und beruflichen Ausbildung. „Wir wollen ihnen helfen, ihr Verhalten zu verändern, damit sie sich in die Gesellschaft einfügen können“, erläuterte Pfarrer Cristian, „nur so kann unsere Hilfe dauerhafte Wirkung zeigen.“ Auch hier gilt das Prinzip „Liturgie nach der Liturgie“; denn „die Menschen erwarten von der Kirche nicht nur das Wort Gottes und das Brot des Lebens, sondern auch das tägliche Brot.“

Auch in Russland gibt es zahlreiche Beispiele orthodoxen Sozialengagements, wie abschließend *Dr. Natalya Vinogradova* aus Moskau darlegte. Mehrere Teilnehmer des Arbeitskreises konnten dies aus eigener Anschauung ergänzen.

Ben van de Venn, Hertogenbosch



Arbeitskreis 6

Schattenseiten des Umbruchs in Polen. Ein Gespräch mit Schwester Małgorzata Chmielewska

Moderatoren: Martin Buschermöhle und Wolfgang Grycz

Im Mittelpunkt des Arbeitskreises stand der soziale Einsatz der Ordensschwester Małgorzata Chmielewska, die ihre Arbeit ausführlich vorstellte.² Das Gespräch griff dabei immer wieder auf Äußerungen und Stellungnahmen zurück, die 1999 veröffentlicht³ worden sind. Auszüge daraus lagen den Teilnehmern des Arbeitskreises vor; sie sind im Folgenden wiedergegeben.

Aus Gesprächen mit Schwester Małgorzata Chmielewska

... Denn zuerst bin ich Frau und erst danach Ordensschwester ...

Christus fragt nicht danach, ob du Prostituierte, Krimineller oder Bischof warst, sondern danach, ob du mich im Gefängnis besucht hast, mir zu essen, zu trinken gabst ...

2 Vgl. dazu auch oben S. 67f.

3 Quelle: „Alles, was ihr anderen getan habt ...“ Schwester Małgorzata Chmielewska im Gespräch mit Michał Okoński, erschienen im Verlag Znak, Krakau 1999. Auswahl und Übersetzung dieser Zitate: Wolfgang Grycz.

Die ‚Obdachlosen‘ sind nicht nur eine unpersönliche soziale Kategorie ... Man kann sagen, dass Obdachlosigkeit jeden von uns treffen kann. In unseren Häusern tauchen Leute auf, die einst sehr reich waren ...

‚Der arme Mensch ist im Herzen Christi. Und er ist der wichtigste in der Kirche – so sagt es Christus ... Der arme Mensch ist unser Weg zu Christus ...‘ Das bedeutet, ‚dass der Arme uns lehren soll, wie wir mit Christus leben‘ ... Oft besteht das Paradoxe der karitativen Tätigkeit darin, dass es den Menschen, denen es gut geht, scheint, als täten sie etwas Gutes für die Armen. Dabei behandeln sie sie ... wie eine unpersönliche Masse, als Objekt. In Wirklichkeit ist es so: Wenn es zwischen mir und dem Armen nicht zur Begegnung kommt, zur Begegnung auf menschlicher Ebene, dann werde ich nie begreifen, dass er mein Bruder ist. Mit allem, was er Gutes und Schlechtes hat, ist er nicht ‚besser‘ noch ‚schlechter‘, sondern ganz einfach der Bruder, vielleicht der schwächere, vielleicht aber auch das Gegenteil ...

Eine Kirche, die dem Evangelium treu sein will (und sie versucht es zu sein – als heilige und sündige Institution zugleich), führt die Gläubigen langsam zu Christus. Sie anerkennt das Privateigentum als Grundlage des gesellschaftlichen Lebens – und im letzten halben Jahrhundert haben wir uns überzeugt, dass sie recht hat. Aber sie befreit die katholischen Arbeitgeber nicht davon, den Weg christlicher Vollkommenheit zu gehen, sie appelliert – besonders in letzter Zeit, durch Johannes Paul II. – an Gerechtigkeit und Solidarität. Kann man solidarisch sein, wenn man eine Menge hat und es nicht mit den anderen teilt? Was ist das für eine Solidarität?

Wohlstand nimmt einem nicht die ‚Fahrkarte ins Paradies‘, alles hängt dagegen vom rechten Maß und von der Sensibilität für gewisse Erscheinungen ab ... Zum Beispiel davon, dass Menschen ‚schwarz‘ beschäftigt werden, dass sie ungerecht entlohnt ... werden, dass Frauen, die schwanger werden könnten, nicht eingestellt werden ... Die Gesellschaft ist eingespannt in die Maschine des Kapitalismus, wo alles einen geldlichen Tauschwert hat. Und es kommt so weit, dass eines der Warschauer Krankenhäuser die Aufnahme Obdachloser ablehnt, wenn sie nicht im Sterben liegen. Wenn der obdachlose Patient nicht bis zum Morgen tot

ist, bekommt der ihn aufnehmende Arzt Schwierigkeiten! ... Und zwar aus finanziellen Gründen natürlich. Wenn die Christen sich nicht gegen solche Haltungen stellen, die unsere Gesellschaft sehr schnell erfassen, dann werden wir bald in eine Situation kommen, in der die Schwächeren liquidiert werden ... Und zwar physisch. Was wird dann die Euthanasie sein, wenn nicht die Chance, sich der Probleme machenden Mutter zu entledigen? In unseren Häusern hatten wir schon viele Fälle älterer Menschen, die zu uns kamen, weil die Kinder sie hinausgeworfen haben ... Da versuche ich zu erreichen, dass eine Familie sich einer dieser Greisinnen annimmt – keine Rede davon. Denn sie ist zu nichts nütze und nimmt nur Platz weg.

(Auf die Frage, was Schwester Małgorzata meint, wenn sie sagt, die Christen sollten sich solchen Haltungen entgegenstellen): Gewiss meine ich damit nicht das Geschrei so genannter christlicher Politiker. Zumal diejenigen, die am lautesten losdonnern, kein Zeugnis der Demut und Armut von all dem ablegen, was Christus uns lehrt. Es geht eben um das Zeugnis ...

Wir (Schwestern unserer Gemeinschaft) sind keine Sozialarbeiter. Darin sind sie besser als wir. Wir sind dazu da, die Menschen zu lieben, mit denen wir es zu tun haben.

(Über das Problem der von ihren Ehemännern verprügelten Frauen, die Zuflucht in den Häusern der Gemeinschaft suchen): Die Polizei schreitet erst dann ein, wenn ein Mann die Frau totschlägt. Davor haben wir es nur mit ‚Familienangelegenheiten‘ zu tun ... Zur Zeit sind bei uns zwei Frauen, deren Männer nur auf Bewährung verurteilt wurden, nachdem sie ihre Frauen misshandelt hatten – denn dafür muss man nicht wirklich im Gefängnis sitzen, sodass die Ehefrau etwas Ruhe hätte und für gewöhnlich die Scheidung betreiben könnte. Denn das ist kein Verbrechen, das auf gleicher Ebene wie andere behandelt wird. Wenn Sie einen Menschen auf der Straße schlagen, und zwar so, dass Sie ihm das Rückgrat brechen, er eine Gehirnerschütterung bekommt und lebenslang invalide wird – dann müssen Sie ohne Bewährung ins Gefängnis. Aber wenn Sie so Ihre Frau schlagen (und eine Frau ist offensichtlich kein Mensch), dann bekommen Sie ein Urteil mit Bewährung ...

und danach? Sie bekommen einen Bewährungshelfer, schlagen die Frau weiter, und wenn sie sich beim Bewährungshelfer beschwert, dann bestellt er Sie zu einem Gespräch. Ich hatte einen Fall, wo der Bewährungshelfer dem Täter sagte, wie er schlagen soll ...

(Auf die Frage, wie man als katholische Gemeinschaft Scheidungsanträge misshandelter Frauen unterstützen kann): Ich rühme das nicht. Aber in Extremfällen sehe ich keinen anderen Ausweg: Für die gequälten Frauen und für ihre Kinder ist das die einzige Form, ihr Leben zu verteidigen ... Was kann ich Ihnen da noch sagen? Vielleicht kann ich von der Frau berichten, die ein psychopathischer Ehemann, der sie zwölf Stunden nackt auf dem Stuhl festhielt, so fertigmachte, dass ein ... Polizist ... sich übergeben musste? Sehen Sie für sie einen anderen Ausweg als die Durchsetzung einer Scheidung? Ganz zu schweigen davon, dass eine Frau ohne Scheidung sich z. B. nicht um eine Wohnung bemühen kann.

Im Winter rief ich bei der staatlichen Agentur für Alkoholprobleme an, denn ich hatte kein Geld für den Ankauf von Kohle für unser Haus. Es herrschte schrecklicher Frost, und hier hatten wir 12 Mütter und 30 Kinder, alle waren Opfer des Alkoholismus ihrer Väter. Ich hörte, ich könne Geld bekommen für die Herausgabe einer Broschüre oder für eine Konferenz.

(Auf den Hinweis, dass es Dutzende von Predigten und Hirtenbriefen über die Krise der Familie gebe, aber nie werde darin die Gewalt in der Familie angesprochen): Ich meine auch, das ist ein Thema, über das in der Kirche gesprochen werden muss. Ich erinnere mich: Als in einem kirchlichen Gremium über die Änderung des Antiabtreibungsgesetzes gesprochen wurde, erinnerte ich an die Kinder, die bei mir sind oder auf der Straße waren, die nicht wissen, wo sie schlafen sollen, weil ihre Eltern sie schlagen. Da schrie ein Priester mich an, ich sollte um Gottes willen den Mund halten, denn das sei Wasser auf die Mühlen der Abtreibungsverfechter.

Dr. Christof Dahm, Freising

**Aufschwung dort – Abschwung hier?
Folgen der Verlagerung von Arbeitsplätzen aus Deutschland
in die östlichen Nachbarländer**

Referenten: Dr.-Ing. Wilhelm Eckert, Miskolc
Sándor Káli, Miskolc

Moderator: Dr. Jörg Basten, Freising

Nach Angaben des Informationsdienstes der deutschen Wirtschaft in Köln sieht sich jedes fünfte in Deutschland befragte Unternehmen aufgrund der erweiterten EU zu stärkeren Einsparungen veranlasst. Jeder siebente Betrieb berichtet von einer härteren Konkurrenz aus den Beitrittsländern, sei es auf dem Arbeits- und/oder Absatzmarkt, sei es bezüglich des Steuerwettbewerbs. Starke Anreize, ihre Produktion nach Mittel- und Osteuropa zu verlagern, geben neun Prozent der Unternehmen zu Protokoll. Dies führt zu der Frage „Aufschwung dort – Abschwung hier? Folgen der Verlagerung von Arbeitsplätzen aus Deutschland in die östlichen Nachbarländer“.

Dr. Wilhelm Eckert, Robert Bosch AG, stellte sein Eingangsreferat unter das Thema „Aufbau eines neuen Standorts in Ungarn“. Nach einer kurzen Einführung über die Bosch-Gruppe und die Robert Bosch-Stiftung, die neben Wissenschaft und Forschung auch gemeinnützige Projekte zur Völkerverständigung in Mittel- und Osteuropa fördert, skizzierte er das wirtschaftliche und unternehmerische Umfeld, innerhalb dessen sich der Aufbau des neuen Standorts abspielt. Als mittlerweile größter Automobilzulieferer der Welt hat Bosch dem Produktbereich „Starter und Lenkantriebe“ ein neues „Restrukturierungskonzept Europa“ zugrundegelegt, in dem sich das deutsche Stammwerk Hildes-

heim zu einer schlanken und flexiblen Fabrik entwickeln wird. Die zweite Säule bildet die Erhöhung des Fremdbezugs aus kostengünstigen Ländern wie Ungarn, Tschechien oder der Slowakei. Hintergrund des Restrukturierungskonzepts ist die Tatsache, dass Starter zu jenen Produkten gehören, die sich nahezu ausschließlich über den Preis verkaufen, in der Regel also nicht über besonders komplexe Fertigungstechniken. Wo es nicht um Innovationsführerschaft gehen kann, wird Kostenführerschaft angestrebt. Doch die Entscheidung für den Aufbau eines neuen Werks in Miskolc (Ungarn) gründet nicht nur auf einer kostenpolitischen Überlegung, vielmehr war die Nähe zu Großkunden und Forschungszentren genauso wichtig. So sind im Bosch Werk-Miskolc bis heute 800 Arbeitsplätze entstanden. Abschließend zitierte Dr. Eckert eine Untersuchung von McKinsey, nach der für jeden Arbeitsplatz, den erfolgreiche deutsche Mittelständler im Ausland schaffen, mehr als zweieinhalb Jobs im Inland entstehen. Allerdings muss einschränkend gesagt werden, dass bei weniger erfolgreichen Unternehmen, die ihre Produktion ins Ausland verlagern, auch in Deutschland Arbeitsplätze verloren gehen.

Sándor Káli ist der sozialdemokratische Bürgermeister der Stadt Miskolc, die mit ihren 180.000 Einwohnern ein regionales Bildungs- und Verkehrszentrum an der ungarisch-slowakischen Grenze darstellt. Durch den Niedergang der Stahlindustrie weist die Stadt eine Arbeitslosigkeit von bis zu 15 Prozent auf. Der Beitritt Ungarns zur EU hat vielen Bürgern seiner Stadt Angst bereitet – es drohte sogar eine Vergreisung der Stadt durch die erzwungene Abwanderung der Jugend, die sich in anderen Gegenden Ungarns um Arbeit bemüht. In diesem Zusammenhang ist die Gründung eines Bosch-Werks und die Schaffung der entsprechenden Arbeitsplätze ein wirtschaftspolitischer Erfolg für die Region, an dem der Bürgermeister mit seiner Verwaltung durch schnelle und unbürokratische Genehmigungsverfahren seinen Anteil beansprucht. Das Bosch-Werk Miskolc sorgt obendrein für Beschäftigung bei einer steigenden Zahl von Zulieferern. Außerdem bestehen Kooperationen zwischen den örtlichen technischen Fachschulen und Berufsschulen, deren Absolventen bei Bosch in Ausbildung gehen. Schließlich finanziert Bosch einen Lehrstuhl für Mechatronik an der Universität Miskolc.

In der Diskussion wurden verschiedene Aspekte des komplexen Themas deutlich:

- Sicherlich muss man beim Werk Hildesheim von einem Abschwung angesichts des Abbaus von ca. 400 Arbeitsplätzen sprechen. Andererseits kann man sich der Frage nicht verschließen, ob das beharrliche Festhalten am Standort Deutschland nicht den Ausschluss vieler anderer Standorte von einer gedeihlichen Zukunft bedeutet.
- Zur Sprache kamen die wesentlich niedrigeren Löhne und Sozialabgaben. Ein durchschnittlicher Monatslohn liegt in Miskolc unter 400 EUR. Außerdem wurde deutlich, dass die Kommune das niedrige Lohnniveau indirekt durch subventionierte Mietpreise unterstützt.
- Auch die Frage, ob ein weiterer Kostendruck nicht die Schließung des Werks in Miskolc und die Produktionsverlagerung nach Rumänien und von dort in die Ukraine bedeute, konnte nicht kategorisch verneint werden. Bemerkenswert ist hier allerdings, dass der ungarische Bürgermeister, der sich in diesem Konkurrenzumfeld bewegt, viel mehr Chancen und Möglichkeiten in dieser Entwicklung sah, als dies bei den deutschen Zuhörern der Fall war.

Dr. Jörg Basten, Freising

Arbeitskreis 8

Russland – Demokratie auf Abwegen? Ein Gespräch mit Dr. Irina Scherbakowa

Moderator: Dr. Gerhard Albert, Freising



Die Historikerin Dr. Irina Scherbakowa, Mitarbeiterin der Internationalen Gesellschaft für Historische Aufklärung, Menschenrechte und Soziale Fürsorge „Memorial“⁴, war Gesprächspartnerin von Dr. Gerhard Albert und stand auch für weitere Fragen über die gesellschaftliche Entwicklung in Russland zur Verfügung. Renovabis arbeitet mit „Memorial“ bereits seit einigen Jahren zusammen.

Frau Dr. Scherbakowa stellte zunächst die Arbeit von „Memorial“ als Nichtregierungsorganisation (NGO) vor. Sie leitet seit einigen Jahren das Projekt „Menschen und Geschichte – Russland im 20. Jahrhundert“, das besonders die familiären Erinnerungen an den Gulag sammelt, was noch vor zehn Jahren unmöglich gewesen wäre. Dabei nimmt das Interesse an

⁴ „Memorial“ besteht aus ca. 80 unabhängigen Organisationen, die vorwiegend im GUS-Bereich, darüber hinaus aber auch in Polen und Deutschland (www.memorial.de) tätig sind.

Geschichte in Russland eher ab; viele Studenten weichen ins 18. Jahrhundert aus und kennen selbst Solschenizyins „Archipel Gulag“ nicht. Obwohl die Benutzung der Archive und ein Studium der Archivwissenschaften nun möglich sind, ist das Interesse an den Universitäten und in der Bevölkerung ziemlich gering. Während der ersten Zeit einer relativ „liberalen“ Regierung in den neunziger Jahren fand keine Entwicklung hin zu einer Zivilgesellschaft statt, jedoch gab es einen gewissen offenen Spielraum, der aktuell wieder kleiner wird. So bleibt es die Aufgabe der Historiker, die Jugend dazu zu bewegen, vernünftig und klar auf die Vergangenheit zu blicken, etwa durch Mitarbeit in Schülerwettbewerben.

Russland befindet sich – so Frau Dr. Scherbakowa – nach dem Scheitern eines demokratischen Beginns in einer ideologischen Krise, in der „Demokratie“ schon fast ein Schimpfwort ist. Ihre Arbeit setzt also viel Mut voraus. Es wächst eine patriotische Ideologie, von der aus auch z. B. die Probleme mit den baltischen Staaten zu verstehen sind. Seit der Wahl Putins dreht sich alles um die Idee des „starken Staates“; unter diesem Fokus wird die russische Geschichte beurteilt (z. B. die Rolle Peters des Großen, das „immerwährende“ Bündnis mit den Serben, die Betonung, dass Russland nie einen Krieg verloren habe). Die glorreiche Vergangenheit wird unter Putin zu einer „Feier des Staates“; man hat Probleme mit der Oktoberrevolution, deutet z. B. den Revolutionstag, den 7. Oktober, um in einen Erinnerungstag an die Vertreibung der Polen aus Moskau 1613.

Immer wichtiger werden die Medien. Besonders die Wiederwahl Putins wurde von ihnen „gemacht“ – von den medialen Imperien, die den neuen Chauvinismus unterstützen. Vorher bestand durch die Rivalität der Medien ein Minimum an Pressefreiheit; heute ist das Fernsehen jedoch weitgehend verstaatlicht, es gibt nur noch ein kleines freies Programm. Diese Einschränkung wird mit dem Kampf gegen den Terrorismus begründet. Zwar besteht eine Lokalpresse, aber da die Zivilgesellschaft fehlt, ist eine freie Berichterstattung gefährlich und es kommt sogar zu Mordanschlägen auf Journalisten.

Frau Dr. Scherbakowa äußerte sich nach Rückfrage zu folgenden Einzelbereichen:

- Der Schülerwettbewerb von „Memorial“ fand in Tschetschenien eine starke Beteiligung. Durch die Beiträge erhält man einen guten Eindruck über die tatsächliche Situation, sie dürfen aber in Russland nicht veröffentlicht werden. Ein Druck in Deutschland ist in Vorbereitung.
- Eine Grundordnung im eigentlichen Sinne existiert in Russland nicht. „Demokratie“ galt als Modell unter Jelzin, wurde aber als Schocktherapie erlebt, da es keine Anknüpfungspunkte gab, war doch nach 1917 alles Private zerstört worden. Der starke Veränderungswunsch unter Gorbatschow wurde durch die schlechte wirtschaftliche Situation verstärkt – der Ölpreis war niedrig, Russland pleite. Es gab nur noch den Kampf um die Macht, besonders in der zweiten Amtszeit Jelzins. Daher wurde Putin als Ordnungsfigur begrüßt. Sein Begriff der „gelenkten Demokratie“ führt zur Stagnation und einer verstärkt totalitären Herrschaft von oben. Alles dreht sich um den Machterhalt unter gleichzeitig zunehmender Korruption.
- Der Fall Chodorchowskij⁵ und die schnelle Kapitalansammlung: Frau Dr. Scherbakowa zeigte auf, dass in der chaotischen, fast gesetzlosen Situation von 1990/91, in der der Staat pleite war, das Gefühl eines drohenden Zusammenbruchs wuchs. Daher galt die Maxime „Greif zu!“, durch die viele Menschen Millionäre werden konnten. Heute würde sie sogar für Chodorkowskijs Freiheit kämpfen, denn er war gegen den autoritären Weg aktiv geworden und hatte sich z. B. durch Spenden und durch Unterstützung von Studenten für eine „Zivilgesellschaft“ eingesetzt, wenn auch zu spät und ungeschickt.
- Zur Kenntnis des Werks von Alexander Solschenizyn erklärte sie, dass „Memorial“ eine breite Bewegung einleitete, da die Aufarbeitung der Vergangenheit als notwendig erkannt wurde. Aktuell wachse aber der Wunsch nach Verdrängung. Ein Problem ist die Wissensvermittlung, denn die Lehrer können sich kaum fortbilden, die Lehrpläne behandeln die schlimme Vergangenheit nicht, die Einstellung dazu und zum Zerfall der UdSSR ist unklar und lückenhaft.

⁵ Vgl. dazu auch die Hinweise oben S. 162.

In der anschließenden Diskussion wurden Fragen wie die unklare Täter-Opfer-Problematik, die Auswertung der Gulagakten und das Wiederaufleben des Stalinkultes behandelt. Stalin gilt vielen als Kultfigur eines starken Staates, nicht als Verursacher der Repressalien (Motto: „Es gab zwar Fehler, aber auch viele gute Seiten“).

Frau Dr. Scherbakowa erläuterte außerdem noch einmal die Aufgaben und Strukturen von „Memorial“: „Memorial“ ist ein Verband der Opfer. Diese sind durch die kürzlich erfolgte Abschaffung der so genannten „Remedien“ („Heilmittel“ im Sinne von materiellen Entschädigungsleistungen) hart getroffen worden. 1991 waren diese als wirtschaftliche Hilfe und als eine Art von Entschädigung eingeführt worden. Die Stellung von „Memorial“ als NGO ist rechtlich ungesichert. Der Staat möchte wohl nur solche NGOs zulassen, auf die er Einfluss nehmen kann, auch wenn es gelegentlich finanzielle Unterstützung gibt. Doch plagt man „Memorial“ mit bürokratischen Methoden, z. B. der Steuerprüfung (für geschenkte Bücher müssen die Beschenkten namentlich erfasst sein, Bürogegenstände müssen pro Projekt aufgelistet werden usw.).

Gefragt wurde auch nach der Rolle der Opposition und einem möglichen Widerstand wie in Georgien und der Ukraine. Die Entwicklung einer Opposition ist nach Ansicht von Frau Dr. Scherbakowa heute schwierig. In vielen Bereichen gehe es den Menschen jetzt besser als Anfang der neunziger Jahre, daher will man diese positiven Veränderungen nicht gefährden. Allerdings wird die heutige Situation einer gewissen Stabilität nicht zum Aufbau einer Zivilgesellschaft, sondern zur Stärkung der Autorität des Staates benutzt. In der Vorstellung Präsident Putins ist Russland wohl noch nicht reif für die Demokratie.

Abschließend ging es noch um „Visionen für Tschetschenien“: Frau Dr. Scherbakowa hält den Konflikt für kaum lösbar. Selbst die alte russische Methode, in den angeschlossenen Republiken die eigene Elite regieren zu lassen, sei in der Kaukasusregion kaum realisierbar, da diese unfähig und korrupt sei. Dabei müsse man bedenken, dass dort die Jugend seit Jahrzehnten keinen Unterricht erhielt, die Landflucht riesig und daher das Potenzial des Fundamentalismus entsprechend groß sei.

Grete Fehrenbach, Frankenthal



IV. Abschlussstatement – Schlusswort

Ministerpräsident a. D.
Dr. Bernhard Vogel, St. Augustin

Abschlussstatement

Ich habe am Dienstag und Mittwoch dieser Woche auf Einladung von Lech Wałęsa an den Feiern zum 25. Jahrestag der Ereignisse vom August 1980 auf der Leninwerft teilgenommen. Im großen Kongresssaal stand in großen Lettern über dem Rednerpult der Satz: „Today was born in Gdańsk“, „Unsere Gegenwart ist in Danzig geboren worden“. In der Tat, die mutigen Männer und Frauen von Danzig haben auch für uns die Voraussetzungen geschaffen, dass wir uns heute in diesem Kreis treffen können. Nicht wir im Westen, sondern in Warschau, in Prag, in Budapest, in Berlin und Leipzig und in vielen anderen Städten der kommunistischen Welt, vor wenigen Monaten erst in Kiew, haben Menschen sich die Freiheit vom Kommunismus erkämpft – nicht mit Waffengewalt, sondern mit Angst im Herzen, mit Kerzen in den Händen und mit Gebeten auf den Lippen.

25 Jahre später, in dieser Woche, treffen sich die frei gewählten Präsidenten aus Polen, aus Ungarn, aus Serbien, aus Georgien, aus der Ukraine, um Zeugnis zu geben von dem, was geschehen ist. Vom Westen war interessanterweise niemand dabei, nur der deutsche Bundespräsident, weil man sich gelegentlich daran erinnert, dass es die DDR gegeben hat und nicht mehr gibt, und der Präsident der Brüsseler Kommission, José Barroso.

Ostmitteleuropa ist erwacht und meldet sich – das hat gerade auch dieses Treffen in Danzig gezeigt – sehr selbstbewusst zu Wort. Vor allem Polen als das bei weitem erfolgreichste Land entwickelt verständliches Selbstbewusstsein. Sogar für uns Deutsche, die wir vor lauter Klagen



und Jammern über unsere eigenen Sorgen kaum Zeit dafür haben, ist diese Entwicklung eigentlich ein Grund, sich einen kleinen Augenblick zu freuen und dankbar dafür zu sein. Ohne die Freiheitsbewegungen in Osteuropa wäre unser Vaterland weder frei noch wiedervereinigt. Aber wir sind noch nicht am Ziel.

Acht ostmitteleuropäische Länder sind seit gut einem Jahr Mitglied der EU. Die Freude über die Rückkehr nach Europa – dass sie nicht früher dabei sein konnten, ist nicht ihre Schuld – war groß, aber wirklich heimisch geworden, wirklich als gleichberechtigt anerkannt sind diese neuen Mitglieder noch nicht. Die Belastungen der sozialen Umbrüche in den ehemals kommunistischen Staaten dürfen nicht ignoriert werden, wir haben es ja gestern und heute immer wieder gehört.

Nach zwölf Jahren in Thüringen weiß ich, dass die Umbrüche nicht ignoriert werden dürfen. Ich weiß aber auch: So viel Anfang wie in den neuen Ländern war in Deutschland noch nie, so viel Bereitschaft zur Veränderung, so viel Opferbereitschaft, so viel Energie und Engagement war nirgendwo anders in Deutschland. Das dynamischere Deutschland ist der Osten Deutschlands, nicht der Westen. Natürlich gibt es Frust, den gibt es aber überall. Natürlich gibt es auch Grund für diesen Frust, aber niemand soll vergessen: Die Menschen im Osten Deutschlands haben ein Beispiel dafür gegeben, was an Veränderungsbereitschaft im Westen Deutschlands erst noch unter Beweis gestellt werden muss. Was die Dynamik, die Veränderungsbereitschaft betrifft, ist es in allen Umbrüchländern im Grunde ähnlich.

Ich sprach von den acht ostmitteleuropäischen Ländern, die der EU beigetreten sind. Ich weiß und füge es auch ausdrücklich an, für Rumänien, Bulgarien und die Nachfolgestaaten Jugoslawiens ist diese Mitgliedschaft noch nicht erreicht, aber das Ziel ist vorgegeben.

Wir in der EU freuen uns zwar über die neuen Mitglieder, ringen aber, und das darf nicht vergessen werden, selbst noch um das Ziel eines gesicherten Europas und eines Europas in dauerhafter Verfassung. Kein Bundesstaat soll es sein, weil wir die Einheit in Vielfalt wollen. Kein Staatenbund soll es sein, weil uns das zu wenig ist. Etwas Neues, etwas noch nicht Dagewesenes soll es sein; Bischof Marx hat gestern davon

gesprochen. Das deutsche Bundesverfassungsgericht spricht in diesem Zusammenhang vom Staatenverbund – ein juristischer und mir ein wenig zu sperriger Begriff, aber immerhin der Versuch, dieses Neue, noch nicht Dagewesene, zu benennen.

Europa muss föderal sein oder es wird nicht sein. Nicht alles, nicht dieses und jenes, darf in Brüssel entschieden werden. Was wir zu Hause besorgen können, sollten wir bürgernäher auch zu Hause besorgen. Nur was gemeinsam besser geregelt werden kann, muss gemeinsam gelöst werden: Außenpolitik, Verteidigungspolitik, Sicherheitspolitik, Wirtschaftspolitik.

Dieses Europa hat eine gemeinsame Grundlage. Die Antike, die jüdisch-christlichen Quellen, die Aufklärung, die Demokratie, Freiheit und Gleichheit, Gerechtigkeit, die Achtung der Menschenwürde sind uns gemeinsam, und Solidarität, Subsidiarität und Nachhaltigkeit sind, wie ebenfalls Bischof Marx zu Recht gesagt hat, Prinzipien der EU und gleichzeitig Ausdruck der Personalität des Menschen.

Wir Christen müssen die Zukunft Europas gestalten. Den notwendigen Dialog zwischen den Kulturen kann nur führen, wer sich selbst zu seiner Kultur bekennt. Wer nivelliert und relativiert, ist dialogunfähig. Wir haben eine Idee, wir wollen sie umsetzen, nicht nur um unser selbst willen, sondern auch um der anderen willen, um unserer Mitmenschen willen.

Manche von uns fühlen sich gelegentlich als Nachhut des alten Europa. Dem widerspreche ich: Wir sind nicht die Nachhut von gestern, sondern wir sind die Vorhut des Europas des 21. Jahrhunderts und unser Glaube, unsere Kirche geben uns dafür die Grundlage. Aber die Umsetzung unseres Glaubens in Politik ist nicht die Sache unserer Bischöfe und ist nicht Sache des Papstes, sondern sie ist unsere Sache. Wir haben unsere Werte in Politik umzusetzen, wir Laien haben sie zur Geltung zu bringen und ihnen zur Geltung zu verhelfen, kraft unserer Überzeugung sie zu den Werten unserer Gesellschaft zu machen.

Jeder weiß: Politik ist die Kunst des Möglichen, ist kluges Bemühen um das Gemeinwohl. Politik heißt handeln, klug handeln, Politik heißt

dicke Bretter zu bohren, wie Max Weber schon vor 100 Jahren geschrieben hat. Politik heißt aber auch, Kompromisse zu schließen. Politik heißt nicht, sich mit undurchsetzbaren Positionen zu verrennen, und Politik heißt schließlich, die Menschen mitzunehmen und sie zu überzeugen. Politik heißt, auf die Menschen zu hören, und Politik heißt auch, den Menschen voranzugehen. Wer nur nach Meinungsumfragen regiert, wird in die Irre gehen. Gelegentlich ist es Aufgabe der Politik, Mehrheiten von Richtigkeiten zu überzeugen.

Dass deutsche Katholiken Renovabis geschaffen haben, ist eine großartige Leistung, und man kann den Initiatoren von Renovabis nicht genug dafür danken. Als eine Antwort auf die Wende im Osten, die eine Ideologie beseitigt, aber keine heile Welt geschaffen hat, ist Renovabis ein Beispiel dafür, dass die soziale Herausforderung angenommen worden ist. Deswegen möchte ich allen danken, die am Entstehen von Renovabis mitgewirkt haben oder heute mitwirken. Neben Renovabis haben aber auch andere Hilfswerke in diesem Zusammenhang Beachtliches bewirkt. Ich nenne als Beispiel das Maximilian-Kolbe-Werk, das über Jahrzehnte den ehemaligen KZ-Häftlingen insbesondere in Polen geholfen und sich ihnen menschlich zugewandt hat und das sich jetzt anschickt, eine Stiftung zu schaffen, die über die deutsch-polnische Initiative hinaus im europäischen Raum Aufgaben der Versöhnung wahrnehmen will, die europäische Weggemeinschaft der Versöhnung zu bilden und zu fördern.

Die deutschen politischen Stiftungen wollen im Rahmen ihrer Möglichkeiten Renovabis und die anderen Hilfswerke unterstützen. Das gilt insbesondere für die Konrad-Adenauer-Stiftung, für die ich sprechen kann und sagen möchte, dass sie dazu bereit ist. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist nicht die fünfte Kolonne der katholischen Kirche. Sie ist auch nicht ein anderer Name für Caritas; wir machen der Caritas keine Konkurrenz. Aber wenn es darum geht, die Grundlagen, auf denen ein freiheitlich-demokratischer Staat ruht, zu festigen, dann ist die Stiftung gefragt. Rechtsstaatlichkeit, Verfassung, Parteien, freie Medien, soziale Gerechtigkeit, soziale Marktwirtschaft, das sind unsere Themen. Bei diesen Themen können und wollen wir gerne mit Ihnen zusammenarbeiten. Auch der Brückenschlag zwischen den christlichen

Konfessionen und die daraus zu ziehenden Konsequenzen für die praktische Politik in Europa ist uns wichtig und ist unsere Aufgabe als politische Stiftung.

Vergessen wir trotz allem nicht, was uns bewegt: Unglaubliches ist geschehen! Die Teilung Europas haben wir gemeinsam überwunden, Europa ist wiedervereint, die Irrlehre des Marxismus ist besiegt, Europa ist zu einem Kontinent des Friedens geworden, die Gemeinschaft der europäischen Staaten ist auf den Weg gebracht – Bischof Marx sprach davon, es sei das größte Friedensprojekt, das es je in der Welt gegeben hat – und die Visionen von Männern wie Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi und Robert Schuman sind zu einem guten Teil Realität geworden.

Die Visionäre von 1950 haben sich als die Realisten von 2005 erwiesen. Wenn man das bedenkt, gibt es wahrlich keinen Grund zu Ängstlichkeit und Resignation. Im Gegenteil: Dann gibt es allen Grund, unseren Weg entschlossen fortzusetzen. Dass uns dafür dieser Kongress Mut gemacht hat, ist den Veranstaltern zu danken. Dass wir tatsächlich nicht resignieren, sondern den Weg entschlossen fortsetzen, ist unsere Aufgabe für zu Hause.

P. Dietger Demuth CSsR

Schlusswort

Wir sind am Ende des 9. Internationalen Kongresses Renovabis angekommen. „Neuer Reichtum – neue Armut. Soziale Umbrüche in Mittel- und Osteuropa“ lautete unser Thema, das wir in der Kürze der Zeit natürlich nicht erschöpfend behandeln konnten. Dennoch denke ich, dass wir aus unterschiedlichen Perspektiven einen facettenreichen Einblick in die sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen sowie die derzeitige Situation in Mittel- und Osteuropa erhalten haben und auch Perspektiven für die Zukunft zumindest umrisshaft zur Sprache kamen.

Deutlich geworden ist, dass seit der Wende in den meisten Ländern Mittel- und Osteuropas tatsächlich immense Veränderungen stattgefunden haben, wobei der Prozess der Transformation ja durchaus noch nicht abgeschlossen ist. In vielen Ländern ist die Freiheit errungen, demokratische Systeme haben sich etabliert, marktwirtschaftliche Strukturen wurden eingeführt. Dennoch dürfen wir uns in Ost und West mit dem Status quo nicht zufriedengeben. Die statistischen Zahlen haben uns große soziale Unterschiede in Europa vor Augen geführt. Immer wieder wurden insbesondere die Arbeits- und Perspektivlosigkeit als Hauptprobleme genannt – mit all ihren Folgen wie Migration gerade der gut ausgebildeten jüngeren Menschen, Schwarzarbeit, Depression, Alkoholismus, Zerbrechen der Familien usw.

Mit Blick auf die Gründung der Gewerkschaft Solidarność vor 25 Jahren sagte Papst Benedikt XVI. bei der letzten Generalaudienz – ich zitiere –: „Aus ganzem Herzen wünsche ich allen, dass sie nicht nur



die Freiheit genießen, sondern auch am wirtschaftlichen Wohlergehen des Landes teilhaben können.“ Wir sind verpflichtet, nicht aufzuhören, unablässig nach Wegen zu mehr sozialer Gerechtigkeit zu suchen.

Renovabis möchte die Christen und „alle Menschen guten Willens“ – wie es in unserem Statut heißt – im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe unterstützen, um die Lebensverhältnisse der Menschen dauerhaft zu verbessern. Renovabis verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz, der den pastoralen und gesellschaftlichen Dienst der Kirche umfasst, besonders auch den Dienst am notleidenden Menschen, im geistigen, spirituellen und im materiellen Sinn. Denn – man kann dieses Wort Papst Johannes Pauls II. nicht oft genug bedenken – der Mensch „ist der erste und grundlegende Weg der Kirche“.

Nicht alles kann durch Politik und Gesetze geleistet werden. Die Kirchen haben meines Erachtens die Aufgabe, zugleich Helferinnen der Armen, der Menschen auf der Schattenseite, zu sein und ihre Anwältinnen, die sich für gerechtere gesellschaftliche Verhältnisse einsetzen. Neben der Barmherzigkeit im Sinne der spontanen Akte der Nächstenliebe, des ganz konkreten Hilfshandelns muss es immer auch um die liebende Gerechtigkeit gehen, die auf die strukturelle Verbesserung der Verhältnisse zielt. Wir wollen darauf hinwirken, dass sich auch die Gesetzgeber an den Prinzipien der christlichen Soziallehre, nämlich Personwürde, Solidarität, Subsidiarität, Gemeinwohl und Nachhaltigkeit, orientieren. Wir brauchen auch so etwas wie „politische Diakonie“. Dass es dabei in besonderer Weise auf das Engagement der Laien und unser aller persönliches Zeugnis ankommt, brauche ich nicht eigens zu betonen.

Doch lassen Sie mich zum Schluss kommen. Im nächsten Jahr wird sich der Internationale Kongress Renovabis dem wichtigen Thema „Familie in Mittel- und Osteuropa“ widmen. Er wird vom 31. August bis 2. September 2006 wieder hier in Freising stattfinden. Ich lade Sie jetzt schon ganz herzlich dazu ein. Heute schon möchte ich Sie auch darauf hinweisen, dass wir wegen der von 4. bis 9. September 2007 im rumänischen Sibiu/Hermannstadt stattfindenden Dritten Europäischen Ökumenischen Versammlung den Termin des Renovabis-Kongresses im Jahr 2007 etwas nach hinten verschieben werden, nämlich auf den 20. bis 22. September 2007.

Gerne berücksichtigen wir Ihre Hinweise bei der Vorbereitung des nächsten Kongresses. In Ihren Tagungsunterlagen finden Sie deshalb auf grünem Papier einen Fragebogen, auf dem wir Sie bitten, uns Ihre Eindrücke und Anregungen mitzuteilen. Unsere Bitte um Rückmeldung bezieht sich sowohl auf inhaltliche als auch auf organisatorische Fragen. Wenn Sie den Fragebogen nicht schon ausgefüllt haben, schicken Sie ihn bitte möglichst bis Ende September an uns zurück.

Abschließend möchte ich mich nochmals bei allen bedanken, die zum Gelingen unseres 9. Internationalen Kongresses beigetragen haben:

- den Referenten und Teilnehmern an den Podiumsdiskussionen
- den Moderatoren im Plenum und in den Arbeitskreisen
- Herrn Erzbischof Schick für die Eröffnung
- den Zelebranten und Predigern in den Gottesdiensten
- den Journalisten und allen anderen Vertretern der Medien
- dem Direktor und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Domgymnasiums
- Herrn Direktor Anneser und den Teams des Kardinal-Döpfner-Hauses und des Pallotti-Hauses Freising
- den Vordenkern und Vorbereitern des Kongresses
- allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Renovabis und vor allem Dr. Christof Dahm, dem zuständigen Referenten.

Ich danke allen Teilnehmern, Ihnen allen, für Ihr Kommen, Ihr Interesse, Ihr Mitdenken und Mitdiskutieren. Wenn Sie den Austausch als Bereicherung erlebt haben und neue Anregungen mit nach Hause nehmen können, hat der Kongress sein wesentliches Ziel erreicht. So wünsche ich Ihnen nun eine gute Heimreise und Gottes Segen für Ihr Wirken in den verschiedenen Bereichen, in denen Sie tätig sind.

Lassen Sie uns zum Schluss Gott danken und beten wir gemeinsam das Angelus-Gebet.